Bericht des Bundesrates

vom 2. März 2018

über Motionen und Postulate der eidgenössischen Räte im Jahr 2017

Bericht des Bundesrates

vom 2. März 2018

über Motionen und Postulate der eidgenössischen Räte im Jahr 2017

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
Publikation Internet: www.admin.ch

Motionen und Postulate der eidgenössischen Räte im Jahr 2017

Bericht des Bundesrates vom 2. März 2018

Sehr geehrter Herr Nationalratspräsident
Sehr geehrte Frau Ständeratspräsidentin
Sehr geehrte Frauen und Herren Kommissionspräsidentinnen und -präsidenten
Sehr geehrte Damen und Herren

Dieser Bericht gibt einen Gesamtüberblick über das Geschehen aller vom Parlament überwiesenen Motionen und Postulate (Stand: 31.12.2017). Sämtliche Vorstösse werden nur mit Titel aufgeführt, auch die erstmals erscheinenden. Die vollständigen Texte befinden sich auf der Datenbank Curia Vista.

Kapitel I enthält alle Vorstösse, die der Bundesrat zur Abschreibung beantragt. Dieser Berichtsteil richtet sich gemäss den Artikeln 122 Absatz 2 und 124 Absatz 5 des Parlamentsgesetzes an die Bundesversammlung und erscheint deshalb gemäss den geltenden Publikationsvorschriften auch im Bundesblatt, in identischem Wortlaut.

Kapitel II enthält all jene Vorstösse, die der Bundesrat zwei Jahre nach ihrer Überweisung durch die eidgenössischen Räte noch nicht erfüllt hat. Von diesem Zeitpunkt an hat der Bundesrat gemäss den Artikeln 122 Absätze 1 und 3 und 124 Absatz 4 des Parlamentsgesetzes jährlich zu berichten, was er zur Erfüllung der Aufträge unternommen hat und wie er sie zu erfüllen beabsichtigt. Dieser Berichtsteil richtet sich gemäss dem Parlamentsgesetz an die zuständigen Kommissionen.

Anhang 1 listet alle Motionen und Postulate auf, die im Berichtsjahr 2017 abgeschrieben worden sind aufgrund von:

– Anträgen im Bericht über Motionen und Postulate der gesetzgebenden Räte im Jahr 2016;
– Anträgen in Botschaften und Berichten.

Anhang 2 gibt eine vollständige Übersicht über alle Ende 2017 hängigen Motionen und Postulate: Vorstösse, die vom Parlament überwiesen, vom Bundesrat jedoch noch nicht erfüllt oder vom Parlament noch nicht abgeschrieben worden sind.

Wir versichern Sie, sehr geehrter Herr Nationalratspräsident, sehr geehrte Frau Ständeratspräsidentin, sehr geehrte Frauen und Herren Kommissionspräsidentinnen und Kommissionspräsidenten, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

2. März 2018

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Alain Berset
Der Bundeskanzler: Walter Thurnherr

Inhaltsverzeichnis

Kapitel I: An die Bundesversammlung: Anträge auf Abschreibung von Motionen und Postulaten 9

Kapitel II: An die zuständigen Kommissionen: Bericht über den Realisierungsstand der Motionen und Postulate, die zwei Jahre nach der Überweisung noch nicht erfüllt sind 31

Anhang 1: Übersicht über alle im Berichtsjahr 2017 abgeschriebenen Motionen und Postulate 67

Anhang 2: Übersicht über alle von den Räten überwiesenen und Ende 2017 noch hängigen Motionen und Postulate 73

Kapitel I
An die Bundesversammlung: Anträge auf Abschreibung von Motionen und Postulaten

Dieses Kapitel ist auch im Bundesblatt publiziert.

Bundeskanzlei

2008 M 07.3615 Materielle Entrümpelung des Bundesrechts (S 17.12.07, Stähelin; N 3.3.08)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, die geltende Rechtsordnung auf deren materielle Qualität hin zu überprüfen und zu bereinigen. Die Generalsekretärenkonferenz hat sich verschiedentlich mit dem Thema befasst (insbesondere an ihren Sitzungen vom 27. Juni 2008, 15. Dez. 2008 und 30. Jan. 2009). Sie verständigte sich darauf, jeweils neu anstehende Gesetzesrevisionen zum Anlass für eine materielle Bereinigung zu nehmen.

Seit 2011 hat der Bundesrat im Rahmen von drei Berichten zudem 91 Massnahmen und Prüfaufträge beschlossen, die der administrativen Entlastung und der Vereinfachung von Regulierungen dienen. 80 Prozent dieser Massnahmen und Prüfaufträge sind umgesetzt oder in planmässiger Umsetzung begriffen (siehe Zwischenbericht vom September 2017 zum Stand der Umsetzung der Massnahmen zur administrativen Entlastung: www.seco.admin.ch > Das SECO > Medienmitteilungen 2017 – SECO > Medienmitteilung vom 29.9.2017; oder: https://www.seco.admin.ch /seco /de /home /seco/nsb-news.msg-id-68275.html).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2010 M 07.3681 Vereinfachung der Regulierungen in sämtlichen Departementen (N 17.9.09, Hochreutener; S 17.6.10)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, sämtliche Regulierungen in seinem Zuständigkeitsbereich so weit wie möglich zu vereinfachen. Die Massnahmen und Vorschriften der einzelnen Departemente sollen von einer zentralen Stelle koordiniert werden.

Am 13. Dezember 2013 hat der Bundesrat entschieden, dass die Vorschläge zur Vereinfachung von Regulierungen, die aus der Messung der Regulierungskosten der Unternehmen (P 10.3429 Fournier «Erhebung der Regulierungskosten» und P 10.3592 Zuppiger «Messung der Regulierungskosten») abgeleitet wurden, einer Vereinfachung der Regulierung im Sinne der vorliegenden Motion dienen. Seit 2011 hat der Bundesrat im Rahmen von drei Berichten 91 Massnahmen und Prüfaufträge beschlossen, die der administrativen Entlastung und der Vereinfachung von Regulierungen dienen. 80 Prozent dieser Massnahmen und Prüfaufträge sind umgesetzt oder in planmässiger Umsetzung begriffen (siehe Zwischenbericht vom September 2017 zum Stand der Umsetzung der Massnahmen zur administrativen Entlastung: www.seco.admin.ch > Das SECO > Medienmitteilungen 2017 - SECO > Medienmitteilung vom 29.9.2017; oder: https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/seco/nsb-news.msg-id-68275.html).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2015 M 14.3318 Zustellung von Druckerzeugnissen des Bundes an Parlamentsmitglieder (N 26.9.14, Reimann Maximilian; S 9.3.15)

Zur Erfüllung der Motion wurde die Bundeskanzlei beauftragt, mit den Departementen Lösungen zu finden, damit den Mitgliedern der eidgenössischen Räte keine Druckerzeugnisse mehr ungefragt zugestellt werden. Die Lösung besteht darin, dass Druckprodukte der Bundesverwaltung zentral über die Parlamentsbibliothek angeboten werden, entweder über «Doc aktuell» oder über «Publikationen im Abonnement». Die Parlamentsmitglieder entscheiden dann frei, ob sie das Produkt beziehen oder nicht.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2015 M 15.3005 Protokollführung im Bundesrat (S 3.6.15, Geschäftsprüfungskommission NR; N 4.6.15)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, Artikel 13 Absatz 3 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997 (RVOG; SR *172.010*) Nachachtung zu verschaffen und dem Parlament einen Entwurf für eine Änderung von Artikel 18 RVOG zu unterbreiten, wonach der Bundesrat inskünftig für die Protokollierung der Bundesratssitzungen ein eigenes Protokollführungsteam beiziehen kann.

Der Bundesrat hat am 17. Mai 2017 eine Anpassung der Organisationsverordnung für den Bundesrat vom 29. November 2013 (OV-BR; SR *172.111*) beschlossen (AS *2017* 3277): Gemäss dem neuen Absatz 5 von Artikel 5 OV-BR kann der Bundesrat zur Protokollierung der Verhandlungen zusätzliche Massnahmen anordnen. So kann er insbesondere die Erstellung von Tonaufnahmen der Verhandlungen oder die Erstellung eines Wortprotokolls durch die Vizekanzlerin oder den Vizekanzler zu bestimmten Agendapunkten anordnen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2015 M 15.3006 Protokollführung im Bundesrat (S 3.6.15, Geschäftsprüfungskommission SR; N 4.6.15)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, Artikel 13 Absatz 3 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997 (RVOG; SR *172.010*) Nachachtung zu verschaffen und dem Parlament einen Entwurf für eine Änderung von Artikel 18 RVOG zu unterbreiten, wonach der Bundesrat inskünftig für die Protokollierung der Bundesratssitzungen ein eigenes Protokollführungsteam beiziehen kann.

Der Bundesrat hat am 17. Mai 2017 eine Anpassung der Organisationsverordnung für den Bundesrat vom 29. November 2013 (OV-BR; SR *172.111*) beschlossen (AS *2017* 3277): Gemäss dem neuen Absatz 5 von Artikel 5 OV-BR kann der Bundesrat zur Protokollierung der Verhandlungen zusätzliche Massnahmen anordnen. So kann er insbesondere die Erstellung von Tonaufnahmen der Verhandlungen oder die Erstellung eines Wortprotokolls durch die Vizekanzlerin oder den Vizekanzler zu bestimmten Agendapunkten anordnen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

2012 M 10.4158 Christenverfolgung. Genozid im Irak stoppen (N 30.9.11, Reimann Lukas; S 8.3.12)

Die Motion fordert den Bundesrat auf, sich auf verschiedenen Ebenen für den Schutz religiöser Minderheiten und gegen religiöse Intoleranz im Irak einzusetzen. Die Entwicklung der Lage im Irak seit der Behandlung der Motion unterstreicht den engen Zusammenhang zwischen Fragen der Religionsfreiheit und der politischen Stabilität/Instabilität im Irak und im Mittleren Osten. Nach dem militärischen Sieg gegen den «Islamischen Staat» gibt es auch ernstzunehmende nationale Versuche für Wiederversöhnung, die die Minderheiten miteinbeziehen. Die Schweiz engagiert sich deshalb weiterhin für den Schutz des Pluralismus, die Stärkung der Religionsfreiheit und für die Vorbeugung jeder Form religiöser Intoleranz.

Auf bilateraler Ebene unterstützt die Schweiz weiterhin Programme zur Weiterbildung irakischer Funktionäre in Völkerrechts- und Menschenrechtsfragen, die vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und vom Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (Unicef) durchgeführt werden. Zudem engagiert sich die Schweiz über nationale und internationale Partner anhand verschiedener Projekte im Bereich der Förderung des humanitären Völkerrechts im Irak, was gerade hinsichtlich des Minderheitenschutzes zentral ist. Die Schweiz unterstützt beispielsweise ein Projekt, das Organisationen der Zivilbevölkerung stärkt, damit sie Verbrechen dokumentieren und Rechte einfordern können. Der Fokus liegt auf besonders verletzlichen Bevölkerungsgruppen, namentlich intern Vertriebene, Frauen und Minderheiten. Dabei werden auch irakische Prozesse zur Wiedergutmachung für Opfer von Verbrechen gefördert. Zudem engagiert sich die Schweiz dafür, dass im Rahmen des irakischen nationalen Wiederversöhnungsprozesses die Minderheiten berücksichtigt und einbezogen werden. Die Schweiz hat sich zudem seit 2014 mit humanitärer Hilfe in der Höhe von 41,5 Millionen Franken für die Opfer dieser Krisenregion engagiert.

Auf multilateraler Ebene strebt die Schweiz eine öffentliche Aufklärung über die Tötung und Vertreibung von Christinnen und Christen und weiteren Minderheiten an. Die Schweiz hat beispielweise am 24. Mai 2017 an der «Madrid International Conference on the Victims of Ethnic and Religious Violence in the Middle East» teilgenommen und in ihrer Ansprache die Notwendigkeit und Bedeutung der religiösen Toleranz hervorgehoben. Es handelte sich dabei um eine Folgekonferenz zu jener, welche im September 2015 in Paris durchgeführt wurde. Die rechtliche Aufarbeitung der Gräueltaten, welche aus religiösen Gründen im Mittleren Osten verübt worden, stellt nebst dem politischen Prozess und der humanitären Hilfe eine der drei Prioritäten dar, welche im Pariser Aktionsplan festgehalten sind.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2015 M 14.3423 Positionierung der Schweiz als internationale Plattform im Bereich Internet Governance (N 26.9.14, FDP-Liberale Fraktion; S 3.3.15)

Die Genfer Internet-Plattform (GIP) wurde im Februar 2014 errichtet und hat seither grosse Erfolge erzielt. Über sie sind bereits zahlreiche Projekte durchgeführt und Ausbildungen im Bereich Internet angeboten worden. Der Bund wird sich weiterhin für die Weiterentwicklung der GIP engagieren. Das Projekt «Geneva Dialogue Lab» wurde aufgrund der Unverhältnismässigkeit zwischen erforderten Investitionen und erwartetem Ertrag aufgegeben.

Im Dezember 2017 lud die Schweiz zur 12. Ausgabe des «Internet Governance Forums» ein, das jedes Jahr auf einem anderen Kontinent stattfindet und an welchem 2500 bis 3000 Vertreterinnen und Vertretern von Regierungen, Unternehmen und aus der Zivilgesellschaft über aktuelle oder zukünftige Fragen im Zusammenhang mit dem Internet diskutieren. Diese Veranstaltung hat zur guten Positionierung der Schweiz als Zentrum für alle Fragen zur Internetpolitik beigetragen und Genf in diesem Bereich in ein gutes Licht gerückt.

Die Schweiz verfügt über eine kohärente Aussenpolitik im Bereich der Internet-Gouvernanz.

Die zweite revidierte Nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS 2.0) wird voraussichtlich im Frühjahr 2018 vom Bundesrat verabschiedet. In der Strategie wird die Bedeutung der Cyber-Aussensicherheitspolitik und der Internet-Gouvernanz sowie des Standortes Genf für digitale Fragen im Allgemeinen hervorgehoben. Ferner beantragt der Bundesrat die Annahme des Postulats 17.3789 und hat damit Bereitschaft signalisiert, in einem kurzen Bericht das Engagement der Schweiz in den Bereichen der internationalen Cyber-Sicherheit und Internet Gouvernanz darzulegen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2016 P 15.3023 Förderung des Schutzes der Flüchtlinge aus Syrien mittels humanitärer Hilfe vor Ort (N 1.3.16, Schmid-Federer)

Mit der Verabschiedung der Botschaft vom 17. Februar 2016 zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 wurde das fast identische Postulat Eder vom 3. März 2015 (15.3026 «Förderung des Schutzes der Flüchtlinge aus Syrien mittels humanitärer Hilfe vor Ort») zur Abschreibung beantragt (BBl *2016* 2333, hier 2752). Das vorliegende Postulat wurde vom Nationalrat erst nach Verabschiedung der Botschaft durch den Bundesrat angenommen. Beide Postulate sind materiell erfüllt: Im Rahmen der genannten Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit wurde der Rahmenkredit für die «Humanitäre Hilfe» aufgestockt. 2017 hat die Schweiz im Zusammenhang mit der Syrienkrise humanitäre Unterstützung in der Höhe von 66 Millionen Franken geleistet, 30 Prozent mehr als im Vorjahr. Mit den zusätzlichen Mitteln wurden die Hilfe in Syrien verstärkt und die Nachbarländer darin unterstützt, die Lebensperspektiven der aus Syrien geflüchteten Menschen sowie der lokalen Bevölkerung längerfristig zu verbessern. Mit der Eröffnung eines humanitären Büros in Damaskus baute die Schweiz ihr Engagement 2017 weiter aus. So sollen der Dialog zur Gewährleistung des humanitären Zugangs zur betroffenen Bevölkerung und zur Verbesserung der Hilfeleistungen intensiviert sowie Projekte vor Ort enger begleitet werden. Seit Beginn der Syrienkrise 2011 und bis Ende 2017 hat die Schweiz über 315 Millionen Franken bereitgestellt, um die vom Konflikt betroffene Zivilbevölkerung in Syrien und in dessen Nachbarländern zu unterstützen. Die Schweiz setzt dieses Engagement fort.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Eidgenössisches Departement des Innern

Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann

2015 P 14.4204 Bekämpfung von Stalking in der Schweiz verbessern (N 20.3.15, Feri Yvonne)

Der Bundesrat hat am 11. Oktober 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Stalking bekämpfen. Übersicht zu Massnahmen in der Schweiz und im Ausland» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie

2014 P 14.3694 Notwendige Vereinheitlichungen bei den Anbietern von Unwetterwarnungen (N 12.12.14, Vogler)

Der Bundesrat hat am 22. November 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Notwendige Vereinheitlichung bei den Anbietern von Unwetterwarnungen» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Schweizerisches Bundesarchiv

2013 P 11.3902 Masterplan für Open Government Data (N 9.9.13, Riklin Kathy) – früher EFD/ISB

Der Bundesrat hat am 16. April 2014 die «Open-Government-Data-Strategie 2014–2018» genehmigt (BBl *2014* 3493). Im Januar 2016 wurde das Portal «opendata.swiss» errichtet, das Portal der Schweizer Behörden für offene, das heisst frei verfügbare Daten (www.opendata.swiss). Das Datenangebot auf «opendata.swiss» wurde seither fortlaufend ausgebaut.

Die Umsetzungsplanung der Strategie kann als übergeordneter Masterplan für «Open Government Data» (OGD) in der Schweiz bis 2018 betrachtet werden. Das Bundesarchiv als verantwortliche Organisation koordiniert die Vorhaben in diesem Bereich. Der Stand der Umsetzung der einzelnen Forderungen aus dem Postulat ist folgender: 1. Analyse der Datenbestände: Eine Inventarisierung möglicher OGD in der Bundesverwaltung wurde durchgeführt und Ende 2017 publiziert (unter www.opendata.swiss > Organisationen > Schweizerisches Bundesarchiv BAR > Dateninventar Bund abrufbar). Das Inventar wird fortlaufend ergänzt. 2. Abschätzung der Chancen und Risiken: Ein Bericht über den volkswirtschaftlichen Nutzen von OGD sowie Analysen der Auswirkungen für die Verwaltung wurden durchgeführt und online publiziert (www.egovernment.ch/ogd). 3. Rechtliche, betriebliche und technische Massnahmen: Mit dem Portal «opendata.swiss» liegt eine Plattform vor, die es erlaubt, einfach und einheitlich OGD zu publizieren.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Gesundheit

2010 M 07.3168 Überprüfung der ärztlichen Komplementärmedizin in der Grundversicherung (S 25.9.07, Forster; N 28.9.10)

Im Mai 2009 haben Volk und Stände den neuen Verfassungsartikel zur Berücksichtigung der Komplementärmedizin angenommen (BBl *2008* 8229). Um den Verfassungsauftrag umzusetzen, hat das Eidgenössische Departement des Innern unter Beizug der betroffenen Kreise eine Lösung erarbeitet, die eine Leistungspflicht für komplementärmedizinische ärztliche Leistungen unter Wahrung der Kriterien der Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit ermöglichen soll. Am 16. Juni 2017 hat der Bundesrat eine entsprechende Änderung der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (SR *832.102*; AS *2017* 3687) verabschiedet, welche die komplementärmedizinischen ärztlichen Leistungen den anderen von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung vergüteten medizinischen Fachrichtungen gleichstellt. Die Bestimmungen sind am 1. August 2017 in Kraft getreten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2011 M 11.3584 Nationale Strategie der Krebsbekämpfung. Für mehr Chancengleichheit und Effizienz (S 29.9.11, Altherr; N 12.12.11)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, unter Einbezug betroffener Organisationen, Fachpersonen, Fachschaften und der Kantone eine nationale Strategie für eine verbesserte Krebsvermeidung und -bekämpfung zu erarbeiten. Dies ist über die im Sommer 2013 verabschiedete «Nationale Strategie gegen Krebs 2014 – 2017» (www.bag.admin.ch > Themen > Strategien & Politik > Nationale Gesundheitsstrategien) erfolgt. Der «Dialog Nationale Gesundheitspolitik» hat am 23. November 2017 entschieden, diese nationale Strategie bis Ende 2020 weiterzuführen. Die Verantwortung für die Koordination der Umsetzung der Massnahmen liegt seit Anbeginn bei der Schweizerischen Vereinigung gegen Krebs (Oncosuisse). Damit eine koordinierte Weiterführung der Projekte und Massnahmen auch nach Abschluss der Strategie Ende 2020 möglich ist, soll Oncosuisse als Begleitmassnahme der Strategieumsetzung eine «Cancer Community» aufbauen. Damit soll sichergestellt werden, dass die Projekte und Massnahmen auch nach Abschluss der Strategie Ende 2020 weitergeführt werden.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2012 M 10.3195 Das Dossier Tabak aus den Verhandlungen mit der EU über ein Abkommen im Bereich öffentliche Gesundheit ausschliessen (N 9.6.11, Favre; S 12.3.12; N 11.9.12)

Der Entwurf zu einem Abkommen in Bereich der öffentlichen Gesundheit mit der Europäischen Union wurde im September 2015 weitgehend bereinigt. Die Regulierung von Tabakprodukten in der Schweiz wird durch diesen Text nicht tangiert. Es kann momentan noch nicht gesagt werden, wann das Abkommen unterzeichnet und dem Parlament zur Genehmigung unterbreitet werden kann.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2012 P 12.3396 Anpassung im Preisbildungssystem für Medikamente (N 28.9.12, Bortoluzzi)

2012 P 12.3614 Medikamentenpreise. Neue Methode für die Preisfestsetzung (N 28.9.12, Schenker Silvia)

2014 P 14.3295 Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (1) (S 13.6.14, Geschäftsprüfungskommission SR)

2014 P 14.3296 Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (2) (S 13.6.14, Geschäftsprüfungskommission SR)

Am 14. Dezember 2015 hat das Bundesgericht entschieden, dass sich das Bundesamt für Gesundheit (BAG) bei der Überprüfung der Aufnahmebedingungen alle drei Jahre nicht einzig auf einen Auslandpreisvergleich beschränken könne. Auch der therapeutische Quervergleich – d. h. der Vergleich eines Arzneimittels mit Arzneimitteln der Schweiz mit gleicher Indikation oder ähnlicher Wirkungsweise – sei, wie bei der Aufnahme des Arzneimittels in die Spezialitätenliste, durchzuführen. Das Bundesgericht urteilte zudem, dass die Überprüfung der Kriterien der Wirksamkeit und der Zweckmässigkeit ebenfalls regelmässig zu erfolgen habe.

Da die Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (SR *832.102*) und die Krankenpflege-Leistungsverordnung vom 29. September 1995 (SR *832.112.31*), wie sie bis am 28. Februar 2017 in Kraft waren, insbesondere nicht vorsahen, dass immer ein therapeutischer Quervergleich durchzuführen ist, haben Bundesrat und Departement die Verordnungsbestimmungen mit Änderung vom 1. Februar 2017 erneut angepasst und auf den 1. März 2017 in Kraft gesetzt (AS *2017* 623 bzw. AS *2017* 633). Seitdem werden bei der Prüfung der Wirtschaftlichkeit auch der therapeutische Quervergleich einbezogen und zudem die Kriterien der Wirksamkeit und der Zweckmässigkeit im Rahmen jeder Überprüfung und somit insbesondere auch im Rahmen der Überprüfung der Aufnahmebedingungen alle drei Jahre vom BAG überprüft.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2013 P 13.3250 Auswirkung der Franchise auf die Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen (N 27.9.13, Schmid-Federer)

Der Bundesrat hat am 28. Juni 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Kostenbeteiligung in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2014 M 12.3816 Gleichbehandlung der Patientinnen und Patienten beim Zugang zu Medikamenten (N 22.3.13, Steiert; S 4.3.14)

Per 1. März 2011 wurde die Vergütung von Arzneimitteln im Einzelfall ausserhalb der Fachinformation von Swissmedic oder ausserhalb der Spezialitätenliste auf Verordnungsstufe geregelt (Art. 71*a* und 71*b* der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung, KVV; SR *832.102*; AS *2011* 653). Damit sollte nicht zuletzt die bundesgerichtliche Rechtsprechung verankert und so Rechtssicherheit geschaffen werden.

Von den Versicherern, Vertrauensärztinnen und -ärzten und Onkologinnen und Onkologen wurden im Anschluss an diese Regelung Modelle entwickelt, um den Nutzen eines Arzneimittels in diesen Fällen einheitlich zu bewerten und zu standardisieren. Es war jedoch nicht auszuschliessen, dass die Vergütungsfrage bei versicherten Personen, welche die gleiche Arzneimitteltherapie in Anspruch nehmen, je nach Krankenversicherer unterschiedlich beurteilt wird. Das Bundesamt für Gesundheit hat daher die Entwicklung in diesem Bereich beobachtet und die Umsetzung der Artikel 71*a* und 71*b* KVV in den Jahren 2013 und 2014 evaluiert. Die Evaluation kam zum Schluss, dass sich die prozessualen Voraussetzungen für einen rechtsgleichen Zugang zu wirksamen Therapien nach Inkrafttreten der Verordnungsänderung verbessert haben. Sie können aber weiter optimiert werden. So wurde in Massnahme 13 des «Nationalen Konzeptes Seltene Krankheiten» vom 26. September 2014 (www.bag.admin.ch > Themen > Mensch & Gesundheit > Seltene Krankheiten) vorgesehen, dass standardisierte Verfahren für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Ärzteschaft, Vertrauensärztinnen und -ärzten und Versicherern implementiert werden (u.a. Kostengutsprachegesuche für die Art. 71*a* und 71*b* KVV sowie Prüfung weiterer Massnahmen zur Verbesserung der Umsetzung). Dies wurde in der Zwischenzeit ebenfalls umgesetzt.

Mit der Änderung vom 1. Februar 2017 der KVV (AS *2017* 623) hat der Bundesrat die Bestimmungen zur Vergütung von Arzneimitteln im Einzelfall ergänzt. Ziel der Anpassungen war die weitere Sicherstellung einer einheitlichen Beurteilung der Vergütung im Einzelfall, die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Leistungserbringern, Vertrauensärztinnen und -ärzten, Versicherern und Zulassungsinhaberinnen sowie eine Beschleunigung der Beurteilung der Kostengutsprachegesuche. Die neuen Bestimmungen sind am 1. März 2017 in Kraft getreten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2016 P 16.3000 Alternativen zur heutigen Steuerung der Zulassung von Ärztinnen und Ärzten (S 2.3.16, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

Der Bundesrat hat am 3. März 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Alternativen zur heutigen Steuerung der Zulassung von Ärztinnen und Ärzten» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Statistik

2002 P 01.3733 Statistik über familienergänzende Betreuungsverhältnisse (N 22.3.02, Fehr Jacqueline)

Der Bundesrat hat am 26. April 2017 in Erfüllung des Postulats den «Familienbericht 2017» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 P 15.3463 Bürokratieabbau. Weniger Aufwand bei der Erfassung der Statistik der sozialmedizinischen Institutionen (N 25.9.15, Cassis)

Der Bundesrat hat am 8. Dezember 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Bürokratieabbau. Weniger Aufwand bei der Erfassung der Statistik der sozial-medizinischen Institutionen» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Sozialversicherungen

2012 P 12.3087 Lohnfortzahlung bei Krankheit. Zahlen und Fakten (N 15.6.12, Nordmann)

Der Bundesrat hat am 28. Juni 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Koordination zwischen Taggeldversicherungen und Leistungen der ersten und zweiten Säule» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2013 P 12.3973 Soziale Auswirkungen der festen Altersgrenze für Ausbildungszulagen (N 20.3.13, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 11.481)

2014 P 14.3797 Ein Kind, eine Zulage (S 27.11.14, Maury Pasquier)

Der Bundesrat hat am 15. Februar 2017 in Erfüllung der Postulate den Bericht «Altersgrenze bei Ausbildungszulagen und Familienleistungen von internationalen Organisationen» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2013 P 12.3144 Dritter Familienbericht zur Situation der Familien in der Schweiz (N 11.9.13, Meier-Schatz)

Der Bundesrat hat am 26. April 2017 in Erfüllung des Postulats den «Familienbericht 2017» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2014 M 13.3656 Datenerhebung über Kapitalbezüge aus der zweiten Säule (S 17.9.13, Schwaller; N 5.3.14; S 11.6.14)

Die ersten Ergebnisse der Neurentenstatistik (NRS) wurden im März 2017 auf der Webseite des Bundesamtes für Statistik veröffentlicht (www.bfs.admin.ch > Statistiken finden > 13 - Soziale Sicherheit > Sozialberichterstattung > Neurentenstatistik). Die NRS beschreibt, wie viele Personen aus dem Schweizer Vorsorgesystem neu eine Altersrente erhalten oder einen Kapital-bezug tätigen. Die Daten liegen zu den Säulen 1, 2 und 3 vor. Die durchschnittliche Höhe der neuen Renten bzw. Kapitalbezüge pro Person wird nach Alter und Geschlecht ausgewiesen. Bezüglich Kapitalbezüge aus den Säulen 2 und 3a liegen zusätzliche Informationen darüber vor, inwiefern diese im Rahmen der Pensionierung oder aus anderen Gründen bezogen wurden (z.B. Wohneigentumsförderung).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2014 P 13.4304 Die Jugendsession stärken (N 21.3.14, Reynard)

Der Bundesrat hat am 24. Mai 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Die Jugendsession stärken» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2014 P 14.3210 Reduktion des Mindestrückzahlungsbetrages gemäss Wohneigentumsförderungsverordnung (S 13.6.14, Zanetti)

Auf den 1. Oktober 2017 wurde die Verordnung vom 3. Oktober 1994 über die Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge (SR *831.411*; AS *2017* 5017) angepasst. Der Mindestrückzahlungsbetrag wurde auf 10 000 Franken gesenkt (bisher: 20 000 Franken).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2014 P 13.3109 BVG-Deckungsgrade vergleichbar machen (N 17.6.14, Vitali)

Der Bundesrat hat am 6. September 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Vergleichbarkeit von Vorsorgeeinrichtungen» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2014 P 14.3915 Sozialhilfe. Transparenz schaffen in Bezug auf Kostenentwicklung sowie Beauftragung privater Firmen (S 11.12.14, Bruderer Wyss)

2014 P 14.3892 Transparenz statt Polemik bei der Sozialhilfe (N 12.12.14, Sozialdemokratische Fraktion)

Der Bundesrat hat am 6. September 2017 in Erfüllung der Postulate den Bericht «Kostenentwicklung in der Sozialhilfe» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2015 P 13.3615 Voraussetzungen für die IV-Anlehre und die praktische Ausbildung nach Insos (N 4.6.15, Lohr)

2015 P 13.3626 IV-Anlehre und praktische Ausbildung nach Insos. Mehr Transparenz (N 4.6.15, Bulliard)

Der Bundesrat hat am 5. Juli 2017 in Erfüllung der Postulate den Bericht «IV-Anlehre und praktische Ausbildung nach INSOS» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

2014 M 11.3635 Importverbot für Robbenprodukte (N 29.5.12, Freysinger; S 16.9.14; N 24.11.14)

Der Bundesrat hat mit der Änderung vom 3. März 2017 (AS *2017* 1661) der Verordnung vom 18. November 2015 über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten (EDAV-DS; SR *916.443.10*) und mit der Änderung vom 3. März 2017 (AS *2017* 1671) der Verordnung vom 18. November 2015 über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen (EDAV-EU; SR *916.443.11*) ein Einfuhrverbot für Robbenprodukte erlassen (Art. 10*a* EDAV-DS, Art. 5*a* EDAV-EU).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Swissmedic

2017 P 16.4096 Schnellerer Zugang für Patienten zu Arzneimitteln mit neuen Indikationen (S 14.3.17, Ettlin Erich)

Der Bundesrat hat am 15. November 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Schnellerer Zugang für Patienten zu Arzneimitteln mit neuen Indikationen» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

Bundesamt für Justiz

2012 P 12.3641 Rahmenbedingungen für die Praktiken von Inkassounternehmen (S 27.9.12, Comte)

Der Bundesrat hat am 22. März 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Rahmenbedingungen für die Praktiken von Inkassounternehmen» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2013 P 13.3672 Abklärung religiöser Fragestellungen (N 13.12.13, Aeschi)

Der Bundesrat hat am 9. Juni 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Getragene und an Bauten angebrachte Zeichen und Symbole» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2014 P 14.3776 Professionalisierung des Sozialstaates um jeden Preis? (N 12.12.14, Schneeberger)

2014 P 14.3891 Erste Erkenntnisse aus dem Wechsel von Laienbehörden zur KESB (N 12.12.14, Sozialdemokratische Fraktion)

2016 P 14.4113 Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden. Umsetzung verbessern (N 27.9.16, Vitali)

2015 P 15.3614 Kindes- und Erwachsenenschutzrecht. Beschwerdefristen (N 14.12.15, Schenker Silvia)

Der Bundesrat hat am 29. März 2017 in Erfüllung der Postulate den Bericht «Erste Erfahrungen mit dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2015 P 14.4183 Verbesserung der Rechtslage für Totgeborene (N 20.3.15, Streiff)

Der Bundesrat hat am 3. März 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Verbesserung der zivilstandsamtlichen Behandlung Fehlgeborener» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 P 15.3284 Administrative Vereinfachungen beim Vollzug des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht (N 19.6.15, Vogler)

Der Bundesrat hat am 29. März 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Möglichkeiten für administrative Vereinfachungen im bäuerlichen Bodenrecht» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 P 15.3003 Alternierende Obhut. Klärung der Rechtsgrundlagen und Lösungsvorschläge (N 4.3.15, Kommission für Rechtsfragen NR)

Der Bundesrat hat am 8. Dezember 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Alternierende Obhut» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 P 13.3441 Bedrohungsmanagement bei häuslicher Gewalt. Überblick über die rechtliche Situation und Schaffen eines nationalen Verständnisses (N 5.5.15, Feri Yvonne)

Der Bundesrat hat am 11. Oktober 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Bedrohungsmanagement, insbesondere bei häuslicher Gewalt» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Polizei

2014 P 13.4011 Besserer strafrechtlicher Schutz der Staatsangestellten vor Gewalt (N 11.3.14, Kommission für Rechtsfragen NR)

Der Bundesrat hat am 1. Dezember 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Besserer Schutz der Staatsangestellten vor Gewalt» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Staatssekretariat für Migration

2015 P 15.3242 Neukonzeption von Schengen/Dublin, europäische Koordination und «burden sharing» (N 19.6.15, Pfister Gerhard)

Der Bundesrat hat am 2. Juni 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Neukonzeption von Schengen/Dublin, europäische Koordination und burden sharing» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses. Der Bericht wurde am 13. Oktober 2017 in der Staatspolitischen Kommission des Ständerats und am 27. Oktober 2017 in jener des Nationalrats behandelt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Generalsekretariat

2013 M 13.3495 Stationierungskonzept der Armee im Interesse von Stadt und Land (N 27.9.13, Glanzmann; S 5.3.14)

Der Bundesrat hat am 8. Dezember 2017 den «Programmteil des Sachplans Militär 2017» verabschiedet. Der Programmteil ist veröffentlicht unter www.vbs.admin.ch > Weitere Themen > Raumplanung und Immobilien > Sachplan Militär. Er hat damit die Standortentscheide aus dem Stationierungskonzept der Armee als verbindliche Planungsgrundlage für die Behörden bestätigt (www.vbs.admin.ch > Verteidigung > Stationierungskonzept der Armee). Diese Standortentscheide tragen dem Anliegen der Motion insofern Rechnung, als sich die Armee an verschiedenen Orten aus städtischen Gebieten ganz oder teilweise zurückziehen wird. Als Beispiele können die Waffenplätze Freiburg, Lyss und Moudon oder der Militärflugplatz Dübendorf erwähnt werden.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2015 P 15.3918 Beschaffung von Grossraumhelikoptern anstelle von Transportflugzeugen (S 16.12.15, [Hess Hans]-Eder)

Der Bundesrat hat am 20. Dezember 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Option Grossraumhelikopter für die Armee» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Nachrichtendienst des Bundes

2015 M 15.3498 Aufsicht über den Nachrichtendienst des Bundes (S 17.6.15, Sicherheitspolitische Kommission SR; N 7.9.15)

Der Bundesrat hat am 20. Dezember 2017 in Erfüllung der Motion den Bericht «Aufsicht über den Nachrichtendienst des Bundes» verabschiedet. Der Bericht ist im Bundesblatt veröffentlicht (BBl *2018* 21).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Verteidigung

2016 P 15.3349 Förderung der Blutstammzellenspende in der Schweizer Armee (N 10.3.16, [Darbellay]-Amherd)

Bereits seit 2014 führt Blutspende SRK Schweiz in Zusammenarbeit mit dem Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport in ein bis zwei Rekrutenschulen Aktionen zur Registrierung von neuen Blutstammzellspendern durch. Mit viel Erfolg: Rund 500 Rekrutinnen und Rekruten konnten als neue potentielle Blutstammzellspenderinnen und -spender ins Register aufgenommen werden. Nebst der erfreulichen Registrierungsbereitschaft hat sich gezeigt, dass die Aktionen einen relevanten Beitrag zur Qualität des Schweizer Blutstammzellspender-Registers leisten: Insgesamt vier Personen, die sich an einer der Aktionen registrierten, wurden in diesem kurzen Zeitraum für Patienten als Spender ausgewählt. (2016 spendeten insgesamt 51 Schweizerinnen und Schweizer Blutstammzellen.)

Zusätzlich startete Blutspende SRK Schweiz aufgrund der Motion im Mai 2017 neu in den sechs Rekrutierungszentren der Schweizer Armee eine Kampagne zur Bekanntmachung der Blutstammzellspende. Das Setting der Kampagne ermöglicht die gezielte Ansprache von vorab jungen Männern im Alter von 18 bis 20 Jahren – eine für die Blutstammzellspende sehr relevante Gruppe.

Eine Zwischenauswertung der Kampagne in den Rekrutierungszentren hat gezeigt, dass die Stellungspflichtigen für die Thematik sensibilisiert werden und die Bedeutung der Blutstammzellspende erkennen.

Die Sensibilisierungskampagne in den Rekrutierungszentren ist aktuell auf ein Jahr geplant. Blutspende SRK Schweiz will Erfahrungen sammeln, eine detaillierte Erfolgsauswertung vornehmen und das weitere Vorgehen, auch in Abhängigkeit mit den dann zur Verfügung stehenden Ressourcen, festlegen. Der Stab Sanität der Schweizer Armee hat Bereitschaft zur Weiterführung der Kampagne in den Rekrutierungszentren einerseits und zur Ausweitung der Registrierungsaktionen in weitere Rekrutenschulen signalisiert. Blutspende SRK Schweiz hat dies dankend entgegen genommen. Im ersten Quartal 2018 wird der Entscheid der Blutspende SRK betreffend das weitere Vorgehen erwartet.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2017 P 17.3001 Wie kann der Mangel an Offizieren behoben werden? (N 16.3.17, Sicherheitspolitische Kommission NR)

2017 P 17.3002 Den Militärdienst attraktiver machen. Bericht (N 16.3.17, Sicherheitspolitische Kommission NR)

Die Postulate verlangen vom Bundesrat, bis Mitte 2017 einerseits zu den Offiziersbeständen und andererseits zu den Stossrichtungen, mit denen die Attraktivität des Militärdienstes gefördert werden soll, Bericht zu erstatten. Der Bundesrat hat dargelegt, welche Massnahmen bereits getroffen wurden und welche weiteren Massnahmen mit der Weiterentwicklung der Armee ab 2018 umgesetzt werden. Teils wurden die Massnahmen in der Botschaft vom 3. September 2014 zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee aufgezeigt (BBl *2014* 6955), teils betreffen sie Rechtsetzungsprojekte, die im Verlauf des Jahres 2017 und über 2018 hinaus realisiert werden. Der Bundesrat hat am 29. September 2017 in Erfüllung der Postulate den

Bericht «Offizierbestand und Attraktivität des Militärdienstes» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > Geschäfte (Geschäftsnummer eingeben) > auf gesuchten Vorstoss klicken > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Bundesamt für Sport

2016 M 16.3146 Sicherung des Programms «Jugend und Sport» (S 8.6.16, Föhn; N 14.12.16)

Der Bundesrat wurde mit der Motion Föhn beauftragt, für den Bereich «Jugend+Sport» (J+S) im Voranschlag 2017 und in den folgenden Finanzplanjahren ausreichend Mittel einzustellen, damit auf der Grundlage der aktuellen Beitragssätze die Nachfrage gedeckt werden kann. Der Motionär erachtete es als entscheidend, das Programm J+S stabil auf Kurs zu halten, so dass die Beteiligten über Planungssicherheit verfügen.

Die Motion folgt auf die Motion Föhn vom 17. März 2015 (15.3151 «Beiträge für ‹Jugend und Sport›») und auf die Motion Lohr vom 19. März 2015 (15.3254 «Subventionen für ‹Jugend und Sport›»), welche die Aufstockung des J+S-Subventionskredits im Voranschlag 2016 um mindestens 15 Millionen Franken sowie die Rückgängigmachung beziehungsweise Verhinderung der angekündigten Beitragskürzungen im Programm J+S verlangte.

Zwischenzeitlich konnte mit einem Nachtragskredit von 17 Millionen Franken das Beitragswachstum für das Jahr 2015 aufgefangen werden. Mit einer Erhöhung des J+S-Kredits ab 2016 um 20 Millionen auf insgesamt 95,9 Millionen Franken wurde sichergestellt, dass die Beitragssätze nicht gekürzt werden müssen.

Zudem hat der Bundesrat am 26. Oktober 2016 den «Aktionsplan Sportförderung des Bundes» verabschiedet (www.baspo.admin.ch > Dokumentation > Themen (Dossiers) > Aktionsplan Sportförderung). Mit dem Aktionsplan wurde die Motion der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR vom 2. Mai 2013 (13.3369 «Sportveranstaltungen und Förderung von Nachwuchs- und Spitzensport») zur Abschreibung beantragt. Darin stellt ein Hauptpunkt die Erhöhung des Kredits für J+S im Umfang von 10 Millionen Franken für das Budget 2017 dar. In den Finanzplanjahren 2018–2020 soll der Kredit dann jährlich um jeweils weitere 5 Millionen Franken aufgestockt werden.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2017 M 17.3014 Aktionsplan «Gesamtschau Sportförderung». Zusätzliche Mittel zugunsten des Nachwuchs-Leistungssports (N 16.3.17, Kommission für Wirtschaft, Bildung und Kultur NR; S 13.3.17)

2017 M 17.3003 Zusätzliche Mittel im Aktionsplan zur Gesamtschau Sportförderung zugunsten des Nachwuchs-Leistungssports (S 13.3.17, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR; N 16.3.17)

Der Bundesrat wird mit den beiden gleichlautenden Motionen beauftragt, im Voranschlag 2018 sowie in den folgenden Finanzplanjahren zusätzliche 15 Millionen Franken zugunsten des Nachwuchs-Leistungssports einzustellen.

Die Kantone haben im April 2016 beschlossen, zusätzlich 15 Millionen Franken an Lotteriegeldern für die Unterstützung des Leistungssports zur Verfügung zu stellen. Diese Massnahme gilt für die Jahre 2017–2019. Die Kantone wollen die Erhöhung nur dann weiterführen, wenn der Bund seinen Beitrag im gleichen Umfang erhöht.

Mit dem «Aktionsplans Sportförderung des Bundes» (www.baspo.admin.ch > Dokumentation > Themen (Dossiers) > Aktionsplan Sportförderung) hat der Bundesrat am 26. Oktober 2016 dem Parlament einen Bericht vorgelegt, der die konkreten Massnahmen und den Finanzierungsbedarf in den Bereichen Breiten- und Leistungssport sowie Immobilien in den kommenden Jahren umschreibt. Im Rahmen der Erarbeitung des Leistungssportkonzepts wurde Handlungsbedarf bei der staatlichen Unterstützung des Leistungssports festgestellt. In Anbetracht der schwierigen Haushaltslage des Bundes verzichtete der Bundesrat im Rahmen des Aktionsplans auf eine Erhöhung der Unterstützungsleistungen für den Leistungssport. Im Voranschlag 2018 und in den folgenden Finanzplanjahren wurden nun 15 Millionen Franken für die Unterstützung des Nachwuchsleistungssports eingestellt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Eidgenössisches Finanzdepartement

Informatiksteuerungsorgan des Bundes

2014 P 14.3532 Open Source in der Bundesverwaltung. Standortbestimmung und Ausblick (N 26.9.14, Graf-Litscher)

Der Bundesrat hat am 22. März 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Open Source in der Bundesverwaltung. Standortbestimmung und Ausblick» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 P 14.4011 Evaluation von Hermes 5 (S 17.3.15, Geschäftsprüfungskommission SR)

Der Bundesrat hat am 25. Oktober 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Evaluation von HERMES 5» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 P 14.4012 Evaluation von (Gross-)Projekten (S 17.3.15, Geschäftsprüfungskommission SR)

Der Bundesrat hat am 25. Oktober 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Evaluation von (Gross-)Projekten» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Staatsekretariat für internationale Finanzfragen

2015 P 15.3012 Anliegen des Kantons Tessin. Ausgangslage und Entwicklungsperspektive (S 18.6.15, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR 14.302)

Der Bundesrat hat am 16. Oktober 2015 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Anliegen des Kantons Tessin. Ausgangslage und Entwicklungsperspektive» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlement.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Eidgenössische Finanzverwaltung

2015 M 14.3858 Einhaltung der NFA-Prinzipien in Vernehmlassungserläuterungen und Botschaften gemäss klar definierten Kriterien überprüfen (N 12.12.14, Schneeberger; S 17.3.15)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, auf die Einhaltung der NFA-Prinzipien, insbesondere der Subsidiarität und der fiskalische Äquivalenz, ein stärkeres Augenmerk zu richten und künftige Vorlagen, welche die Aufgabenerfüllung durch Bund und Kantone betreffen, nach klar definierten Kriterien bezüglich dieser Prinzipien zu beurteilen. Die Motion bezieht sich auf den Bericht des Bundesrats vom 12. September 2014 in Erfüllung des Postulats Stadler vom 29. Mai 2012 (12.3412 «Überprüfung der Einhaltung der NFA-Prinzipien»). Die Motion will dabei noch einen Schritt weiter gehen und fordert die Festlegung klarer Kriterien, um die Einhaltung dieser Prinzipien zu überprüfen.

Die Subsidiarität und die fiskalische Äquivalenz bedürfen einer Konkretisierung, damit eine Beurteilung überhaupt vorgenommen werden kann. Aus diesem Grund sind in den Neuauflagen des Botschaftsleitfadens (www.bk.admin.ch > Dokumentation > Rechtsetzungsbegleitung > Dokumentation zur Rechtsetzungsbegleitung > Hilfsmittel für Textredaktion und Übersetzung > Botschaften, Berichte Stellungnahmen) und des Gesetzgebungsleitfadens (www.bj.admin.ch > Staat & Bürger > Legistik > Legistische Hauptinstrumente) konkrete Kriterien aufgeführt, mit denen beurteilt werden kann, ob in einer Vorlage die NFA-Prinzipien eingehalten sind.

Der Botschaftsleitfaden dient als Vorgabe für die Erstellung einer Botschaft. Im August 2015 wurde er um Anhang 4b ergänzt. Seit diesem Zeitpunkt sind die dort aufgeführten Kriterien im Sinne eines Prüfkatalogs bei der Erstellung von Botschaften, welche die Aufgabenerfüllung durch Bund und Kantone betreffen, zwingend zu berücksichtigen. Bezüglich Subsidiarität sind in Anhang 4b Kriterien aufgeführt, die für eine alleinige Zuständigkeit der Kantone bzw. für eine Aufgabenzuweisung an den Bund sprechen. Bezüglich fiskalische Äquivalenz listet Anhang 4b Leitfragen auf, mit denen überprüft werden kann, ob der Grundsatz der fiskalischen Äquivalenz beachtet wird. Anhang 4b führt zudem Kriterien für die Umsetzung des Bundesrechts durch die Kantone im Rahmen des Vollzugsföderalismus auf. Schliesslich wird in Anhang 4b darauf hingewiesen, dass im Zusammenhang mit der Aufgabenzuweisung an den Bund oder an die Kantone zu prüfen ist, ob der Bund die Interessen und Kompetenzen der Kantone respektiert und deren Organisations- und Finanzautonomie wahrt.

Der genannte Prüfkatalog wird im Weiteren auch in der vierten Auflage des Gesetzgebungsleitfadens enthalten sein, die im ersten Semester 2018 erscheinen soll.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Eidgenössisches Personalamt

2015 P 14.3999 Bericht zum Lohnsystem des Bundes (N 2.3.15, Finanzkommission NR)

Der Bundesrat hat am 25. Januar 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Lohnsysteme des Bundes» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Eidgenössische Steuerverwaltung

2011 M 10.3493 Umfassende Revision des Steuerstrafrechts (S 15.9.10, Schweiger; N 1.3.11)

In Erfüllung der Motion der Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR vom 14. September 2017 (17.3665 «Verzicht auf die Revision des Steuerstrafrechts») und der gleichlautenden Motion der Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR vom 21. September 2017 (17.3706) verzichtet der Bundesrat auf die Vorlage zur Revision des Steuerstrafrechts, die er vom 29. Mai 2013 bis zum 30. September 2013 in die Vernehmlassung gegeben hatte und am 4. November 2015 sistiert hat.

Der Bundesrat beantragt die Abschreibung der Motion.

2016 P 14.4136 Keine Bestrafung durch das Wirtschaftswachstum. Reale kalte Progression aufdecken (N 22.9.16, FDP-Liberale-Fraktion)

Der Bundesrat hat am 6. September 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Reale Progression» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > Geschäfte (Geschäftsnummer eingeben) > auf gesuchten Vorstoss klicken > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2017 P 15.3118 Abbau von Regulierungskosten. Formelle Harmonisierung von Verfahren, Fristen und Zahlungsintervallen im Unternehmenssteuerbereich (N 27.2.17, de Courten)

Der Bundesrat hat am 1. Dezember 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Abbau von Regulierungskosten. Formelle Harmonisierung von Verfahren, Fristen und Zahlungsintervallen im Unternehmenssteuerbereich» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > Geschäfte (Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2017 M 17.3706 Verzicht auf die Revision des Steuerstrafrechts (N 7.12.17, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR; S 12.12.17)

2017 M 17.3665 Verzicht auf die Revision des Steuerstrafrechts (S 12.12.17, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)

Der Bundesrat verzichtet auf die Vorlage zur Revision des Steuerstrafrechts, die er vom 29. Mai 2013 bis zum 30. September 2013 in die Vernehmlassung gegeben hatte und am 4. November 2015 sistiert hat.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Vollzugsstelle für den Zivildienst

2015 P 15.3637 Zivildiensteinsätze in der Landwirtschaft erleichtern (N 25.9.15, Hassler)

Mit der vom Bundesrat am 15. November 2017 (AS *2017* 6687; SR 824.01) beschlossenen Änderung der Zivildienstverordnung vom 11. September 1996 (ZDV; SR *824.01*) werden auf den 1. Januar 2018 zwei Regeln aufgehoben, welche die Landwirtschaft übermässig benachteiligt hatten: Neu sind die Einsätze zivildienstpflichtiger Personen nicht mehr auf höchstens zwei Tätigkeitsbereiche eingeschränkt, und zivildienstpflichtige Personen sind nicht mehr verpflichtet, nach dem langen Einsatz weitere Diensttage in einem Schwerpunktprogramm zu leisten. Damit hat der Bundesrat im Sinne des Postulats den Zugang zu Zivildiensteinsätzen in der Landwirtschaft erleichtert. Die Änderung ist in der Amtlichen Sammlung des Bundesrechts veröffentlicht (AS 2017 6687).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Staatssekretariat für Wirtschaft

2014 P 13.4237 Für eine bessere Entwicklung innovativer Jungunternehmen (N 21.3.14, Derder)

Der Bundesrat hat am 29. März 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Rasch wachsende Jungunternehmen in der Schweiz» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2014 P 12.4172 Für eine freie Wirtschaftsordnung. Gegen Wettbewerbsverzerrung durch Staatsunternehmen (N 18.9.14, FDP-Liberale Fraktion)

Der Bundesrat hat am 8. Dezember 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Staat und Wettbewerb: Auswirkungen staatlich beherrschter Unternehmen auf die Wettbewerbsmärkte» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 M 14.3835 Gesetzliche Änderungen zur Förderung inländischer Arbeitskräfte (N 12.12.14, CVP-Fraktion; S 3.3.15)

2015 M 14.3844 Gesetzliche Änderungen zur Förderung inländischer Arbeitskräfte (N 12.12.14, BDP-Fraktion; S 3.3.15)

2015 M 14.3795 Gesetzliche Änderungen zur Förderung inländischer Arbeitskräfte (S 11.12.14, Häberli-Koller; N 9.6.15)

Der Bundesrat hat am 25. Oktober 2017 in Erfüllung der Motionen den Monitoringbericht 2017 «Fachkräfteinitiative» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer 14.3795 eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2015 P 15.3010 Bericht des Bundesrates über das Engagement des Bundes gegen Kinderarbeit (N 17.9.15, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Der Bundesrat hat am 25. Januar 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Engagement des Bundes gegen Kinderarbeit» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 M 15.3210 Senkung der unnötigen Verwaltungskosten. Sofortige Umsetzung (S 17.6.15, Fournier; N 14.12.15)

Der Bundesrat hat am 29. September 2017 in Erfüllung der Motion den Zwischenbericht «Stand der Umsetzung der Massnahmen zur administrativen Entlastung» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2015 P 15.3854 Automatisierung. Risiken und Chancen (N 18.12.15, Reynard)

2017 P 17.3222 Digitale Wirtschaft. Die Arbeitsplätze der Zukunft und Massnahmen für ihre Förderung in der Schweiz identifizieren (N 18.9.17, Derder)

Der Bundesrat hat am 8. November 2017 in Erfüllung der Postulate den Bericht «Auswirkungen der Digitalisierung auf Beschäftigung und Arbeitsbedingungen – Chancen und Risiken» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2016 M 15.3631 Das Cassis-de-Dijon-Prinzip besser zur Wirkung bringen (S 16.9.15, Hess; N 17.3.16)

Der Bundesrat hat am 5. Juli 2017 zur Abschreibung der Motion den Bericht «Das Cassis-de-Dijon-Prinzip besser zur Wirkung bringen» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses sowie im Bundesblatt (BBl *2017* 5211).

Der Bundesrat beantragt die Abschreibung der Motion.

2016 P 15.4009 Allfällige Kündigung des Freizügigkeitsabkommens. Kosten für die Schweizer Wirtschaft (N 29.2.16, Regazzi)

Der Bundesrat hat am 4. Dezember 2015 den Bericht des SECO «Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen eines Wegfalls der Bilateralen I» zur Kenntnis genommen. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.seco.admin.ch > Aussenwirtschaft & Wirtschaftliche Zusammenarbeit > Wirtschaftsbeziehungen > Wirtschaftsbeziehungen mit der EU > Wirtschaftliche Bedeutung der Bilateralen I > Volkswirtschaftliche Auswirkungen eines Wegfalls der Bilateralen I.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 P 14.4296 Partizipative Ökonomie. Fördern, Rahmenbedingungen umreissen, für künftige Herausforderungen gewappnet sein (N 29.2.16, Derder)

Der Bundesrat hat am 11. Januar 2017 in Erfüllung des Postulats den «Bericht über die zentralen Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 P 15.3880 Konkurrenziert der Staat die Wirtschaft? Übersicht tut not (N 18.12.15, Schilliger)

Der Bundesrat hat am 8. Dezember 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Staat und Wettbewerb: Auswirkungen staatlich beherrschter Unternehmen auf die Wettbewerbsmärkte» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 P 16.3625 Überprüfung des Bundesrechts aufgrund der Entwicklung neuer Beherbergungsformen (S 27.9.16, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)

Der Bundesrat hat am 15. November 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Die Regulierung in der Beherbergungswirtschaft» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2017 P 16.3913 SIFEM AG. Antrag des Bundesrates auf Umwandlung des Bundesdarlehens in Aktienkapital (N 7.3.17, Finanzkommission NR)

Der Bundesrat hat am 29. März 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «SIFEM AG. Antrag des Bundesrates auf Umwandlung des Bundesdarlehens in Aktienkapital» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2017 P 17.3625 Abbau von Handelshemmnissen. Das Cassis-de-Dijon-Prinzip stärken durch deutliche Reduktion der Ausnahmen (S 27.9.17, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)

Der Bundesrat hat am 20. Dezember 2017 den Bericht «Mit Importerleichterungen gegen die Hochpreisinsel» und sieben dazugehörige Studien zur Kenntnis genommen. Zwei dieser Studien befassen sich detailliert mit Ausnahmen vom Cassis-de-Dijon-Prinzip. Ebenfalls am 20. Dezember 2017 hat der Bundesrat beschlossen, verschiedene Ausnahmen vom Cassis-de-Dijon-Prinzip im Bereich der Haushaltsgeräte, Holz sowie alkoholischen Süssgetränken aufzuheben. Der Bericht und die Studien sind veröffentlicht unter www.seco.admin.ch > Wirtschaftslage & Wirtschaftspolitik > Wirtschaftspolitik > Wettbewerb > Importerleichterungen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation

2012 P 12.3415 Höhere Fachschulen. Sicherung der eidgenössischen Anerkennung der Nachdiplomstudien (S 25.9.12, Häberli-Koller)

2012 P 12.3428 Höhere Fachschulen. Sicherung der eidgenössischen Anerkennung der Nachdiplomstudien (N 28.9.12, Jositsch)

Der Bundesrat wird beauftragt darzulegen, wie die Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen weiterhin auf die eidgenössische Anerkennung zählen können.

Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) hat die Verordnung des WBF vom 11. September 2017 über Mindestvorschriften für die Anerkennung der Bildungsgänge und Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen

(SR *412.101.61*), welche die eidgenössische Anerkennung von Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen gewährleistet, totalrevidiert. Die neue Verordnung ist am 1. November 2017 in Kraft getreten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2015 P 14.4007 Verlässliche Entscheidungsgrundlagen für die Arzneimitteltherapie (N 9.3.15, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 13.3884)

Der Bundesrat hat am 8. Dezember 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Verlässliche Entscheidungsgrundlagen für die Arzneimitteltherapie» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Die vom Postulat verlangte Verbesserung der Studienlage für Medikamente und damit auch der Entscheidungsgrundlagen für Arzneimitteltherapien konnte im Wesentlichen erreicht werden, indem wichtige rechtliche Grundlagen durch den Bund geschaffen und verschiedene, gut aufeinander abgestimmte Fördermassnahmen im Forschungsbereich ergriffen wurden. Die meisten dieser Massnahmen wurden seit Einreichen des Postulats umgesetzt und werden in den nächsten Jahren ihre Wirkung entfalten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 P 14.4258 Einen Sprachkenntnisvermerk in eidgenössische Fähigkeitszeugnisse aufnehmen (N 29.2.16, Bulliard)

Der Bundesrat hat am 8. November 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Förderung des Fremdsprachenerwerbs in der beruflichen Grundbildung» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Landwirtschaft

2013 M 13.3367 Massnahmenpaket zum Schutz der Bienen (N 19.6.13, Kommission für Wirtschaft, Bildung und Kultur NR; S 25.11.13)

Der Bundesrat hat am 6. September 2017 den Bericht «Aktionsplan zur Risikoreduktion und nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.blw.admin.ch > Nachhaltige Produktion > Pflanzenschutz > Aktionsplan Pflanzenschutzmittel. Mit dem Aktionsplan soll das Risiko für Nichtzielorganismen, dazu gehören auch die Bienen, in naturnahmen Lebensräumen mit spezifischen Massnahmen reduziert werden. Zu diesen Massnahmen gehören auch Massnahmen, mit denen die Anwendung der Pflanzenschutzmittel reduziert werden soll.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2013 P 13.3682 Die Abhängigkeit der Landwirtschaft von fossilen Brennstoffen verringern (N 13.12.13, Bourgeois)

Der Bundesrat hat am 21. Juni 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Energiebedarf der Schweizer Landwirtschaft: aktueller Stand und Verbesserungsmöglichkeiten» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2014 P 14.3514 Agrarpolitik 2018-2021. Massnahmenplan zum Abbau der überbordenden Bürokratie und zur Personalreduktion in der Verwaltung (N 26.9.14, Knecht)

Der Bundesrat hat am 1. November 2017 den Bericht «Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses. Zudem hat der Bundesrat in verschiedenen landwirtschaftlichen Verordnungspaketen der Jahre 2015–2017 rund fünfzig Verordnungsrevisionen beschlossen, die den administrativen Aufwand von Bund, Kantonen und Kontrollstellen sowie von Landwirtinnen und Landwirten reduzieren.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2014 P 14.3618 Ziel- statt massnahmenorientierte Agrarpolitik. Der Landwirt als Teil der Lösung und nicht als das Problem (N 26.9.14, Aebi Andreas)

Der Bundesrat hat am 1. November 2017 den Bericht «Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses. Das im vorliegenden Bericht vorgeschlagene Konzept für die mittelfristige Weiterentwicklung der Agrarpolitik sieht Massnahmen vor, die stärker auf die Ziele ausgerichtet sind. Die Landwirtinnen und Landwirte sollen in Bereichen, in welchen sie die Zielerreichung beeinflussen können, vermehrt selbst entscheiden können, wie sie die Ziele erreichen wollen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2014 P 14.3894 Überprüfung der Auswirkungen und der Zielerreichung der Agrarpolitik 2014-2017 (N 12.12.14, von Siebenthal)

Der Bundesrat hat am 1. November 2017 den Bericht «Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses. Die mit der Agrarpolitik 2014–2017 angestrebten Ziele konnten in vielen Bereichen erreicht oder sogar übertroffen werden (z. B. Beteiligung an Biolandbau-, Tierwohl- und

Extenso-Programmen). Wo die Ziele bisher nicht erreicht wurden, geht die Entwicklung meist in die gewünschte Richtung. In bestimmten Bereichen sind die Fortschritte jedoch noch unbefriedigend. Die Überprüfung hat beispielsweise gezeigt, dass das Ziel, die Stickstoffverluste bis im Jahr 2017 auf 95 000 t Stickstoff (N) zu senken, gemäss den vorliegenden Daten nicht erreicht wurde. Für die Zielerreichung ist entscheidend, dass die technischen und betrieblichen Möglichkeiten zur Emissionsminderung (z.B. emissionsarme Verfahren zur Hofdüngeranwendung) ausgeschöpft und die Effizienz flächendeckend verbessert werden.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2014 P 14.3991 Kosten für die Umsetzung und Durchführung der Agrarpolitik 2014-2017 (N 12.12.14, de Bumann)

Der Bundesrat hat am 1. November 2017 den Bericht «Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses. Die Summe aller anfallenden Mehraufwände auf Stufe Bundesverwaltung, kantonale Verwaltungen sowie Landwirtschaftsbetriebe ergibt, aufgerechnet auf die ganze Schweiz, Mehrkosten der Agrarpolitik 2014–2017 von 9,3 Millionen Franken im Jahr 2014, 8,8 Millionen Franken im Jahr 2015 und 8,4 Millionen Franken im Jahr 2016. Diese Mehraufwände entsprechen rund 0,3 Prozent der jährlichen Gesamtsumme der Direktzahlungen (2,8 Mr. Fr.). Auf Stufe Landwirtschaftsbetrieb entsprechen im Jahr 2014 die Mehrkosten 0,9 Prozent der Beiträge für die graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion, 3,1 Prozent der Landschaftsqualitätsbeiträge, 1,8 Prozent der Beiträge für die Biodiversität auf Sömmerungsflächen und 4 Prozent der Ressourceneffizienzbeiträge.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 P 14.4046 Administrative Vereinfachungen in der Landwirtschaft (S 3.3.15, Keller-Sutter)

Der Bundesrat hat am 1. November den Bericht «Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses. Zudem hat der Bundesrat in verschiedenen landwirtschaftlichen Verordnungspaketen der Jahre 2015–2017 rund fünfzig Verordnungsrevisionen beschlossen, die den administrativen Aufwand von Bund, Kantonen und Kontrollstellen sowie von Landwirtinnen und Landwirten reduzieren.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 M 14.3721 Forschung im Bereich der Kirschessigfliege (N 12.12.14, Pezzatti; S 17.6.15)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, die Forschung und Beratung im Bereich der Kirschessigfliege deutlich auszubauen. Über fünf Jahre wurden zusätzliche Mittel in der Höhe von insgesamt 2,5 Millionen Franken für die Forschung im Bereich der Bekämpfung der Kirschessigfliege gesprochen. Derzeit laufen verschiedene Projekte, wovon einige – in Zusammenarbeit mit den Kantonen – bereits zur Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung dieses Schädlings in den verschiedenen betroffenen Kulturen geführt hat. Die Strategien können auf der Website von Agroscope eingesehen werden: www.agroscope.admin.ch > Themen > Pflanzenbau > Pflanzenschutz > Drosophila suzukii.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2015 P 15.3192 Biodiversitätsförderflächen. Wie weiter? (N 19.6.15, Aebi Andreas)

Der Bundesrat hat am 1. November 2017 in den Bericht «Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses. Zudem hat der Bundesrat in den landwirtschaftlichen Verordnungspaketen der Jahre 2015 und 2017 zielgerichtete Anpassungen der Beiträge beschlossen, um den Anreiz für gewisse Flächen der Qualitätsstufe I zu reduzieren und fallweise für die Qualitätsstufe II zu erhöhen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 P 15.3380 Perspektiven im Milchmarkt (N 17.9.15, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)

Der Bundesrat hat am 5. April 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Perspektiven im Milchmarkt» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 P 15.3862 Den administrativen Aufwand in der Landwirtschaft reduzieren. Unnötige Kontrollpunkte streichen (N 18.12.15, Aebi Andreas)

Der Bundesrat hat am 1. November 2017 in den Bericht «Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses. Zudem hat der Bundesrat in verschiedenen landwirtschaftlichen Verordnungspaketen der Jahre 2015–2017 rund fünfzig Verordnungsrevisionen beschlossen, die den administrativen Aufwand von Bund, Kantonen und Kontrollstellen sowie von Landwirtinnen und Landwirten reduzieren. Mit dem landwirtschaftlichen Verordnungspaket 2017 wurden zahlreiche Kontrollpunkte zusammengefasst. Dadurch konnten rund 300 Kontrollpunkte im landwirtschaftlichen Bereich aufgehoben werden.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 P 15.3928 Massnahmen gegen eine Deindustrialisierung in der Lebensmittelbranche (S 10.12.15, Baumann)

Der Bundesrat hat am 30. August 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Massnahmen gegen eine Deindustrialisierung in der Lebensmittelbranche» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 P 15.4180 Agrarpolitik 2014-2017. Korrektur der Abgeltungen (N 18.3.16, von Siebenthal)

Der Bundesrat hat am 18. Oktober 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Agrarpolitik 2014-2017: Korrektur der Abgeltungen» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 M 14.4098 Agrarpolitik. Administrativen Aufwand massgeblich reduzieren (N 20.3.15, Müller Walter; S 15.6.16)

Der Bundesrat hat am 1. November 2017 in Erfüllung der Motion den Bericht «Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses. Zudem hat der Bundesrat in verschiedenen landwirtschaftlichen Verordnungspaketen der Jahre 2015–2017 rund fünfzig Verordnungsänderungen beschlossen, die den administrativen Aufwand von Bund, Kantonen und Kontrollstellen sowie von Landwirtinnen und Landwirten reduzieren.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2016 P 16.3061 Die Freibergerrasse und den Wissensschatz der Züchterinnen und Züchter retten (S 6.6.16, Seydoux)

Der Bundesrat hat am 18. Oktober 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Die Freibergerrasse und den Wissensschatz der Züchterinnen und Züchter retten» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 P 14.3537 Bericht zur Wettbewerbs- und Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlichen Produktion und zum Einsatz öffentlicher Mittel für die Landwirtschaft (N 16.6.16, [Noser]-Dobler)

Der Bundesrat hat am 1. November 2017 den Bericht «Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses. Die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft ist im Vergleich zur Konkurrenz in der EU nur in einigen Subbranchen gegeben. Eine verstärkte Konkurrenz würde deshalb einen grösseren Veränderungsprozess bei den Produktionsstrukturen aber auch beim Produkteportfolio hervorrufen. Beispiele zeigen, dass ein solcher Prozess gute Chancen auf einen erfolgreichen Ausgang hat, wenn er durch die Agrarpolitik angemessen begleitet wird.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 P 16.3050 Steuerung des Angebots von Käse mit Ursprungsbezeichnung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (N 17.6.16, Bourgeois)

Der Bundesrat hat am 21. Juni 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Steuerung des Angebots von Käse mit Ursprungsbezeichnung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2017 P 17.3401 Die Schweizer Landwirtschaft für die Zukunft fit machen (S 27.9.17, Müller Damian)

Der Bundesrat hat am 1. November 2017 den Bericht «Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses. Der Vorschlag für die Agrarpolitik ab 2022 basiert auf einem Konzept mit zwei sich ergänzenden Komponenten. Zum einen sieht eine herausfordernde internationale Komponente weitere Marktöffnungsschritte vor, welche je nach Grad der Öffnung und strukturellen Auswirkungen mit staatlichen Kompensationsmassnahmen begleitet werden sollen. Eine zweite Komponente bietet der Landwirtschaft Perspektiven für eine Weiterentwicklung in allen drei Bereichen der Nachhaltigkeit: Markt, Umwelt / natürliche Ressourcen sowie landwirtschaftliche Unternehmen (inkl. soziale Aspekte).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Generalsekretariat

2015 P 15.3377 Massvolles Angebot an Drittprodukten der Schweizerischen Post (N 14.9.15, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)

Der Bundesrat hat am 9. Dezember 2016 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Massvolles Angebot an Drittprodukten durch die Schweizerische Post» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Verkehr

2014 P 13.4014 Vereinfachung der Zollverfahren und Erleichterung der grenzüberschreitenden Verkehrsabwicklung (N 10.3.14, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR) – vormals EFD/EZV

Der Bundesrat hat am 1. Dezember 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Vereinfachung der Zollverfahren und Erleichterung der grenzüberschreitenden Verkehrsabwicklung» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 P 14.3673 Bericht zum internationalen Personenverkehr (Bahn/Bus) (N 12.3.15, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)

Der Bundesrat hat am 18. Oktober 2017 in Erfüllung des Postulats den «Bericht zum internationalen Personenverkehr (Bahn/Bus)» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 P 15.3496 Evaluation der Weiterentwicklungsmöglichkeiten von SBB Cargo (S 4.6.15, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)

Der Bundesrat hat am 1. November 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Evaluation der Weiterentwicklungsmöglichkeiten von SBB Cargo» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 P 15.3424 Investitionen in die Eisenbahnstrecke Lausanne-Bern auf die Umfahrung des kritischen Abschnitts Flamatt-Schmitten konzentrieren? (N 25.9.15, Nordmann)

Der Bundesrat hat am 8. November 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Investitionen in die Strecke Lausanne–Bern auf die Umfahrung des kritischen Abschnitts Flamatt–Schmitten konzentrieren?» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 P 15.3707 Förderung des öffentlichen Verkehrs für den alpinen Raum (N 25.9.15, Häsler)

Der Bundesrat hat am 18. Oktober 2017 in Erfüllung des Postulats den «Bericht zum internationalen Personenverkehr (Bahn/Bus)» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 P 14.3037 Realisierbares Verlagerungsziel festlegen (N 2.3.16, FDP-Liberale Fraktion)

Der Bundesrat hat in Erfüllung des Postulats im Bericht über die Verkehrsverlagerung vom November 2017 verschiedene Messgrössen und Anwendungsbereiche als Alternativen zum geltenden Verlagerungsziel von 650 000 schweren Güterfahrzeugen nach Artikel 3 des Güterverkehrsverlagerungsgesetzes vom 19. Dezember 2008 (SR 740.1) analysiert und bewertet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat sieht angesichts der Verfassungs- und Gesetzesgrundlagen keine Möglichkeit, vom Fahrtenziel für den schweren Güterverkehr als Messgrösse und Zielsetzung der Verlagerungspolitik abzuweichen. Auch wenn das geltende Verlagerungsziel bisher nicht erreicht wurde, ist es verbindlich. Aus rechtlicher Sicht besteht kein Anlass, das Ziel, insbesondere den Zeitpunkt der Zielerreichung, anzupassen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 P 14.3769 SBB-Linie Yverdon-Payerne. Der Bundesrat muss den Schienengüterverkehr beibehalten! (N 16.6.16, Grin)

Der Bundesrat hat am 20. Dezember 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Schienengüterverkehr auf der SBB-Linie Yverdon–Payerne» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 P 14.4170 Transport gefährlicher Güter auf der Schiene (N 21.9.16, Amherd)

Der Bundesrat hat in Erfüllung des Postulats im Bericht über die Verkehrsverlagerung vom November 2017 geprüft, ob ein faktisches Verbot von Gefahrguttransporten über die Simplon-Passstrasse grundsätzlich möglich ist. Sofern ein politischer Auftrag seitens des Parlaments formuliert wird, ist der Bundesrat grundsätzlich bereit, ein generelles Gefahrgutverbot über den Simplon umzusetzen. Der Bundesrat erachtet jedoch eine Selbstverpflichtung der Industrie gegenüber einem ordnungsrechtlichen Verbot als zu bevorzugende Lösung und empfiehlt die Aufnahme von Gesprächen zwischen dem Kanton Wallis und der Gefahrguttransport verursachenden Industrie. Vor einer politischen Entscheidfindung zur Frage eines Fahrverbotes und vor dem Beschluss des entsprechenden Erlasses ist zwingend eine sachliche, unabhängige Risikoanalyse vorzunehmen, mit der überprüft wird, ob der Transport von Gefahrgut auf der Schiene mit geringeren Risiken verbunden ist als der reine Strassentransport über die Simplon-Passstrasse.

Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Energie

2012 M 11.3562 Tiefe Geothermie. Offensive (S 29.9.11, Gutzwiller; N 7.3.12; S 30.5.12)

2012 M 11.3563 Tiefe Geothermie. Schweizweite geologische Erkundung (S 29.9.11, Gutzwiller; N 7.3.12; S 30.5.12)

2014 M 11.4027 Aktionsplan für die Geothermie (N 17.9.13, Riklin Kathy; S 20.3.14; N 17.6.14)

Der Bundesrat hat am 3. März 2017 in Erfüllung der Motionen den Bericht «Konzipierung und Umsetzung von Fördermassnahmen für die Nutzung der tiefen Geothermie in der Schweiz» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2012 P 11.4088 Auswirkungen der Energiepolitik der EU-Staaten auf die Versorgungssicherheit mit Elektrizität und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz (N 16.3.12, Bourgeois)

Der Bundesrat hat am 20. Dezember 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Auswirkungen der Energiepolitik der EU-Staaten auf die Versorgungssicherheit mit Elektrizität und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2013 P 13.3521 Nachhaltige Rahmenbedingungen für die Wasserkraft (S 25.9.13, Engler)

Der Bundesrat hat am 1. Dezember 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Nachhaltige Rahmenbedingungen für die Wasserkraft» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 P 15.3583 Ursachen des leicht rückläufigen Stromverbrauchs in den letzten Jahren (N 25.9.15, Nordmann)

Der Bundesrat hat am 8. Dezember 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Ursachen der Stromverbrauchsentwicklung der Schweiz» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 P 15.4085 Auswirkungen der Rückerstattung der Zuschläge auf die Übertragungskosten der Hochspannungsnetze (Art. 15*b*^{bis} EnG) (N 2.3.16, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)

Der Bundesrat hat am 2. Juni 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Auswirkungen der Rückerstattung der Zuschläge auf die Übertragungskosten der Hochspannungsnetze» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Strassen

2001 P 01.3402 Bericht zur Bedeutung und Förderung des Langsamverkehrs (N 5.10.01, Aeschbacher)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, einen Bericht zum Langsamverkehr vorzulegen. In seiner Botschaft vom 23. August 2017 zur Volksinitiative «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege (Velo-Initiative)» und zum direkten Gegenentwurf (Bundesbeschluss über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege) (BBl *2017* 5901; 17.051) äussert sich der Bundesrat umfassend zur Bedeutung des Langsamverkehrs und schlägt mit seinem direkten Gegenentwurf eine zentrale Massnahme zur Förderung des Veloverkehrs vor.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2007 P 05.3002 Vorwärts machen mit den Schwerverkehrskontrollzentren an der A2 (N 21.6.07, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, alles zu unternehmen, damit die Schwerverkehrskontrollzentren an der A2 nördlich und südlich des Gotthardtunnels rasch und geografisch am richtigen Ort erstellt werden. 2009 wurde das Schwerverkehrskontrollzentrum in Ripshausen (UR) mit einem Kontroll- und Abstellplatz eröffnet.

Das Auflageprojekt für das Schwerverkehrskontrollzentrum im Raum Bodio (TI) wurde Mitte März 2013 erstinstanzlich vom Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation genehmigt. Gegen diese Plangenehmigungsverfügung sind innerhalb der Frist keine Rekurse ans Bundesverwaltungsgericht eingereicht worden. Nach erfolgter Detailplanung konnte Ende 2017 mit der baulichen Realisierung des Schwerverkehrskontrollzentrums begonnen werden. Das Zentrum auf der Süd-Nord-Achse der A2 kann voraussichtlich 2022/2023 den Betrieb aufnehmen.

Mit dem Bau des Schwerverkehrskontrollzentrums in Roveredo (GR) kann auch der Süd-Nord-Verkehr auf der A13 entsprechend kontrolliert werden. Die Inbetriebnahme ist für Herbst 2018 vorgesehen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2011 M 11.3003 Ausbau Nordumfahrung Zürich. Überdeckung Weiningen (N 15.3.11, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR 09.4142; S 22.9.11)

Der Bundesrat hat am 22. September 2017 im Rahmen des Ausbaus der Nordumfahrung Zürich das generelle Projekt zum Halbanschluss und zur Überdeckung Weiningen genehmigt. Das generelle Projekt sieht eine 100 Meter lange Überdeckung des Westportals des Gubristtunnels bei Weiningen vor. Der neue Halbanschluss wird in Richtung Limmattaler-Kreuz verschoben. Die Ausfahrtsspur beginnt bereits im Tunnel und wird in Tieflage direkt an die Umfahrungsstrasse angeschlossen. Dadurch reduzieren sich die zusätzlich beanspruchten Flächen und die Verkehrsinfrastruktur wird besser in die Landschaft integriert.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2015 P 14.4077 Digitale Brillen. Gefahren im Strassenverkehr (S 9.3.15, Hefti)

Der Bundesrat hat am 22. Februar 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Digitale Brillen. Gefahren im Strassenverkehr» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 P 14.3997 Voraussetzungen für ein Schnellladenetz für Elektroautos auf Nationalstrassen (N 12.3.15, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)

Der Bundesrat hat am 28. Juni 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Voraussetzungen für ein Schnellladenetz für Elektroautos auf Nationalstrassen» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 P 16.3267 Evaluation von Via sicura (S 8.6.16, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)

Der Bundesrat hat am 28. Juni 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Evaluation von Via sicura» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 P 16.3773 Nutzlastkompensation für Elektronutzfahrzeuge (N 16.12.16, Giezendanner)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, das Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 (SR *741.01*) so zu ändern, dass das Gesamtgewicht bei Elektro-Lastkraftwagen um das konstruktionsbedingte Mehrgewicht um maximal 10 Prozent erhöht wird. Mit den vom Bundesrat am 5. April 2017 beschlossenen Änderungen der Verkehrsregelnverordnung vom 13. November 1962 (SR *741.11*; AS *2017* 2649) und der Verordnung vom 19. Juni 1995 über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge (SR *741.41*; AS *2017* 2651) dürfen zwei- und dreiachsige Lastwagen oder Sattelschlepper mit alternativer Antriebstechnologie deren Mehrgewicht kompensieren und das Gesamt- und Betriebsgewicht um bis zu einer Tonne erhöhen. Die Änderungen stimmen mit dem EU-Recht überein. Sie traten am 7. Mai 2017 in Kraft.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Kommunikation

2016 P 15.3618 Bericht zum Service-public-Auftrag der SRG. Analyse nach Subsidiaritätsprinzip (N 21.9.16, Wasserfallen)

Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrates (KVF-N) hat am 29. August 2016 die Verwaltung beauftragt, einen Bericht zu folgenden Themen zu erstellen: eine detaillierte Analyse des elektronischen Medienmarktes gemäss Subsidiaritätsprinzip, eine Darstellung des gezielten Mitteleinsatzes der SRG und der Konzentration auf Kernthemen (z. B. Verzicht auf fiktionale Beiträge) sowie eine Untersuchung der effektiven Auswirkungen von Wettbewerbsverzerrungen auf andere elektronische Medien. Am 25. Januar 2017 hat die Verwaltung der KVF-N einen umfangreichen Bericht abgeliefert und zu den Fragen eingehend Stellung genommen (www.parlament.ch > Services > News Suche > Die Diskussion über den Service public geht weiter > Service public im Medienbereich: Zusatzabklärungen der Verwaltung (PDF); (https://www.parlament.ch/centers/documents/de/mm-kvf-n-2017-02-14-bericht-service-public-n-d.pdf). Dem Bericht liegen zwei Studien mit Sonderanalysen zu den Programmstrukturen privater TV-Veranstalter und der SRG sowie eine Analyse von Polynomics zu den Wettbewerbsverzerrungen bzw. zu den Wettbewerbswirkungen der Gebührenfinanzierung des Service public zugrunde (Kosten der Studien: 294 000 Franken). Zusätzlich hat das Bundesamt über Kommunikation selbst eine Befragung von privaten Medienunternehmen durchgeführt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Umwelt

2009 M 08.3240 Fluglärmimmissionen. Entschädigung nachbarrechtlicher Abwehransprüche (S 12.6.08, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR; N 4.6.09; Abschreibung beantragt 17.044)

Der Bundesrat hat am 17. Mai 2017 in Erfüllung der Motion den Bericht «Fluglärmemissionen. Entschädigungen nachbarrechtlicher Abwehransprüche» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses; 17.044.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2009 P 09.3600 Rückführung von verbrauchten Polyethylenfolien zur Wiederverwertung (N 25.9.09, Cathomas)

Der Bundesrat hat am 22. September 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Rückführung von verbrauchten Polyethylen-Folien in die Wiederverwertung» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2012 P 12.3090 Mikroverunreinigungen im Wasser. Verstärkung der Massnahmen an der Quelle (S 30.5.12, Hêche)

Der Bundesrat hat am 16. Juni 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Massnahmen an der Quelle zur Reduktion der Mikroverunreinigung in den Gewässern» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2013 P 13.3108 Fracking in der Schweiz (N 21.6.13, Trede)

Der Bundesrat hat am 3. März 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Fracking in der Schweiz» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2013 P 13.3924 Optimierung der Waldnutzung (N 13.12.13, Jans)

Der Bundesrat hat am 8. Dezember 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Optimierung der Waldnutzung» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2014 P 13.4201 Rückführung von Asche in den Wald als Sofortmassnahme gegen Bodenversäuerung (N 21.3.14, von Siebenthal)

Der Bundesrat hat am 15. Februar 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Optionen zur Kompensation der Versauerung von Waldböden und zur Verbesserung der Nährstoffsituation von Wäldern – Darstellung und Bewertung» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 M 15.3001 Schaffung von Handlungsspielraum in der Gewässerschutzverordnung (S 16.3.15, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR; N 23.9.15)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, die Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 (GSchV; SR *814.201*) und sämtliche dazugehörigen Richtlinien dahingehend anzupassen, dass die Kantone für die Festlegung der Gewässerräume nach Artikel 36*a* des Gewässerschutzgesetzes vom 24. Januar 1991 (SR *814.20*) den maximal möglichen Handlungsspielraum erhalten.

Diesem Auftrag wurde mit zwei Revisionen der GSchV Rechnung getragen; sie traten auf den 1. Januar 2016 bzw. den 1. Mai 2017 in Kraft (AS *2015* 4791 und *2017* 2585). Zusammen mit den Ausnahmeregelungen, die bereits seit der Verankerung des Gewässerraums in der GSchV im Jahr 2011 bestehen, steht nun den Kantonen ein Instrumentarium zur Verfügung, um den lokalen Gegebenheiten der vielfältigen Landschaft der Schweiz und deren Gewässer Rechnung tragen zu können. Der Handlungsspielraum umfasst Anpassungs- und Verzichtmöglichkeiten bei der Festlegung des Gewässerraums sowie Ausnahmen bezüglich extensiver Gestaltung und extensiver Bewirtschaftung. Die zweite Revision der GSchV wurde eng begleitet durch eine von der Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz unter Einbezug der Landwirtschaftsdirektorenkonferenz ins Leben gerufene Austauschplattform, in der Bund und Kantone vertreten sind. Diese Plattform wird fortgeführt. Die beiden Merkblätter «Gewässerraum im Siedlungsgebiet» und «Gewässerraum im Landwirtschaftsgebiet» wurden mit Inkrafttreten der zweiten Änderung der GSchV aufgehoben.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2015 P 15.3497 Evaluation von Massnahmen zur Minderung der Risiken beim Transport von Gefahrgut, insbesondere von Chlorgas (S 3.12.15, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR 14.036)

Der Bundesrat hat am 28. Juni 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Massnahmen zur Minderung der Risiken beim Schienen- oder Strassentransport von Gefahrgut, insbesondere von Chlorgas» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 P 15.3798 Internationale Klimafinanzierung (N 1.12.15, Aussenpolitische Kommission NR)

Der Bundesrat hat am 10. Mai 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Internationale Klimafinanzierung» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 P 15.3840 Nationaler Massnahmenplan zur Verringerung der Lärmbelastung (N 2.3.16, Barazzone)

Der Bundesrat hat am 28. Juni 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Nationaler Massnahmenplan zur Verringerung der Lärmbelastung» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 P 14.3882 Kapazitätsplanung bei Kehrichtverbrennungsanlagen mit Abwärmenutzung (N 16.6.16, [Killer]-Knecht)

Der Bundesrat hat am 15. November 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Kapazitätsplanung bei Kehrrichtverbrennungsanlagen mit Abwärmenutzung» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Raumentwicklung

2010 P 08.3017 Multifunktionale Nationalstrassen. Entlastung der Landschaft (N 8.3.10, Rechsteiner Rudolf)

Der Bundesrat hat am 21. Juni 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Multifunktionale Nationalstrassen zur Entlastung der Landschaft» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > Geschäfte (Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2013 P 13.3461 Evaluation der Sachplanung des Bundes (N 27.9.13, Vitali)

Der Bundesrat hat am 26. April 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Evaluation der Sachplanung des Bundes» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2014 P 14.3806 Verdichtetes Bauen in Ortszentren fördern, aber wie? (N 12.12.14, von Graffenried)

Der Bundesrat hat am 21. Juni 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Verdichtetes Bauen in Ortszentren fördern, aber wie?» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > Geschäfte (Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Kapitel II
An die zuständigen Kommissionen: Bericht über den Realisierungsstand der Motionen und Postulate, die zwei Jahre nach der Überweisung noch nicht erfüllt sind

Bundeskanzlei

Keine

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

2010 M 09.3719 Die UNO untergräbt das Fundament unserer Rechtsordnung (S 8.9.09 Marty; N 4.3.10)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, dem UNO-Sicherheitsrat mitzuteilen, dass der Bundesrat ab Beginn 2010 die Sanktionen gegen natürliche Personen, die aufgrund von Resolutionen im Namen der Terrorismusbekämpfung ausgesprochen wurden, unter bestimmten Bedingungen nicht mehr umsetzen wird. Mit Schreiben vom 22. März 2010 hat der Bundesrat via die Ständige Vertretung der Schweiz bei den Vereinten Nationen in New York den Ausschuss des Sicherheitsrats, der nach Resolution 1267 (1999) und Folgeresolutionen für die Anwendung der Sanktionen des Sicherheitsrates gegen die Gruppierungen «Islamischer Staat» und «Al-Qaïda» verantwortlich ist, über die Annahme der Motion und die sich daraus ergebenden Folgen für die Schweiz informiert. Überdies hat die Schweiz ihre intensiven Bemühungen um Verbesserung der Rechtstaatlichkeit beim Eintrag und der Streichung von Personen auf UNO-Sanktionslisten (Listing/Delisting) fortgeführt.

Die Schweiz setzt sich weiter für eine Stärkung der Rolle der Ombudsperson ein.

2010 M 10.3005 Massnahmen zur frühzeitigen Information des Parlamentes über relevante europäische Gesetzgebungsentwürfe (S 8.3.10, Aussenpolitische Kommission SR 09.052; N 13.9.10; S 9.12.10)

Die Motion lädt den Bundesrat ein, dem Parlament Massnahmen vorzuschlagen, mit denen die eidgenössischen Räte frühzeitig über europäische Gesetzgebungsentwürfe, die für die Schweiz relevant sind und über die Handlungsmöglichkeiten der Schweiz ins Bild gesetzt werden können.

Die Konsultation des entsprechenden Berichtsentwurfs wurde aufgrund der Entwicklungen in der Europapolitik im Bereich der institutionellen Fragen suspendiert. Es ist angezeigt, das Ergebnis der institutionellen Verhandlungen abzuwarten, bevor dem Parlament ein Bericht vorgelegt wird. Soweit das institutionelle Abkommen zwischen der Schweiz und der EU eine dynamische Übernahme des für Marktzugangsabkommen relevanten EU-Rechts sowie den Einbezug der Schweiz bei der Ausarbeitung dieses EU-Rechts (decision shaping) vorsieht, wird es auch einen Mechanismus vorsehen, der es der Schweiz erlaubt, frühzeitig über relevante europäische Gesetzgebungsentwürfe informiert zu werden. Sobald das Verhandlungsresultat bekannt ist, wird der Bundesrat dem Parlament Vorschläge für Massnahmen im Sinne dieser Motion sowie Massnahmen für die Beteiligung des Parlamentes am «decision shaping» vorschlagen können. Die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU über die institutionellen Fragen sind seit Mai 2014 im Gang.

2011 M 11.3005 Umsetzung der von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates verabschiedeten Resolution (N 17.3.11, Aussenpolitische Kommission NR; S 15.9.11)

Das kosovarische Parlament hat im August 2015 einer Verfassungsänderung zugestimmt, die die Errichtung eines Sondergerichts erlaubt, das die von der «Special Investigative Task Force» (SITF) untersuchten Anschuldigungen betreffend illegalen Handel mit menschlichen Organen gerichtlich aufarbeiten soll. Dieses Organ (die *Kosovo Specialist Chambers* sind formell ins kosovarische Justizsystem integriert mit Sitz in Den Haag) wurde inzwischen errichtet und hat seine Arbeit 2017 aufgenommen. Die Schweiz ist von der Wichtigkeit aller Initiativen überzeugt, mit denen die genannten Anschuldigungen vollständig aufgeklärt werden können. Aus diesem Grund unterstützt das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) die *Kosovo Specialist Chambers* mit einem juristischen Berater, dessen Posten für die Dauer von drei Jahren finanziert wird. Zudem wird die durch dieses Organ durchgeführte Sensibilisierungskampagne bei der kosovarischen Bevölkerung vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten finanziell unterstützt. Die Schweiz bekundete ihre Unterstützung auch mit dem Vorschlag einer schweizerischen Kandidatur für eine Richterstelle. Da die Kandidatur erfolgreich war, verfügt die Schweiz über eine Magistratsperson in diesem Gremium.

Dank seinem Programm für menschliche Sicherheit wird das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten zudem die Bemühungen im Bereich der Vergangenheitsarbeit im Kosovo weiterhin substanziell mittragen. Dieses Programm umfasst unter anderem die Unterstützung von nationalen Prozessen zur Aufarbeitung der Vergangenheit, zur Übergangsjustiz und Versöhnung.

2012 M 11.4038 Beseitigung aller Diskriminierungen gegenüber der kurdischen Minderheit in Syrien (N 21.12.11, Aussenpolitische Kommission NR 11.2017; S 8.3.12)

Der Bundesrat hatte sich bereit erklärt, sich aktiv für die Menschenrechte aller Bürgerinnen und Bürger Syriens einzusetzen und dabei ein besonderes Augenmerk auf religiöse und ethnische Minderheiten zu richten. Die Schweiz setzt sich im Menschenrechtsrat insbesondere dafür ein, dass die wiederkehrende Resolution zur Lage in Syrien substanzielle Elemente zur Bekämpfung der Straflosigkeit und zu einer Verstärkung der Rechenschaftspflicht enthält. Beides sind wichtige Voraussetzungen zur Vorbeugung von Verletzungen der Menschenrechte, die gegen die Bevölkerung, darunter die kurdische Gemeinschaft und weitere Minderheiten, verübt werden. Die Schweiz verfolgt zudem weiterhin die Arbeit des durch den Menschenrechtsrat geschaffenen unabhängigen Ermittlungsausschusses. Sie hat sich zudem für die Schaffung des internationalen, unparteilichen und unabhängigen Mechanismus eingesetzt, welcher durch die UNO-Generalversammlung zur Untersuchung der schwerwiegendsten Verletzungen des Völkerrechts im Syrienkonflikt eingesetzt wurde. Die Schweiz unterstützt diesen Mechanismus mit 550'000 Franken. Sie hat zwei Konferenzen organisiert. Das Ziel dieser Treffen ist die Förderung der wirkungsvollen Zusammenarbeit zwischen dem Mechanismus und den syrischen Akteuren. Die Schweiz hat sich ferner seit 2011 mit humanitärer Hilfe in der Höhe von 315 Millionen Franken für die Opfer dieser Krisenregion engagiert, und sie beteiligt sich aktiv an der Konfliktlösung in Syrien. Die Schaffung und die Unterstützung des Civil Society Support Room durch die Schweiz in Zusammenarbeit mit dem Büro des Sonderbeauftragten der UNO hat es erlaubt, Vertreterinnen und Vertreter der syrischen Zivilgesellschaft, darunter auch Kurden, in die offiziellen Friedensgespräche in Genf einzubinden.

2012 M 12.3367 Rechte der Bäuerinnen und Bauern. Für ein weitgehendes Engagement der Schweiz im Menschenrechtsrat (N 28.9.12, Sommaruga Carlo; S 26.11.12)

Der Bundesrat wird durch die Motion beauftragt, den 2010 begonnenen Prozess im Menschenrechtsrat für eine bessere Anerkennung der Rechte der Bäuerinnen und Bauern sowie weiterer Menschen, die in einem landwirtschaftlichen Milieu arbeiten, zu unterstützen. Das Konsultativkomitee empfahl in seiner Schlussstudie die Gründung einer offenen zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe zu den Rechten von Bauern (Arbeitsgruppe), welche daraufhin eine Deklaration zu diesem Thema erarbeiten sollte. Im September 2015 hat der Menschenrechtsrat das Mandat der Arbeitsgruppe mittels Resolution um zwei Jahre erneuert. Die Schweiz zählte zu den Co-Sponsoren der Resolution. Im Mai 2017 fand die vierte Sitzung der Arbeitsgruppe unter Teilnahme der Schweiz statt, an welcher der Entwurf für einen Deklarationstext zu den Rechten der Bauern weitererarbeitet wurde. Die Schweiz wird sich weiterhin aktiv am Prozess beteiligen, beispielsweise an der nächsten Arbeitsgruppensitzung im Frühling 2018. Darüber hinaus finanzierte die Schweiz im April 2014, im November 2015 und 2016 und im Oktober 2017 vier Expertenseminare in Genf zu dieser Thematik, das letzte zur Ernährungssicherheit.

Über die Erteilung eines neuen Spezialverfahrensmandats des Menschenrechtsrates wird erst nach einer Verabschiedung der Deklaration entschieden.

2013 P 11.3916 Informationspolitik zum autonomen Nachvollzug von EU-Recht (N 19.9.13, Nordmann)

Das Postulat fordert den Bundesrat auf, die Massnahmen darzulegen, die er zu ergreifen beabsichtigt, um die Informationen zum «autonomen Nachvollzug» von EU-Recht durch die Schweiz zu verbessern.

Die Schweiz und die EU führen seit Mai 2014 Verhandlungen zu einem institutionellen Abkommen, das die dynamische Übernahme des EU-Acquis vorsieht, soweit er für die Marktzugangsabkommen relevant ist. Ein solches Abkommen würde das heutige System der Übernahme von EU-Recht im Bereich bestehender Marktzugangsabkommen anpassen. Der Abschluss eines institutionellen Abkommens würde jedoch nichts daran ändern, dass jede Übernahme eines EU-Rechtsakts in ein Abkommen zwischen der Schweiz und der EU Gegenstand eines Entscheids der Schweiz bleibt. Sobald das Resultat der Verhandlungen bekannt ist, wird der Bundesrat prüfen können, ob allenfalls neue Massnahmen notwendig sind, um auch die Informationen zum autonomen Nachvollzug von EU-Recht durch die Schweiz zu verbessern.

2014 P 13.3151 Lagebeurteilung der Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa (N 15.9.14, Aeschi Thomas)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat einen Bericht zum Stand der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU zu verfassen.

Die Arbeiten im Hinblick auf die Redaktion eines neuen Berichts zu den Beziehungen Schweiz-EU wurden innerhalb der Bundesverwaltung im Herbst 2015 aufgenommen. Deren Abschluss ist im Verlaufe von 2018 vorgesehen.

2014 P 14.3557 Übernahme von EU-Recht. Kein Swiss Finish und kein vorauseilender Gehorsam (N 26.9.14, Schilliger)

2014 P 14.3577 Übernahme von EU-Recht. Weder Swiss Finish noch vorauseilender Gehorsam (S 9.9.14, Fournier)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat einen Bericht darüber zu verfassen, wie sichergestellt werden soll, dass die Übernahme von europäischem Recht durch die Schweiz nicht noch zusätzlich verschärft oder durch Erfordernisse erschwert wird, die nichts mit dem Gegenstand zu tun haben und die Umsetzung ins Schweizer Recht und auch die Inkraftsetzung so spät wie möglich erfolgen.

Die Schweiz und die EU führen seit Mai 2014 Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen, das die dynamische Übernahme des EU-Acquis vorsieht, soweit er für die Marktzugangsabkommen relevant ist. Ein solches Abkommen würde das heutige System der Übernahme von EU-Recht in den bestehenden Marktzugangsabkommen anpassen und ermöglichte es, zu präzisieren, welches EU-Recht für das Funktionieren der Marktzugangsabkommen relevant ist. Der Abschluss eines institutionellen Abkommens würde jedoch nichts daran ändern, dass jede Übernahme eines EU-Rechtsakts in ein Abkommen zwischen der Schweiz und der EU Gegenstand eines Entscheids der Schweiz bleibt.

Sobald das Resultat der Verhandlungen vorliegt, wird der Bundesrat prüfen können, ob neue Massnahmen im Sinne dieses Postulates notwendig sind.

2014 P 14.3663 Zugang zu Wiedergutmachung (S 26.11.14, Aussenpolitische Kommission SR 12.2042)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, in einem Bericht zu analysieren, welche gerichtlichen und aussergerichtlichen Massnahmen in anderen Staaten umgesetzt werden, um Personen, deren Menschenrechte durch ein Unternehmen in einem Gaststaat verletzt wurden, einen effektiven Zugang zu Wiedergutmachung im Heimatstaat der Unternehmen zu ermöglichen. Der Bundesrat wird gebeten, ausgehend von dieser Analyse die Umsetzung allfälliger gerichtlicher und aussergerichtlicher Massnahmen zu prüfen, die auch in der Schweiz, dem Heimatstaat der Unternehmen, einen effektiven Zugang zu Wiedergutmachung ermöglichen können.

Die mit dem Postulat 14.3663 verlangte Untersuchung steht materiell in engem Zusammenhang zum Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP), der vom Bundesrat am 9. Dezember 2016 verabschiedet wurde. Um die Koordination und Kohärenz sicherzustellen und Doppelspurigkeiten zu vermeiden, wurde das Postulat «Zugang zu Widergutmachung» in den Bericht zum Postulat «Eine Ruggie-Strategie für die Schweiz» integriert. Die Umsetzung des Postulats 14.3663 entspricht dem Politikinstrument 45 des Nationalen Aktionsplans.

Der Bericht des Bundesrates wird auf der Grundlage einer Studie des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte und des Schweizerischen Instituts für Rechtsvergleichung ausgearbeitet. Der Inhalt dieses Berichts soll bei der Evaluation der Notwendigkeit einer Aktualisierung des Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte berücksichtigt werden, die der Bundesrat Ende 2018 vorlegen wird.

2015 M 13.3792 Für eine von Massenvernichtungswaffen freie (A-, B-, C-Waffen frei) Zone im Nahen und Mittleren Osten (N 15.9.14, Sozialdemokratische Fraktion; S 3.3.15

Mit der Motion wird der Bundesrat eingeladen, sich für eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten einzusetzen. Die Forderung der Motion entspricht weiterhin einem traditionellen Schwerpunkt der Schweizer Politik im Bereich der nuklearen Abrüstung und Nichtverbreitung. Wie in der Stellungnahme des Bundesrates vom 20. November 2013 dargelegt, unterstützte die Schweiz die Anstrengungen des Fazilitators, der vom Uno-Generalsekretär eingesetzt wurde, um eine Konferenz zur Schaffung einer solchen Zone im Nahen und Mittleren Osten vorzubereiten. Allerdings kam der Prozess 2015 trotz vielversprechenden Ansätzen zum Stillstand und konnte bisher nicht wieder in Gang gesetzt werden. Der Bundesrat engagiert sich weiterhin für dieses Anliegen, muss aber einräumen, dass die Staaten der entsprechenden Region den Schlüssel zu einer Lösung in der Hand halten. Ungeachtet der politischen Schwierigkeiten hält sich die Schweiz bereit, neue Versuche in diesem Bereich erneut zu unterstützen. Sie steht diesbezüglich mit dem UNO-Abrüstungsbüro sowie mit den relevanten Staaten in Kontakt.

2015 P 14.4080 Evaluation der Bilateralen Verträge mit der EU (N 20.3.15, Grüne Fraktion)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat die bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU in einem Bericht zu evaluieren.
Die Arbeiten im Hinblick auf die Redaktion eines neuen Berichts zu den Beziehungen Schweiz-EU wurden innerhalb der Bundesverwaltung im Herbst 2015 aufgenommen. Deren Abschluss ist im Verlaufe von 2018 vorgesehen.

2015 M 14.3824 Thematisierung der Religionsfreiheit in bilateralen und multilateralen Kontakten und Gremien (N 12.12.14, Streiff; S 16.6.15)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit in bilateralen und multilateralen Kontakten und Gremien zu thematisieren. Wie in früheren Jahren hat sich die Schweiz aktiv an den Arbeiten der UNO beteiligt. Sie hat die Resolutionen über die Religions- und Glaubensfreiheit im Menschenrechtsrat und in der UNO-Generalversammlung mitverhandelt und mitunterzeichnet. Sie schloss sich bei der Verabschiedung der Resolution für die Bekämpfung der Intoleranz, negativer Stereotypen, der Stigmatisierung, der Diskriminierung, des Aufrufs zum Hass und der Gewalt gegen Personen aufgrund ihres Glaubens in denselben Gremien dem Konsens an. Die Schweiz hat an den interaktiven Dialogen mit dem Sonderberichterstatter über Religions- und Glaubensfreiheit in Genf und in New York aktiv teilgenommen. Sie nahm zudem am internationalen Symposium anlässlich des fünfjährigen Jubiläums des «Rabat Action Plan» gegen religiöse Intoleranz am 6. und 7. Dezember 2017 teil. Auf regionaler Ebene hat die Schweiz die Bemühungen des österreichischen Vorsitzes zur Herbeiführung eines Entscheids zur Stärkung der Kapazitäten und Rolle der OSZE zur Verhütung und Bekämpfung religiöser Intoleranz aktiv unterstützt. Die Schweiz hat seit März 2017 den Vorsitz der International Holocaust Remembrance Alliance inne, deren Ziel es ist, in den Mitgliedstaaten, die Geschichtsforschung und den Unterricht über den Holocaust zu fördern. Im bilateralen Rahmen hat die Schweiz die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit mit mehreren Ländern (z.B: Iran, China, Indonesien, Myanmar) thematisiert. Die religiöse Toleranz wurde zudem im Rahmen der ersten politischen Konsultationen mit der Organisation für islamische Kooperation im Oktober 2017 angesprochen.

2015 M 14.3120 Die Partnerschaft mit Europa sicherstellen (N 6.5.15, Sozialdemokratische Fraktion; S 24.9.15)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, die rechtlichen Grundlagen für den Beibehalt, die Weiterentwicklung und die Vertiefung der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU aufzuzeigen.

Die Schweiz und die EU führen seit Mai 2014 Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen mit dem Ziel, die rechtlichen Grundlagen zur Sicherung des Marktzugangs und zum Beibehalt, Weiterentwicklung und Vertiefung der bilateralen Beziehungen zu schaffen. Sobald das Resultat der Verhandlungen vorliegt, wird der Bundesrat prüfen können, ob weitere Massnahmen im Sinne dieser Motion notwendig sind.

2015 P 15.3877 Goldhandel und Verletzung der Menschenrechte (S 1.12.15, Recordon)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, einen Bericht vorzulegen, in dem – soweit unser Land betroffen ist – Bilanz über den Handel mit Gold gezogen wird, das unter menschenrechtsverletzenden Bedingungen abgebaut wird. Ausserdem soll untersucht werden, welche Massnahmen in der Schweiz getroffen werden könnten, um dieser Situation ein Ende zu bereiten. Um eine optimale Koordination und Kohärenz zu gewährleisten und Doppelspurigkeiten zu vermeiden, wurde das Postulat als Massnahme in den Bericht über «Eine Ruggie-Strategie für die Schweiz» integriert.

Es wurde eine interdepartementale Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Umsetzung des Postulats Recordon im Jahr 2016 begleiten sollte. Sie arbeitete ein Mandat für eine externe Studie zum Goldhandel in der Schweiz aus, wobei die Zivilgesellschaft und die Privatwirtschaft konsultiert wurden. Diese Studie wurde Ende Dezember 2017 fertiggestellt. Auf dieser Grundlage wird die Arbeitsgruppe Empfehlungen formulieren. Auf dieser Basis wird aktuell der Bericht zum Postulat Recordon erstellt.
Da sowohl auf der Ebene der Verwaltung als auch auf der Ebene der Zivilgesellschaft und des Privatsektors ein integrativer Ansatz gewählt wurde, dauert die Umsetzung des Postulats länger als geplant.

Eidgenössisches Departement des Innern

Generalsekretariat

2014 P 13.4245 Kohärente Behindertenpolitik (N 21.3.14, Lohr)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, in einem Bericht darzustellen, wie er eine kohärente nationale Behindertenpolitik zu entwickeln und umzusetzen gedenkt. Grundlage für diesen Bericht stellen die Evaluation des Behindertengleichstellungsgesetzes vom 13. Dezember 2002 (BehiG SR 151.3) und der erste Staatenbericht der Schweiz zur UN-Behindertenrechtskonvention dar. Der Bundesrat hat Ende 2015 von den Ergebnissen der Evaluation Kenntnis genommen und Mitte 2016 den Staatenbericht genehmigt. Anfang 2017 hat der Bundesrat vom Bericht des Eidgenössischen Departements des Innern zur Entwicklung der Behindertenpolitik Kenntnis genommen. Der Bericht in Erfüllung des Postulats wird dem Bundesrat Anfang 2018 unterbreitet.

2015 P 15.3114 Bericht über das Potenzial der Schweizer Game-Industrie für Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft (N 19.6.15, Fehr Jacqueline)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, einen Bericht über die Schweizer Game-Industrie zu erstellen und stellt die Frage nach ihrem künstlerischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Potenzial. In seiner Stellungnahme vom 13. Mai 2015 hat der Bundesrat darauf hingewiesen, dass sich der Bericht auf die zentralen Punkte seiner Kulturpolitik konzentrieren wird. Die redaktionellen Arbeiten sind im Gange. Der Bericht in Erfüllung des Postulats wird demnächst abgeschlossen und Ende März 2018 dem Bundesrat vorgelegt.

Bundesamt für Kultur

2014 P 14.3670 Konzept für Sprachaufenthalte (N 24.11.14, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Um der Förderung von Austausch und Mobilität auf nationaler und internationaler Ebene neue Impulse zu verleihen, hat der Bund zusammen mit den Kantonen am 24. März 2016 die Stiftung für die Förderung von Austausch und Mobilität (SFAM) gegründet. Die Stiftung nahm ihren Betrieb am 1. Januar 2017 auf. Ende Oktober 2017 haben das Eidgenössische Departement des Innern, das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung sowie die Kantone eine gemeinsame Strategie zu Austausch und Mobilität genehmigt. Der Bundesrat wird gestützt auf diese Strategie voraussichtlich im 3. Quartal 2018 seinen Bericht in Erfüllung des Postulats verabschieden.

Bundesamt für Gesundheit

2000 P 00.3435 Verbot der Tabakwerbung (N 15.12.00, Tillmanns; Abschreibung beantragt 15.075)

2012 M 11.3637 Gesamtschweizerisch einheitliches Abgabealter für Tabakprodukte (N 23.12.11, Humbel; S 1.6.12; Abschreibung beantragt 15.075)

Abschreibung beantragt in der Botschaft vom 11. November 2015 zum Bundesgesetz über Tabakprodukte; 15.075.

2002 P 00.3536 Patientenfonds (N 30.9.02, Gross Jost)

Der Bundesrat hat in seinem Bericht «Patientenrechte und Patientenpartizipation in der Schweiz» vom 24. Juni 2015 in Erfüllung der Postulate 12.3100 Kessler, 12.3124 Gilli und 12.3207 Steiert den Umgang mit Schäden im Rahmen einer medizinischen Behandlung geprüft. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament > (im Suchfeld die Geschäftsnummer eingeben > auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses. Er hat dabei unter anderem auf die Wichtigkeit der Bestrebungen zur Schadensprävention, etwa im Rahmen der Nationalen Strategie gegen Spital- und Pflegeheiminfektionen, hingewiesen. Gleichzeitig hat der Bundesrat festgehalten, dass von grundlegenden Änderungen der Medizinalhaftpflicht, z.B. der Einführung eines umfassenden «no-fault»-Entschädigungssystems, zurzeit abzusehen ist. Hingegen wurde das Eidgenössische Departement des Innern angesichts der schwierigen Stellung von Patientinnen und Patienten im Schadensfall beauftragt, die Notwendigkeit und allfällige Ausgestaltung einer subsidiären Entschädigungsregelung zu prüfen. Diese Prüfung ist ausstehend (siehe auch P 12.3100).

2003 P 03.3424 Übernahme der angeborenen Krankheiten durch die Invalidenversicherung (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 02.307)

2003 P 03.3425 Kostenbeteiligung bei Geburtsgebrechen und schweren oder chronischen Erkrankungen (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 02.307 [Minderheit Gross Jost])

Gesetzliche Grundlagen zur Differenzierung der Kostenbeteiligung bestehen bereits in Artikel 64 Absatz 6 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (*SR 832.10*). Von diesen Möglichkeiten wurde bisher kein Gebrauch gemacht, da sich sowohl bei der Erhöhung wie bei der Senkung der Kostenbeteiligung Fragen der Gleichbehandlung der Versicherten, aber auch gerade bei Dauerbehandlungen Fragen eines sachgerechten Vollzuges stellen. Entsprechend wurde auf weitere Arbeiten verzichtet. Vielmehr hat der Bundesrat zahlreiche Massnahmen lanciert, um die Belastung der Versicherten und damit auch ihre Kostenbeteiligung zu senken. Dazu gehören die Senkung der Medikamentenpreise wie die Anpassung der Ärztetarife. Weitere Massnahmen zur Kostendämpfung sind vorgesehen.

Der Bundesrat hat weiter in seinem Bericht in Erfüllung des Postulats 13.3250 Schmid-Federer «Auswirkung der Franchise auf die Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen» Fragen zu den Franchisen und deren Konsequenzen für die Krankenversicherung beantwortet. Dabei hat er auch die Frage eines Leistungsverzichts aus finanziellen Gründen ergründet. Zwar liegen wenige Angaben zu dieser Thematik vor, daher kann nur eine grobe Einschätzung vorgenommen werden. Der Anteil der Personen, der auf medizinisch notwendige Leistungen verzichtet, befindet sich im unteren einstelligen Prozentbereich, wobei dieser Anteil bei Personen mit hohen Franchisen leicht höher ist. Ein erhöhter Leistungsverzicht von Familien konnte nicht gefunden werden. Auch diese Einschätzungen sprechen nicht für zusätzliche Abklärungen. Vielmehr hat das Parlament den Bundesrat mit der Motion 15.4157 Bischofberger «Franchisen der Kostenentwicklung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung anpassen» beauftragt, die Franchise der Kostenentwicklung anzupassen. Die entsprechende Botschaft soll Anfang 2018 unterbreitet werden.

2006 M 04.3624	Qualitätssicherung und Patientensicherheit im Gesundheitswesen (N 3.3.05, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 04.433; S 14.6.05; N 14.3.06; Abschreibung beantragt 15.083)
2011 M 10.3015	Für eine nationale Qualitätsorganisation im Gesundheitswesen (N 28.9.10, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR; S 9.3.11; Abschreibung beantragt 15.083)
2011 M 10.3353	Qualitätssicherung OKP (S 20.9.10, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR; N 3.3.11; Abschreibung beantragt 15.083)
2011 M 10.3450	Für eine unabhängige nationale Organisation für Qualitätssicherung (N. 1.10.10, FDP-Liberale Fraktion; S 9.3.11; Abschreibung beantragt 15.083)
2012 M 10.3912	Vita sicura. Risikoforschung für Patientensicherheit (N 17.6.11, Heim; S 4.6.12; Abschreibung beantragt 15.083)
2012 M 10.3913	Vita sicura. Nationales Programm für Patientensicherheit (N 17.6.12, Heim; S 4.6.12; Abschreibung beantragt 15.083)

Abschreibung beantragt in der Botschaft vom 4. Dezember 2015 zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit); 15.083.

2006 P 05.3693 Voraussetzungen für den optimalen Einsatz von Telemedizin schaffen (N 24.3.06, Stump)

Im Rahmen der Verabschiedung der Strategie «Digitale Schweiz» hat der Bundesrat dem Eidgenössischen Departement des Innern den Auftrag erteilt, gemeinsam mit den Kantonen die «Strategie eHealth Schweiz» aus dem Jahre 2007 zu überarbeiten und bis Ende 2018 eine aktualisierte «Strategie eHealth Schweiz 2.0» vorzulegen. Diese soll neben der Unterstützung der Einführung des elektronischen Patientendossiers auch weitere Aspekte der Digitalisierung im Gesundheitswesen abdecken. In diesem Zusammenhang wird auch geprüft werden, ob es zur Förderung der Telemedizin neben den bereits laufenden Aktivitäten im Bereich mobile Health noch weitere Massnahmen braucht.

2006 P 05.3878 Gesundheitsversorgung. Positive Anreize zur Förderung der Patientensicherheit und der Qualitätssicherung (N 24.3.06, Heim)

Die Gestaltung der Anreize ist eines der Aktionsfelder, in denen der Bund gemäss der «Qualitätsstrategie des Bundes im Schweizerischen Gesundheitswesen» (www.bag.admin.ch > Themen > Versicherungen > Krankenversicherung > Qualitätssicherung) aktiv werden will. Allerdings konnte das Aktionsfeld «Anreize» in der Übergangsphase 2012 – 2017 noch nicht berücksichtigt werden. Zudem ist die Datengrundlage für entsprechende Pilotprogramme noch nicht gegeben. Der Bundesrat hat am 4. Dezember 2015 die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit) an das Parlament überwiesen (BBl *2016* 257; 15.083). Dort ist u.a. die Finanzierung von Projekten zur Verbesserung der Qualität vorgesehen, was den Handlungsspielraum zur Weiterverfolgung des Aktionsfeldes «Anreize» vergrössern wird. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates hat die Beratung im Oktober 2016 aufgenommen; die parlamentarische Diskussion ist noch im Gange.

2007 M 06.3009	Einheitliche Finanzierung von Spital- und ambulanten Leistungen (S 8.3.06, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR 04.061; N 22.3.07; S 24.9.07)
2011 M 09.3535	Leistungsfinanzierung nach dem KVG vereinheitlichen (N 12.4.11, Sozialdemokratische Fraktion; S 29.9.11)
2011 M 09.3546	Transparente Finanzierung der sozialen Grundversicherung (S 15.6.11, Brändli; N 12.12.11)

Am 10. Dezember 2010 hat der Bundesrat den Bericht «Einheitliche Finanzierung von Spital- und ambulanten Leistungen durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung» (www.bag.admin.ch > Service > Publikationen > Bundesratsberichte) verabschiedet. Die drei Motionen weisen einen Zusammenhang auf mit der Diskussion zur parlamentarischen Initiative 09.528 Humbel «Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand. Einführung des Monismus». Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates hat deren Beratung im August 2015 wieder aufgenommen. Die dafür eingesetzte Subkommission hat verschiedene Lösungsmöglichkeiten überprüft und erarbeitet einen Entwurf für eine gesetzliche Regelung. Die parlamentarische Diskussion soll abgewartet werden.

2008 P 08.3475 Niedrigstrahlung aus AKW. Studie (N 19.12.08, Fehr Hans-Jürg)

Das Bundesamt für Gesundheit hat die Unterlagen zur Thematik Niedrigstrahlung fertig gestellt. Der Bundesrat wird den Bericht in Erfüllung des Postulats im 1. Quartal 2018 verabschieden. Der Bericht wird die Ergebnisse wichtiger nationaler und internationaler epidemiologischer Studien zusammenfassen, welche in den letzten Jahren initiiert worden sind.

2008 P 08.3493 Schutz der Patientendaten und Schutz der Versicherten (N 19.12.08, Heim)

Der Bundesrat hat am 18. Dezember 2013 den Bericht «Schutz der Patientendaten und Schutz der Versicherten» verabschiedet (www.bag.admin.ch > Themen > Versicherungen > Krankenversicherung > Versicherer und Aufsicht > Dokumente). Der Bundesrat hat festgestellt, dass die Krankenversicherer professioneller mit dem Datenschutz umgehen. Die anlässlich einer ersten Umfrage festgestellten Mängel sind grösstenteils behoben. Die Situation soll erneut bei allen Krankenversicherern überprüft und in einem weiteren Bericht dargestellt werden. Derzeit organisiert das Bundesamt für Gesundheit die entsprechende Überprüfung bei den Krankenversicherern.

2009 M 05.3522 Medizinische Mittel und Gegenstände. Sparpotenzial (N 19.3.07, Heim; S 2.10.08; N 3.3.09)

2009 M 05.3523 Wettbewerb bei den Produkten der Mittel- und Gegenständeliste (N 19.3.07, Humbel; S 2.10.08; N 3.3.09)

Der Revisionsbedarf der Liste der Mittel und Gegenstände (MiGeL) ist unbestritten. Die Revision der MiGeL wurde Ende 2015 gestartet. Bis Ende 2017 wurden die umsatzstärksten Produktegruppen Verbandmaterial, Diabetes und Inkontinenzmaterial, die rund zwei Drittel des Kostenvolumens der MiGeL generieren, bearbeitet. In diesem Rahmen werden auch Grundsatzfragen bezüglich Konkretisierung und Optimierung des Systems zur Festlegung der Höchstvergütungsbeträge bearbeitet. Der Einbezug von Auslandpreisvergleichen ist dabei berücksichtigt. Weiter wird ein System zur regelmässigen periodischen Überprüfung installiert. Die Revision der MiGeL wird bis Ende 2019 abgeschlossen.

2009 M 09.3089 Vertriebsanteil bei den Medikamentenkosten (S 4.6.09, Diener; N 10.12.09)

Der Bundesrat hat am 20. Mai 2015 über das weitere Vorgehen in Sachen Vertriebsanteil entschieden. Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) wird prüfen, wie die – in allen Vertriebskanälen vorhandenen – Anreize zur Abgabe von teureren Medikamenten verringert werden können. Zudem wird das EDI gewisse Parameter in der Berechnung des Vertriebsanteils aktualisieren, um Kosteneinsparungen zu realisieren. Die entsprechenden Anpassungen der Krankenpflege-Leistungsverordnung vom 29. September 1995 (SR *832.112.31*) werden voraussichtlich im 1. Quartal 2018 in eine Vernehmlassung gegeben.

2010 P 09.4199 Ausreichend langer bezahlter Urlaub für Eltern von schwer kranken Kindern (S 2.3.10, Seydoux) - vormals EJPD/BJ

Am 5. Dezember 2014 hat der Bundesrat den Aktionsplan zur Unterstützung der betreuenden und pflegenden Angehörigen verabschiedet. Im Rahmen von dessen Umsetzung hat der Bundesrat am 1. Februar 2017 das Eidgenössische Departement des Innern beauftragt, gemeinsam mit dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement und dem Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung eine Vorlage zu erarbeiten, welche einerseits die Rechtssicherheit bei kurzzeitigen Arbeitsabwesenheiten verbessert und andererseits die rechtlichen Grundlagen für die Einführung eines (bezahlten) Betreuungsurlaubs für Eltern schwerkranker oder -verunfallter Kinder enthält. Die Vernehmlassung zu dieser Vorlage wird voraussichtlich im 2. Quartal 2018 eröffnet (siehe auch P 13.3366).

2010 P 09.4078 Für eine kostenbewusstere Medikamentenversorgung (N 19.3.10, Humbel)

Der Bundesrat hat bereits verschiedene kostensenkende Massnahmen im Bereich der Generika getroffen. Zudem hat er das Eidgenössische Departement des Innern beauftragt, ein Konzept für ein Referenzpreissystem im patentabgelaufenen Bereich zu erarbeiten. Da ein Referenzpreissystem eine Anpassung des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (SR *832.10*) bedingt, hat der Bundesrat am 1. Februar 2017 die Preisabstandsregelungen für Generika erneut angepasst. Zudem gilt der differenzierte Selbstbehalt bereits beim Überschreiten von 10% des günstigsten Drittels der Arzneimittel mit gleicher Wirkstoffzusammensetzung. Die genannten Änderungen traten am 1. März 2017 in Kraft.

2010 M 09.3150 Massnahmen gegen den Anstieg der Krankenkassenprämien (N 12.6.09, Fraktion CVP/EVP/glp; S 20.9.10; Punkte 1, 2 und 3 angenommen)

Folgende Massnahmen sind umgesetzt bzw. geplant:

a) Der Bundesrat hat per 1. Januar 2018 eine Änderung der Verordnung vom 20. Juni 2014 über die Festlegung und die Anpassung von Tarifstrukturen in der Krankenversicherung (SR *832.102.5*) vorgenommen und die Tarifstruktur TARMED nach 2014 zum zweiten Mal angepasst sowie gleichzeitig als gesamtschweizerisch einheitliche Tarifstruktur für ärztliche Leistungen festgelegt. Damit will der Bundesrat übertarifierte Leistungen korrigieren und die Tarifstruktur sachgerechter gestalten. Zudem sollen Fehlanreize reduziert werden, damit gewisse Tarifpositionen nicht übermässig oder unsachgemäss abgerechnet werden. Dadurch können Einsparungen von rund 470 Millionen Franken pro Jahr zugunsten der Prämienzahlenden erzielt werden.

b) Das Bundesamt für Gesundheit hat in den Jahren 2009 sowie 2012 bis 2014 sämtliche Präparate, die auf der Spezialitätenliste aufgeführt sind, überprüft. In den Jahren 2012 bis 2014 wurden Einsparungen von rund 600 Millionen Franken erzielt. Die Überprüfung wurde im Jahr 2017 wieder aufgenommen. Mit dem Überprüfungszyklus von 2017 bis und mit 2019 werden Einsparungen von gesamthaft rund 180 Millionen Franken erwartet. Zudem hat der Bundesrat weitere Anpassungen im patentabgelaufenen Bereich vorgenommen, mit denen Einsparungen von insgesamt rund 60 Millionen Franken in den Jahren 2017 bis und mit 2019 erwartet werden.

c) Die Höchstvergütungsbeträge in der Mittel- und Gegenständeliste (MiGeL) wurden bereits mehrfach angepasst und das Kostensparpotenzial in diesem Bereich wird bereits genutzt. Mit der Revision der MiGeL wird die Liste seit Dezember 2015 schrittweise revidiert und die Änderungen werden laufend in Kraft gesetzt (siehe M 05.3522 und M 05.3523).

2010 P 10.3754 Einführung einer gesamtschweizerischen Kosten-Nutzen-Bewertung von medizinischen Leistungen (N 17.12.10, Humbel)

Artikel 32 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (*SR 832.10*) verlangt, dass alle Leistungen, die von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) übernommen werden, wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich (WZW-Kriterien) sind und periodisch nach diesen Kriterien überprüft werden. Der Bundesrat hat beschlossen, die periodische Prüfung zu stärken und hat dazu am 4. Mai 2016 der Schaffung einer Organisationseinheit im Bundesamt für Gesundheit (BAG) zugestimmt sowie die notwendigen Ressourcen ab 2017 bewilligt. Der Entscheid, welche Themen überprüft und ob Leistungen nicht mehr durch die OKP vergütet werden sollen, liegt beim Eidgenössischen Departement des Innern (EDI). Ein systematischer und transparenter Prozess, in welchem die Stakeholder ebenfalls einbezogen werden, und ein öffentliches Themeneingabeverfahren wurden bereits etabliert.

In einer Übergangsphase hat der Bundesrat bereits ab dem Jahr 2015 Mittel von jährlich 600'000 Franken für ein erstes Health Technology Assessment (HTA)-Programm gesprochen. Seit 2015 hat das EDI jährlich drei Themen für die Re-Evaluation von Leistungen festgelegt. Dieser Prozess wurde 2017 weitergeführt und die Einheit im BAG sowie die Arbeiten werden schrittweise bis 2019 ausgebaut. Angesichts der Aufbauarbeiten benötigten die ersten Projekte eine längere Zeit. Der erste HTA-Bericht wurde im Juni 2017 veröffentlicht. Weitere Veröffentlichungen werden schrittweise ab 2018 erfolgen und die Anzahl der Berichte wird erhöht werden.

Das im Juni 2011 veröffentlichte Arbeitspapier zur Operationalisierung der WZW-Kriterien stellt zudem eine einheitliche nationale Grundlage für die Methodik der Evaluation von Leistungen im Sinne von HTA dar. Dieses befindet sich in Überarbeitung mit Einbezug der internationalen Entwicklungen im Bereich HTA und eine Veröffentlichung ist für Mitte 2018 vorgesehen. Im September 2014 wurde eine Checkliste für Leistungen in Evaluation und im Juni 2017 Prozesse und Kriterien für die ärztliche Komplementärmedizin veröffentlicht.

2011 P 10.3753 Klare Kriterien statt kantonale Willkür bei Spitallisten (N 18.3.11, Humbel)

Der Bundesrat hat im Zusammenhang mit dem Postulat bisher zwei Berichte verabschiedet: a) Bericht «Grundlagen der Spitalplanung und Ansätze zur Weiterentwicklung» in Erfüllung der Postulate 09.4239 und 10.3753, b) Bericht «Planung der hochspezialisierten Medizin: Umsetzung durch die Kantone und subsidiäre Kompetenz des Bundesrates» in Erfüllung des Postulates 13.4012. Beide Berichte sind veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Weiter hat er eine Konzept- und Machbarkeitsstudie inklusive einer ersten Bestandesaufnahme der kantonalen Spitalplanungen erstellt (www.bag.admin.ch > Service > Publikationen > Evaluationsberichte > Kranken- und Unfallversicherung > KVG-Revision Spitalfinanzierung > Spitallandschaft und Sicherstellung der Versorgung> abgeschlossene Studien 2015-2016). Darin wurde die kantonale Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben im Bereich der Spitalplanung detailliert beschrieben. Eine zweite Untersuchung läuft bis 2018. Ihre Resultate sollen zusammen mit dem Schlussbericht der Evaluation im Jahr 2019 veröffentlicht werden.

2011 P 10.4055 Nationale Strategie zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Menschen mit seltenen Krankheiten (N 18.3.11, Humbel)

2011 P 11.3218 Wie viel soll die Gesellschaft für ein Lebensjahr zahlen? (N 30.9.11, Cassis)

Der Bundesrat hat am 15. Oktober 2014 das Nationale Konzept «Seltene Krankheiten» und am 13. Mai 2015 die Umsetzungsplanung verabschiedet (www.bag.admin.ch > Themen > Mensch und Gesundheit > Seltene Krankheiten). Die 19 vorgeschlagenen Massnahmen werden in vier Projekten umgesetzt: Eine prioritäre Massnahme ist die Schaffung von Referenzzentren für Krankheiten oder Krankheitsgruppen. Am 22. Juni 2017 haben die Kantone, Patientenorganisationen, Leistungserbringer und die Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften den Verein «Nationale Koordination Seltene Krankheiten» (kosek) gegründet, welchem die Bezeichnung der Referenzzentren obliegt. Eine weitere Massnahme betrifft die Vergütung von Arzneimitteln im Einzelfall. Am 1. Februar 2017 hat der Bundesrat entschieden, die diesbezüglichen Bestimmungen in der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (SR *832.102*) anzupassen. Mit den Anpassungen kann ein weiterer wichtiger Bestandteil des Konzeptes «Seltene Krankheiten» erfüllt werden. Ziel der Anpassungen war die weitere Sicherstellung einer einheitlichen Beurteilung der Vergütung im Einzelfall, die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Leistungserbringern, Vertrauensärzten, Versicherern und Zulassungsinhaberinnen sowie eine Beschleunigung der Beurteilung der Kostengutsprachegesuche. Die Bestimmungen sind am 1. März 2017 in Kraft getreten.

Die Umsetzung der im Nationalen Konzept enthaltenen Massnahmen war bis Ende 2017 vorgesehen. Die Frist ist um zwei Jahre bis Ende 2019 verlängert worden, um Massnahmen, die mehr Zeit in Anspruch nehmen, wie insbesondere die Schaffung von Referenzzentren und Versorgungsnetzen, gemeinsam mit den Beteiligten umzusetzen. Ende 2019 wird Bilanz gezogen.

2011 M 10.3882 Versorgungsqualität mit DRG (N 3.3.11, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR; S 30.5.11)

Die Motion spricht zwei verschiedene Anliegen an: die Sicherstellung von genügend Aus- und Weiterbildungsplätzen des Gesundheitspersonals durch eine solide Finanzierung sowie die Sicherstellung der Versorgungsqualität. Das erste Anliegen, das insbesondere die Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung betrifft, wurde in der Plattform «Zukunft ärztliche Bildung» aufgenommen. Bund und Kantone haben in diesem Rahmen ein neues Finanzierungsmodell, das «Modell PEP» (pragmatisch, einfach, pauschal) verabschiedet. Bis November 2017 haben 13 Kantone eine entsprechende Interkantonale Vereinbarung über die kantonalen Beiträge an die Spitäler zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung und deren Ausgleich unter den Kantonen ratifiziert. Die Vereinbarung tritt erst in Kraft, wenn ihr 18 Kantone zugestimmt haben.

Die Kosten für die Ausbildung des nichtuniversitären Fachpersonals (hauptsächlich Personen mit Pflegeausbildung) können hingegen nach der neuen Spitalfinanzierung bei der Tarifberechnung im stationären Bereich berücksichtigt werden, womit sie

gemeinsam von der Krankenversicherung und den Kantonen zu finanzieren sind. Somit ist die Finanzierung der Aus- und Weiterbildungsplätze des Gesundheitspersonals rechtlich langfristig geregelt.

Der zweite Teilaspekt, die Qualität der Versorgung, wird im Rahmen der Evaluation der KVG-Revision im Bereich der Spitalfinanzierung in den Themenbereichen «Einfluss der KVG-Revision auf die Qualität der stationären Spitalleistungen» (Ergebnisqualität) und «Einfluss der KVG-Revision auf die Entwicklung der Spitallandschaft und Sicherstellung der Versorgung» (Versorgungsqualität) untersucht. Die bisherigen Studien wurden veröffentlicht (www.bag.admin.ch > Service > Publikationen > Evaluationsberichte > Kranken- und Unfallversicherung > KVG-Revision Spitalfinanzierung > Spitallandschaft und Sicherstellung der Versorgung bzw. Qualität der stationären Spitalleistungen). Weitere Untersuchungen sollen zusammen mit dem Schlussbericht der Evaluation im Jahr 2019 veröffentlicht werden.

2011 M 10.3770 Gegen eine diskriminierende Umsetzung der Pflegefinanzierung (N 18.3.11, Joder; S 29.9.11)

Umsetzung und Wirkungen der Neuordnung der Pflegefinanzierung werden in einer Evaluation untersucht. Der Schlussbericht der Evaluation wird voraussichtlich im 1. Halbjahr 2018 veröffentlicht. Bereits vorliegend sind Berichte zur Umsetzung in den Kantonen, die das Bundesamt für Gesundheit im Auftrag der Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren erstellt hat (www.parlament.ch > Organe > Sachbereichskommissionen > Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit > Berichte und Vernehmlassungen > Weitere Berichte).

2011 M 10.4161 Krankenversicherung. Wählbare Franchisen und Vertragsdauer (N 18.3.11, Stahl; S 29.9.11)

Die Motion verlangt, mittels einer Änderung des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG; SR *832.10*) eine längere Vertragsdauer bei den wählbaren Franchisen zu ermöglichen. Ziel ist, die Solidarität zwischen gesunden und kranken Menschen zu stärken. Das Thema der mehrjährigen Vertragsdauer wurde mit der parlamentarischen Initiative 15.468 Brand (Borer) «Stärkung der Selbstverantwortung im KVG» aufgenommen. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates erarbeitete einen entsprechenden Vorentwurf, welchen sie am 18. September 2017 in die Vernehmlassung schickte. Die Vernehmlassung dauerte bis am 18. Dezember 2017. Die Unterlagen sind unter www.parlament.ch > (im Suchfeld 15.468 eingeben; auf Geschäft klicken) > weiterführende links > Vernehmlassungen) zu finden.

2012 M 09.3509 Steuerbarkeit der Demenzpolitik I: Grundlagen (N 12.4.11, Steiert; S 12.3.12)

Im Rahmen der Nationalen Demenzstrategie 2014 – 2019 dient das «Versorgungsmonitoring» dazu, allfällige Datenlücken zweckmässig und zielführend zu schliessen. In einem Online-Indikatoren-Set werden die Ergebnisse einer demenzspezifischen Analyse bestehender Datenerhebungen des Bundes (u.a. Medizinische Statistik der Krankenhäuser, medizinische Qualitätsindikatoren der stationären Langzeitpflege) und verschiedener Leistungserbringer (z.B. Daten des Pflege- und Betreuungsbedarfs der ambulanten Pflege sowie der Swiss Memory Clinics) abgebildet. Erste Faktenblätter zu den Sterbefällen mit Demenzerkrankung sowie Spitalpatientinnen und -patienten mit registrierter Demenzerkrankung liegen vor. Der Bundesrat wird im Laufe des Jahres 2019 im Rahmen der Berichterstattung zur Umsetzung der Nationalen Demenzstrategie 2014 – 2019 einen Bericht über die Erfüllung der Motion vorlegen.

2012 M 09.3510 Steuerbarkeit der Demenzpolitik II: Gemeinsame Strategie von Bund und Kantonen (N 12.4.11, Wehrli; S 12.3.12)

Der Bundesrat hat am 13. November 2013 das Eidgenössische Departement des Innern beauftragt, in Koordination mit weiteren Bundesstellen und unter den gegebenen finanziellen und personellen Ressourcen einen Beitrag zur Umsetzung der Nationalen Demenzstrategie 2014 – 2017 zu leisten. Der «Dialog Nationale Gesundheitspolitik» hat die Strategie am 21. November 2013 verabschiedet. Am 16. November 2016 hat der Bundesrat den Stand der Umsetzung und den Antrag der Verlängerung der Strategie bis Ende 2019 zur Kenntnis genommen. Der «Dialog Nationale Gesundheitspolitik» hat am 24. November 2016 diesen Antrag gutgeheissen. Die übergeordnete Zielsetzung der Strategie liegt darin, Behandlung, Betreuung und Pflege entlang des Krankheitsverlaufs zu optimieren und dadurch die Lebensqualität der von dieser Krankheit Betroffenen zu verbessern. Die Strategie und deren Umsetzung leistet damit einen wesentlichen Beitrag zu den gesundheitspolitischen Prioritäten des Bundesrates «Gesundheit2020». Bis heute konnten 17 der insgesamt 18 Strategieprojekte gestartet werden. Mehrere Kantone haben in Anlehnung an die nationale Strategie eigene Aktionspläne und Strategien entwickelt. In einzelnen Bereichen werden auch kantonsübergreifende Massnahmen umgesetzt (z.B. Netzwerk Demenz beider Basel, Prävalenzstudie Kanton Tessin und Genf). Der Umsetzungsstand und die bis 2019 erreichbaren Ergebnisse und Wirkungen der Strategie werden 2018 evaluiert. Die Ergebnisse dieser Bilanz liegen im Frühjahr 2019 vor. Damit wird eine empirisch begründete Entscheidungsgrundlage für das weitere Vorgehen geschaffen.

2012 P 12.3100 Patientenrechte stärken (N 15.6.12, Kessler)

2012 P 12.3124 Patientenrechte stärken (N 15.6.12, Gilli)

2012 P 12.3207 Stärkung der Patientenrechte (N 15.6.12, Steiert)

Der Bundesrat hat am 24. Juni 2015 in Erfüllung der Postulate 12.3100, 12.3124 und 12.3207 den Bericht «Patientenrechte und Patientenpartizipation in der Schweiz» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bericht kommt zum Schluss, dass bezüglich der materiellen Rechtslage in der Schweiz keine Lücken ersichtlich sind. Einzelne Handlungsmöglichkeiten ortet der Bericht in den Bereichen Transparenz, bei der Umsetzung der Patientenrechte in der Praxis, bei der Schadensprävention bzw. im Umgang mit Schäden aus medizinischen Behandlungen und schliesslich bezüglich der Berücksichtigung von Patienteninteressen in gesundheitspolitischen Prozessen. Soweit in der Bundeskompetenz liegend, werden die Handlungsmöglichkeiten vertieft geprüft oder im Rahmen laufender Dossiers berücksichtigt.

Am 7. Juni 2016 hat der Nationalrat beschlossen, die Vorstösse nicht abzuschreiben. Es wurde zwar anerkannt, dass der Bundesrat mit dem Bericht vom 24. Juni 2015 eine umfassende Auslegeordnung zu den Patientenrechten in der Schweiz erarbeitet hat. Hingegen möchte die zuständige Kommission die Ergebnisse des Berichtes und die dargestellten Handlungsmöglichkeiten noch vertiefter diskutieren (siehe auch P 00.3536).

2012 M 11.4037 Änderung des Bundesgesetzes über genetische Untersuchungen beim Menschen (N 8.3.12, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR 10.487; S 26.9.12; Abschreibung beantragt 17.048)

2014 M 14.3438 Keine vorgeburtliche Geschlechterselektion durch die Hintertüre! (S 16.9.14, Bruderer Wyss; N 24.11.14; Abschreibung beantragt 17.048)

Abschreibung beantragt in der Botschaft vom 5. Juli 2017 zum Bundesgesetz über genetische Untersuchungen beim Menschen; 17.048.

2012 P 12.3363 Qualitätssicherung in der Gesundheitsversorgung statt Prämien und Rabatte für Leistungsabbau (N 28.9.12, Hardegger)

2014 M 12.4171 Bessere Betreuung und mehr Effizienz im KVG (N 5.3.14, FDP-Liberale Fraktion; S 13.6.14)

Der Bundesrat hat am 4. Dezember 2015 dem Parlament die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit; BBl *2016* 257; 15.083) unterbreitet. Dort ist auch die Finanzierung von Projekten zur Verbesserung der Qualität vorgesehen.

Die Frage der Auswirkungen finanzieller Anreize in der integrierten Versorgung war auch Gegenstand der Vorlage Managed Care, welche in der Volksabstimmung vom 17. Juni 2012 abgelehnt wurde. Aus Sicht des Bundesrates bleibt die koordinierte Versorgung dennoch förderungswürdig und ist daher auch Bestandteil der vom Bundesrat am 23. Januar 2013 verabschiedeten Strategie «Gesundheit2020». Verschiedene Initiativen wurden ergriffen. Am 15. Dezember 2017 informierte das Bundesamt für Gesundheit im Rahmen eines Symposiums über die umgesetzten Massnahmen für die Patientengruppe der (hoch-)betagten, multimorbiden Patientinnen und Patienten (Information unter www.bag.admin.ch > Themen > Strategien & Politik > Nationale Gesundheitspolitik > Koordinierte Versorgung).

2012 P 12.3716 Durchsetzung zuverlässiger und richtiger Messwerte im Gesundheitswesen (N 14.12.12, Kessler)

Der Bundesrat hat sich bereit erklärt, einen Kurzbericht zur Problematik zu erstellen und danach das weitere Vorgehen zu prüfen. Aufgrund des Inkrafttretens der Verordnung (EU) 2017/746 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über In-vitro-Diagnostika befindet sich der Bericht in Überarbeitung. Der Bericht wird voraussichtlich im Jahr 2018 vorliegen.

2013 P 13.3366 Betreuungszulagen und Entlastungsmöglichkeiten für pflegende Angehörige (N 13.6.13, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Der Bundesrat hat am 5. Dezember 2014 den Bericht «Unterstützung für betreuende und pflegende Angehörige – Situationsanalyse und Handlungsbedarf für die Schweiz» sowie den «Aktionsplan zur Unterstützung und Entlastung von pflegenden Angehörigen» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.bag.admin.ch > Themen > Strategien & Politik > Nationale Gesundheitspolitik > Aktionsplan pflegende Angehörige. Der Bundesrat erachtete damit das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragte im Bericht des Bundesrates über Motionen und Postulate der gesetzgebenden Räte im Jahr 2014 dessen Abschreibung. Die Subkommission «Familienpolitik» der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats hat jedoch die Abschreibung des Postulats abgelehnt.

Das Eidgenössische Departement des Innern hat die Umsetzung des Aktionsplans eingeleitet. Die Vernehmlassung zu einer Vorlage zur Verbesserung der Rechtssicherheit bei kurzzeitigen Abwesenheiten wird voraussichtlich im 2. Quartal 2018 eröffnet (siehe auch P 09.4199). Zudem wurde im Februar 2017 das im Rahmen der Fachkräfteinitiative vom Bundesrat im März 2016 beschlossene vierjährige Forschungsprogramm zur Weiterentwicklung der Unterstützungs- und Entlastungsangebote für pflegende Angehörige lanciert.

2013 P 12.4053 Harmonisierung der Erfassung des Pflegebedarfs (N 21.6.13, Heim)

Die Arbeiten einer nationalen Steuergruppe zum Projekt «Tarifstrukturen», in der sowohl die Kantone wie auch das Bundesamt für Gesundheit (BAG) Einsitz nahmen, wurden im August 2011 mit der Kalibrierung der Systeme BESA und RAI/RUG abgeschlossen. Eine weitere Harmonisierung in einer zweiten Phase unter Einbezug des Systems PLAISIR scheiterte an den unterschiedlichen Vorstellungen der beteiligten Institutionen.

Das BAG prüfte in der Folge, wie mittels der Definition von Mindestanforderungen an die verwendeten Systeme auf Verordnungsebene eine Vereinheitlichung der Pflegebedarfserfassung erreicht und eine geordnete Weiterentwicklung der Systeme gewährleistet werden kann. Dazu wurde eine externe Studie durchgeführt. Ein Entwurf zu einer Verordnungsanpassung wird voraussichtlich 2018 vorliegen.

2013 M 12.3111 Diabetikerinnen und Diabetiker. Kostenübernahme für die Fusspflege durch Podologinnen und Podologen (N 28.9.12, Fridez; S 9.9.13)

Informationen zum Bedarf an Fusspflegeleistungen für Diabetiker und Diabetikerinnen sowie der aktuellen Praxis wurden bei den betroffenen Organisationen erhoben. Offene Fragen bezüglich der Kostenfolgen und weiterer einer Vertiefung bedürfender Aspekte werden im Rahmen einer externen Studie im Verlaufe des Jahres 2018 aufgenommen.

2013 P 11.4018 Kriterien für die Repräsentativität bei der Unterzeichnung von Tarifverträgen im Gesundheitswesen (N 11.9.13, Darbellay)

Die Arbeiten zum Bericht in Erfüllung des Postulats sind aufgenommen. Der Bericht wird voraussichtlich Mitte 2018 vorliegen.

2013 P 13.3875 Fehlermeldesysteme und medizinische Erkenntnisse für die Verbesserung der Patientensicherheit einsetzen (N 13.12.13, Hardegger)

Die Stiftung für Patientensicherheit betreibt bereits heute ein freiwilliges nationales Fehlermeldesystem, an welchem 2017 knapp sechzig Spitäler teilgenommen haben. Die Nutzung von Fehlermeldesystemen bedingt eine entsprechende Fehlerkultur. Auch die Nationalen Pilotprogramme nehmen das Thema der Fehlervermeidung auf.

Zur Stärkung dieser Aktivitäten hat der Bundesrat am 4. Dezember 2015 dem Parlament die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit; BBl *2016* 257; 15.083) unterbreitet. In diesem Rahmen wird auch die Frage der Durchsetzung von Massnahmen thematisiert. Einen separaten Bericht zu erstellen ist deshalb zurzeit nicht opportun.

2014 M 11.3811 Rechtslücke in der Unfallversicherung schliessen (N 11.9.13, Darbellay; S 19.3.14; N 3.6.14)

Der Bundesrat wird dem Parlament im Jahr 2018 einen Bericht mit Antrag auf Abschreibung der Motion unterbreiten.

2014 P 14.3297 Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (3) (S 13.6.14, Geschäftsprüfungskommission SR)

Am 14. Dezember 2015 hat das Bundesgericht entschieden, dass sich das Bundesamt für Gesundheit (BAG) bei der Überprüfung der Aufnahmebedingungen alle drei Jahre nicht einzig auf einen Auslandpreisvergleich beschränken könne, sondern auch der therapeutische Quervergleich (Vergleich eines Arzneimittels mit Arzneimitteln der Schweiz mit gleicher Indikation oder ähnlicher Wirkungsweise) einzubeziehen sei. Das Bundesgericht urteilte zudem, dass die Überprüfung der Kriterien der Wirksamkeit und der Zweckmässigkeit ebenfalls regelmässig zu erfolgen habe. Im Anschluss haben Bundesrat und das Departement des Innern (EDI) die Verordnungsbestimmungen mit Änderung vom 1. Februar 2017 erneut angepasst. Seit dem Inkrafttreten der genannten Änderung am 1. März 2017 werden nebst der Wirtschaftlichkeit auch die Kriterien der Wirksamkeit und der Zweckmässigkeit im Rahmen jeder Überprüfung und somit insbesondere auch im Rahmen der Überprüfung der Aufnahmebedingungen alle drei Jahre vom BAG überprüft. Damit wird die Möglichkeit gestärkt, ein Arzneimittel von der Spezialitätenliste zu streichen, falls die Wirksamkeit und/oder die Zweckmässigkeit nicht mehr erfüllt sind.

Zudem ist bei der vorgesehenen Änderung des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (SR *832.10*) zur Einführung eines Referenzpreissystems geplant, weitere Anpassungen am System der Spezialitätenliste vorzunehmen.

2014 P 14.3054 Qualität der Früherkennung von Brustkrebs. Wo steht die Schweiz? (N 20.6.14, Heim)

Die Arbeiten zur Anpassung der Verordnung vom 23. Juni 1999 über die Qualitätssicherung bei Programmen zur Früherkennung von Brustkrebs durch Mammographie (SR *832.102.4*) wurden aufgenommen. Ergänzend laufen Arbeiten der «European Commission Initiative on Breast Cancer» (ECIBC), die im Rahmen der Aktualisierung der Europäischen Guidelines im Auftrag der Europäischen Kommission eine sehr grosse systematische Übersichtsarbeit zur Früherkennungs-Mammographie (und weiteren Themen in Bezug auf Brustkrebs) durchführt und ein neues Programm zur Qualitätssicherung erarbeitet. Erste Ergebnisse wurden seit Dezember 2016 laufend veröffentlicht. Diese künftigen Europäischen Leitlinien und die Qualitätsvorgaben sollen eine der Grundlagen für die Revision der Regelungen zur Brustkrebsfrüherkennung in der Schweiz bilden.

2014 M 12.3245 Gesetzeskonforme Umsetzung der Spitalfinanzierung (N 11.9.13, Humbel; S 13.6.14, N 10.9.14)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, die nötigen rechtlichen Grundlagen zu schaffen, damit effiziente Spitäler mit einer guten Qualität im Rahmen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung Gewinne (Differenz zwischen den effektiven Kosten und dem Benchmark) planen und gezielt weiter verwenden können. Das Bundesverwaltungsgericht kam in seinem Urteil vom 7. April 2014 zum Schluss, dass auch nach der revidierten Spitalfinanzierung Effizienzgewinne zulässig sind (BVGE 2014/3, E. 2.9.4.4). Die Arbeiten zu einer Anpassung der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (KVV; SR *832.102*) sind im Gang. Der Entwurf zu einer Änderung der KVV, welche die gezielte Verwendung von solchen Gewinnen regelt, wird voraussichtlich in der ersten Hälfte des Jahres 2018 zur Vernehmlassung unterbreitet.

2014 P 13.3224 Entlastung der Krankenversicherung von ungerechtfertigten Kosten (N 9.9.14, Humbel)

Der Bundesrat wird beauftragt, aufzuzeigen, wie stark die obligatorische Krankenpflegeversicherung durch Kosten belastet wird, welche durch das Einholen eines Arztzeugnisses verursacht werden. Zudem soll aufgezeigt werden, wie diese Kosten verhindert werden können. Wie der Bundesrat bereits in seiner Stellungnahme zum Postulat festgehalten hat, werden Arbeitszeugnisse in der Regel im Rahmen einer ärztlichen Untersuchung ausgestellt und verrechnet. Das Ausstellen eines Arztzeugnisses stellt keine separate Tarifposition dar. Die Krankenversicherer können diese Kosten demnach nicht von den übrigen Leistungskosten unterscheiden. Es wird weiter geprüft, ob die Kosten bei den Ärzten selber erhoben werden könnten.

2014 P 14.3385 Fallpauschalen und Globalbudget. Evaluation der Systeme in den Kantonen (N 10.9.14, Komission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Die Grundlagen für den Bericht des Bundesrates werden im Rahmen der Evaluation der KVG-Revision im Bereich der Spitalfinanzierung erarbeitet. Vorgesehen sind insbesondere eine Bestandesaufnahme zur Anwendung des Instruments Globalbudgets in den Kantonen und ein Vergleich zwischen Kantonen mit und ohne Globalbudgets in Bezug auf die Entwicklung von Leistungsmengen und Kosten im akutstationären Bereich. Der Bericht wird voraussichtlich Ende 2018 vorliegen.

2014 P 14.3607 Stopp der Medikamentenverschwendung! (N 26.9.14, CVP-EVP Fraktion)

Im Frühjahr 2016 hat das Parlament die Revision des Heilmittelgesetzes vom 15. Dezember 2000 (SR *812.21*) verabschiedet, die sich auch auf die sachgerechte Verwendung von Arzneimitteln auswirkt. Der Bundesrat ist daran, einen Kurzbericht in Erfüllung des Postulats vorzubereiten, der aufzeigt, wie sich die verschiedenen laufenden Bemühungen des Bundes um eine effektivere und

effizientere Medikamentenversorgung auswirken und wo allenfalls noch Handlungsbedarf besteht. Der Bericht wird voraussichtlich im Sommer 2018 vorliegen.

2014 P 14.3632 Rolle der Praxisassistentinnen im schweizerischen Gesundheitssystem (N 26.9.14, Steiert)

Im November 2015 wurde die neue Berufsprüfung zur medizinischen Praxiskoordinatorin (MPK) eingeführt, welche den heutigen medizinischen Praxisassistentinnen (MPA) die Möglichkeit für eine berufsspezifische Weiterbildung auf Tertiärstufe B bietet. Die Einschätzungen der involvierten Stakeholder konnten aufgrund der erst kurzen Laufzeit des Weiterbildungsgangs und der noch geringen Anzahl von Absolventen und Absolventinnen verzögert gesammelt werden. Der Bericht wird voraussichtlich 2018 vorliegen.

2015 P 14.4115 Theoretische Grundlagen der Stiftung Sexuelle Gesundheit Schweiz zur sexuellen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Unabhängige wissenschaftliche Untersuchung (N 20.3.15, Regazzi)

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) setzte im Frühjahr 2016 eine breit abgestützte Expertengruppe ein. Diese erarbeitete mit Unterstützung eines unabhängigen Instituts einen umfangreichen Expertenbericht zur Sexualaufklärung in der Schweiz. Das BAG legte den Expertenbericht den Kantonen (EDK, GDK, SODK) und ausserparlamentarischen Kommissionen (EKSG, EKKJ) vor. Die eingegangenen Stellungnahmen und Rückmeldungen der genannten Akteure wurden in den Bundesratsbericht eingearbeitet. Der Bericht wird voraussichtlich im Frühjahr 2018 vorliegen.

2015 P 13.3543 Unverhältnismässige Gebührenerhöhungen als Marktzutrittsschranken für KMU (N 4.6.15, de Courten)

Mit Änderung vom 29. April 2015 der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (SR *832.102*) hat der Bundesrat letztmals die Gebühren für die Eintragungen auf die Spezialitätenliste angepasst. Dabei wurden lediglich die Gebühren für Gesuche, die der Eidgenössischen Arzneimittelkommission vorgelegt werden müssen, diejenigen für die Fast-Track-Gesuche und die Jahresgebühr für die SL-Listung erhöht. Alle anderen Gebühren, insbesondere auch die Gebühren für die einfachen Gesuche wurden nicht erhöht. Ein Bericht zu den Konsequenzen der Erhöhungen liegt nicht vor.

2015 M 14.4164 Cannabis für Schwerkranke (N 2.6.15, Kessler; S 8.9.15)

Der Bundesrat beantragte in seiner Stellungnahme vom 25. Februar 2015 die Annahme der Motion, wies aber darauf hin, dass die gesetzliche Grundlage für die Durchführung eines Pilotversuchs fehlt. Im Interesse schwerkranker Menschen ist der Bundesrat bereit, die Ausarbeitung von entsprechenden Entscheidgrundlagen zu veranlassen. Die Arbeiten zu diesen Grundlagen in Erfüllung der Motion haben begonnen. Der Bundesrat wird dem Parlament im Jahr 2018 einen Bericht vorlegen.

2015 P 15.3797 Angleichung der Preise für Leistungen nach dem UVG und KVG (N 22.9.15, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Der Bundesrat hat das Resultat der laufenden Revision des Unfallversicherungsrechts mit den geänderten Tarifbestimmungen abwarten müssen, um das Anliegen nach Angleichung der Preise angehen zu können.

2015 M 13.3500 Gleichbehandlung von Medikamenten und Immunologika beim Import aus dem Ausland (N 4.6.15, Gilli; S 17.12.15)

Die Motion sieht eine Lockerung der Bestimmungen für die Einzeleinfuhr immunologischer Arzneimittel durch eine Meldung an das Heilmittelinstitut anstelle des heute erforderlichen Bewilligungsgesuchs vor. Mit der Massnahme soll einerseits eine Ungleichbehandlung bei der Einfuhr, namentlich gegenüber Blut und Blutprodukten, vermieden werden, und andererseits soll dem Gesundheitspersonal ermöglicht werden, diese Arzneimittel ohne Bewilligung durch Swissmedic einzuführen. Die Motion soll im Rahmen der laufenden Revision der Arzneimittel-Bewilligungsverordnung vom 17. Oktober 2001 (SR *812.212.1*) umgesetzt werden. Die interessierten Kreise können sich in der im Frühjahr 2018 beginnenden öffentlichen Vernehmlassung dazu äussern.

Bundesamt für Statistik

2012 P 12.3657 Demografische Entwicklung und Auswirkungen auf den gesamten Bildungsbereich (N 26.11.12, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Das Postulat fordert eine umfassende Studie, die alle Aspekte der Bereiche Bildung und Demografie umfasst sowie eine Einschätzung der Entwicklung des Arbeitsmarktes nach Tätigkeitssektor. Angesichts der konjunkturellen und technologischen Entwicklungen sowie eines Arbeitsmarktes, der sich zunehmend internationalisiert, sind für die Beschreibung der Entwicklungstendenzen komplexe Modelle notwendig. Das Bundesamt für Statistik publiziert regelmässig Szenarien zur Entwicklung des Bildungssystems, die bisher keine Einschätzung der Entwicklung des Arbeitsmarktes nach Tätigkeitssektor oder Berufsgruppen beinhalten. Ein Bericht, geplant für Ende 2018, wird eine Einschätzung der Entwicklung des zukünftigen Angebotes an ausgebildeten Personen auf dem Arbeitsmarkt beinhalten.

Bundesamt für Sozialversicherungen

2000 P 97.3068 Wohneigentumsförderung für Invalide (N 4.3.99, Borel; S 15.3.00; Abschreibung beantragt 16.065

2013 P 13.3548 Auswirkung des gesellschaftlichen Wandels auf die Pensionskassen (N 27.9.13, CVP-EVP-Fraktion; Abschreibung beantragt 16.065)

2014 P 14.3629 Pensionskassengeld verschwenden und dann Ergänzungsleistungen beziehen? Dieser Fehlanreiz muss abgeschafft werden! (N 26.9.14, Grossen Jürg; Abschreibung beantragt 16.065)

Abschreibung beantragt in der Botschaft vom 16. September 2016 zur Änderung des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (EL-Reform); 16.065.

2011 M 10.3795 Administrative Entschlackung des BVG (S 2.12.10, Graber Konrad; N 12.9.11)

Das Anliegen soll im Rahmen einer globalen Überprüfung der zukünftigen Herausforderungen in der 2. Säule behandelt werden.

2012 M 09.3406 Kostenpflicht der Verfahren vor den kantonalen Versicherungsgerichten (N 12.4.11, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei; S 27.2.12)

Die Forderung der Motion wird in die Revision des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (SR *830.1*) aufgenommen. Die Botschaft wird vom Bundesrat voraussichtlich im 1. Quartal 2018 verabschiedet werden.

2012 M 11.4034 Anrechenbare Mietzinsmaxima bei Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (N 12.12.11, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR; S 1.6.12; Abschreibung beantragt 14.098)

Abschreibung beantragt in der Botschaft vom 17. Dezember 2014 zur Änderung des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (Anrechenbare Mietzinsmaxima); 14.098.

2012 P 12.3206 Grundlagen für ein Screening zu innerfamiliärer Gewalt bei Kindern durch Gesundheitsfachpersonen (N 15.6.12, Feri Yvonne)

Die Arbeiten konnten aus Ressourcengründen erst Ende 2015 aufgenommen werden. Es waren umfangreiche Abklärungen notwendig. Der Bericht wird dem Bundesrat Anfang 2018 unterbreitet werden.

2012 P 12.3971 Für ein stufenloses Rentensystem (N 12.12.12, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 11.030; Abschreibung beantragt 17.022)

2014 P 14.3191 Erwerbsintegration von Psychischkranken (N 20.6.14, Ingold; Abschreibung beantragt 17.022)

2015 P 14.4266 Invalidenversicherung. Steuererleichterungen und Anreizsystem für eine bessere Eingliederung (N 20.3.15, Hess Lorenz; Abschreibung beantragt 17.022)

2015 M 14.3661 Massnahmen zur Früherfassung von Krankheitsfällen gemeinsam entwickeln (N 10.9.14, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 13.4060; S 9.6.15; Abschreibung beantragt 17.022)

2015 P 15.3206 Nationale Konferenz zur Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung (S 9.6.15, Bruderer Wyss; Abschreibung beantragt 17.022)

Abschreibung beantragt in der Botschaft vom 15. Februar 2017 zur Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (Weiterentwicklung der IV); 17.022.

2013 M 12.3753 Revision von Art. 21 ATSG (N 14.12.12, Lustenberger; S 17.9.13)

Die Forderung der Motion wird in die Revision des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (SR *830.1*) aufgenommen. Die Botschaft wird vom Bundesrat voraussichtlich im 1. Quartal 2018 verabschiedet werden.

2013 P 13.3813 Überträge von Gelder der Säule 3a auch nach dem Alter 59/60 ermöglichen (N 13.12.13, Weibel)

Dieses Thema steht im Zusammenhang mit dem flexiblen Rentenalter. Es soll auf Verordnungsebene angegangen werden, gleichzeitig mit einer Regelung des flexiblen Rentenalters auf Gesetzesstufe. In der Praxis ist das Problem weitgehend gelöst: Mit grosser Mehrheit hat die Arbeitsgruppe Vorsorge der Schweizerischen Steuerkonferenz den Übertrag von Geldern der Säule 3a nach dem Alter 59/60 als zulässig befunden. Dies wurde in den Mitteilungen des Bundesamtes für Sozialversicherungen über die berufliche Vorsorge Nr. 136 am 23. Juni 2014 kommuniziert.

2014 M 13.3650 Familienzulagen für alle, auch für arbeitslose Mütter, die eine Mutterschaftsentschädigung beziehen (S 17.9.13, Seydoux; N 5.3.14)

Der Bundesrat hat am 22. November 2017 die Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes vom 24. März 2006 über die Familienzulagen (SR *836.2*) eröffnet. Die Motion wird mit der Botschaft zur Abschreibung beantragt werden.

2014 M 13.4184 Langfristanlagen von Pensionskassen in zukunftsträchtige Technologien und Schaffung eines Zukunftsfonds Schweiz (S 19.3.14, Graber Konrad, N 10.9.14)

Am 2. Mai 2017 hat das Bundesamt für Sozialversicherungen in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Pensionskassenverband ASIP einen Workshop mit mehr als 130 Personen organisiert. Vertreten waren dabei insbesondere als Investoren in Frage

kommende (grössere) Vorsorgeeinrichtungen. Bestehende und potenzielle Anbieter von «Venture Capital Schweiz» konnten ihre Produkte präsentieren. Der Bericht der Arbeitsgruppe hat sich allerdings durch die Abstimmung über die Altersreform 2020 verzögert. Im Bericht werden beispielsweise die (regulatorischen) Rahmenbedingungen für die Förderung von «Venture Capital Investitionen» bei Vorsorgeeinrichtungen diskutiert. Wenn Klarheit über den Inhalt der neuen Vorlage besteht, können die Arbeiten abgeschlossen werden. Die generellen Rahmenbedingungen von schweizerischem «Venture Capital» werden bereits im Bericht zum Postulat Derder 13.4237 behandelt.

2014 M 13.3990 Eine nachhaltige Sanierung der Invalidenversicherung ist dringend notwendig (S 12.12.13, Schwaller; N 3.6.14, S 16.9.14)

Punkt 1 wurde im Ausgleichsfondsgesetz (BBl *2016* 353) umgesetzt, welches am 16. Juni 2017 von den Räten angenommen worden ist und gestaffelt per 1. Januar 2018 und 1. Januar 2019 in Kraft tritt.

Punkt 2 wird in die Revision des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG; SR *830.1*) aufgenommen.

Punkt 3 wurde mit der Botschaft vom 15. Februar 2017 zur Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (Weiterentwicklung der IV; BBl *2017* 2535) umgesetzt.

Die Motion wird mit der Botschaft zur ATSG-Revision, welche der Bundesrat voraussichtlich im 1. Quartal 2018 verabschieden wird, zur Abschreibung beantragt werden.

2015 P 13.3462 Sicherstellung der finanziellen Stabilität und Planbarkeit in der obligatorischen zweiten Säule (N 5.3.15, FDP-Liberale Fraktion)

Dieses Thema steht in Zusammenhang mit dem BVG-Mindestumwandlungssatz und wird im Rahmen der nächsten Reform der beruflichen Vorsorge behandelt werden.

2015 M 14.3890 Strategie zur Reduktion der Abhängigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen von der Sozialhilfe (N 12.12.14, Sozialdemokratische Fraktion; S 9.6.15)

Die Arbeiten erfolgten im Rahmen des Nationalen Programms zur Prävention und Bekämpfung von Armut 2014 – 2018. Der Bundesrat wird die Motion im zweiten Quartal 2018 in seinem Ergebnisbericht zum Nationalen Armutsprogramm zur Abschreibung beantragen.

2015 P 15.3793 Mutterschaftsurlaub. Arbeitsunterbrüche vor dem Geburtstermin (S 8.9.15, Maury Pasquier)

Zur Erfüllung des Postulats wurde ein Forschungsprojekt erarbeitet. Der Bericht wird dem Bundesrat im 1. Quartal 2018 unterbreitet werden.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

2015 P 14.4286 Einfuhr und Verkauf von tierquälerisch erzeugten Pelzprodukten verhindern (S 17.3.15, Bruderer Wyss)

Die Arbeiten für einen Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats sind im Gang. Am 14. Dezember 2016 wurde auch das Postulat 14.4270 Hess Lorenz «Pelzmarkt für einheimische Produkte stärken» überwiesen. Aufgrund des thematischen Bezugs sollen die beiden Postulate in einem gemeinsamen Bericht behandelt werden. In den Bericht wird auch die Auswertung einer externen Evaluation der Pelzdeklarationsverordnung vom 7. Dezember 2012 (SR *944.022*) einfliessen. Der Bundesrat wird den Bericht voraussichtlich im ersten Halbjahr 2018 verabschieden.

2015 M 14.3503 Schweizweite Bekämpfung der Moderhinke der Schafe (N 26.9.14, Hassler; S 9.6.15)

Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen hat zusammen mit den Kantonen und interessierten Kreisen (Schafhaltende, Zuchtverbände, Beratungs- und Gesundheitsdienst für Kleinwiederkäuer, Tierärzte und Tierärztinnen) sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Universität Bern ein Konzept für eine nationale Bekämpfung der Moderhinke der Schafe erarbeitet. Danach sollen in der Tierseuchenverordnung vom 27. Juni 1995 (TSV; SR *916.401*) die Moderhinke als Tierseuche aufgenommen und die Bekämpfungsmassnahmen festgelegt werden. Die Eröffnung der Vernehmlassung zu einer entsprechenden Änderung der TSV ist im zweiten Halbjahr 2018 geplant.

Swissmedic

2014 M 14.3017 Zulassung von Arzneimitteln mit neuen Kombinationen bekannter Wirkstoffe (N 7.5.14, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 12.080; S 10.12.14)

Die Motion wird im Rahmen der Anpassung des Ausführungsrechts zum revidierten Heilmittelgesetz (Heilmittelverordnungspaket IV) umgesetzt. Die Vernehmlassung wurde am 21. Juni 2017 eröffnet. Die Ergebnisse werden derzeit ausgewertet.

2015 M 15.3288 Laktosefrei. Mit einem Wort hilft man mehr als einer Million Menschen in der Schweiz (N 19.6.15, Cassis; S 17.12.15)

Die Motion wird im Rahmen der Anpassung des Ausführungsrechts zum revidierten Heilmittelgesetz (Heilmittelverordnungspaket IV) umgesetzt. Die Vernehmlassung wurde am 21. Juni 2017 eröffnet. Die Ergebnisse werden derzeit ausgewertet.

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

Bundesamt für Justiz

2002 P 01.3261 Mehr Schutz für Minderheitsaktionäre (N 11.3.02, Leutenegger Oberholzer; S 5.6.02; Abschreibung beantragt 16.077)

2002 P 01.3329 Corporate Governance in der Aktiengesellschaft (N 5.10.01, Walker Felix; S 5.6.02; Abschreibung beantragt 16.077, Punkt 4 abgeschrieben mit 04.044)

2002 P 02.3086 Corporate Governance. Anlegerschutz (N 21.6.02, Walker Felix; Abschreibung beantragt 16.077)

2012 M 12.3403 Sanierungsverfahren vor Nachlassstundung und Konkurseröffnung (S 27.9.12, Kommission für Rechtsfragen NR 10.077; N 3.12.12; Abschreibung beantragt 16.077)

2012 M 12.3654 Sanierungsverfahren vor Nachlassstundung und Konkurseröffnung (S 27.9.12, Kommission für Rechtsfragen NR 10.077; N 3.12.12; Abschreibung beantragt 16.077)

Abschreibung beantragt in der Botschaft vom 23. November 2016 zur Änderung des Obligationenrechts (Aktienrecht); 16.077.

2002 P 02.3532 Bestimmungen über Architektur- und Bauleistungen im OR. Schutz der Auftraggebenden (N 13.12.02, Fässler) [Abschreibung mit Mo. 09.3392]

2011 M 09.3392 Stärkere Rechte der Bauherrschaft bei der Behebung der Baumängel (N 2.3.11, Fässler; S 20.9.11)

Das Postulat 02.3532 wurde in der Botschaft zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Register-Schuldbrief und weitere Änderungen im Sachenrecht) vom 27. Juni 2007; 07.061 zur Abschreibung beantragt. Der Nationalrat hat am 27. April 2009 das Postulat nicht abgeschrieben. Das Postulat wird gemeinsam mit der Motion 09.3392 bearbeitet.

Das Institut für Schweizerisches und Internationales Baurecht der Universität Freiburg wurde mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragt, das den konkreten Handlungsbedarf aufzeigen soll. Das Gutachten liegt seit Ende 2013 vor. Infolge prioritärer Gesetzgebungsarbeiten hat sich die Vorlage verzögert. Es ist nunmehr vorgesehen, dass der Bundesrat die Vernehmlassung Ende 2018 eröffnen wird.

2007 M 03.3212 Gesetzlicher Schutz für Hinweisgeber von Korruption (N 13.6.05, Gysin Remo; S 22.3.06; N 22.6.07; Abschreibung beantragt 13.094)

Abschreibung beantragt in der Botschaft vom 20. November 2013 über die Teilrevision des Obligationenrechts (Schutz bei Meldung von Unregelmässigkeiten am Arbeitsplatz); 13.094. Das Parlament hat die Vorlage im Herbst 2015 zur Überarbeitung zurückgewiesen. Es ist vorgesehen, dass der Bundesrat die Zusatzbotschaft im ersten Halbjahr 2018 verabschieden wird.

2007 M 06.3554 Ausdehnung der Motion Schweiger auf Gewaltdarstellungen (N 20.12.06, Hochreutener; S 11.12.07)

2009 P 09.3366 Überprüfung der Gerichtspraxis bezüglich Ausschöpfung der Strafrahmen (N 2.6.09, Jositsch)

2010 M 08.3131 Verschärfung des Strafrahmens bei vorsätzlicher Körperverletzung (N 3.6.09, Joder; S 23.9.10; N 8.12.10)

Die Vorstösse sollen im Rahmen der Botschaft zur Harmonisierung der Strafrahmen und zur Anpassung des Nebenstrafrechts an das geänderte Sanktionenrecht umgesetzt werden. Der Bundesrat wird die entsprechende Botschaft im 1. Halbjahr 2018 verabschieden.

2010 M 09.3422 Verbot von Killerspielen (N 3.6.09, Allemann; S 18.3.10)

2010 M 07.3870 Verbot von elektronischen Killerspielen (N 3.6.09, Hochreutener; S 18.3.10)

Die Arbeiten im Zusammenhang mit den Motionen wurden im Rahmen des Programms «Jugend und Medien» unter der Federführung des Bundesamts für Sozialversicherungen durchgeführt. Eine Projektgruppe hat bei den Kantonen und den Branchenverbänden unter anderem ein Monitoring der bereits getroffenen und der geplanten Massnahmen im Bereich Killerspiele durchgeführt. Ständerat und Nationalrat wurden am 10. März 2011 bzw. am 17. Juni 2011 anlässlich der Beratung von fünf Standesinitiativen mit dem gleichen oder ähnlichen Anliegen (BE: 08.316 «Verbot von Killerspielen»; SG: 09.313 «Gegen Killerspiele für Kinder und Jugendliche. Für einen wirksamen und einheitlichen Kinder- und Jugendmedienschutz»; TI: 09.314 «Revision von Artikel 135 StGB»; FR: 09.332 «Verbot von Gewaltvideospielen» und ZG: 10.302 «Verbot von Gewaltvideospielen») über diese Strategie des Bundesrates orientiert und haben die Initiativen für mehr als ein Jahr sistiert. Nach Abschluss des Programms «Jugend und Medien» hat der Bundesrat das Eidgenössische Departement des Innern am 19. Oktober 2016 beauftragt, ein Gesetz auszuarbeiten, das Alterskennzeichnungen und Abgabebeschränkungen für Videos und Games schweizweit einheitlich regelt. Die Vernehmlassung soll im 2. Halbjahr 2018 eröffnet werden.

2010 M 09.3443 Rückversetzung von verurteilten Personen (N 3.6.09, Sommaruga Carlo; S 10.12.09; N 3.3.10)

2011 M 11.3223 Verkürzung der Jugendstrafverfahren. Wirksamkeitsevaluation (N 17.6.11, Ingold; S 21.12.11)

2013 M 12.4077 Definition der Untersuchungshaft. Aufhebung der Voraussetzung eines effektiv erfolgten Rückfalls (N 22.3.13, FDP-Liberale Fraktion; S 11.9.13)

2014 M 11.3911 Gefährliche Straftäter bleiben in Untersuchungshaft (N 23.9.13, Amherd; S 19.3.14)

2015 M 14.3383 Anpassung der Strafprozessordnung (S 22.9.14, Kommission für Rechtsfragen SR; N 11.3.15)

2015 P 15.3502 Recht auf Teilnahme an Beweisverfahren. Überprüfung bei der Anpassung der Strafprozessordnung

(N 10.12.15, Kommission für Rechtsfragen NR)

Die Motion 14.3383 beauftragt den Bundesrat, die Strafprozessordnung auf ihre Praxistauglichkeit hin zu überprüfen und dem Parlament bis Ende 2018 eine Botschaft vorzulegen. Die Vorstösse 09.3443, 11.3223, 12.4077, 11.3911 und 15.3502 werden in diesem Rahmen mitbehandelt. Der Bundesrat hat am 1. Dezember 2017 die Vernehmlassung zu einer Änderung der Strafprozessordnung eröffnet.

2010 P 10.3383	Anpassung des Datenschutzgesetzes an die neuen Technologien (N 1.10.10, Hodgers; Abschreibung beantragt 17.059)
2010 P 10.3651	Angriff auf die Privatsphäre und indirekte Bedrohungen der persönlichen Freiheit (N 17.12.10, Graber Jean-Pierre; Abschreibung beantragt 17.059)
2012 P 12.3152	Recht auf Vergessen im Internet (N 15.6.12, Schwaab; Abschreibung beantragt 17.059)
2013 P 13.3989	Verletzungen der Persönlichkeitsrechte im Zuge des Fortschritts der Informations- und Kommunikationstechnik (S 11.12.13, Recordon; Abschreibung beantragt 17.059)
2014 P 14.3655	Die digitale Identität definieren und Lösungen für ihren Schutz finden (N 26.9.14, Derder; Abschreibung beantragt 17.059)
2014 M 14.3288	Identitätsmissbrauch. Eine strafbare Handlung für sich (S 12.6.14, Comte; N 24.11.14; Abschreibung beantragt 17.059)
2014 P 14.3739	Control by Design. Die Rechte auf Eigentum im Falle von unerwünschten Verbindungen verstärken (N 12.12.14, Schwaab; Abschreibung beantragt 17.059)
2015 P 14.4137	Videoaufnahmen durch Private. Die Privatsphäre besser schützen (N 20.3.15, FDP-Liberale Fraktion; Abschreibung beantragt 17.059)
2015 P 14.4284	Videoaufnahmen durch Private. Die Privatsphäre besser schützen (S 19.3.15, Comte; Abschreibung beantragt 17.059)

Abschreibung beantragt in der Botschaft vom 15. September 2017 zur Botschaft zum Bundesgesetz über die Totalrevision des Bundesgesetzes über den Datenschutz und die Änderung weiterer Erlasse zum Datenschutz; 17.059.

2011 M 09.4017	Geschlagene Frauen schützen (N 3.3.10, Perrin; S 30.5.11; Abschreibung beantragt 17.062)
2013 M 12.4025	Opfer häuslicher Gewalt besser schützen! (S 14.3.13, Keller-Sutter; N 23.9.13; Abschreibung beantragt 17.062)

Abschreibung beantragt in der Botschaft vom 11. Oktober 2017 zur Botschaft zum Bundesgesetz über die Verbesserung des Schutzes gewaltbetroffener Personen; 17.062.

2011 M 10.3524	Für ein zeitgemässes Erbrecht (S 23.9.10, Gutzwiller; N 2.3.11; S 7.6.11)
2014 P 14.3782	Richtlinien für den «digitalen Tod» (N 12.12.14, Schwaab)
2015 P 15.3213	Prüfung der Aufsicht über testamentarische Willensvollstrecker (S 10.6.15, Fetz)

Das Erbrecht soll flexibler ausgestaltet und den stark geänderten demografischen, familiären und gesellschaftlichen Lebensrealitäten angepasst werden. Der Bundesrat hat am 10. Mai 2017 die Vernehmlassungsergebnisse zur Modernisierung des Erbrechts zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden. Es ist vorgesehen, dass der Bundesrat eine erste Botschaft im Jahr 2018 verabschiedet. Die technischen Punkte werden von der übrigen Vorlage getrennt und in einer zweiten Botschaft behandelt, die voraussichtlich 2019 verabschieden werden sollte.

2012 M 11.3925 Missbrauch des Konkursverfahrens verhindern (S 5.12.11, Hess; N 28.2.12)

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen, dass Personen das Konkursverfahren nicht mehr dazu missbrauchen können, sich ihrer Verpflichtungen zu entledigen. Der Bundesrat hat am 12. Oktober 2016 von den Ergebnissen der Vernehmlassung Kenntnis genommen. Die Botschaft wird den zahlreichen Vorschlägen, die im Rahmen der Vernehmlassung von verschiedenen Teilnehmern vorgebracht worden ist, Rechnung tragen. Es ist vorgesehen, dass der Bundesrat die Botschaft im Jahr 2018 verabschiedet.

2012 M 11.3909 Artikel 404 OR. Anpassung an die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts (N 23.12.11, Barthassat; S 27.9.12); Abschreibung beantragt 17.067)

Abschreibung beantragt mit Bericht vom 25. Oktober 2017 zur Abschreibung der Motion Barthassat 11.3909 «Artikel 404 OR. Anpassung an die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts» (17.067).

2012 M 12.3012 Bundesgesetz über das internationale Privatrecht. Die Attraktivität der Schweiz als internationalen Schiedsplatz erhalten (N 1.6.12, Kommission für Rechtsfragen NR 08.417; S 27.9.12)

Der Bundesrat hat am 11. Januar 2017 die Vernehmlassung zum Vorentwurf über die Revision des IPRG (12. Kapitel, Internationale Schiedsgerichtsbarkeit) eröffnet. Es ist vorgesehen, dass der Bundesrat die Botschaft im Jahr 2018 verabschiedet.

2012 P 11.3200 Zugang zu Genossenschaftswohnungen für Staatsangehörige aussereuropäischer Länder. Aufhebung des Verbots (N 3.12.12, Hodgers)

Der Bundesrat hat am 1. April 2015 das EJPD beauftragt, eine Vernehmlassungsvorlage betreffend eine Revision der Lex Koller zu erarbeiten. In diesem Rahmen soll auch das vorliegende Postulat umgesetzt werden. Das Vernehmlassungsverfahren dauerte vom 10. März 2017 bis zum 30. Juni 2017. Der Bundesrat wird 2018 Kenntnis vom Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens nehmen und über das weitere Vorgehen entscheiden.

2012 P 12.3957 Dem Schuldentourismus einen Riegel schieben (N 14.12.12, Candinas)

Das Postulat verpflichtet den Bundesrat zu prüfen, wie mit gesetzlichen und organisatorischen Massnahmen dem Schuldnertourismus auf eine einfache, unbürokratische und bestehende Kompetenzbereiche respektierende Weise Einhalt geboten werden könnte, indem sämtliche Betreibungsregister elektronisch miteinander verbunden, ihre Daten harmonisiert und die Betreibungsämter befähigt würden, auf sämtliche dort vorhandenen Informationen zuzugreifen und so eine schweizweite Betreibungsauskunft erstellt werden könnte. Aufgrund der technischen Komplexität sowie der teilweisen heiklen Rechtsfragen (Verwendung eines einheitlichen Personenidentifikators) sind die Überlegungen zur Machbarkeit noch im Gang. Es ist vorgesehen, dass der Bericht im ersten Halbjahr 2018 verabschiedet wird.

2013 M 12.3372 Erlass eines umfassenden Anwaltsgesetzes (N 28.9.12, Vogler; S 14.3.13)

Die Arbeiten für die Revision des Anwaltsgesetzes vom 23. Juni 2000 (BGFA; SR 935.61) werden nicht weiterverfolgt. Es hat sich gezeigt, dass die Revision des BGFA nicht mehr notwendig ist. Einerseits hat sich die Rechtsprechung des Bundesgerichts weiterentwickelt und anderseits gab es praktische Schwierigkeiten bei der Realisierung eines eidgenössischen Anwaltsregisters: Ein Pilot-Projekt, das zeigen sollte, wie die kantonalen Anwaltsregister in ein zentrales Register auf Bundesebene eingebunden werden könnten, konnte von der kantonalen Aufsichtsbehörde St. Gallen nicht durchgeführt werden. Zudem wünscht der Schweizerische Anwaltsverband nun doch keine Revision des BGFA mehr. Der Bundesrat wird voraussichtlich im 1. Halbjahr 2018 den Bericht zur Abschreibung der Motion verabschieden.

2013 P 13.3217 Für ein modernes Obligationenrecht (S 18.6.13, Bischof)

2013 P 13.3226 Für ein modernes Obligationenrecht (N 21.6.13, Caroni)

Mit diesen beiden Postulaten wird der Bundesrat aufgefordert, darüber Bericht zu erstatten, ob er bereit ist, dem Parlament den Entwurf für einen modernen und benutzerfreundlichen Allgemeinen Teil des Schweizer Obligationenrechtes (OR AT) vorzulegen. Die entsprechenden Arbeiten sind im Gang, es ist vorgesehen, dass der Bericht im ersten Halbjahr 2018 verabschiedet wird.

2013 P 13.3694 Befreiung des Bundesgerichtes von Bagatellen (N 13.12.13, Caroni)

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Revision des Bundesgerichtsgesetzes vom 17. Juni 2005 (SR *173.110*) zu prüfen und Bericht zu erstatten, mit dem Ziel, das Bundesgericht von Bagatellfällen zu befreien Der Bundesrat hat am 6. September 2017 die Ergebnisse der Vernehmlassung zur Revision des Bundesgerichtsgesetzes (BGG) zur Kenntnis genommen. Die Botschaft wird im zweiten Halbjahr 2018 vorliegen. Über die mit dem Postulat verlangte Prüfung soll im Rahmen dieser Botschaft Bericht erstattet werden.

2014 M 10.3634 Die Behörden unter dem Druck der Finanzkrise und der Herausgabe von UBS-Kundendaten an die USA (5) (S 23.9.10, Geschäftsprüfungskommission SR; N 2.3.11; S 19.3.14)

Die Motion verlangt eine Änderung des Strafgesetzbuchs (SR *311.0*) dahingehend, dass eine strafrechtliche Verantwortlichkeit des Schuldners gegenüber den Gläubigern geschaffen wird, falls der systemrelevante Schuldner durch eine staatliche Intervention massgeblich finanziell unterstützt wird und die Notwendigkeit hierzu durch die Misswirtschaft des Schuldners bedingt wurde. Da es sich in der Sache um eine eher geringfügige, nicht allzu dringliche Gesetzesänderung handelt, sollte diese nicht in einer separaten, sondern in einer bestehenden Vorlage umgesetzt werden. Dafür bietet sich die Botschaft zur Harmonisierung der Strafrahmen an, die vom Bundesrat im 1. Halbjahr 2018 verabschiedet werden soll.

2014 M 13.3931 Förderung und Ausbau der Instrumente der kollektiven Rechtsdurchsetzung (N 13.12.13, Birrer-Heimo; S 12.6.14)

2014 P 14.3804 Zivilprozessordnung. Erste Erfahrungen und Verbesserungen (N 12.12.14, Vogler)

2015 M 14.4008 Anpassung der Zivilprozessordnung (S 19.3.15, Kommission für Rechtsfragen SR; N 8.9.15)

2015 P 13.3688 Bekanntmachung von Willensäusserungen und Entscheiden von Behörden. Analyse der heutigen Praxis (N 21.9.15, [Poggia]-Golay)

Mit der Überweisung des Postulats 14.4008 hat der Ständerat den Bundesrat beauftragt, die Schweizerische Zivilprozessordnung auf ihre Praxistauglichkeit hin zu überprüfen und dem Parlament bis Ende 2018 eine Botschaft vorzulegen. Die Vorstösse 13.3931, 13.3688 und 14.3804 werden in diesem Rahmen mitbehandelt. Die entsprechenden Arbeiten sind im Gang; der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2018 die Vernehmlassung eröffnen.

2014 P 13.4193 Schweizer Sanierungsrecht. Private in die Reflexion mit einbeziehen (S 19.3.14, Hêche)

Mit dem Vorstoss wird der Bundesrat beauftragt zu prüfen, ob ein Verfahren zur Sanierung von Privatpersonen ins Schweizer Recht eingeführt werden kann. Die entsprechenden Arbeiten sind im Gang; es ist vorgesehen, dass der Bundesrat den Bericht im ersten Halbjahr 2018 verabschieden wird.

2014 P 14.3079 Lohngleichheit. Faire Chancen für freiwillige Massnahmen (S 12.6.14, Häberli-Koller; Abschreibung beantragt 17.047)

Abschreibung beantragt in der Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz, GlG); 17.047.

2014 P 14.3382 Bilanz über die Umsetzung des Rechts auf Anhörung nach Artikel 12 der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen in der Schweiz (N 8.9.14, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Mit dem Postulat wird der Bundesrat beauftragt zu prüfen, ob das Recht auf Anhörung nach Artikel 12 der Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes in der Schweiz (SR *0.107*), insbesondere in rechtlichen und administrativen Verfahren, eingehalten wird und wo es Verbesserungsbedarf gibt. Bis heute wurden verschiedene Untersuchungen in diesem Bereich gemacht. Im Jahr 2017 wurde eine Untersuchung mit externen Expertinnen und Experten in Auftrag gegeben, die als Grundlage für den Bericht des Bundesrates dienen soll.

2015 M 14.3667 Bundesgericht. Dissenting opinions (N 11.3.15, Kommission für Rechtsfragen NR; S 18.6.15)

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Entwurf einer Änderung des Bundesgerichtsgesetzes vom 17. Juni 2005 (SR *173.110*) vorzubereiten, damit Urteile des Bundesgerichtes auch abweichende Meinungen (Dissenting Opinions) wiedergeben können. Ein Vorschlag über die schriftliche Eröffnung von Minderheitsmeinungen wird in der Botschaft zur Revision des Bundesgerichtsgesetzes enthalten sein, die im zweiten Halbjahr 2018 vom Bundesrat verabschiedet werden soll.

2015 P 14.4026 Medizinische Versorgung bei häuslicher Gewalt. Politische Konzepte und Praktiken der Kantone sowie Prüfung eines ausdrücklichen Auftrages im Opferhilfegesetz (N 5.5.15, Sozialdemokratische Fraktion)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, eine Bestandesaufnahme über die politischen Konzepte und Praktiken der Kantone bei der medizinischen Versorgung in Fällen von häuslicher Gewalt zu erstellen und die Möglichkeit zu analysieren, im Opferhilfegesetz vom 23. März 2007 (SR 312.5) einen entsprechenden Auftrag explizit zu verankern. Die Arbeiten zu diesem Postulat wurden sistiert, um die Ergebnisse der Arbeiten betreffend die Postulate Feri 13.3441 «Bedrohungsmanagement bei häuslicher Gewalt. Überblick über die rechtliche Situation und Schaffen eines nationalen Verständnisses» (der Bericht wurde am 11. Oktober 2017 verabschiedet) und 12.3206 «Grundlagen für ein Screening zu innerfamiliärer Gewalt bei Kindern durch Gesundheitsfachpersonen» (die Publikation des Berichts ist per Februar 2018 vorgesehen) berücksichtigen zu können. Zur Wiederaufnahme der Arbeiten wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, deren erste Sitzung am 23. November 2017 stattgefunden hat.

2015 M 14.4122 Für ein modernes Verwaltungsstrafrecht (N 20.3.15, Caroni; S 24.9.15)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, einen Entwurf für eine Totalrevision des Bundesgesetzes vom 22. März 1974 über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR; SR 313.0) oder alternativ einen Entwurf für die Ersetzung dieses Gesetzes durch Änderungen im Strafgesetzbuch (StGB; SR 311.0) und in der Strafprozessordnung (StPO; SR 312.0) zu unterbreiten. Sie lässt für ihre Umsetzung zwei Wege offen, die sich wesentlich voneinander unterscheiden und deren Konsequenzen vorgängig sorgfältig zu prüfen sind. Da das Verwaltungsstrafrecht bislang kaum Thema wissenschaftlicher Studien war, ist es nötig, die Folgen sowie die Vor- und Nachteile einer Aufnahme des materiellen und formellen Verwaltungsstrafrechts in das StGB bzw. die StPO unter Einbezug von Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis zu prüfen. In diesem Zusammenhang müssen auch die Ergebnisse der Vernehmlassung zur Anpassung der StPO, die Mitte März 2018 endet, berücksichtigt werden (Umsetzung der Motion der RK-S 14.3383 «Anpassung der Strafprozessordnung»). Erst danach wird es möglich sein, über inhaltliche Änderungen des Verwaltungsstrafrechts zu befinden.

2015 M 14.4187 Umgehende Ratifizierung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung des Terrorismus (N 20.3.15, Glanzmann; S 24.9.15)

2015 M 15.3008 Artikel 260ter des Strafgesetzbuches. Änderung (S 10.9.15, Kommission für Rechtsfragen SR; N 10.12.15)

Die erste Motion verlangt die umgehende Ratifikation des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung des Terrorismus.

Die zweite Motion verlangt vom Bundesrat, eine Vorlage mit den Änderungen von Artikel 260ter des Strafgesetzbuches zu unterbreiten, um die Bekämpfung des organisierten Verbrechens zu verstärken. Der Bundesrat hat am 21. Juni 2017 die Vernehmlassung zur Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung des Terrorismus mit seinem Zusatzprotokoll und zur Verstärkung des strafrechtlichen Instrumentariums gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität eröffnet. Der Bundesrat wird in der zweiten Hälfte 2018 die entsprechende Botschaft verabschieden.

2015 M 15.3335 Für eine stärkere Berücksichtigung der nationalen Rechtsordnungen am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (N 19.6.15, Lustenberger; S 15.12.15)

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, sich auf allen relevanten Ebenen, insbesondere beim Europarat, vermehrt für die Einhaltung und Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips und die Berücksichtigung der nationalen Rechtsordnungen bei der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) einzusetzen. In hängigen Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte beruft sich die Schweiz wo angezeigt auf das Subsidiaritätsprinzip und verweist jeweils auf den Entscheidungsspielraum, der den nationalen Behörden und Gerichten zu belassen ist. Zudem arbeitet die Schweiz in den Gremien des Europarats auf eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips hin. So hat das Bundesamt für Justiz an der hochrangigen Expertenkonferenz «2019 and Beyond – Taking Stock and Moving Forward from the Interlaken Process» vom 22. bis 24. November 2017 in Kokkedal, Dänemark, die Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips unterstrichen.

2015 P 15.3896 Wirtschaftliche Vorteile dank Schengen-Partnerschaft (N 10.12.15, Sozialdemokratische Fraktion)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, in einem Bericht die wirtschaftlichen Auswirkungen der Assoziierung der Schweiz an Schengen aufzuzeigen, namentlich mit Blick auf den Tourismus und die Vereinfachung von Verwaltungsabläufen. Der Bundesrat hat dies zum Anlass genommen, den Gegenstand des Berichtes zu erweitern und über die Beschreibung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen hinaus auch die finanziellen Folgen darzustellen. Der Bericht wurde unter der Leitung des Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) erarbeitet, unterstützt durch eine Begleitgruppe bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Bundesämter. Es ist geplant, den Bericht im ersten Halbjahr 2018 zu verabschieden.

2015 P 15.4045 Recht auf Nutzung der persönlichen Daten. Recht auf Kopie (N 18.12.15, Derder)

Der Bundesrat hat das Anliegen des Postulats im Zusammenhang mit der Revision des Bundesgesetzes über den Datenschutz, zu welcher er am 15. September 2017 seine Botschaft verabschiedet hat (17.059), geprüft. Dabei ist er zur Auffassung gelangt, dass es nicht zweckmässig ist, ein Recht auf Kopie in das Gesetz aufzunehmen. Diese Frage wird im Rahmen der Strategie «Digitale Schweiz» geprüft.

Bundesamt für Polizei

2014 M 14.3001 Überprüfen von Personendaten im Abrufverfahren (N 6.5.14, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR; S 8.9.14)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, eine Gesetzesänderung vorzulegen, welche für die Transportpolizei für die Überprüfung von Personalien und die Identifizierung von Personen dieselben Rechte zum Abruf von Personendaten vorsieht, wie sie dem Grenzwachtkorps zur Verfügung stehen. Der Bundesrat hat am 8. Dezember 2017 das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) bis am 28. März.2018 in die Vernehmlassung geschickt. Die Vorlage und der entsprechende Bericht sind auf dem Portal der Schweizer Regierung unter laufende Vernehmlassungen: www.admin.ch > Bundesrecht > Laufende Vernehmlassungen > EJPD (https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html) abrufbar. Der Gesetzesentwurf sieht für die Transportpolizei zur Überprüfung von Personalien und zur Identifizierung von Personen die notwendigen Zugriffsrechte auf entsprechende Informationssysteme vor.

Staatssekretariat für Migration

2014 M 13.3455 Vollzugsstatistik über die Ausschaffung von kriminellen Ausländern (N 27.9.13, Müri; S 19.3.14)

Die mit der Motion geforderte Vollzugsstatistik über die Ausschaffung von kriminellen Ausländern erfolgt in einem ersten Schritt durch das Bundesamt für Statistik auf der Grundlage der im elektronischen Strafregister-Informationssystem VOSTRA erfassten strafrechtlichen Landesverweisungen. Die Landesverweisung wurde mit der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative am 1. Oktober 2016 eingeführt.

In einem zweiten Schritt ist eine umfassendere Statistik auf der Grundlage des ZEMIS geplant, welche zusätzlich sämtliche ausländerrechtliche Entfernungsmassnahmen enthält, die nicht mit einer Straftat begründet werden.

2014 M 11.3831 Asylbewerber. Rückübernahmeabkommen mit den wichtigsten Herkunftsländern aushandeln (N 17.4.13, Fraktion der schweizerischen Volkspartei; S 19.3.14; N 12.6.14)

Seit 2014 wurden insgesamt elf Vereinbarungen im Rückkehrbereich unterzeichnet oder in Kraft gesetzt (Angola, Aserbaidschan, Chile, China, Indien, Kamerun, Kasachstan, Kuwait, Sri Lanka, Tunesien, Ukraine). Die Verhandlungen mit der Mongolei sind abgeschlossen. Darüber hinaus laufen Verhandlungen mit weiteren Staaten.

2014 M 11.3832 Asylbewerber. Rückübernahmeabkommen von Algerien umsetzen lassen (17.4.13, Fraktion der schweizerischen Volkspartei; S 19.5.14; N 12.6.14)

Das Rückübernahmeabkommen mit Algerien funktioniert relativ gut: abgewiesene Asylbewerber werden von den algerischen Behörden formell identifiziert und Ersatzreisedokumente werden entsprechend ausgestellt. Sonderflüge sind im Rückübernahmeabkommen nicht vorgesehen. Die Schwierigkeit liegt in der Organisation der Rückreise auf Linienflügen. Im Jahr 2017 (Stand 30.11.2017) sind 45 abgewiesene Asylbewerber selbständig ausgereist und es haben 30 Rückführungen nach Algerien stattgefunden. Die Vollzugspendenzen sind im Jahr 2017 von 689 auf 697 leicht gestiegen.

2015 P 15.3408 Aufenthaltsrecht von Opfern ehelicher Gewalt (N 25.9.15, Feri Yvonne)

Mit dem Ziel, einen Überblick über die Umsetzung der Härtefallbestimmung von Artikel 50 Absatz 1 Buchstabe b des Ausländergesetzes vom 16. Dezember 2005 (SR 142.20) zu geben, hat das Staatssekretariat für Migration (SEM) im März 2016 die Durchführung einer externer Evaluation beschlossen. Der vom Auftragnehmer vorgelegte Evaluationsbericht enthält Schlussfolgerungen aus der Sicht der Evaluatoren und wichtige Ansatzpunkte, die sich aus der Untersuchung ergeben haben. Auf der Basis dieses externen Berichts wird zurzeit der Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats Feri 15.3408 erarbeitet.

Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum

2010 P 10.3263	Braucht die Schweiz ein Gesetz gegen das illegale Herunterladen von Musik? (S 10.6.10, Savary; Abschreibung beantragt 17.069)
2012 P 12.3326	Für ein Urheberrecht, das fair ist und im Einklang mit den Freiheiten der Internetgemeinde steht (S 5.6.12, Recordon; Abschreibung beantragt 17.069)
2012 P 12.3173	Angemessene Entschädigung von Kulturschaffenden unter Einhaltung der Privatsphäre der Internetnutzer (N 15.6.12, Glättli; Abschreibung beantragt 17.069)
2015 P 14.4150	URG-Revision. Einführung eines Verleihrechts (S 19.3.15, Bieri; Abschreibung beantragt 17.069)
2014 M 14.3293	Abgabe auf leeren Datenträgern (N 12.6.14, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR; S 26.11.14; Abschreibung beantragt 17.069)

Abschreibung beantragt in der Botschaft des Bundesrates vom 22. November 2017 zu Änderungen des Urheberrechtsgesetzes und zur Genehmigung zweier Abkommen der Weltorganisation für geistiges Eigentum; 17.069.

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Generalsekretariat

2008 M 07.3529 Verhandlungen mit der Türkei. Leistung des Militärdienstes (N 5.10.07, Fehr Mario; S 17.03.08)

Der von schweizerisch-türkischen Doppelbürgern in der Schweiz geleistete Militärdienst – sowie seit 2012 auch der Zivilschutz und Zivildienst – wird in der Türkei als Erfüllung des Militärdienstes anerkannt. Hingegen sind Doppelbürger, welche in der Schweiz von der Dienstpflicht befreit wurden und stattdessen eine Wehrpflichtersatzabgabe bezahlen, derzeit in der Türkei nicht vom Militärdienst befreit.

Bisher wurde über die konkrete Aufnahme von Verhandlungen noch nicht gesprochen, weshalb auch der Zeitpunkt des Abschlusses sowie die Rechtsform eines allfälligen Verhandlungsergebnisses unklar sind. Die Schweiz versucht bei den regelmässig stattfindenden konsularischen Konsultationen, die Türkei auf die Problematik aufmerksam zu machen und eine Lösung anzustreben. Die Türkei erkennt aber derzeit weder eine Notwendigkeit noch eine Dringlichkeit im Anliegen der Schweiz. Ziele sind nach wie vor die Anerkennung der Schweizer Wehrpflichtersatzabgabe durch die Türkei sowie die Aufnahme von Verhandlungen im Hinblick auf ein Doppelbürgerabkommen über die Erfüllung der Militärdienstpflicht. Im Interesse der betroffenen schweizerisch-türkischen Staatsangehörigen ist es aus Sicht der Schweiz nach wie vor angebracht, die Frage der Erfüllung der militärischen Pflichten dieser Doppelbürger bilateral zu regeln. Vor diesem Hintergrund kann die Motion noch nicht abgeschrieben werden.

2010 M 09.4081 Erhöhte Bereitschaft für den Luftpolizeidienst auch ausserhalb der normalen Arbeitszeiten (S 16.3.10, Hess; N 15.9. 10)

Der Armee sieht eine etappenweise Umsetzung bis 2020 vor. Das Projekt ist auf Kurs. Der notwendige Personalaufwuchs kann phasenbezogen realisiert werden.

2016 erfolgte die Umsetzung der ersten Etappe. Es standen während 50 Wochen jeweils 2 F/A-18 von 08:00-18:00 Uhr in Alarmbereitschaft und konnten innerhalb von maximal 15 Minuten starten. Per 2. Januar 2017 wurde die Bereitschaft plangemäss erhöht. Die beiden QRA (Quick Reaction Alert) Flugzeuge stehen 2017 zusätzlich auch an den Wochenenden und an sämtlichen Feiertagen von 08:00-18:00 Uhr in Alarmbereitschaft. 2017 wurde zusätzlich zwei Mal eine 36-Stunden-Bereitschaft angeordnet und durchgeführt. Diese tägliche Bereitschaft von 08:00 – 18:00 Uhr bleibt auch 2018 bestehen. Zusätzlich werden 2018 drei Mal erhöhte Bereitschaften angeordnet werden.

In der Periode vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2020 wird die tägliche Bereitschaft auf 06:00-22:00 Uhr erhöht. Mit Beginn 1. Januar 2021 wird der QRA rund um die Uhr sichergestellt sein, womit die Motion vollumfänglich erfüllt sein wird. Die Motion kann somit erst mit der vollständigen Umsetzung der Vorgaben per Ende 1. Februar 2021 abgeschrieben werden.

2011 P 11.3753 Immobilienverkäufe des VBS (S 27.9.11, Sicherheitspolitische Kommission SR)

2014 P 13.4015 Nicht mehr benötigte Immobilien des VBS im Sinne der Öffentlichkeit nutzen (N 13.3.14, Finanzkommission NR 13.041)

Die Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee ist von den Räten am 18. März 2016 verabschiedet worden. Auf dieser Grundlage hat das VBS den im November 2013 präsentierten Entwurf des Stationierungskonzepts finalisiert. Gestützt darauf hat es den Programmteil des Sachplans Militär überarbeitet. Der Bundesrat hat diesen Programmteil am 8. Dezember 2017 verabschiedet.

Gleichzeitig mit dem Programmteil des Sachplans Militär hat das VBS auch den Entwurf der Verordnung über die Ausserbetriebnahme von Immobilien des VBS den Kantonen im Rahmen einer Anhörung nach Artikel 19 der Raumplanungsverordnung (SR 700.1) zur Stellungnahme unterbreitet. Diese Verordnung regelt gestützt auf Artikel 130a Absatz 1 des Militärgesetzes (SR 510.10) den Prozess des Ausserbetriebnahme und den Einbezug der Kantone. Die Kantone sind mit dem Entwurf dieser Verordnung weitgehend einverstanden. Sie ist in Abstimmung mit dem Beschluss des Bundesrats zum Programmteil des Sachplans Militär vom VBS verabschiedet worden.

Am 13. März 2014 hat der Nationalrat das Postulat 13.4015 Nicht mehr benötigte Immobilien des VBS im Sinne der Öffentlichkeit nutzen, der Finanzkommission NR angenommen. Dieses verlangt vom Bundesrat ebenfalls einen Bericht zu den nicht mehr benötigten Immobilien sowie zu deren Verwendung.

Einen massgebenden Einfluss auf die möglichen Immobilienverkäufe hat der Sachplan Asyl, mit dem der Bundesrat festlegt, welche militärischen Standorte für ein Bundesasylzentrum genutzt und dem Bundesamt für Bauten und Logistik übertragen werden sollen. Der Bundesrat hat den Sachplan Asyl in Abstimmung mit dem Programmteil des Sachplans Militär am 20. Dezember 2017 verabschiedet.

Nachdem nun alle Grundlagen vorliegen, wird der Bundesrat voraussichtlich Mitte 2018 zu beiden Postulaten einen Bericht verabschieden.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz

2015 M 14.3590 Anspruch auf Reduktion der Wehrpflichtersatzabgabe für Angehörige des Zivilschutzes für die gesamte Dienstleistungszeit (N 26.9.14, Müller Walter; S 10.3.15)

Im Rahmen der gegenwärtig laufenden Revision des Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe (WPEG; SR 661) wird die Motion Müller erst teilweise umgesetzt und erfüllt. Zur vollständigen Umsetzung der Motion sind weitergehende Anpassungen in der Verordnung über die Wehrpflichtersatzabgabe (WPEV) bzw. im Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz (BZG; SR 520.1) oder allenfalls im WPEG notwendig. Dies betrifft insbesondere die anteilsmässige Rückerstattung der WPE für zusätzlich geleistete Diensttage des Zivilschutzkaders (Offiziere und höhere Unteroffiziere), die mit der BZG-Revision ab 1.1.2020 zu einer längeren Dienstdauer (länger als 12 Jahre) verpflichtet werden sollen. Aus diesem Grund kann die Motion noch nicht abgeschrieben werden.

2015 P 15.3759 Sicheres Datenverbundnetz und weitere IT-Projekte des Bevölkerungsschutzes. Stand, Perspektiven und Ressourcenbedarf (N 25.9.15, Glanzmann)

Im Auftrag des Bundesrates hat das Bundesamt für Bevölkerungsschutz im Herbst 2016 eine Auslegeordnung über Alarmierungs- und Telekommunikationssysteme im Bevölkerungsschutz erstellt und diese bei den Kantonen und interessierten Bundesstellen sowie Dritten (insb. Betreibern kritischer Infrastrukturen) konsultiert. Die Konsultationsergebnisse zeigten auf, dass ein zusätzlicher Klärungsbedarf bei Zuständigkeits- und Finanzierungsfragen bestand. Diese offenen Punkte wurden geklärt. Die Ergebnisse sind einerseits in die Auslegeordnung «Bericht zur Zukunft der Alarmierungs- und Telekommunikationssysteme im Bevölkerungsschutz» und andererseits in die Vernehmlassungsvorlage zur Revision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (BZG; SR 520.1) eingeflossen. Beide Geschäfte wurden dem Bundesrat am 1. Dezember 2017 unterbreitet. Das VBS wurde beauftragt, eine Botschaft für die Bereitstellung des notwendigen Verpflichtungskredites für ein nationales Sicheres Datenverbundnetz (SDVN), mit dem Datenzugangssystem Polydata und der Ablösung des Meldevermittlungssystems Vulpus zu erarbeiten und dem Bundesrat bis Ende 2018 zusammen mit der Botschaft zur Revision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes vorzulegen. Dabei sind die weiteren betroffenen Bundesstellen einzubeziehen. Das Postulat kann nach dem Entscheid des Bundesrates über die Priorisierung des Handlungsbedarfs und das weitere Vorgehen sowie der Verabschiedung der Botschaft für die Bereitstellung eines Verpflichtungskredits für ein nationales Sicheres Datenverbundnetz Ende 2018 abgeschrieben werden.

Eidgenössisches Finanzdepartement

Generalsekretariat

2005 M 05.3152 Vertretung der sprachlichen Minderheiten in den Bundesämtern (N 17.6.05, Berberat; S 29.9.05)

2006 M 05.3174 Vertretung der sprachlichen Minderheiten in den Bundesämtern (S 14.6.05, Studer Jean; N 8.3.06)

Die Motionen ersuchen den Bundesrat, für eine angemessene Vertretung der Sprachgemeinschaften in den Führungspositionen der Bundesämter zu sorgen und bei gleichen Fähigkeiten Kandidatinnen und Kandidaten aus der lateinischen Schweiz zu bevorzugen, bis die Sprachgemeinschaften entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung vertreten sind. Der Bundesrat soll ebenfalls sicherstellen, dass die sprachlichen Minderheiten in den verschiedenen Bundesämtern sowohl im Kader als auch unter der Gesamtheit der Angestellten angemessen vertreten sind.

Mit der Revision der Sprachenverordnung vom 4. Juni 2010 (AS 2014 2987; SR 441.11) sowie der Totalrevision der Mehrsprachigkeitsweisungen des Bundesrats vom 27. August 2014 (BBl *2014* 6659) beide am 1. Oktober 2014 in Kraft getreten, sind die Anliegen beider Motionen im Grundsatz übernommen worden. Zudem hat der Bundesrat am 13. März 2015 den Evaluationsbericht der Delegierten des Bundes für Mehrsprachigkeit «Förderung der Mehrsprachigkeit» samt Empfehlungen zur Mehrsprachigkeitspolitik genehmigt (www.plurilingua.admin.ch). Konkret verwirklichen lässt sich das Ziel der Motionen jedoch erst nach ihrer Umsetzung und nach erfolgter Evaluation während der Legislaturperiode 2015–2019, die in einem Bericht an den Bundesrat veröffentlicht wird.

2014 M 13.3841 Expertenkommission zur Zukunft der Datenbearbeitung und Datensicherheit (S 3.12.13, Rechsteiner Paul; N 13.3.14; S 4.6.14)

Die Expertengruppe Datenbearbeitung und Datensicherheit (D&D) hat 2017 alle Anhörungen abgeschlossen. Die verschiedenen Subarbeitsgruppen trafen sich regelmässig zu Arbeitstreffen. Im Bereich der Datensicherheit (IT-Sicherheit) für die breite Wirtschaft hat die Expertengruppe eine Arbeitsgruppe mandatiert, die Eckpfeiler für eine IT-Security Baseline zu erarbeiten. Die Arbeitsgruppe steht unter der Leitung des Sekretariats der D&D. Die starke Zunahme von Aktivitäten und Projekten im Bereich der digitalen Transformation in der Bundesverwaltung führt dazu, dass die Expertengruppe nach wie vor viel Zeit für die Arbeitskoordination mit den Departementen aufwendet. Aufgrund des Arbeitsfortschritts ist jedoch davon auszugehen, dass die Expertengruppe dem Bundesrat den Schlussbericht Mitte 2018 vorlegen können wird.

2014 M 14.3018 Dringliche Kontrollmassnahmen betreffend die Vergabe von Aufträgen durch die Bundesverwaltung (N 4.6.14 Geschäftsprüfungskommission NR)

2014 M 14.3289 Dringliche Kontrollmassnahmen betreffend die Vergabe von Aufträgen durch die Bundesverwaltung (S 17.6.14, Geschäftsprüfungskommission SR)

Im ursprünglichen Rahmenvertrag vom November 2012 mit der Firma Novo, als Generalunternehmerin Projekt Vertragsmanagement Bundesverwaltung (VM BVerw), war vorgesehen, die Einführung des elektronischen Vertragsmanagements (VM) in der Bundesverwaltung auf Ende 2014 umzusetzen. Die geforderte, in der zentralen Bundesverwaltung flächendeckende Einführung des VM-Standards konnte per Anfang 2015 realisiert werden. Aufgrund sich ändernder Rahmenbedingungen, namentlich rechtlicher Art durch Anpassung der Verordnung über die Organisation des öffentlichen Beschaffungswesens der Bundesverwaltung (Org-VöB) im Jahr 2015, Optimierungen einzelner VM-Lösungen sowie übergeordnete Fragestellungen im Zusammenhang mit der Technologie sind Nachfolgearbeiten notwendig geworden. Der Gesamtprojektabschluss inklusive Abschlussbericht wird auf Ende 2018 erwartet.

Hinsichtlich Kontrollmassnahmen betreffend die Vergaben von Aufträgen durch die Bundesverwaltung sind seit 2016 nachfolgende Massnahmen ergriffen worden:

a. Die Ausweitung der Liste «Grundlagen für die Zuordnung von Beschaffungskategorien bei Vergaben, Verträgen, Bestellungen und Zahlungen in der Bverw», welche eine verfeinerte Granularität der Beschaffungskategorie 18 «Dienstleistungen» sicherstellt. Damit werden Tätigkeiten Externer genauer erfasst, wie z.B. die Tätigkeit «Politikorientierte Beratung».
b. Die Auswertung von «Auffälligkeit bei Folgeaufträgen», die aufgrund eines klar umschriebenen Kriterienkataloges Aufträge/Verträge identifiziert, welche Folgeaufträge überprüft werden müssen. Diese Überprüfung erfolgt über die Linienorganisationen (Führungskräfte bzw. Auftrag- und Vertragsgeber der Fachämter der Bundesverwaltung) und muss mit einer schriftlichen Begründung beantwortet werden. Dieses Instrument dient als Führungsunterstützungsinstrument. Es gibt Führungskräften rechtzeitig Hinweise, ob laufende Arbeitsverhältnisse mit Externen weitergeführt werden dürfen oder allenfalls beendet oder internalisiert werden sollten.

Eine Evaluation des VM BVerw kann nach Abschluss des Rolloutprojekts erfolgen, d.h. im Verlaufe des Jahres 2019. Die eingeleiteten Kontrollmassnahmen bei Vergaben von Aufträgen werden jährlich überprüft und im Bedarfsfall angepasst oder weiterentwickelt. Auf Grund der Rückmeldung der FinDel zum Reporting Set 2016 wird die Berichterstattung über die «Auffälligkeiten von Folgeaufträgen» bereits erweitert bzw. mit zusätzlichen Kennzahlen versehen.

2014 P 12.4050 Vertiefte Untersuchung der Mehrsprachigkeit in den Führungsetagen der Bundesverwaltung (N 16.9.14, Romano)

2014 P 12.4265 Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung. Detailanalyse der Bedürfnisse (N 25.9.14, Cassis)

Die Postulate ersuchen den Bundesrat, konkrete und punktuelle Massnahmen zugunsten der Mehrsprachigkeit in den Führungsetagen des Staates zu treffen und die prioritären Bedürfnisse im Zusammenhang mit der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung zu bezeichnen.

Mit der Revision der Sprachenverordnung vom 4. Juni 2010 (AS 2014 2987; SR 441.11) sowie der Totalrevision der Mehrsprachigkeitsweisungen des Bundesrats vom 27. August 2014 beide am 1. Oktober 2014 in Kraft getreten, sind die Anliegen beider Postulate im Grundsatz übernommen worden. Zudem hat der Bundesrat am 13. März 2015 den Evaluationsbericht der Delegierten des Bundes für Mehrsprachigkeit «Förderung der Mehrsprachigkeit» samt Empfehlungen zur Mehrsprachigkeitspolitik ge-

nehmigt (www.plurilingua.admin.ch). Konkret verwirklichen lässt sich das Ziel der Postulate jedoch erst nach ihrer Umsetzung und nach erfolgter Evaluation während der Legislaturperiode 2015–2019, die in einem Bericht an den Bundesrat veröffentlicht wird.

2015 P 14.4275 Wie kann die Freigabe von Open-Source-Software durch die Bundesverwaltung explizit erlaubt werden? (N 20.3.15, Glättli)

Der Bundesrat hat am 22. März 2017 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Freigabe von Open-Source-Software durch die Bundesverwaltung» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > (im Suchfeld Geschäftsnummer eingeben; auf gesuchten Vorstoss klicken) > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Gestützt auf diesen Bericht hat der Bundesrat das EFD beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem EJPD (BJ) bis Mitte 2018 die verbleibenden offenen Rechtsfragen zu klären, die sich in Bezug auf die Freigabe von Software durch die Bundesverwaltung stellen und die allenfalls notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu erarbeiten.

Das EFD hat zu diesem Zweck eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche in der ersten Jahreshälfte 2018 die Resultate ihrer Abklärungen vorlegen wird. Ob zusätzliche gesetzliche Grundlagen geschaffen werden müssen, ist zurzeit noch offen.

Staatsekretariat für internationale Finanzfragen

2001 P 00.3541 Volle Freizügigkeit beim Wechsel der Zusatzversicherung (N 20.3.01, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei; Abschreibung beantragt 11.057 u. 17.043)

2001 P 00.3542 Versicherungsvergünstigungen beim Wechsel der Zusatzversicherung (N 20.3.01, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei; Abschreibung beantragt 11.057 u. 17.043)

2001 P 00.3570 Versicherungsvertragsgesetz. Verjährungsbestimmungen (N 23.3.01, Hofmann Urs; Abschreibung beantragt 11.057 u. 17.043)

2001 M 00.3537 Diebstähle. Beginn der Verjährung bei Kenntnis (N 23.3.01, Jossen; S 6.12.01; Abschreibung beantragt 11.057 u. 17.043)

2003 P 02.3693 VVG. Lücke bei der Taggeldversicherung (N 21.3.03, Robbiani; Abschreibung beantragt 11.057)

2004 P 03.3596 Zusammenhänge zwischen Grund- und Zusatzversicherung in der Krankenversicherung (N 8.3.04, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 98.406; Abschreibung beantragt 11.057 u. 17.043)

2007 P 07.3395 Hohe Prämien beim Übertritt in die Einzeltaggeldversicherung (N 5.10.07, Graf-Litscher; Abschreibung beantragt 11.057 u. 17.043)

Abschreibung beantragt in der Botschaft vom 7. September 2011 zur Totalrevision des Versicherungsvertragsgesetzes; 11.057. Nach der Rückweisung des Geschäfts an den Bundesrat wurde im Sommer 2016 eine Vernehmlassung zu einer Teilrevision des Versicherungsvertragsgesetzes vom 2. April 1908 (SR 221.229.1) durchgeführt. Abschreibung beantragt in der Botschaft vom 28. Juni 2017 zur Teilrevision des Versicherungsvertragsgesetzes; 17.043.

2007 M 06.3540 Besteuerung von Schweizer Flugpersonal bei deutschen Flugunternehmen (S 8.3.07, Lombardi; N 25.9.07)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, eine Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens vom 11. August 1971 mit Deutschland (DBA-D; SR 0.672.913.62) auszuhandeln, die eine gerechte Besteuerung für Schweizer Flugpersonal bei deutschen Flugunternehmen sicherstellt. Dem Arbeitsstaat soll, analog zur Grenzgängerregelung, ein Besteuerungsrecht in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes des Erwerbseinkommens zukommen.

2008 hat Deutschland eine beschränkte Revision des DBA-D in diesem Punkt ausgeschlossen. Die Schweiz nutzte jedoch die Gelegenheit der Verhandlungen für das Änderungsprotokoll vom 27. Oktober 2010, um für die Flugbesatzungsmitglieder eine Lösung zu vereinbaren. Deutschland weigerte sich jedoch, einer dauerhaften Lösung zuzustimmen, war aber bereit, befristet bis 2016 auf sein Besteuerungsrecht nach Artikel 15 Absatz 3 DBA-D hinsichtlich derjenigen Flugbesatzungsmitglieder zu verzichten, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Steueränderungsgesetzes am 1. Januar 2007 bereits bei einer deutschen Fluggesellschaft angestellt waren und seither ununterbrochen dort gearbeitet haben.

Die Verhandlungen über eine umfassende Revision des DBA-D haben im Jahr 2014 begonnen. Sie dauerten auch im Jahr 2017 an. Das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen hat die Besteuerung der Flugbesatzungsmitglieder in diesen Verhandlungen wiederum eingebracht, um eine dauerhafte Lösung anzustreben.

2011 M 11.3157 Beziehungen zwischen der Schweiz und Italien. Wogen glätten (N 17.6.11, Cassis; S 21.9.11)

Die Motion fordert den Bundesrat zu einer Intervention auf, um die Beziehungen mit Italien zu verbessen, namentlich in Steuer- und Finanzangelegenheiten. Insbesondere wird verlangt, dass eine Strategie zur Entspannung der Lage unter Einbezug der Grenzkantone, namentlich des Tessins, definiert und umgesetzt wird. Die zuständigen Behörden der EU sollen ebenfalls eingebunden werden, damit sichergestellt wird, dass Italien die Gemeinschaftsregeln respektiert und damit alle möglichen Druckmittel, die zur Verteidigung der schweizerischen Interessen nötig sind, angewendet werden.

Am 9. Mai 2012 haben die Schweiz und Italien den bilateralen Dialog in Steuer- und Finanzangelegenheiten wieder aufgenommen. Am 29. August 2012 hat der Bundesrat das Mandat bezüglich der Verhandlungen mit Italien erteilt. Am 23. Februar 2015 haben die Schweiz und Italien in Mailand ein Änderungsprotokoll zum Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) sowie eine Roadmap für die Weiterführung des Finanz- und Steuerdialogs unterzeichnet. Nach jahrelangen Kontroversen hat diese Einigung zwischen der Schweiz und Italien eine neue Basis geschaffen, die es ermöglicht, die Zusammenarbeit zu stärken, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verbessern und die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen in einem positiven Klima zu entwickeln. Am 22. Dezember 2015 konnten die Verhandlungen für ein neues Grenzgängerabkommen abgeschlossen werden. Das

neue Grenzgängerabkommen, das jenes aus dem Jahr 1974 ersetzt, muss noch von beiden Regierungen unterzeichnet und von den Parlamenten beider Staaten genehmigt werden. Gewisse einseitig vom Kanton Tessin ergriffene Massnahmen haben einen Einfluss darauf gehabt, wie lange es bis zur Unterzeichnung dieses neuen Abkommens dauert. Im Verlaufe des Jahres 2017 wurden die politischen Kontakte weitergeführt, um eine Unterzeichnung des Abkommens zu erreichen.

2012 M 11.3750 Neuverhandlung der Grenzgängervereinbarung mit Italien (S 21.9.11, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR; N 12.3.12)

Die Motion fordert den Bundesrat auf, im Rahmen der Neuverhandlung des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und Italien Folgendes zu berücksichtigen: 1) die Gegenseitigkeit bei der Grenzgängerbesteuerung ist zu gewährleisten; 2) der neuen Definition des Grenzgängerstatus gemäss Personenfreizügigkeitsabkommen ist Rechnung zu tragen; 3) die jüngsten sozioökonomischen Entwicklungen in den vom Abkommen direkt betroffenen Grenzregionen sind zu evaluieren und die Art der Ausgleichszahlungen ist unter Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse neu zu definieren.

Am 9. Mai 2012 haben die Schweiz und Italien den bilateralen Dialog in Steuer- und Finanzangelegenheiten wieder aufgenommen. Am 29. August 2012 hat der Bundesrat das Mandat bezüglich der Verhandlungen mit Italien erteilt Am 23. Februar 2015 haben die Schweiz und Italien in Mailand ein Änderungsprotokoll zum Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) sowie eine Roadmap für die Weiterführung des Finanz- und Steuerdialogs unterzeichnet. Nach jahrelangen Kontroversen hat diese Einigung zwischen der Schweiz und Italien eine neue Basis geschaffen, die es ermöglicht, die Zusammenarbeit zu stärken, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verbessern und die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen in einem positiven Klima zu entwickeln. Die Roadmap enthält eine klare, politische Verpflichtung zu mehreren wichtigen Punkten der bilateralen Beziehungen im Steuer- und Finanzbereich und bestimmt die Eckwerte des neuen Besteuerungskonzepts von Grenzgängern. Am 22. Dezember 2015 konnten die Verhandlungen für ein neues Grenzgängerabkommen abgeschlossen werden. Dieses Abkommen beruht auf Reziprozität, enthält eine Definition der Grenzgebiete und eine Definition der Grenzgänger für die Durchführung des Abkommens. Das neue Grenzgängerabkommen, das jenes aus dem Jahr 1974 ersetzt, muss noch von beiden Regierungen unterzeichnet und von den Parlamenten beider Staaten genehmigt werden. Gewisse einseitig vom Kanton Tessin ergriffene Massnahmen haben einen Einfluss darauf gehabt, wie lange es bis zur Unterzeichnung dieses neuen Abkommens noch dauert. Im Verlaufe des Jahres 2017 wurden die politischen Kontakte weitergeführt, um eine Unterzeichnung des Abkommens zu erreichen.

2012 M 11.3511 Obligatorische Erdbebenversicherung (S 27.9.11, Fournier; N 14.3.12; Abschreibung beantragt 14.054

Abschreibung beantragt im Bericht vom 20. Juni 2014 zur Abschreibung der Motion 11.3511 Fournier «Obligatorische Erdbebenversicherung»; 14.054. Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerates hat anlässlich ihrer Sitzung vom 1. September 2016 beschlossen, sich erst zu einem späteren Zeitpunkt zu der vom Bundesrat beantragten Abschreibung der Motion zu äussern.

2014 P 12.4048 Neue Besteuerung der Grenzgängerinnen und Grenzgänger (N 16.9.14, Quadri)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat zu prüfen, wie sich ein Vertrag mit Italien auswirken würde, der festlegt, dass Grenzgängerinnen und Grenzgänger nach den – im Vergleich mit der Schweiz bekanntlich viel höheren – italienischen Steuersätzen besteuert würden. Die Schweiz würde mit der Erhebung der Steuer betraut und würde die Differenz zwischen der ordentlichen schweizerischen Quellensteuer (das heisst ohne Abzug der 38,8 Prozent) und der erhobenen Steuer Italien erstatten. Das Postulat beauftragt den Bundesrat folglich, die Möglichkeit zu prüfen, die Besteuerung von Grenzgängern auf die italienischen Sätze zu erhöhen und zugleich die Steuereinnahmen für den Kanton Tessin zu erhöhen.

Am 22. Dezember 2015 konnten die Verhandlungen für ein neues Grenzgängerabkommen abgeschlossen werden. Wie im Postulat gefordert, sieht dieses Abkommen die Besteuerung nach italienischen Regeln nach einer Übergangszeit und eine Erhöhung der Steuereinnahmen für die schweizerischen Kantone vor. Das neue Grenzgängerabkommen, das jenes aus dem Jahr 1974 ersetzt, muss noch von beiden Regierungen unterzeichnet und von den Parlamenten beider Staaten genehmigt werden. Gewisse einseitig vom Kanton Tessin ergriffene Massnahmen haben einen Einfluss darauf gehabt, wie lange es bis zur Unterzeichnung dieses neuen Abkommens noch dauert. Im Verlaufe des Jahres 2017 wurden die politischen Kontakte weitergeführt, um eine Unterzeichnung des Abkommens zu erreichen.

2014 M 14.3299 Berücksichtigung von allgemeinen Abzügen und Sozialabzügen bei im Ausland beschränkt steuerpflichtigen Personen (S 17.6.14, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR; N 11.12.14; Abschreibung beantragt 17.056)

Abschreibung beantragt im Bericht «zur Abschreibung der Motion 14.3299 der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats: Berücksichtigung von allgemeinen Abzügen und Sozialabzügen bei im Ausland beschränkt steuerpflichtigen Personen» verabschiedet. Der Bericht ist abrufbar unter www.parlement.ch > Geschäft 17.056.

2015 P 13.3945 Negative Auswirkungen der Personenfreizügigkeit in den Grenzkantonen mit Massnahmenpaket abmildern (N 24.9.15, Regazzi)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, die Situation in den Grenzkantonen in Bezug auf Grenzgängerinnen und Grenzgänger, Dumping und Scheinselbständigkeit zu beurteilen und ein Massnahmenpaket zur Milderung der negativen Auswirkungen vorzulegen. Es wurden folgende Massnahmen auf diesem Gebiet umgesetzt:

Die Schweiz hat in der Zwischenzeit sämtliche Doppelbesteuerungsabkommen mit den Nachbarländern mit der Aufnahme einer Klausel zum Informationsaustausch auf Anfrage, welche dem internationalen Standard auf diesem Gebiet entspricht, ergänzt, was die richtige Besteuerung der Grenzgänger in ihrem Wohnsitzstaat sicherstellen sollte. Mit der Revision des Mehrwertsteuergesetzes MWSTG vom 12. Juni 2009 (SR 641.20)werden die mehrwertsteuerbedingten Wettbewerbsnachteile der Schweizer Unternehmen abgebaut. Für die Steuerpflicht wird nicht mehr bloss auf die von den Unternehmen im Inland erzielten Umsätze abgestellt, sondern auf deren weltweiten Umsätze. Am 26. März 2014 verabschiedete der Bundesrat Massnahmen zur Optimierung der Flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit. Gestützt darauf hat der Bund den Anträgen der Kantone Tessin und Genf für eine finanzielle Beteiligung an zusätzlichen Kontrollen stattgegeben. Zur verbesserten Bekämpfung der Scheinselbständigkeit wurden im Jahre 2013 verschärfte Bestimmungen im Entsendegesetz für Dienstleistungserbringer vom 8. Oktober 1999 (SR 823.20) eingeführt, die sich als selbständig angemeldet haben. Die Evaluation dieser neuen Mass-nahmen im Jahr 2015

zeigte, dass die Massnahmen angemessen sind, um Scheinselbständigkeit entgegenzuwirken. Um die Umsetzung dieser Massnahmen weiter zu verbessern, erarbeitete das SECO in Zusammenarbeit mit den Vollzugsorganen einen Musterprozess für die Kontrollen bei Selbständigen. Dieser Prozess wird per Anfang 2018 umgesetzt. Am 1. April 2017 ist eine Revision des Entsendegesetzes (AS 2017 2077; SR 823.20) in Kraft getreten, welche schärfere Sanktionen vorsieht. Diese Verschärfungen greifen auch in Fällen von Scheinselbständigkeit.

Eidgenössische Finanzverwaltung

2015 M 13.3363 Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen (N 25.9.13, Finanzkommission NR 12.101; S 11.12.14; N 10.3.15)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, eine Analyse aller Verbundaufgaben zwischen Bund und Kantonen durchzuführen und aufzuzeigen, ob eine Entflechtung einer Aufgabe zweckmässig ist. Falls eine bestimmte Aufgabe weiterhin eine Verbundaufgabe bleiben soll, ist dies zu begründen. Die Motion verlangt zudem, dass der Bundesrat diese Analyse zusammen mit dem dritten Wirksamkeitsbericht des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen unterbreitet. Der Wirksamkeitsbericht wird voraussichtlich im März 2018 vom Bundesrat verabschiedet und bildet anschliessend Gegenstand einer Vernehmlassung. Die Ergebnisse fliessen in die Botschaft zur Festlegung des Ressourcen- und Lastenausgleichs für die Periode 2020 – 2023 ein. Die Analyse zu den Verbundaufgaben wird in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen erarbeitet. So wird sie die Haltung der Kantone zu einer möglichen Entflechtung in den einzelnen Aufgabengebieten darstellen. Die Kantone brauchen für ihre Arbeiten etwas mehr Zeit als ursprünglich geplant, sodass der Bundesrat den Bericht zur Motion 13.3363 voraussichtlich zusammen mit der Botschaft im September 2018 verabschieden wird.

2015 P 15.3009 Grenzgängereinkommen im Ressourcenpotenzial neu prüfen (N 10.3.15, Finanzkommission NR)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, im Rahmen des dritten Wirksamkeitsberichts des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen zu prüfen, ob die Grenzgängereinkommen im Ressourcenpotenzial neu nur noch mit 50 Prozent zu gewichten sind. Gegenwärtig werden sie mit 75 Prozent berücksichtigt. Der dritte Wirksamkeitsbericht wird die Frage der Gewichtung der Grenzgänger eingehend analysieren und damit den Auftrag des Postulats erfüllen. Der Bericht wird voraussichtlich im März 2018 vom Bundesrat verabschiedet und bildet anschliessend Gegenstand einer Vernehmlassung. Die betroffenen Kantone erhalten damit die Gelegenheit, sich u.a. zur Frage der Gewichtung der Grenzgängereinkommen zu äussern. Ausgehend von den Erkenntnissen im dritten Wirksamkeitsbericht und den Ergebnissen der Vernehmlassung wird der Bundesrat die Botschaft zur Festlegung des Ressourcen- und Lastenausgleichs für die Periode 2020 – 2023 im September 2018 verabschieden.

Eidgenössisches Personalamt

2015 M 15.3494 Bestand des Bundespersonals auf dem Stand von 2015 einfrieren (S 23.9.15, Finanzkommission SR; N 7.12.15)

Die Forderung der Motion der Finanzkommission des Ständerats ist erfüllt. Im Rahmen der Berichterstattung zur Staatsrechnung 2017 wird den eidgenössischen Räten ein Bericht auf Abschreibung der Motion unterbreitet.

Eidgenössische Steuerverwaltung

2005 M 04.3276 Übergang zur Individualbesteuerung (N 15.6.05, Freisinnig-demokratische Fraktion; S 28.9.05; Abschreibung beantrag 09.045)

2009 M 05.3299 Übergang zur Individualbesteuerung. Dringliche Massnahmen (N 9.5.06 Freisinnig-demokratische Fraktion; S 10.8.09)

2011 P 11.3545 Zivilstandsunabhängige Besteuerung und Renten (N 23.12.11, BDP Fraktion)

2015 M 10.4127 Beseitigung der Heiratsstrafe (N 17.6.11, Bischof; S 4.3.15)

Das Eidgenössische Finanzdepartement wurde beauftragt, dem Bundesrat eine Botschaft zur Beseitigung der «Heiratsstrafe» und Erzielung ausgewogener Belastungsrelationen bei der Ehepaar- und Familienbesteuerung vorzulegen. Am 9. Juni 2017 beschloss der Bundesrat, diese Botschaft zusammen mit der Botschaft zur Steuervorlage 17 im Frühjahr 2018 zu beraten. Dabei soll über eine mögliche Etappierung entschieden werden. Es ist geplant, diese Vorstösse im Rahmen dieser Botschaft zur Abschreibung zu beantragen.

2014 P 14.3005 Volkswirtschaftliche und fiskalpolitische Fragen von konkreten Modellen der Individualbesteuerung (N 4.6.14, Finanzkommission NR)

Der Bundesrat hat am 24. Juni 2015 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Auswirkungen einer Einführung der Individualbesteuerung» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > Geschäfte (Geschäftsnummer eingeben) > auf den gesuchten Vorstoss klicken > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses. Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt. Der Nationalrat hat am 16. März 2016 vom Bericht Kenntnis genommen. Im Rahmen der Botschaft zur Beseitigung der «Heiratsstrafe» und Erzielung ausgewogener Belastungsrelationen bei der Ehepaar- und Familienbesteuerung, die der Bundesrat im Frühjahr 2018 – zusammen mit der Botschaft zur Steuervorlage 17 – beraten wird, ist geplant, das Postulat zur Abschreibung zu beantragen.

2014 P 12.3923 Eigenmietwert bei bescheidenem Einkommen (N 16.9.14, Gössi)

Mit der parlamentarischen Initiative 17.400 der WAK-S «Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung» wird eine Abkehr vom geltenden System der Eigenmietwertbesteuerung gefordert. Der parlamentarischen Initiative wurde Folge gegeben. Die WAK-S wird eine entsprechende Vernehmlassungsvorlage ausarbeiten. Vor diesem Hintergrund ist es folgerichtig, mit dem

überwiesenen Postulat und der Erarbeitung eines entsprechenden Berichts zuzuwarten. Inhaltlich geht es beim Postulat um eine konträre Ausrichtung, nämlich um Anpassungen am bestehenden System (Verankerung von Härtefallregelungen im Bundesrecht und Verankerung eines Unternutzungsabzugs im Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990 über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden [SR 642.14]).

2015 M 14.3450 Steuerliche Abzugsfähigkeit von Bussen (S 15.9.14, Luginbühl; N 2.3.15; Abschreibung beantragt 16.076)

Abschreibung beantragt in der Botschaft vom 16. November 2016 zum Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung finanzieller Sanktionen; 16.076.

2015 P 15.3381 Ergänzung des Wohlstandsberichtes (N 24.9.15, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)

Der Bundesrat wird gebeten, künftig im Wohlstandsbericht die Entwicklung der Einkommen und Vermögen sowie die Steuerabgaben des obersten Prozents darzustellen. Das Postulat soll im Rahmen der nächsten Aufdatierung des Wohlstandsberichts (10.4046) erfüllt werden. Diese ist frühestens für 2019 vorgesehen.

Eidgenössische Zollverwaltung

2014 M 14.3035 Nächtliche Schliessung kleiner Grenzübergänge zwischen der Schweiz und Italien (N 20.6.14, Pantani; S 8.12.14)

Der Bundesrat hat sich in seiner Stellungnahme vom 14. Mai 2014 bereit erklärt, die Anliegen der Motion in Zusammenarbeit mit den Behörden Italiens und des Kantons Tessin vertieft zu prüfen. Der Kanton Tessin verfügt über 22 Grenzübergänge, die für die Einfuhr von Waren zugelassen sind. Davon können 16 als «klein» im Sinne der Motion qualifiziert werden. Unter verkehrstechnischen Gesichtspunkten sieht das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) bei sechs davon die Möglichkeit einer nächtlichen Schliessung als gegeben. Die Kosten für dauerhafte bauliche Massnahmen zur automatisierten Schliessung von Grenzübergängen bewegen sich in der Grössenordnung von 200'000 Franken pro Grenzübergang und erweisen sich damit als recht hoch angesichts der Tatsache, dass die Wirksamkeit der Massnahme ungewiss ist und mit Blick auf Schengen unter Umständen nicht über längere Zeit aufrechterhalten werden kann. Aus diesem Grund hat die Eidgenössische Zollverwaltung in Zusammenarbeit mit dem Kanton Tessin vom 1. April bis zum 30. September 2017 einen Pilotversuch an drei Grenzübergängen durchgeführt. Das EFD wird dem Bundesrat im ersten Quartal 2018 über die Erkenntnisse aus dem Pilotversuch Bericht erstatten, damit er über das weitere Vorgehen entscheiden kann.

Bundesamt für Bauten und Logistik

2012 P 12.3910 Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen. Stopp dem Missstand (N 14.12.12, Darbellay; Abschreibung beantragt 17.019)

2013 M 12.3739 Öffentliche Beschaffungen des Bundes. Gleiche Rechte für alle Sprachregionen (N 14.12.12, Hodgers; S 10.09.13; Abschreibung beantragt 17.019)

2014 P 14.3208 Bekämpfung der Korruption im öffentlichen Beschaffungswesen (S 17.6.14, Engler; Abschreibung beantragt 17.019)

2014 M 14.3045 Publikation der Basisinformationen aller Beschaffungen des Bundes ab 50 000 Franken (N 20.6.14, Graf-Litscher; S 8.12.14; Abschreibung beantragt 17.019)

2015 M 12.3914 Ausschreibungsverfahren in den drei Amtssprachen des Bundes (N 16.9.14, de Bumann; S 18.6.15; Abschreibung beantragt 17.019)

2015 M 14.3872 Für eine korrekte Nutzung der Amtssprachen in den öffentlichen Ausschreibungen von bundesnahen Betrieben (N 12.12.14, Regazzi; S 18.6.15; Abschreibung beantragt 17.019)

2015 M 14.3886 Für eine sprachenfreundliche Vergabe auch von kleinen öffentlichen Aufträgen im Interesse unserer KMU (N 12.12.14, Cassis; S 18.6.15; Abschreibung beantragt 17.019)

Abschreibung beantragt in der Botschaft vom 15. Februar 2017 zur Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen; 17.019.

2014 M 14.3016 Auslegung der Definition von Kleinstunternehmen im Bauproduktegesetz (N 10.3.14, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR; S 3.6.14)

Die Motion beauftragt das für Bauprodukte zuständige Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL), im Rahmen der fachtechnischen Kontakte mit der EU-Kommission bei den Diskussionen zur Auslegung und Präzisierung der Bauproduktebestimmungen auf europäischer Ebene die Interessen der Schweiz und der KMUs einzubringen und auf einen schlanken Vollzug hinzuwirken. Insbesondere soll gemäss Motion Artikel 2 Ziffer 27 des Entwurfes zum Bundesgesetz über die Bauprodukte nach dessen Inkrafttreten so ausgelegt werden können, dass ein Unternehmen als Kleinstunternehmen im Sinne des Gesetzes gilt, wenn sein Jahresumsatz mit Bauprodukten 3 Millionen Franken nicht übersteigt.

Das Bundesamt für Bauten und Logistik hat das entsprechende Anliegen gegenüber der EU-Kommission mehrfach und bei verschiedenen Gelegenheiten zur Sprache gebracht, insbesondere auch in seinem Schreiben vom 1. September 2015 «Request for an enlarged definition of microenterprises» an die fachlich zuständige Stelle bei der EU-Kommission. Die Antwort der EU-Kommission steht noch aus. Die Gespräche mit der EU-Kommission dauern an.

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Staatssekretariat für Wirtschaft

2010 M 09.3360 OECD-Führung durch Ministerrat oder durch G-20? (N 22.9.09, Aussenpolitische Kommission NR; S 2.3.10; N 6.12.10)

Die Motion beauftragte den Bundesrat, im Rahmen der Überbringung des Berichts über die Steuerhoheiten von 2009 («graue Liste») Klärungen zur Beziehung zwischen dem OECD-Generalsekretär und der G-20 zu verlangen. Das konstante Engagement der Schweiz für Transparenz und Gleichbehandlung aller Mitgliedsstaaten der OECD hat Früchte getragen. Unterstützt von weiteren Ländern – sowohl von Nicht-G-20-Ländern als auch von grösseren G-20-Ländern – hat die OECD ihre Art, für die G-20 zu arbeiten, angepasst. Erstens informiert der Generalsekretär der OECD die Mitgliedsländer regelmässig über seine Teilnahme an G-20-Sitzungen und über von der OECD für die G-20 erstellte Arbeiten. Auf fachspezifischem Niveau werden alle Studien der OECD prinzipiell von den Komitees der OECD behandelt, in denen die Schweiz die Möglichkeit hat, ihre Positionen geltend zu machen. Des Weiteren verfolgt die Schweiz auch eine aktive Strategie gegenüber der G-20, indem sie Beziehungen zu der jährlichen Präsidentschaft knüpft, um ihre Ansichten zu den Prioritäten der G-20 kundtun zu können. Der Bundesrat wird sich weiterhin für eine Verbesserung der Transparenz und des Informationsflusses zwischen G-20 und OECD einsetzen. Die OECD wird im Laufe des Jahres 2018 einer unabhängigen globalen Bewertung unterzogen. Die Thematik bezüglich Rolle und Fortbestand der OECD im globalen Kontext des Multilateralismus sowie in den Beziehungen zu anderen internationalen Gremien und Foren wie der G20 wird Teil dieser Bewertung sein. Die Ergebnisse dieser Evaluation werden für die Beantwortung der in der Motion gestellten Frage nützlich sein.

2011 M 10.3626 Lebensmittelproduktion. Ökologische und soziale Zustände (N 13.12.10, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR; S 8.6.11)

In seiner Aussenwirtschaftspolitik setzt sich der Bundesrat aktiv für die Berücksichtigung von Sozial- und Umweltstandards in Handelsabkommen ein. Dabei vertritt die Schweiz in den WTO-Agrarverhandlungen die Position, dass Massnahmen zum Schutz der Umwelt (wie z.B. im Rahmen gewisser Direktzahlungen) weiterhin zulässig sein müssen und keinem Ausgabenplafonds unterstehen sollen. In den Verhandlungen zur Beseitigung von umweltschädlichen Subventionen wie auch zu Umwelt und Handel setzt sich der Bundesrat für ein ambitiöses Resultat ein. Die Bestrebungen für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der WTO sowie die Berücksichtigung der ILO-Standards bei den WTO-Bestimmungen werden weitergeführt. Die Verhandlungen in den oben erwähnten Bereichen sind jedoch blockiert.

Die Schweiz setzt sich in ihren Freihandelsabkommen (FHA) für die Aufnahme von Bestimmungen ein, welche die Kohärenz der Nachhaltigkeitsziele untereinander bezwecken. Sie stützt sich dabei auf die Mitte 2010 vereinbarten EFTA-Modellbestimmungen über Handel und nachhaltige Entwicklung. Alle seit Mitte 2010 bilateral oder im Rahmen der EFTA abgeschlossenen FHA enthalten solche Bestimmungen. In allen laufenden Verhandlungen sowie im Rahmen der Weiterentwicklung der bestehenden FHA setzt sich die Schweiz für den Einschluss entsprechender Bestimmungen ein.

2012 P 12.3475 Metalle der Seltenen Erden. Ressourcenstrategie (N 28.9.12, Schneider-Schneiter)

Das Anliegen des Postulats sind die Herausforderungen zur Sicherstellung der Rohstoffversorgung des Industriestandortes Schweiz. Im Fokus steht die Sicherung der Verfügbarkeit der Metalle der Seltenen Erden. Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht folgende Themenbereiche in Bezug auf die Metalle der Seltenen Erden zu behandeln: Die Sicherung des Zugangs zu diesen Rohstoffen im Ausland, Vorratshaltung und Preisrisiken, Möglichkeiten einer besseren Wiederverwertbarkeit sowie die Forschungsanstrengungen für die Substitution der kritischen Rohstoffe. Neben den Metallen der Seltenen Erden stellen sich dem Schweizer Industriestandort die gleichen Versorgungsfragen auch für weitere seltene technische Metalle. Im Rahmen des Aktionsplans zur Grünen Wirtschaft, prüft das Bundesamt für Umwelt das technische Verwertungspotenzial und die finanzielle Machbarkeit der Rückgewinnung von seltenen technischen Metallen. Die dazu laufenden Projekte sollen 2019 abgeschlossen sein. Erste Erkenntnisse aus einzelnen Projekten liegen vor; weitere sind für Anfang 2018 vorgesehen und sollen in den Bericht einfliessen. Nicht Gegenstand des Berichts sind energetische Rohstoffe sowie landwirtschaftliche Rohstoffe. Der Bericht wird voraussichtlich Mitte 2018 vorliegen.

2014 P 14.3106 Europäische Unternehmen, die Personal in die Schweiz entsenden. Eröffnung von Entscheiden (S 16.6.14, Recordon, Abschreibung beantragt 17.053)

Abschreibung beantragt mit der Botschaft vom 30. August 2017 zur Genehmigung und zur Umsetzung der Übereinkommen Nr. 94 und Nr. 100 des Europarates über die grenzüberschreitende Verwaltungszusammenarbeit; 17.053.

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation

2014 P 14.3740 Eidgenössisches Berufsattest. Bilanz nach zehn Jahren (N 12.12.14, Schwaab)

Der Bundesrat wird beauftragt, das Eidgenössische Berufsattest zu evaluieren und dazu einen Bericht zu erstellen.

Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation hat 2017 die Evaluation der fachkundigen individuellen Begleitung gestartet. Dies als Ergänzung zur Evaluation der Arbeitsmarktfähigkeit von Absolventinnen und Absolventen mit eidgenössischem Berufsattest (EBA) aus dem Jahr 2016. Die Ergebnisse werden 2018 vorliegen und damit eine vollständige Beantwortung des Postulates ermöglichen.

2015 P 13.3073 Gesamtschau der Innovationspolitik (N 9.3.15, Derder)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, in einem Bericht eine Gesamtschau über die Schweizerische Innovationspolitik vorzulegen. Der Bericht soll Massnahmen darstellen, mit denen die Innovation und das Unternehmertum gefördert werden und allfällige Lücken identifizieren. Der Bericht soll ausserdem darlegen, ob ein «Masterplan Innovation» erarbeitet werden müsste oder ob ein Bundesgesetz über Innovation benötigt wird.

Der Bericht wird dem Bundesrat am 21. Februar 2018 vorgelegt werden. Da die Entscheide des Bundesrats zur Umwandlung der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) in eine öffentlich-rechtliche Anstalt (Mo 11.4136) und die diesbezüglichen Entscheide zur Förderung des Unternehmertums abgewartet werden mussten, hatte die Erarbeitung des Berichts erst 2015 begonnen. Der Bericht wurde in enger Abstimmung mit dem Bericht zum Postulat Steiert (13.3303) «Die Leistungsfähigkeit des Schweizer Forschungs- und Innovationssystems besser evaluieren» koordiniert.

2015 P 15.3796 Förderung des Berufsabschlusses von Erwachsenen (S 9.9.15, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)

Der Bundesrat wird beauftragt bestehende Potenziale zur Deckung des Fachkräftebedarfs auszuschöpfen, auch durch eine Förderung des Berufsabschlusses von Erwachsenen, die noch über keinen Abschluss auf Sekundarstufe II verfügen. Dazu soll der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen und den Organisationen der Arbeitswelt verschiedene Massnahmen prüfen und wo angezeigt umsetzen.

Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI hat zusammen mit den Verbundpartnern von 2013-2017 das Projekt Berufsabschluss und Berufswechsel für Erwachsene durchgeführt. Dabei wurden verschiedene Umsetzungsprojekte durch die Projektförderung finanziell unterstützt, das Handbuch «Berufliche Grundbildung für Erwachsene» publiziert und die thematische Datenlage durch zwei Studien verbessert. Noch nicht abgeschlossen sind Arbeiten zur Gewährleistung der Unentgeltlichkeit von Information, Beratung, Ausbildung und Qualifikationsverfahren für Erwachsene. Zudem wird eine nationale Sensibilisierungskampagne vorbereitet und der Leitfaden «Validierung von Bildungsleistungen» bzw. die Entwicklung einer Erläuterung zur Anrechnung von Bildungsleistungen überarbeitet. Die Ergebnisse werden voraussichtlich 2018 vorliegen und eine vollständige Beantwortung des Postulates ermöglichen.

Bundesamt für Landwirtschaft

2012 M 10.3818 Verhandlungen mit der EU über ein Freihandelsabkommen in Agrar- und Lebensmittelbereich stoppen (N 9.6.11, Darbellay; S 7.3.12)

Die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU im Hinblick auf eine Öffnung der Märkte der gesamten Lebensmittelkette wurden 2008 aufgenommen. Zum Thema «Marktzutritt» hat die Verhandlungsgruppe seit dem 22. Juli 2010 nicht mehr getagt. Die Verhandlungen in diesem Bereich wurden somit de facto abgebrochen. Die Gründe für den Verhandlungsstopp sind einerseits die offenkundige Ablehnung, die sich aus der Unterstützung dieser Motion ableitet, und andererseits die Bedingung der EU, jede neue Vereinbarung über den Markzutritt an die Klärung der institutionellen Fragen zu knüpfen.

Der Bundesrat hat am 1. November 2017 den Bericht „Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik“ verabschiedet. Mittelfristig strebt er einen moderaten Abbau der Agrarzölle und eine bessere Vernetzung der inländischen und ausländischen Agrarmärkte im Rahmen von Handelsabkommen an. Da bei der Weiterentwicklung von Handelsabkommen der hohe Grenzschutz im Agrarbereich zunehmend in den Fokus rückt, wird auch seitens der Landwirtschaft eine gewisse Flexibilität zugunsten einer volkswirtschaftlich optimalen Lösung nötig sein.

Was die Doha-Runde der WTO anbelangt, kam es an der Ministerkonferenz vom Dezember 2015 in Nairobi zu einem Teilabschluss der Verhandlungen, da neue Regeln über den Exportwettbewerb verabschiedet wurden. In Bezug auf die Weiterführung der Doha-Runde in ihrer Gesamtheit gab es erstmals keinen Konsens unter den WTO-Mitgliedern. An der Ministerkonferenz vom Dezember 2017 in Buenos Aires konnten sich die WTO-Mitglieder ferner auch nicht auf die Weiterführung von multilateralen Verhandlungen zu den Themen der Doha-Runde einigen.

2015 P 15.4056 Stärkung der Milchproduktion aus betriebseigenem Grundfutter (N 18.12.15, Jans)

Agroscope wurde vom Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) beauftragt, die Auswirkungen des Beitrags für graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion (GMF) zu evaluieren. Der Evaluationsbericht wurde im Frühling 2017 vorgelegt. Eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern der Branche, der Kantonsbehörden und der Umweltschutzorganisationen hat die Ergebnisse der Evaluation analysiert und besprochen. Sie gab Empfehlungen zuhanden des Bundesamts für Landwirtschaft (BLW) ab bezüglich der Weiterentwicklung der GMF. Die angedachten Ansätze sind innovativ und müssen noch eingehender analysiert werden. Sie sind im Sinne des Postulats und sollen die Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter ermuntern, die betriebseigene Futterbasis besser zu nutzen. Das BLW prüft derzeit, ob die Empfehlungen im Rahmen der Agrarpolitik ab dem Jahr 2022 (AP22+) umgesetzt werden können.

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Generalsekretariat

2015 M 13.3023 Totalrevision des Bundesgesetzes über die Enteignung (N 18.9.14, Regazzi; S 4.6.15; N 1.12.15)

Mit der Überweisung der Motion wurde der Bundesrat beauftragt, die Revisionsbedürftigkeit des Enteignungsgesetzes vertieft zu prüfen. Die zentralen Punkte der daraufhin ausgearbeiteten Vorlage betreffen die Abstimmung mit den im Bundesrecht vorgesehenen Plangenehmigungsverfahren sowie Anpassungen der Bestimmungen über die Struktur und die Organisation der Eidg. Schätzungskommissionen. In der Zeit vom 2. Juni bis 31. Oktober 2017 fand die Vernehmlassung zu den geplanten Gesetzesänderungen statt. Die Verabschiedung der Botschaft durch den Bundesrat ist für das Jahr 2018 geplant.

2015 M 13.3196 Totalrevision des Bundesgesetzes über die Enteignung. Marktkonforme Entschädigung der Enteigneten? (N 12.3.15, Ritter; S 4.6.15; N 1.12.15)

Mit der Überweisung der Motion wurde der Bundesrat beauftragt, die Revisionsbedürftigkeit des Enteignungsgesetzes vertieft zu prüfen und dabei marktkonforme Entschädigungen für Enteignete auch ausserhalb von Baugebieten vorzusehen. Die zentralen Punkte der daraufhin ausgearbeiteten Vorlage betreffen die Abstimmung mit den im Bundesrecht vorgesehenen Plangenehmigungsverfahren sowie Anpassungen der Bestimmungen über die Struktur und die Organisation der Eidg. Schätzungskommissionen. Eine Revision der Bestimmungen betreffend Entschädigung von Kulturland wurde indessen verworfen, da sich eine solche Regelung weder als praxistauglich noch verfassungsmässig erweist. In der Zeit vom 2. Juni bis 31. Oktober 2017 fand die Vernehmlassung zu den geplanten Gesetzesänderungen statt. Die Verabschiedung der Botschaft durch den Bundesrat ist für das Jahr 2018 geplant.

Bundesamt für Verkehr

2009 P 08.3763 Bahnlandschaft Schweiz. Konsolidierung durch die SBB (N 8.9.09, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)

Abschreibung beantragt in der Botschaft vom 16. November 2016 zur Organisation der Bahninfrastruktur; 16.075. Die parlamentarische Beratung wurde im Januar 2017 gestartet und kann voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2018 abgeschlossen werden.

2012 P 12.3640 Brachliegendes Potenzial auf Bahnstrecken nutzen (S 20.9.12, Fetz)

Mit diesem Postulat wird der Bundesrat aufgefordert, eine Übersicht über die bestehenden Eisenbahnstrecken zu erstellen, auf welchen mit geringfügigem Aufwand Güterverkehr verkehren könnte. Damit soll der Interessenkonflikt zwischen Güter- und Personenverkehr entschärft werden. Im Planungsprozess des Strategischen Entwicklungsprogramms Bahninfrastruktur (STEP) – Ausbauschritt 2030/35 werden auch die Bedürfnisse des Güterverkehrs und die dafür notwendigen Kapazitäten einbezogen. Die Botschaft zum nächsten Ausbauschritt 2030/35 wird 2018 dem Parlament unterbreitet werden.

2013 P 13.3415 Angebotsverbesserung auf der Hochrheinstrecke (S 25.9.13, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen)

2013 P 13.3451 Elektrifizierung und Angebotsverbesserung der Hochrheinstrecke (N 17.9.13, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen)

Mit diesen beiden Postulaten wird der Bundesrat beauftragt, ein Konzept für Angebotsverbesserungen auf der Hochrheinstrecke zu prüfen. Es soll in Absprache mit dem Land Baden-Württemberg darauf hingewirkt werden, dass ein Halbstundentakt zwischen Basel und Schaffhausen eingeführt wird, Schweizer Abonnemente anerkannt werden, attraktives Rollmaterial eingesetzt wird und durchgehende Züge zwischen St. Gallen, Schaffhausen und Basel angeboten werden.

Bei der Hochrheinstrecke handelt es sich um eine weitestgehend auf deutschem Hoheitsgebiet befindliche Strecke. In Deutschland obliegt die Planung und Bestellung des Regionalverkehrs den Bundesländern. Mit Beschluss des Deutschen Bundestages vom 14. Oktober 2016 haben die Länder die Möglichkeit, nach Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für Grossprojekte des öffentlichen Verkehrs Mittel des Bundes in Anspruch zu nehmen. Vor diesem Hintergrund führt der Bund Gespräche mit den zuständigen Stellen in Baden-Württemberg. Die zur Erledigung des Postulates nötigen Abklärungen laufen. Andererseits haben die Planungsregionen der Schweiz auch ein Begehren in den Planungsprozess des Strategischen Entwicklungsprogramms Bahninfrastruktur (STEP) – Ausbauschritt 2030/35 eingebracht. Eine diesbezügliche Botschaft wird 2018 dem Parlament unterbreitet.

2014 M 13.3663 Regionaler Personenverkehr. Sicherstellung der Finanzierung und Harmonisierung des Bestellverfahrens (S 10.2.13, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR; N 6.5.14)

Die im Sommer 2014 eingesetzte Expertengruppe hat im November 2015 einen Bericht mit einer Auslegeordnung und Empfehlungen für eine Reform des regionalen Personenverkehrs ausgearbeitet. Gestützt auf diesen Bericht wurden gemeinsam mit der Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs Eckwerte für eine Reform des regionalen Personenverkehrs erarbeitet. Der Bundesrat hat im Juni 2016 dem Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation den Auftrag erteilt, gestützt auf diese Eckwerte und unter Einbezug von Kantonen und Transportunternehmen bis spätestens Ende 2018 eine Vernehmlassungsvorlage zu erarbeiten. Im Zentrum stehen die folgenden zwei Kernthemen: Wie sollen die Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen möglichst sinnvoll und zielführend ausgestaltet werden und wie können weitere Anreize zur Effizienzsteigerung, für das Nutzen von Synergien und für unternehmerisches Handeln geschaffen werden? Das Projekt zur Erarbei-

tung dieser Vorlage ist im zweiten Halbjahr 2016 gestartet worden. Die gemeinsame Projektorganisation mit Fachleuten von Bund und Kantonen schlägt im Grundlagenbericht vom August 2017 zwei Varianten vor. Beide bauen auf dem heutigen System auf und entwickeln dieses weiter. Bei der Variante «Optimierung» würden Bund und Kantone die Bus- und Bahnangebote weiterhin gemeinsam bestellen und finanzieren, bei der Variante «Teilentflechtung» würde das Busangebot neu allein durch die Kantone bestellt. Die Varianten werden weiter vertieft, um im Frühling 2018 über die Stossrichtung der Vernehmlassungsvorlage zu entscheiden.

Zudem hat der Bundesrat dem Parlament Ende 2016 die Botschaft zur Einführung eines Verpflichtungskredits für die Abgeltung von Leistungen des regionalen Personenverkehrs für die Jahre 2018–2021 (BBl *2016* 8817) vorgelegt. Das Parlament hat diese Vorlage im Juni 2017 beschlossen. Damit trägt der Bund bereits einem Anliegen der Motion 13.3663 Rechnung, indem für vier Jahre eine erhöhte Sicherheit hinsichtlich der Entwicklung der Abgeltungen geschaffen wird.

2014 P 14.3259 Marktordnung im Personenverkehr: Wie weiter nach dem Ablauf der SBB-Konzession 2017? (N 20.6.14, Regazzi)

Unter der weiterhin geltenden Prämisse der Eigenwirtschaftlichkeit des Fernverkehrs und in Zusammenarbeit mit der SBB, der BLS und der SOB wurde nach langfristig sinnvollen Entwicklungsschritten gesucht. Eine auf Kooperationen basierende Lösung kam jedoch nicht zustande. Im September 2017 reichten sowohl die SBB als auch die BLS eigenständige Konzessionsgesuche für den Betrieb von Fernverkehrslinien ein. Da die von der BLS beantragten Linien auch von der SBB als aktueller Konzessionsinhaberin beantragt wurden, müssen die Gesuche vertieft geprüft und miteinander verglichen werden. Hierzu war die Frist zwischen dem Einreichen der Gesuche und dem Fahrplanwechsel zu kurz. Deshalb wurde auf den Fahrplanwechsel 2017 die geltende Fernverkehrskonzession der SBB für zwei Jahre verlängert. Über die Konzessionssituation ab Dezember 2019 wird in der ersten Hälfte 2018 entschieden. Davon abgeleitet soll die konkrete Stossrichtung bei der Weiterentwicklung des Fernverkehrskonzepts im Rahmen des Postulatsberichtes ebenfalls bis im Herbst 2018 aufgezeigt werden.

2014 P 14.3300 Bahnausbau. Mehr Klarheit bei der Projektpriorisierung (N 26.9.14, FDP-Liberale Fraktion)

Mit dem Postulat wird der Bundesrat aufgefordert zu prüfen, wie der Prozess zur Bewertung und Priorisierung der Bahnausbauprojekte transparent und nachvollziehbar gemacht werden kann. Die Grundsätze und Abläufe des Bahnausbaus sind in Artikel 15ff der Verordnung über die Konzessionierung, Planung und Finanzierung der Bahninfrastruktur (SR 742.120; KPFV) geregelt. Das Bundesamt für Verkehr hat mit der «Dokumentation Planungsgrundlagen» vom April 2014 das Vorgehen für die Priorisierung der Projekte im Planungsprozess des Strategischen Entwicklungsprogramms Bahninfrastruktur (STEP) – Ausbauschritt 2030/35 konkretisiert. Der gesamte Ablauf wird in der Botschaft zum nächsten Ausbauschritt 2030/35 beschrieben, die 2018 dem Parlament unterbreitet wird.

Bundesamt für Zivilluftfahrt

2013 P 13.3421 Auswirkungen des Staatsvertrages betreffend den Flughafen Zürich (S 25.9.13, Häberli-Koller)

2013 P 13.3426 Auswirkungen des Staatsvertrages betreffend den Flughafen Zürich (N 27.9.13 Walter)

Das Postulat verlangt, in einem Bericht zur Umsetzung des Staatsvertrages bezüglich der Auswirkungen des Betriebs des Flughafens Zürich auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland aufzuzeigen, wie unter Beachtung der Sicherheit eine angemessene regionale Verteilung sämtlicher Flüge von und nach dem Flughafen Zürich sichergestellt werden kann.

Der Bundesrat wird den entsprechenden Bericht erstellen, sobald ein Inkrafttreten des Staatsvertrags absehbar wird. Dies setzt voraus, dass der Staatsvertrag auch in Deutschland dem Parlament zur Genehmigung unterbreitet wird. Diesen Schritt hat das deutsche Verkehrsministerium bis Ende 2016 indessen noch nicht eingeleitet. Bereits am 5. Oktober 2012 hatte das Bundesamt für Zivilluftfahrt im Rahmen des Sachplans Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) einen Bericht erstellt, zu welchem die betroffenen Kantone Stellung nehmen konnten. Er zeigte sechs mögliche Varianten auf, wie der Vertrag umgesetzt werden könnte. Der Bericht in Erfüllung des Postulats, wie unter Beachtung der Sicherheit eine angemessene regionale Verteilung sämtlicher Flüge von und nach dem Flughafen Zürich sichergestellt werden kann, wird auf diesem Bericht sowie auf dem SIL-Objektblatt für den Flughafen Zürich vom 23. August 2017 basieren.

Bundesamt für Energie

2009 M 09.3083 Stromversorgungsverträge mit dem Ausland. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen bewahren (N 12.6.09, FDP-Liberale Fraktion; S 10.12.09)

Die Anliegen der Motion werden innerhalb der bilateralen Verhandlungen mit der EU über ein Stromabkommen mit der Schweiz behandelt. Die Schweiz strebt eine Garantie der privatrechtlich vereinbarten Bezugsrechte (Energie) in Form einer Übergangslösung mit marktkonformen Mechanismen zur Abgeltung der eventuell anfallenden Kosten für die grenzüberschreitenden Lieferungen (Engpasskosten) an. Die Lösung soll sowohl mit den Regeln der EU zur Grenzbewirtschaftung vereinbar sein als auch die getätigten Investitionen sicherstellen. Die Verhandlungen dauern noch an.

2012 P 12.3131 Sach- und Entscheidkompetenz in der Atomaufsicht vereinen (N 15.6.12, Müller-Altermatt)

Mit dem Postulat wird der Bundesrat beauftragt, eine Revision des Kernenergiegesetzes vom 21. März 2003 (KEG; SR 732.1) zu prüfen, mit der dem Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) die Entscheidkompetenz betreffend Bewilligungsdauer für Kernanlagen verliehen werden soll.

Die im Rahmen des vom Parlament am 30. September 2016 verabschiedeten neuen Energiegesetzes (vgl. BBl *2016* 7683) erfolgte KEG-Revision hatte für den Bundesrat vor weiteren Anpassungen des KEG Priorität. Es ist vorgesehen, im Jahr 2018 den weiteren Revisionsbedarf zu prüfen. Dabei wird unter anderem eine Überprüfung der Kompetenzen des ENSI erfolgen, wobei auch Erkenntnisse aus der Überprüfungsmission 2012 sowie der Nachfolgemission 2015 einbezogen werden, die im Rahmen des Integrated Regulatory Review Service (IRRS)» von der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEA) beim ENSI durchgeführt wurden. Die Berichterstattung ist für das Jahr 2018 geplant.

2012 M 12.3253 Angemessene Rendite für den Umbau des Energiesystems (N 15.6.12, Gasche; S 13.12.12)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, dem Parlament eine Änderung des Stromversorgungsgesetzes vom 23. März 2007 (StromVG; SR 734.7) vorzulegen, die zur Festlegung der Stromtarife für die Grundversorgung die Marktpreise und nicht mehr die Gestehungskosten vorsieht. Die Voraussetzung für die Umsetzung der Motion ist die vollständige Öffnung des Strommarktes, welche mit einer Revision des StromVG vorgenommen werden soll. Der Bundesrat hat das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) beauftragt, laufend zu prüfen, auf welchen Zeitpunkt die volle Marktöffnung angezeigt ist.

2017 M 14.3837 Synthetische CO_2-neutrale Treibstoffe. Anrechnung bei der CO_2-Flottenemissionsregelung (N 16.6.16, Böhni; S 8.3.17; Abschreibung beantragt 17.071)

Abschreibung beantragt in der Botschaft vom 1. Dezember 2017 zur Totalrevision des CO_2-Gesetzes nach 2020; 17.071.

Bundesamt für Strassen

2012 P 11.4165 Mehr Nutzlast für die Führerausweiskategorie C1E (N 15.6.12, Hurter Thomas)

Bei der geforderten Anpassung der Führerausweiskategorie C1E (Fahrzeugkombinationen bestehend aus einem Lastwagen mit einem Gesamtgewicht bis 7,5 Tonnen und einem Anhänger) soll auf die Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen dem Gesamtgewicht des Anhängers und dem Leergewicht des Zugsfahrzeugs verzichtet werden, nachdem auch die EU in ihrer Richtlinie 2006/126/EG über den Führerschein darauf verzichtet (in Kraft seit 19. Januar 2013, ohne direkte Wirkung für die Schweiz). Die Änderung wurde im Rahmen des Projektes OPERA-3 (Optimierung der ersten Ausbildungsphase und 3. Führerschein-Richtlinie) 2017 in einer Vernehmlassung zur Diskussion gestellt. Die Änderung wurde von den Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmern befürwortet. Sie wird daher zusammen mit anderen Führerausweisvorschriften aus dem Projekt OPERA-3 weiterbearbeitet.

2014 M 12.3102 Rasche Realisierung der Verbindung der Rheintalautobahnen zwischen der Schweiz und Österreich (N 26.9.13, Müller Walter; S 20.3.14)

Der Bundesrat hat sich im Rahmen von verschiedenen Treffen mit den österreichischen Amtskollegen regelmässig über den Stand der laufenden Arbeiten informiert. Als Ergebnis des Ende 2015 abgeschlossenen Planungsprozesses «Mobil im Rheintal» schlug das Land Vorarlberg neu eine Verbindung der Schnellstrasse 18 via den Knoten der österreichischen A14 bei Dornbirn zur Staatsgrenze bei Höchst (Autobahnanschluss A13 St. Margrethen) vor. Diese Variante wurde in der Zwischenzeit auf österreichischer Seite bestätigt und rechtlich verankert. Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) hat nun den Planungsprozess aufgenommen und wird dem Bundesrat ein entsprechendes Generelles Projekt zur Genehmigung vorlegen.

2014 M 13.3572 Flexiblere Ab- und Auflastung von Nutzfahrzeugen zur Effizienzsteigerung (N 27.9.13, Hess Lorenz; S 20.3.14)

Diese Motion soll zusammen mit weiteren parlamentarischen Aufträgen zur Revision des Strassenverkehrsgesetzes umgesetzt werden. Der Bundesrat plant, die entsprechende Vernehmlassung Ende 2018 zu eröffnen.

2015 P 15.4038 Vereinfachte Fahrzeugprüfung für Kleinfahrzeuge (N 18.12.15, Candinas)

Das Postulat fordert den Bundesrat auf zu prüfen, ob Kleinfahrzeuge mit Elektroantrieb, insbesondere die sogenannten «Klubfahrzeuge», künftig in die Kategorie «Motorfahrrad» eingeteilt und damit einfacher zugelassen werden können. Die geforderte Vereinfachung wird im Rahmen einer geplanten Anpassung der «Motorfahrradkategorie» (Art. 18 der Verordnung vom 19. Juni 1995 über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge [VTS; SR 741.41]) aufgenommen und voraussichtlich im Jahr 2019 zusammen mit weiteren Erleichterungen für Fahrzeuge der gleichen Fahrzeugart in einer Vernehmlassung zur Diskussion gestellt.

Bundesamt für Kommunikation

2011 M 11.3314 Pornografie im Internet. Vorbeugend handeln (S 22.9.11, Savary; N 6.12.11; Abschreibung beantragt 17.058)

2011 P 11.3906 IKT-Grundlagengesetz (N 23.12.11, Schmid-Federer; Abschreibung beantragt 17.058)

Abschreibung beantragt mit der Botschaft vom 6. September 2017 zur Revision des Fernmeldegesetzes; 17.058.

2013 P 13.3097 SRG-Programme. Mehr Mitwirkungsrechte für Gebührenzahler (N 21.6.13, Rickli Natalie)

Der Bundesrat wird das Anliegen des Postulats in der neuen Konzession für die SRG, die ab dem 1. Januar 2019 in Kraft treten wird, aufnehmen (vgl. Art. 5 Abs. 3 des Konzessionsentwurfs, der im Rahmen einer öffentlichen Vernehmlassung vom 19.12.2017 bis 12.4.2018 zur Diskussion gestellt worden ist; www.bakom.admin.ch > Das BAKOM > Informationen des BAKOM > Medienmitteilungen > Neue SRG-Konzession in Vernehmlassung > https//www.bakom.admin.ch/ bakom/ de/ home/das-bakom/medieninformationen/medienmitteilungen.msg-id-69286.html). Die Mitwirkungsrechte des Publikums und der Dialog der SRG mit der Öffentlichkeit werden auch im Vernehmlassungsentwurf für ein künftiges Gesetz über elektronische Medien thematisiert werden.

Bundesamt für Umwelt

2008 M 07.3161 Beste Abgastechnologie für alle Dieselmotoren (S 21.6.07, Jenny; N 6.12.07; S 12.3.08)

Verschiedene Massnahmen sind im Gang oder bereits umgesetzt, um mit Partikelfiltern den Dieselruss und mit DeNOx-Katalysatoren die Stickoxide deutlich zu reduzieren. Bei den Strassenfahrzeugen werden in Abstimmung mit der Europäischen Union (EU) dank der strengen neuen Abgasvorschriften (Einführung von Worldwide Harmonized Light Vehicles Test Procedure (WLTP) und Real-Driving Emissions (RDE) ab 2017) in absehbarer Zeit grosse Fortschritte erzielt werden. Bei den Nonroad-Motoren sind die EU-Grenzwerte deutlich weniger streng als diejenigen für Strassenfahrzeuge. Für die Baumaschinen wurde deshalb 2009 in der Luftreinhalte-Verordnung vom 16. Dezember 1985 (LRV, SR *814.318.142.1*) eine zusätzliche Begrenzung der Partikelanzahl festgelegt. In der EU wurde nun derselbe Grenzwert mit der nächsten Abgasstufe (V) für Nonroad-Motoren mit 19-560kW eingeführt (EU Verordnung 2016/1628). Diese Stufe V gilt ab 2019 gestaffelt für alle Nonroad-Bereiche inklusive Landwirtschaft. Die bisherige Differenz zwischen den Europäischen Vorschriften und den Anforderungen der LRV für Baumaschinen wird mit der neuen EU-Verordnung grösstenteils aufgehoben. Es ist vorgesehen, die EU-Verordnung im Rahmen der laufenden Revisionen der LRV sowie der Verordnung vom 19. Juni 1995 über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge (VTS, SR *741.41*) in die Schweizerische Gesetzgebung zu übernehmen. Sobald der Bundesrat der Änderung der LRV und der VTS zugestimmt hat, kann die Motion als erfüllt abgeschrieben werden. Die Ausweitung der Schweizer Baumaschinenbestimmungen auf weitere motorische Quellen in Industrie und Gewerbe wäre damit nicht mehr erforderlich bzw. durch die Übernahme der EU Vorschriften erfüllt.

2010 M 10.3264 Revision von Artikel 22 der Berner Konvention (S 2.6.10, Fournier; N 30.9.10; Abschreibung beantragt 17.052)

2015 M 14.3151 Zusammenleben von Wolf und Bergbevölkerung (S 19.6.14, Engler; N 12.3.15; Abschreibung beantragt 17.052)

2015 M 14.3830 Jagdbanngebiete in Wildtierschutzgebiete umbenennen (N 12.12.14, Landolt; S 3.12.15; Abschreibung beantragt 17.052)

Abschreibung beantragt in der Botschaft vom 23. August 2017 zur Änderung des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel; 17.052.

2013 M 10.3619 Intensive Palmölproduktion. Bekämpfung der umweltschädlichen Auswirkungen auf internationaler Ebene (N 6.6.12, de Buman; S 19.3.13)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, sich an den internationalen Konferenzen aktiv für die Bekämpfung der umweltschädlichen Auswirkungen der intensiven Palmölproduktion einzusetzen. Die Schweiz unterstützt die Initiative für Nachhaltigen Handel (Sustainable Trade Initiative, IDH). Diese Initiative hat u.a. zum Ziel, die zertifizierte Produktion von Palmöl und dessen Rückverfolgbarkeit zu erhöhen. Die Arbeiten erfolgen insbesondere in Indonesien und Malaysia, den weltweit grössten Palmölproduzenten. In den Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Indonesien und Malaysia berücksichtigt die Schweiz das Anliegen der Motion ebenfalls.

Auf internationaler Ebene ist zudem die Erarbeitung von Grundsätzen für verantwortungsvolle Investitionen in Agrar- und Ernährungssektoren (Principles for Responsible Investment in Agriculture and Food Systems, CFS-rai) unter der Führung der Schweiz erfolgt. Die Grundsätze wurden Ende 2014 vom UN Committee on World Food Security (CFS) verabschiedet. Der Bundesrat hatte in seiner Stellungnahme zur Motion darauf hingewiesen, dass bei der Steuererleichterung von Treibstoffen aus erneuerbaren Rohstoffen davon ausgegangen wird, dass Palmöl die für die Steuererleichterung nachweislich zu erfüllenden Nachhaltigkeitskriterien nicht erreicht. Dementsprechend wurden bis heute keine derartigen Treibstoffe im Verkehrssektor von der Mineralölsteuer befreit und es werden auch keine derartigen Treibstoffe für Fahrzeuge in der Schweiz in Verkehr gebracht.

2013 P 12.4021 Zusammenlegung Laborbereiche des Bundes. Bessere Ausnutzung der Ressourcen (N 22.3.13, Schneeberger; Punkt 2 angenommen)

Das Postulat fordert den Bundesrat auf, die Möglichkeiten zur Zusammenlegung von Laborbereichen sowie zur Koordination, Optimierung und allenfalls Vereinheitlichung der Messnetze des Bundes zu prüfen. In seiner Antwort empfahl der Bundesrat, den Antrag betreffend die Zusammenlegung von Laborbereichen abzulehnen. Dabei verwies er auf zwei vor kurzem abgeschlossene Projekte, in denen diese Frage geprüft wurde. Dagegen erklärte er sich bereit, die Möglichkeiten einer Koordination oder allenfalls Vereinheitlichung der Messnetze durch die Einführung eines gemeinsamen Dienstes zu prüfen. Basierend auf einem Inventar der Bundesmessnetze, bilateralen Gesprächen mit Messnetzverantwortlichen und thematischen Workshops wurden mögliche Synergiepotentiale zwischen den Bundesmessnetzen evaluiert. Der Bericht in Erfüllung des Postulats wird vom Bundesrat voraussichtlich in der ersten Hälfte 2018 verabschiedet.

2013 P 12.4196 Umgang mit dem Bären in der Schweiz (N 22.3.13, Rusconi)

Mit dem Postulat wird der Bundesrat beauftragt, die gegenwärtige Situation im Umgang mit dem Bären zu untersuchen. Zudem soll der Bundesrat aufzeigen, welche Massnahmen er ergreifen will, um den Umgang mit dem Bären zukünftig zu vereinfachen und welche Kosten dadurch entstehen würden.

Der Bundesrat wird einen Bericht über die Schweizer Situation im internationalen Kontext der Wiederansiedlung von Bären in den Alpen erarbeiten. Zurzeit laufen im Rahmen der Alpenkonvention Gespräche zwischen Expertinnen und Experten aller Alpenländer über die Erfolgschancen und die zukünftige Gestaltung des Wiederansiedlungsprojekts von Bären in den Alpen. Die Schweiz hat bislang wenig Erfahrung mit einwandernden Bären gemacht. Der Bericht wird nach Abschluss dieser Gespräche und eventuell basierend auf weiteren Erfahrungen mit einwandernden Bären erstellt.

2013 P 12.3142 Differenzierte Ausscheidung und Nutzung von Gewässerräumen (N 26.9.13, Vogler)

Das Postulat fordert eine Analyse der Auswirkungen der Ausscheidung der Gewässerräume und Abklärungen darüber, wie die Anliegen des Hochwasser- und Gewässerschutzes mit mehr Flexibilität (keine fixen Metermasse, differenzierte Nutzung) erreicht werden können. Diese Flexibilität oder Anpassungen der Gesetzgebung verlangen auch die Motionen 15.3001 der UREK-S „Schaffung von Handlungsspielraum in der Gewässerschutzverordnung“ und 12.3334 der UREK-N „Vollzug der Revitalisierung der Gewässer“. Um diese beiden Motionen zu erfüllen, wurden zwei Änderungen der Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 (SR 814.201) vorgenommen; sie traten auf den 1. Januar 2016 bzw. den 1. Mai 2017 in Kraft. Mit diesen Änderungen wurde den Kantonen der notwendige Handlungsspielraum verschafft. Der Bericht zur Erfüllung des Postulats Vogler wird voraussichtlich in der ersten Hälfte 2018 dem Bundesrat vorgelegt.

2014 M 12.3334 Vollzug der Revitalisierung der Gewässer (N 12.6.12, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR; S 4.6.14; N 11.9.14)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, im Rahmen der Umsetzung des am 1. Januar 2011 in Kraft getretenen Gewässerschutzgesetzes (GSchG; SR *814.20*) und in Zusammenarbeit mit den Kantonen einen effektiven Ersatz der Fruchtfolgeflächen (FFF) gemäss Artikel 36a Absatz 3 des GSchG zu gewährleisten. Mit der Änderung der Gewässerschutzverordnung (GSchV; SR *814.201*), die am 1. Januar 2016 in Kraft getreten ist, wurden zwei neue Bestimmungen zu den FFF aufgenommen (Artikel 41c^{bis}). Zum einen kann ackerfähiges Kulturland im Gewässerraum, welches dem kantonalen Mindestumfang an FFF angerechnet ist, weiterhin berücksichtigt werden. Zum anderen muss für dieses, wenn es für Revitalisierungen benötigt wird, Ersatz gemäss den Vorgaben der Sachplanung des Bundes geleistet werden. Diese neuen Bestimmungen entsprechen dem Rundschreiben des Bundesamtes für Raumentwicklung (ARE) vom 4. Mai 2011 und wurden auf Verlangen der Kantone in die GSchV aufgenommen. Diese Bestimmung ist als Übergangslösung zu betrachten, bis die Thematik der FFF mit der Überarbeitung des Sachplans FFF abschliessend geregelt ist. Im Erläuternden Bericht vom 12. Oktober 2015 zur GSchV ist dies entsprechend festgehalten. Eine Expertengruppe hat in einem Bericht, welcher Anfang 2018 publiziert wurde, Empfehlungen für die Überarbeitung des Sachplans Fruchtfolgeflächen aufgezeigt. Der überarbeitete Sachplan soll dem Bundesrat in der zweiten Hälfte 2019 zur Verabschiedung unterbreitet werden. Im Anschluss daran können allfällige notwendige Gesetzesänderungen an die Hand genommen werden.

2014 M 11.4020 Für eine sachgerechte Verwendung von Biomasse-Reststoffen und gegen Technologieverbote (N 17.9.13, Lustenberger; S 27.11.14)

Die Motion verlangt in erster Linie, dass Möglichkeiten geschaffen werden, heute nur beschränkt oder gar nicht für die Verbrennung zugelassene Biomasse-Reststoffe, wie z.B. Hofdünger, mittels Verbrennung energetisch zu nutzen. Zu diesem Zweck sollen das Umweltschutzgesetz (USG; SR *814.01*), die Technische Verordnung über Abfälle (TVA; SR *814.600*; per 1.1.12016 abgelöst durch die Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (Abfallverordnung, VVEA), die Luftreinhalte-Verordnung (LRV; SR *814.318.142.1*), das Gewässerschutzgesetz (GSchG; SR *814.20*) und die Gewässerschutzverordnung (GSchV; SR *814.201*) angepasst werden.

Abklärungen ergaben, dass auf Gesetzesstufe nur das GSchG angepasst werden muss (Art. 14 Abs. 2 GSchG), damit Hofdünger in Zukunft auch verbrannt werden dürfen und somit von der Pflicht zur landwirtschaftlichen Verwertung von Hofdüngern abgewichen werden kann. Im Sinne der Rechtshierarchie erfolgt zunächst diese Gesetzesänderung, bevor die ebenfalls erforderlichen Anpassungen in der GSchV, der LRV und der VVEA vorgenommen werden.

Die Arbeiten wurden durch die Annahme der Motion Semadeni 16.3710 « Sachgerechte Verwendung von Biomasse » verzögert. Diese verlangt, dem Parlament die notwendigen Gesetzesänderungen zu unterbreiten bzw. Massnahmen zu treffen, damit eine sachgerechte Verwendung von Biomasse, insbesondere auch von Hofdünger, gewährleistet wird. Die entsprechenden Gesetzesgrundlagen sind daher dahingehend anzupassen bzw. zu belassen, so dass der stoffliche Kreislauf erhalten bleibt. Die Vernehmlassung zu entsprechenden Änderungen des GSchG, mit welchen die Anliegen beider Motionen im Bereich Hofdünger umgesetzt werden sollen, soll in der ersten Hälfte 2018 starten.

2014 P 14.3571 Grundlagen für eine faktenbasierte Klimapolitik (S 25.11.14, Gutzwiller)
2016 M 15.3543 Bürokratieabbau in der CO2- und Energiegesetzgebung. Einheitliche Rahmenbedingungen für den Vollzug von Zielvereinbarungen (N 25.9.16, FDP-Fraktion; S 15.3.16; Abschreibung beantragt 17.071)
2017 M 15.3545 Bürokratieabbau. Allen Unternehmen die Befreiung von CO2-Abgabe ermöglichen (N 21.9.16, FDP-Liberale Fraktion, S 13.6.17; Abschreibung beantragt 17.071)

Abschreibung beantragt in der Botschaft vom 1. Dezember 2017 zur Totalrevision des CO_2-Gesetzes nach 2020; 17.071.

2015 M 14.3095 Ortsüblicher Bewirtschaftungsbereich. Ersatzlose Aufhebung von Artikel 24 der Gewässerschutzverordnung (S 19.6.14, Bischofberger; N 12.3.15)

Die vorliegende Motion verlangt formal die Aufhebung von Artikel 24 der Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 (GSchV; SR *814.201*), d.h. die Streichung der schweizweit einheitlichen Regelung der Ausdehnung des ortsüblichen Bewirtschaftungsbereichs (oBB). Die eigentliche, mit dem oBB verbundene, Anforderung an die Nutzfläche befindet sich jedoch in Artikel 14 Absatz 4 des Gewässerschutzgesetzes vom 24. Januar 1991 (GSchG; SR *814.20*) und würde damit nicht aufgehoben. Gemäss Begründung der Motion soll aber die sogenannte «oBB-Regelung» als solche abgeschafft werden. Um den Willen des Motionärs und der eidgenössischen Räte umzusetzen, soll daher Artikel 14 Absatz 4 GSchG geändert werden. Die Vernehmlassung zur entsprechenden Änderung des GSchG soll in der ersten Hälfte 2018 starten.

2015 M 12.4230 Nationales Kompetenzzentrum Boden als Gewinn für Landwirtschaft, Raumplanung und Hochwasserschutz (N 17.6.14, Müller-Altermatt; S 4.6.15)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, die Grundlagen für eine zentrale unabhängige Verwaltungs- und Koordinationsstelle für Bodeninformationen zu schaffen. Diese soll als Bodenkompetenzzentrum sowohl quantitative als auch qualitative Bodeninformationen verwalten und zudem Standards zur Datenerhebung und zur Interpretation verbindlich festsetzen und aktualisieren.

Eine Task Force mit kantonalen Vollzugspersonen sowie Mitarbeitenden des Bundesamts für Umwelt, des Bundesamts für Raumentwicklung sowie des Bundesamts für Landwirtschaft hat die Aufgaben für Errichtung und Betrieb der geforderten unabhängigen nationalen Verwaltungs- und Koordinationsstelle (Kompetenzzentrum Boden) konsolidiert, priorisiert und den Ressourcenbedarf abgeschätzt. Die Aufgaben wurden in die vier Module «Methoden und Referenzen», «Monitoring und Bodenkartierung», «Datenmanagement» sowie «Auswertung, Vollzugsunterstützung und Info-Service» aufgeteilt. Mögliche Organisationsformen wurden auf der Basis bestehender nationaler Kompetenzzentren sowie internationalen Bodenkompetenzzentren evaluiert. Die fachlichen Vorarbeiten sind soweit abgeschlossen, weiterhin nicht geklärt ist die Finanzierungsfrage. Im Laufe des Jahres 2018 werden die Finanzierungsmöglichkeiten diskutiert.

2015 P 15.3795 Standortbestimmung zur Fischerei in Schweizer Seen und Fliessgewässern (N 14.9.15, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)

Mit dem Postulat wird der Bundesrat ersucht, einen Bericht vorzulegen über die Situation der Schweizer Seen und Fliessgewässer, in denen Fischerei betrieben wird. Das BAFU hat in einem ersten Schritt externe Auftragnehmer ersucht, die Fakten zusammen zu tragen und, gestützt auf den vom Verfasser des Postulats gewünschten Einbezug der Akteure, in einem partizipativen Prozess mögliche Massnahmen für eine nachhaltige Fischerei zu diskutieren. Ein Expertenbericht im Umfang von rund siebzig Seiten liegt vor. Derzeit wird der eigentliche Postulatsbericht erarbeitet, der im ersten Halbjahr 2018 vom Bundesrat verabschiedet werden soll.

Bundesamt für Raumentwicklung

2008 M 07.3280 Für eine Agglomerationspolitik des Bundes (N 5.10.07, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR; S 22.9.08)

Im Rahmen der Vernehmlassungsvorlage zur 2. Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes vom 22. Juni 1979 (RPG; SR 700) hat der Bundesrat vorgeschlagen, dass der Bund auf der Grundlage einer vom Bund, den Kantonen und Gemeinden erarbeiteten gemeinsamen Strategie zur räumlichen Entwicklung der Schweiz seine Agglomerationspolitik und die Politik für die ländlichen Räume und Berggebiete erarbeitet (Art. 5*a* Abs. 3 der Vorlage). Der Bundesrat hat am 4. Dezember 2015 entschieden, das Thema der Planung in funktionalen Räumen in die weiteren Arbeiten an der Vorlage miteinzubeziehen. Eine Arbeitsgruppe hat Vorschläge für einen Grundsatzartikel erarbeitet. Diese wurden von den Vertreterinnen und Vertretern der Kantone sowie diverser Organisationen (SIA, FSU, VLP, SAB und economiesuisse) als nicht zielführend beurteilt. Die Vorlage zur 2. Etappe der Teilrevision des RPG wird die Planung in funktionalen Räumen lediglich als Teilaspekt der Planungspflicht erwähnen. Die Botschaft zur Vorlage soll dem Parlament in der zweiten Jahreshälfte 2018 vorgelegt werden.

2010 P 10.3483 Umnutzung von landwirtschaftlichen Bauten (N 1.10.10, Hassler)

2011 M 10.3086 Raumplanungsgesetz im Dienste einer produzierenden Landwirtschaft (N 18.6.10, Zemp; S 1.6.11)

2011 P 11.3081 Verbesserung der raumplanerischen Rahmenbedingungen für den Agrotourismus (S 1.6.11, Imoberdorf)

2016 M 15.4087 Anpassung der raumplanungsrechtlichen Anforderungen für Hotelbauten ausserhalb der Bauzonen (S 9.3.16, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR; N 12.9.16)

Die Fragen betreffend das Bauen ausserhalb der Bauzonen, die von den beiden Motionen und den beiden Postulaten aufgeworfen werden, bilden Gegenstand der 2. Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes vom 22. Juni 1979 (RPG; SR 700). Eine entsprechende Botschaft soll dem Parlament in der zweiten Jahreshälfte 2018 vorgelegt werden.

2011 M 08.3478 Raumkonzept Schweiz. Aufnahme von Bern als Metropolitanraum. Gesetzliche Grundlagen (N 22.9.10, Joder; S 1.6.11; Punkt 1 angenommen)

Am 5. Dezember 2014 hat der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren zur 2. Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes vom 22. Juni 1979 (RPG; SR 700) eröffnet. In Artikel 5*a* Absatz 1 der Vernehmlassungsvorlage wurde vorgeschlagen, dass Bund, Kantone und Gemeinden gemeinsam eine Strategie für die räumliche Entwicklung der Schweiz erarbeiten. Mit dieser Raumentwicklungsstrategie Schweiz ist das Raumkonzept Schweiz gemeint, wofür eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage geschaffen werden sollte. Die Auswertung der Vernehmlassung zeigt, dass dieser Artikel auf starke Ablehnung stösst. Infolgedessen hat der Bundesrat am 4. Dezember 2015 entschieden, die Idee einer expliziten gesetzlichen Verankerung der Raument-

wicklungsstrategie nicht weiterzuverfolgen. In der Botschaft zur 2. Etappe der RPG-Revision, die der Bundesrat dem Parlament in der zweiten Jahreshälfte 2018 vorlegen wird, wird er darlegen, weshalb sich die Motion nicht in der beantragten Weise umsetzen lässt.

2011 M 10.3489 Umfassender Schutz des Kulturlandes in der Raumplanung (N 1.10.10, Hassler; S 1.6.11; Punkte 1 und 3 angenommen)

Im Rahmen der Vernehmlassungsvorlage zur 2. Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes vom 22. Juni 1979 (RPG; SR 700) hat der Bundesrat vorgeschlagen, dass der Richtplan genügend Flächen geeigneten Kulturlandes, die der Landwirtschaft erhalten werden sollen, zu bezeichnen hat und dass insbesondere auch Massnahmen aufgezeigt werden sollen, mit denen der Erhalt der Fruchtfolgeflächen sichergestellt wird (Art. 8*c* Abs. 1 Bst. a der Vorlage). Zudem hat er einen neuen Gesetzesabschnitt über den Schutz der Fruchtfolgeflächen vorgeschlagen (Art. 13*a* ff.). In der Auswertung der Vernehmlassung hat sich gezeigt, dass das Anliegen des Kulturlandschutzes und insbesondere des Schutzes der Fruchtfolgeflächen zwar weitgehend unbestritten ist, dass die vorgeschlagenen gesetzlichen Regelungen jedoch politisch nicht tragfähig sind. Der Bundesrat hat daher am 4. Dezember 2015 entschieden, das Thema des Schutzes der Fruchtfolgeflächen aus der 2. Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes herauszulösen. Stattdessen soll dieses Anliegen mit einer Überarbeitung des Sachplans Fruchtfolgeflächen von 1992 umgesetzt werden. Bis Ende 2017 hat eine Expertengruppe Vorschläge für eine Überarbeitung und Stärkung des Sachplans Fruchtfolgeflächen erarbeitet. Die Empfehlungen der Expertengruppe und die Studien wurden Anfang 2018 publiziert. Die Anhörung zum überarbeiteten Sachplan soll Ende 2018 eröffnet werden. Die Verabschiedung des überarbeiteten Sachplans ist für die zweite Hälfte 2019 vorgesehen.

2011 M 10.3659 Raumplanung und wirksamer Schutz von Kulturland (N 17.12.10, Bourgeois; S 1.6. 11)

Im Rahmen der Vernehmlassungsvorlage zur 2. Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes vom 22. Juni 1979 (RPG; SR 700) hat der Bundesrat vorgeschlagen, dass der Richtplan genügend Flächen geeigneten Kulturlandes, die der Landwirtschaft erhalten werden sollen, zu bezeichnen hat und dass insbesondere auch Massnahmen aufgezeigt werden sollen, mit denen der Erhalt der Fruchtfolgeflächen sichergestellt wird (Art. 8*c* Abs. 1 Bst. a der Vorlage). In der Auswertung der Vernehmlassung hat sich gezeigt, dass die Verankerung zusätzlicher Mindestinhalte für die kantonalen Richtpläne im Raumplanungsgesetz politisch nicht tragfähig ist. Der Bundesrat hat daher am 4. Dezember 2015 entschieden, diesen Ansatz im Rahmen der 2. Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes nicht weiterzuverfolgen. In der Botschaft zur 2. Etappe der RPG-Revision, die der Bundesrat dem Parlament in der zweiten Jahreshälfte 2018 unterbreiten wird, wird er darlegen, weshalb sich die Motion nicht in der beantragten Weise umsetzen lässt.

2012 M 08.3512 Weg mit der überflüssigen Bürokratie im Gastgewerbe (N 22.9.10, Amstutz; S 15.3.12; N 24.9.12)

Es ist vorgesehen, die Umsetzung des erwähnten Vorstosses im Rahmen der erforderlichen Anpassungen der Raumplanungsverordnung vom 28. Juni 2000 (RPV; SR 700.1) im Anschluss an die 2. Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes vom 22. Juni 1979 (RPG; SR 700) vorzunehmen.

2015 P 15.3699 Entwicklung im Bereich der Raumplanung (N 25.9.15, Bourgeois)

Der Bundesrat hat am 4. Dezember 2015 entschieden, das Thema des Schutzes der Fruchtfolgeflächen aus der 2. Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes herauszulösen. Stattdessen soll dieses Anliegen mit einer Überarbeitung des Sachplans Fruchtfolgeflächen von 1992 umgesetzt werden. Bis Ende 2017 hat eine Expertengruppe Vorschläge für eine Überarbeitung und Stärkung des Sachplans Fruchtfolgeflächen erarbeitet. Im Rahmen dieser Arbeiten wurden auch verschiedene Studien erarbeitet. Die Empfehlungen der Expertengruppe und die Studien wurden Anfang 2018 publiziert. Die Anhörung zum überarbeiteten Sachplan soll Ende 2018 eröffnet werden. Die Verabschiedung des überarbeiteten Sachplans ist für die zweite Hälfte 2019 vorgesehen.

Anhang 1: Übersicht über alle im Verlauf des Berichtsjahres 2017 abgeschriebenen Motionen und Postulate

a) Mit dem Bericht über Motionen und Postulate 2016 abgeschrieben

Geschäftsnummer: 17.006

Schweizerische Bundeskanzlei

2013 P 13.3014	Erarbeitung einer aktiveren Strategie für die Erreichung der rechtlichen Vorgaben betreffend Vertretung der Geschlechter und Sprachen in ausserparlamentarischen Gremien (N 12.6.13, Staatspolitische Kommission NR)
2013 P 13.3697	Synthese zur Demografiestrategie (N 13.12.13, Schneider-Schneiter)
2014 P 14.3319	Veröffentlichung von Gesetzen. Rechtsverbindlichkeit der konsolidierten Fassung (N 26.9.14, Schneider Schüttel)
2014 P 14.3384	Politische Rechte von Auslandbürgerinnen und Auslandbürgern in verschiedenen Staaten Europas (N 11.9.14, Staatspolitische Kommission NR)
2015 M 13.4040	Gleichbehandlung aller Organe bei der Publikation der Interessenbindungen (N 21.3.14, Gilli; S 9.3.15)

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

2000 P 98.3396	Zusatzprotokoll von 1952 zur EMRK. Ratifikation (N 18.12.98, Baumberger; S 9.3.00)
2012 P 12.3503	Eine Ruggie-Strategie für die Schweiz (N 14.12.12, von Graffenried)
2014 P 14.3200	Neuer Verfassungsartikel 121a. Vereinbarkeit mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz (N 20.6.14, Tornare)
2014 P 14.3263	Die Schweiz im asiatischen Zeitalter (N 20.6.14, Aeschi Thomas)
2014 P 14.3823	Bericht über die Situation religiöser Minderheiten und mögliche Massnahmen der Schweiz (N 12.12.14, von Siebenthal)
2014 P 14.3855	Prekäre Lohn- und Sozialbedingungen für Personen, die am Cern arbeiten (N 12.12.14, Tornare)
2015 M 13.4117	Strategische Positionen im Verhältnis der Schweiz zur europäischen Union (N 6.5.15, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei; S 24.9.15)
2015 P 15.3954	Endlich klare Informationen zu Eritrea (N 18.12.15, Pfister Gerhard)
2016 M 14.3219	EU-Beitrittsgesuch. Klarheit schaffen (N 1.3.16, Reimann Lukas; S 15.6.16)

Eidgenössisches Departement des Innern

2014 M 14.3143	Strategie zur Förderung von zweisprachigen Schulen in den Landessprachen (N 20.6.14, Semadeni; S 11.12.14)
2004 P 02.3122	Überprüfung des Leistungskatalogs (S 19.9.02, Stähelin; N 1.3.04)
2011 M 10.3451	Für eine effektive nationale Health-Technology-Assessment-Agentur (N 1.10.10, FDP-Liberale Fraktion; S 9.3.11)
2006 M 05.3436	Nationale Strategie zur Förderung der Gesundheit und Stärkung der Autonomie im Alter (N 7.10.05, Heim; S 15.6.06)
2006 P 06.3063	Unbequeme Fragen an unser Gesundheitssystem (S 15.6.06, Sommaruga Simonetta)
2010 P 10.3255	Zukunft der Psychiatrie (S 20.9.10, Stähelin)
2012 P 12.3655	Neutrale Clearingstelle für den Datentransfer zwischen Spitälern und Versicherern (N 13.9.12, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2012 P 12.3426	Sicherheit in der Medikamentenversorgung (N 28.9.12, Heim)
2012 P 12.3604	Strategie zur Langzeitpflege (N 28.9.12, Fehr Jacqueline)
2015 P 14.4165	Pflegekostenversicherung auf den Prüfstand. Schutz des eigenen Vermögens! (N 2.6.15, Lehmann)
2012 P 12.3619	Task Shifting auch im schweizerischen Gesundheitswesen (N 28.9.12, Cassis)
2012 P 12.3831	Medizinische Register. Ein wichtiger Schlüssel für die Qualitätssicherung im Gesundheitswesen (N 14.12.12, Heim)
2012 P 12.3864	Positionierung der Apotheken in der Grundversorgung (N 14.12.12, Humbel)

2013 P 12.4051	Restfinanzierung ausserkantonaler Pflegeheimaufenthalte (N 22.3.13, Heim)
2013 M 12.3104	Spitalinfektionen vermeiden. Gesetzliche Bestimmungen für Hygienemassnahmen (N 28.9.12, Hardegger; S 11.6.13; Punkte 1, 2 und 4 angenommen)
2013 P 13.3370	Beabsichtigte Massnahmen zur psychischen Gesundheit in der Schweiz (S 11.6.13, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR 12.2037)
2014 M 11.3973	Suizidprävention. Handlungsspielraum wirkungsvoller nutzen (N 11.9.13, Ingold; S 4.3.14)
2014 M 13.3393	Swissmedic-Zulassung eines Arzneimittels als erlaubtes Werbeelement (S 9.9.13, Eder; N 5.3.14)
2014 P 13.4012	Auslegeordnung zur Planung der hochspezialisierten Medizin (N 10.3.14, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2011 M 10.3947	Weniger Ärger für KMU mit amtlichen Statistiken (N 18.3.11, FDP-Liberale Fraktion; S 13.9.11)
2014 P 14.3578	Lebensqualität und Wohlfahrt. Wie wirksam sind die politischen Massnahmen und die Tätigkeiten des Bundes? (S 16.9.14; Hêche)
2007 P 06.3783	Mehr Transparenz in der beruflichen Vorsorge (N 23.3.07, Robbiani)
2013 P 13.3079	Rolle der Sozialfirmen (N 27.9.13, Carobbio Guscetti)
2013 P 13.3980	Abbau von bürokratischen Hürden und Vorschriften bei der Kinderbetreuung im ausserfamiliären Bereich (N 13.12.13, Quadranti)
2014 M 13.3720	Trisomie 21 auf der Liste der Geburtsgebrechen aufführen (S 12.12.13, Zanetti; N 3.6.14)
2014 P 14.3912	Ausweitung der Säule 3a zur Deckung der Pflegekosten (S 27.11.14, Eder)
2015 M 14.3728	Regulierungskosten für die Wirtschaft. Unnötige Administrativarbeiten für die AHV abschaffen (S 27.11.14, Niederberger; N 8.12.15)
2009 P 04.3797	Förderung einer gesunden Ernährung (N 19.3.09, Humbel)
2011 M 09.3614	Keine Erzeugnisse aus illegaler Fischerei auf dem Schweizer Absatzmarkt (N 14.4.11, Sommaruga Carlo; S 20.12.11)
2013 M 12.4026	Gleichbehandlung von Fleisch und Fisch. Deklarationspflicht bei Fisch (N 23.3.13, Schelbert; S 17.9.13)
2015 M 14.4156	Schlachttieruntersuchung. Was in der EU praktiziert wird, sollte in der Schweiz auch möglich sein! (S 17.3.15, Baumann; N 22.9.15)
2016 M 16.3227	Aufhebung des Obligatoriums für Hundekurse (S 16.6.16, Noser; N 19.9.16)

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

2010 P 10.3523	Welches Einkommen während des achtwöchigen Arbeitsverbots nach der Geburt, wenn der Anspruch auf Entschädigung durch die Mutterschaftsversicherung infolge der Hospitalisierung des Neugeborenen aufgeschoben wird? (S 14.9.10, Maury Pasquier)
2011 P 10.4125	Anspruch auf angemessenen Lohnersatz bei Aufschub des Mutterschaftsurlaubs (N 17.6.11, Teuscher)
2012 P 12.3166	Rechtliche Folgen der zunehmenden Flexibilisierung des Arbeitsplatzes (N 28.9.12, Meier-Schatz)
2012 P 12.3543	Bericht zum Recht auf Schutz vor Diskriminierung (N 14.12.12, Naef)
2013 P 13.3881	Stärkung der Kinder in der Opferhilfe (N 13.12.13, Fehr)
2014 P 13.4189	Bessere Unterstützung für Frauen in Not und verletzliche Familien (S 19.3.14, Maury Pasquier)
2014 P 14.3216	Den Entführungsalarm verbessern (S 12.6.14, Recordon)
2011 P 11.3954	Einschränkungen der vorläufigen Aufnahme (N 23.12.11, Hodgers)
2013 P 13.3844	Vorläufige Aufnahme. Neue Regelung für mehr Transparenz und Gerechtigkeit (N 13.12.13, Romano)
2014 P 14.3008	Überprüfung des Status der Vorläufigen Aufnahme und der Schutzbedürftigkeit (N 12.6.14, Staatspolitische Kommission NR)
2012 M 10.3066	Bekämpfung der Ausländerkriminalität (N 28.9.11, Fraktion CVP/EVP/glp; S 5.3.12)
2014 P 14.3290	Syrische Flüchtlinge. Verstärkte europäische Zusammenarbeit (N 12.6.14, Staatspolitische Kommission NR)
2015 P 14.4005	Klärung der Ursachen für die Unterschiede beim kantonalen Vollzug des Abkommens über die Personenfreizügigkeit (N 11.3.15, Geschäftsprüfungskommission NR)
2014 P 13.4083	Erlös für Schweizer Künstlerinnen und Künstler (S 19.3.14, Luginbühl)

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

2011 P 11.3469	Verstärkte Mitwirkung der Schweiz bei der europäischen Sicherheitsarchitektur (S 1.6.11, Sicherheitspolitische Kommission SR 10.089)
2014 M 13.3568	Finanzierung der Armee (N 19.6.14, Müller Leo; S 23.9.14)
2011 P 11.3754	Korruptionsbekämpfung und Wettkampfmanipulation im Sport (S 27.9.11, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR 10.3919)

2012 P 12.3784	Sportbetrug als Straftatbestand (N 14.12.12, Ribaux)
2014 M 13.3369	Sportveranstaltungen und Förderung von Nachwuchs- und Spitzensport (N 26.9.13, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR; S 5.3.14)
2014 P 14.3381	Finanzierungssicherheit der Karriere von Spitzenathletinnen und -athleten (N 26.9.14, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2015 M 13.3616	Lancierung und Umsetzung einer Schneesportoffensive (N 19.6.14, de Buman; S 1.6.15; N 22.9.15)

Eidgenössisches Finanzdepartement

2012 P 11.4173	Währungspolitisches Instrumentarium zum Schutz des Schweizerfrankens. Bericht (N 14.3.12, Leutenegger Oberholzer)
2013 M 12.3656	Konkrete Eigenmittelanforderungen für nichtsystemrelevante Banken in einer gesonderten Verordnung oder über eine zeitnahe Revision der Eigenmittelverordnung (N 18.9.12, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR 12.061; S 20.3.13, N 19.6.13)
2014 P 14.3752	Auslandschweizer. Anlaufstelle für Steuer- und Finanzfragen sowie Zugang zum Zahlungsverkehr (S 8.12.14, Graber Konrad)
2015 P 13.3848	Schwarzgeldabflüsse aus Entwicklungsländern (N 24.9.15, Ingold)
2015 P 15.3920	Unlautere und unrechtmässige Finanzflüsse aus Entwicklungsländern (S 8.12.15, Maury Pasquier)
2015 P 15.3017	Zukunftsperspektive für die Schweiz (S 18.6.15, Graber Konrad)
2015 P 15.3091	Negativzinsen. Folgen für Pensionskassen, Kleinsparer und Kantone (S 18.6.15, Bischof)
2015 P 15.3367	Bericht zum Schweizerfranken (S 18.6.15, Rechsteiner Paul)
2015 P 15.4053	Schweizerische Nationalbank. Überprüfung der Governance (S 8.12.15, Bischof)
2015 P 15.3208	Starker Franken und Einkaufstourismus (S 18.6.15, Cramer) - vorher EZV
2013 P 13.3712	Aufnahme von Statistiken zu flexiblen Arbeitsformen in die jährliche Berichterstattung über das Personalmanagement der Bundesverwaltung (N 13.12.13, Feller)
2014 P 14.3498	Entwicklung der Lohnstruktur bei bundesnahmen Betrieben und Anstalten (N 26.9.14, Fraktion der schweizerischen Volkspartei)
2006 P 06.3042	Duale Einkommenssteuer (N 23.6.06, Sadis)
2009 P 09.3935	Steuerausfälle aufgrund der Steuerbefreiung von Start-up-Unternehmen (N 11.12.09, Darbellay)
2011 P 11.3624	Interkantonale Doppelbesteuerung. Bürgerfreundliche Lösung (N 20.9.11, Amherd)
2011 P 11.3810	Nationale, mit den Kantonen koordinierte Strategie für den Mittelstand (N 23.12.11, Meier-Schatz)
2014 P 14.3015	Vereinfachte Erhebung der Mehrwertsteuer beim Import von Waren. System von Dänemark (N 18.3.14, Kommission für Wirtschaft und Abgaben)
2015 P 14.4002	Für eine elektronische Erhebung der Nationalstrassenabgabe (e-Vignette) (N 2.3.15, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
2016 P 16.3005	Rolle und zukünftiger Bestand des Grenzwachtkorps (N 10.3.16; Sicherheitspolitische Kommission NR)
2014 P 12.4065	Eine einzige Dienststelle für zivile und militärische Immobilien (N 16.9.14, Vitali)

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

2000 P 00.3198	WTO. Soziale und Umweltfragen (N 15.6.00, Aussenpolitische Kommission NR 99.302)
2002 P 01.3067	Sicherheit der Nahrungsmittel. Wichtiges Thema der WTO-Verhandlungen (N 13.3.02, Christlichdemokratische Fraktion; S 11.12.02)
2008 P 06.3011	Für menschengerechte Handelsregeln und –praktiken (N 19.12.08, Aussenpolitische Kommission NR 06.2001)
2012 P 10.3379	Senkung der Gesundheitskosten durch die Arbeitsinspektorate (N 3.5.12, Chopard-Acklin)
2014 P 14.3014	Erleichterung der Zollabfertigung und Förderung von Parallelimporten dank Anerkennung weiterer Dokumente zur Erbringung des Ursprungsnachweises (N 18.3.14, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2014 P 14.3569	Nationale Konferenz zum Thema der älteren Arbeitnehmenden (S 23.9.14, Rechsteiner Paul)
2015 P 14.4052	Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung (S 3.3.15, Stadler Markus)
2015 P 15.3787	Bericht über die Regulierungskosten. Umsetzung und Verbesserungsmassnahmen (S 16.9.15, Föhn)
2015 M 15.3599	Frankenstärke. Umsetzung der Euro-Med-Konvention (S 16.9.15, Keller-Sutter; N 14.12.15)
2002 P 00.3276	Verwaltungsräte für den ETH-Bereich (N 18.3.02, Neirynck)
2007 P 07.3315	Überprüfung der Führungsstruktur des ETH-Bereiches (N 5.10.07, Müller-Hemmi)
2010 P 10.3127	Sicherung der Alterspflege (N 18.6.10, Heim)
2010 P 10.3128	Attraktivität der Krankenpflege-Ausbildung (N 18.6.10, Heim)

2013 M 11.3889	Umschulungsmöglichkeiten und Zweitausbildungen für Pflegepersonal fördern und unterstützen (N 27.9.12, Fraktion CVP/EVP/glp; S 21.3.13)
2011 M 11.3564	Nuklearforschung in der Schweiz weiterhin gewährleisten (S 28.9.11, Forster; N 6.12.11)
2013 P 13.3303	Die Leistungsfähigkeit des Schweizer Forschungs- und Innovationssystems besser evaluieren (N 21.6.13, Steiert)
2013 P 13.3751	Staatskundeunterricht auf der Sekundarstufe II. Eine Bilanz (N 13.12.13, Aubert)
2013 M 12.3990	Frauen in der Landwirtschaft (S 12.12.12, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR 12.021; N 17.4.13)
2013 M 13.3372	Nationaler Massnahmenplan zur Gesundheit der Bienen (N 19.6.13, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR; S 24.9.13)
2013 P 13.3837	Konsumenten- und Produzentenschutz. Wie ist der Stand der Dinge bei den geschützten Bezeichnungen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen? (S 25.11.13, Savary)
2014 P 13.4284	Natürliche Lebensgrundlagen und ressourceneffiziente Produktion. Aktualisierung der Ziele (N 21.3.14, Bertschy)
2014 P 14.3023	Agrarpolitiken. Vergleich und Bilanz (N 20.6.14, Bourgeois)
2014 P 14.3815	Elementarschäden in der Landwirtschaft vorbeugen und sie entschädigen (N 12.12.14, Bourgeois)
2013 P 13.3271	Energieeffizienz Green Deal Loan als Modell für die Schweiz? (N 27.9.13, Jans)

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

2014 P 13.4013	Eisenbahnstecke Iselle-Domodossola. Kapazitätsoptimierung durch Übernahme des Betriebs und Unterhalts durch die Schweiz (6.5.14, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
2014 P 14.3583	Eisenbahnlinie Basel-Lausanne-Genf via Laufen und Delsberg. Qualität des Angebotes aufrechterhalten (S 25.9.14, Hêche)
2014 P 14.3467	Schifffahrt auf den Tessiner Seen. Sind die gesetzlichen Bestimmungen noch angemessen? (N 26.9.14, Merlini)
2012 P 12.3223	Effizienzsteigerung von Wasserkraftwerken ohne Neukonzessionierung ermöglichen (N 28.9.12, Guhl)
2014 P 13.4182	Transparenz als Basis für einen funktionierenden Wettbewerb auf dem Strommarkt (S 20.3.14, Diener Lenz)
2011 P 11.3561	Steuerbelastung. Optimierung der Förderung erneuerbarer Energien (N 30.9.11, Bourgeois)
2011 P 10.3080	Fotovoltaik-Forschung. Stärkung und Abstimmung auf Industriebedürfnisse (N 8.6.11, Chopard)
2014 P 14.3038	Eine CO2-Abgabe auch auf importiertem Strom erheben? (N 20.6.14, FDP-Liberale Fraktion)
2015 M 14.3792	Einsätze von Blaulichtorganisationen. Optimierung der Strassenverkehrsgesetzgebung (S 8.12.14, Zanetti; 12.3.15)
2015 M 14.3876	Gleiche Promillegrenze für Milizfeuerwehren und nichtdiensthabendes Personal bei Rettungseinsätzen wie für alle anderen Automobilisten (N 12.12.14, Guhl; S 16.3.15)
2015 P 15.3090	Verlängerung der Prüfintervalle für schwere Motorwagen im Binnenvekehr (S 4.6.15, Graber Konrad)
2015 P 14.4169	Auto-Mobilität. Fahren ohne Fahrerin oder Fahrer (N 20.3.15, Leutenegger Oberholzer)
2014 P 14.3298	Bericht zu den Service-public-Leistungen der SRG (S 19.6.14, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
2016 P 16.3051	Abschaltung der analogen Telefonanschlüsse. Auswirkungen auf Lifttelefone und andere Alarmsysteme (S 14.6.16, Eder)
2013 P 12.4271	Besserer Infrastrukturschutz vor Steinschlägen, Erdrutschen, Fels- und Bergstürzen (N 22.3.13, Darbellay)
2013 P 13.3636	Stopp der Ausbreitung von invasiven gebietsfremden Arten (N 27.9.13, Vogler)
2014 M 11.3137	Keine vollständige Liberalisierung des Abfallmarktes für Gewerbekehricht (N 4.3.13, Fluri; S 20.3.14)

b) Mit Botschaften im Jahr 2017 abgeschrieben

Es sind die Geschäftsnummern des Parlaments vermerkt, mit welchen die Motionen und Postulate abgeschrieben wurden.

Schweizerische Bundeskanzlei

Keine

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

Keine

Eidgenössisches Departement des Innern

2015 M 14.3390	Ausgleichsfonds AHV/IV/EO. Unterstellung unter das Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (N 26.9.14, Feller; S 9.6.15)	15.087
2012 M 12.3335	Rechtliche Rahmenbedingungen für den freien Zugang zu Meteodaten (Open-Government-Data-Prinzip) (N 30.5.12, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR; S 26.9.12)	16.045

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

2011 M 08.3790	Schutz des Kindes vor Misshandlung und sexuellem Missbrauch (N 3.6.09, Aubert; S 29.11.10, N 2.3.11)	15.033
2010 M 10.3138	Erweiterung der Kognition des Bundesgerichtes bei Beschwerden gegen Urteile der Strafkammer des Bundesstrafgerichtes (S 10.6.10, Janiak; N 17.12.10)	13.075
2012 M 12.3001	Pokerturniere unter klaren Auflagen zulassen (N 28.12.12, Kommission für Rechtsfragen NR; S 12.6.12, N 26.9.12)	15.069
2013 P 13.4004	Sozialschutz in der Schweiz und im grenznahen Ausland. Überlegungen zum schweizerischen Geldspielgesetz (N 13.12.13, Lehmann)	15.069
2008 M 06.3445	Integration als gesellschaftliche und staatliche Kernaufgabe (S 21.3.07, Schiesser; N 19.12.07, S 11.3.08)	13.030
2008 M 06.3765	Aktionsplan Integration (N 19.12.07, Sozialdemokratische Fraktion; S 2.6.08)	13.030
2009 M 08.3094	Ausschaffung von Ausländern, die sich weigern, sich zu integrieren (N 3.6.09, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei; S 23.9.09)	13.030
2010 M 09.4230	Integration von Ausländerinnen und Ausländern. Bedarfsgerechte Angebote an Sprachkursen (N 3.3.10, Tschümperlin; S 1.6.10)	13.030
2011 M 10.3343	Integrationsrahmengesetz (N 17.12.10, Staatspolitische Kommission NR 09.505; S 10.3.11; N 15.12.11)	13.030

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Keine

Eidgenössisches Finanzdepartement

2008 M 07.3452	IT-Leistungserbringer zentralisieren (N 5.10.07, Noser; S 5.3.08)	16.069
2011 M 10.3640	Zuständigkeiten im Bereich der Informatik und Telekommunikation der Bundesverwaltung (N 1.12.10, Finanzkommission NR; S 16.6.11)	16.069
2011 M 10.3641	Überprüfung der Steuerung der Informatiklösung SAP in der Bundesverwaltung (N 1.12.10, Finanzkommission NR; S 16.6.11)	16.069
2014 M 13.3728	Besteuerung von Provisionen für Grundstücksvermittlungen im interkantonalen Verhältnis. Gleiche Regel für alle (N 13.12.13, Pelli; S 17.6.14)	16.052
2014 P 12.4240	Gesetz über die Finanzkontrolle. Prüfung des Handlungsbedarfs (N 18.3.14, Amherd)	16.064
2015 M 14.4009	Aufsicht durch die EFK. Änderung des FKG (N 2.3.15, Geschäftsprüfungskommission NR; S 17.3.15)	16.064
2015 M 14.4010	Aufsicht durch die EFK. Änderung des FKG (N 2.3.15, Geschäftsprüfungskommission SR; S 17.3.15)	16.064

2014 M 13.4253	Anerkennung bestimmter italienischer Finanzintermediäre als Börsenagenten (S 18.3.14, Abate; N 25.9.14)	17.018
2011 M 10.3949	Kostengünstige und unbürokratische Abwicklung von Zollverfahren auch für KMU (N 18.3.11, FDP-Liberale Fraktion; S 27.9.11)	17.021
2014 M 13.4142	Massive Kosteneinsparungen für die Wirtschaft dank elektronischer Zollprozesse (N 21.3.14, FDP-Liberale Fraktion; S 17.6.14)	17.021
2014 M 14.3011	Kostenreduktion dank elektronischen Zollverfahrens (N 19.3.14, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR; S 17.6.14)	17.021
2014 M 14.3012	Kostenreduktion dank Flexibilität beim Grenzübertritt (N 19.3.14, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR; S 17.6.14)	17.021

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

2014 M 14.3291	Erasmus plus und Horizon 2020. Klarheit für Studierende, Forscher, Hochschulen und Unternehmen schaffen (N 12.6.14, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR; S 16.6.14)	17.031
2014 M 14.3294	Erasmus plus und Horizon 2020. Klarheit für Studierende, Forscher, Hochschulen und Unternehmen schaffen (N 12.6.14, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR; S 16.6.14)	17.031

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

2010 P 10.3348	Sicherung des schweizerischen Stromübertragungs- und Stromverteilnetzes (N 30.9.10, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)	16.035
2011 M 10.4082	Straffung der Verfahren für die Umsetzung der definierten Projekte für Höchstspannungsleitungen bis 2020 (N 8.6.11, Killer; S 28.9.11)	16.035
2011 P 11.3408	Intelligentes und optimales Stromversorgungsnetz für die Zukunft (N 9.6.11, Teuscher)	16.035
2011 M 11.3423	Energie-Austauschverbund Schweiz-EU (N 9.6.11, Fraktion BD; S 28.9.11)	16.035
2011 M 11.3458	Dezentrale Stromversorgung. Neue Situation bedingt neues strategisches Netz (N 9.6.11, Bäumle, S 28.9.11)	16.035
2013 P 12.3312	Energiewende. Investitionssicherheit für Stromversorger (N 26.9.13, Grossen Jürg)	16.035
2014 M 12.3843	Stromversorgung und Erneuerung des Hochspannungsleitungsnetzes. Kostenteilung (S 13.6.13, Fournier; N 17.9.13; S 27.11.14)	16.035

Anhang 2: Übersicht über alle von den Räten überwiesenen und Ende 2017 noch hängigen Motionen und Postulate

Schweizerische Bundeskanzlei

2008 M 07.3615	Materielle Entrümpelung des Bundesrechts (S 17.12.07, Stähelin; N 3.3.08)
2010 M 07.3681	Vereinfachung der Regulierungen in sämtlichen Departementen (N 17.9.09, Hochreutener, S 17.6.10)
2015 M 14.3318	Zustellung von Druckerzeugnissen des Bundes an Parlamentsmitglieder (N 26.9.14, Reimann Maximilian; S 9.3.15)
2015 M 15.3005	Protokollführung im Bundesrat (S 3.6.15, Geschäftsprüfungskommission NR; N 4.6.15)
2015 M 15.3006	Protokollführung im Bundesrat (S 3.6.15, Geschäftsprüfungskommission SR; N 4.6.15)
2016 P 16.3219	Roadmap für die elektronische Stimmabgabe (N 14.9.16, Romano)
2017 P 16.4078	Digitalisierung. Papierloses E-Voting ermöglichen (N 12.6.17, Dobler)
2017 P 17 3149	Vernehmlassungsverfahren vereinheitlichen und effizienter machen (N 12.6.17, Hausammann)
2017 P 17.3230	Abstimmungserläuterungen. Recht auf die Darlegung einer Minderheitsmeinung (N 16.6.17, Tuena)

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

2010 M 09.3719	Die UNO untergräbt das Fundament unserer Rechtsordnung (S 8.9.09 Marty; N 4.3.10)
2010 M 10.3005	Massnahmen zur frühzeitigen Information des Parlamentes über relevante europäische Gesetzgebungsentwürfe (S 8.3.10, Aussenpolitische Kommission SR 09.052; N 13.9.10; S 9.12.10)
2011 M 11.3005	Umsetzung der von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates verabschiedeten Resolution (N 17.3.11, Aussenpolitische Kommission NR; S 15.9.11)
2012 M 10.4158	Christenverfolgung. Genozid im Irak stoppen (N 30.9.11, Reimann Lukas; S 8.3.12)
2012 M 11.4038	Beseitigung aller Diskriminierungen gegenüber der kurdischen Minderheit in Syrien (N 21.12.11, Aussenpolitische Kommission NR 11.2017; S 8.3.12)
2012 M 12.3367	Rechte der Bäuerinnen und Bauern. Für ein weitgehendes Engagement der Schweiz im Menschenrechtsrat (N 28.9.12, Sommaruga Carlo; S 26.11.12)
2013 P 11.3916	Informationspolitik zum autonomen Nachvollzug von EU-Recht (N 19.9.13, Nordmann)
2014 P 13.3151	Lagebeurteilung der Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa (N 15.9.14, Aeschi Thomas)
2014 P 14.3557	Übernahme von EU-Recht. Kein Swiss Finish und kein vorauseilender Gehorsam (N 26.9.14, Schilliger)
2014 P 14.3577	Übernahme von EU-Recht. Weder Swiss Finish noch vorauseilender Gehorsam (S 9.9.14, Fournier)
2014 P 14.3663	Zugang zu Wiedergutmachung (S 26.11.14, Aussenpolitische Kommission SR 12.2042)
2015 M 13.3792	Für eine von Massenvernichtungswaffen freie (A-, B-, C-Waffen frei) Zone im Nahen und Mittleren Osten (N 15.9.14, Sozialdemokratische Fraktion; S 3.3.15)
2015 M 14.3423	Positionierung der Schweiz als internationale Plattform im Bereich Internet Governance (N 26.9.14, FDP-Liberale Fraktion; S 3.3.15)
2015 P 14.4080	Evaluation der Bilateralen Verträge mit der EU (N 20.3.15, Grüne Fraktion)
2015 M 14.3824	Thematisierung der Religionsfreiheit in bilateralen und multilateralen Kontakten und Gremien (N 12.12.14, Streiff; S 16.6.15)
2015 M 14.3120	Die Partnerschaft mit Europa sicherstellen (N 6.5.15, Sozialdemokratische Fraktion; S 24.9.15)
2015 P 15.3877	Goldhandel und Verletzung der Menschenrechte (S 1.12.15, Recordon)
2016 P 15.3023	Förderung des Schutzes der Flüchtlinge aus Syrien mittels Hilfe vor Ort (N 1.3.16, Schmid-Federer)
2016 M 16.3155	Beziehungen zu Eritrea verstärken. Den Strom von eritreischen Migrantinnen und Migranten eindämmen (N 17.6.16, Béglé; S 15.9.16)
2016 M 16.3624	Schwerpunktthema Berge in der internationalen Zusammenarbeit (S 15.9.16, Aussenpolitische Kommission SR; N 5.12.16)
2017 P 16.3887	Mehr Unterstützung für die Ausbildung in Flüchtlingslagern (N 8.3.17, Béglé)
2017 P 16.3929	Gute Dienste. Berichte über die internationalen Fazilitations- und Mediationsprozesse der Schweiz (N 14.6.17, Béglé)
2017 M 16.3289	Die Verwendung von Steuergeldern für Rassismus, Antisemitismus und Hetze konsquent unterbinden (N 8.3.17, Imark, 27.9.17)
2017 M 16.3600	Situation in Eritrea. Bestrebung der Uno unterstützen (N 8.3.17, Tornare, S 4.12.17)

Eidgenössisches Departement des Innern

Generalsekretariat

2014 P 13.4245	Kohärente Behindertenpolitik (N 21.3.14, Lohr)
2015 P 15.3114	Bericht über das Potenzial der Schweizer Game-Industrie für Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft (N 19.6.15, Fehr Jacqueline)
2017 P 16.4169	Inklusives Arbeitsumfeld im Lichte der Digitalisierung (S 7.3.17, Bruderer Wyss)
2017 P 17.3972	Politische Partizipation von Menschen mit Behinderung (S 29.11.17, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann

2015 P 14.4204	Bekämpfung von Stalking in der Schweiz verbessern (N 20.3.15, Feri Yvonne)

Bundesamt für Kultur

2014 P 14.3670	Konzept für Sprachaufenthalte (N 24.11.14, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2017 P 16.4028	Schweizer Ortsbilder erhalten (N 17.3.17, Fluri)
2017 P 15.4117	Allegra, Romanisch und Italiensch sollen leben! (N 28.9.17, Semadeni)

Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie

2014 P 14.3694	Notwendige Vereinheitlichungen bei den Anbietern von Unwetterwarnungen (N 12.12.14, Vogler)

Schweizerisches Bundesarchiv

2013 P 11.3902	Masterplan für Open Government Data (N 9.9.13, Riklin Kathy) - früher EFD/ISB
2017 P 17.3329	Den Fortbestand des Gosteli-Archivs zur Geschichte der schweizerischen Frauenbewegung sichern (N 11.12.17, Fiala)
2017 P 17.3330	Den Fortbestand des Gosteli-Archivs zur Geschichte der schweizerischen Frauenbewegung sichern (N 11.12.17, Schmid-Federer)
2017 P 17.3335	Den Fortbestand des Gosteli-Archivs zur Geschichte der schweizerischen Frauenbewegung sichern (N 11.12.17, Leutenegger Oberholzer)
2017 P 17.3336	Den Fortbestand des Gosteli-Archivs zur Geschichte der schweizerischen Frauenbewegung sichern (N 11.12.17, Graf Maya)
2017 P 17.3337	Den Fortbestand des Gosteli-Archivs zur Geschichte der schweizerischen Frauenbewegung sichern (N 11.12.17, Bertschy)

Bundesamt für Gesundheit

2000 P 00.3435	Verbot der Tabakwerbung (N 15.12.00, Tillmanns; Abschreibung beantragt 15.075)
2002 P 00.3536	Patientenfonds (N 30.9.02, Gross Jost)
2003 P 03.3424	Übernahme der angeborenen Krankheiten durch die Invalidenversicherung (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 02.307)
2003 P 03.3425	Kostenbeteiligung bei Geburtsgebrechen und schweren oder chronischen Erkrankungen (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 02.307 [Minderheit Gross Jost])
2006 M 04.3624	Qualitätssicherung und Patientensicherheit im Gesundheitswesen (N 3.3.05, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 04.433; S 14.6.05; N 14.3.06; Abschreibung beantragt 15.083)
2006 P 05.3693	Voraussetzungen für den optimalen Einsatz von Telemedizin schaffen (N 24.3.06, Stump)
2006 P 05.3878	Gesundheitsversorgung. Positive Anreize zur Förderung der Patientensicherheit und der Qualitätssicherung (N 24.3.06, Heim)
2007 M 06.3009	Einheitliche Finanzierung von Spital- und ambulanten Leistungen (S 8.3.06, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR 04.061; N 22.3.07; S 24.9.07)
2008 P 08.3475	Niedrigstrahlung aus AKW. Studie (N 19.12.08, Fehr Hans-Jürg)
2008 P 08.3493	Schutz der Patientendaten und Schutz der Versicherten (N 19.12.08, Heim)
2009 M 05.3522	Medizinische Mittel und Gegenstände. Sparpotenzial (N 19.3.07, Heim; S 2.10.08; N 3.3.09)
2009 M 05.3523	Wettbewerb bei den Produkten der Mittel- und Gegenständeliste (N 19.3.07, Humbel; S 2.10.08; N 3.3.09)
2009 M 09.3089	Vertriebsanteil bei den Medikamentenkosten (S 4.6.09, Diener; N 10.12.09)
2010 P 09.4199	Ausreichend langer bezahlter Urlaub für Eltern von schwer kranken Kindern (S 2.3.10, Seydoux) - vormals EJPD/BJ
2010 P 09.4078	Für eine kostenbewusstere Medikamentenversorgung (N 19.3.10, Humbel)

2010 M 09.3150	Massnahmen gegen den Anstieg der Krankenkassenprämien (N 12.6.09, Fraktion CVP/EVP/glp; S 20.9.10; Punkte 1, 2 und 3 angenommen)
2010 M 07.3168	Überprüfung der ärztlichen Komplementärmedizin in der Grundversicherung (S 25.9.07, Forster; N 28.9.10)
2010 P 10.3754	Einführung einer gesamtschweizerischen Kosten-Nutzen-Bewertung von medizinischen Leistungen (N 17.12.10, Humbel)
2011 M 10.3353	Qualitätssicherung OKP (S 20.9.10, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR; N 3.3.11; Abschreibung beantragt 15.083)
2011 M 10.3015	Für eine nationale Qualitätsorganisation im Gesundheitswesen (N 28.9.10, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR; S 9.3.11; Abschreibung beantragt 15.083)
2011 M 10.3450	Für eine unabhängige nationale Organisation für Qualitätssicherung (N. 1.10.10, FDP-Liberale Fraktion; S 9.3.11; Abschreibung beantragt 15.083)
2011 P 10.3753	Klare Kriterien statt kantonale Willkür bei Spitallisten (N 18.3.11, Humbel)
2011 P 10.4055	Nationale Strategie zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Menschen mit seltenen Krankheiten (N 18.3.11, Humbel)
2011 M 10.3882	Versorgungsqualität mit DRG (N 3.3.11, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR; S 30.5.11)
2011 M 09.3535	Leistungsfinanzierung nach dem KVG vereinheitlichen (N 12.4.11, Sozialdemokratische Fraktion; S 29.9.11)
2011 M 10.3770	Gegen eine diskriminierende Umsetzung der Pflegefinanzierung (N 18.3.11, Joder; S 29.9.11)
2011 M 10.4161	Krankenversicherung. Wählbare Franchisen und Vertragsdauer (N 18.3.11, Stahl; S 29.9.11)
2011 P 11.3218	Wie viel soll die Gesellschaft für ein Lebensjahr zahlen? (N 30.9.11, Cassis)
2011 M 09.3546	Transparente Finanzierung der sozialen Grundversicherung (S 15.6.11, Brändli; N 12.12.11)
2011 M 11.3584	Nationale Strategie der Krebsbekämpfung. Für mehr Chancengleichheit und Effizienz (S 29.9.11, Altherr; N 12.12.11)
2012 M 09.3509	Steuerbarkeit der Demenzpolitik I: Grundlagen (N 12.4.11, Steiert; S 12.3.12)
2012 M 09.3510	Steuerbarkeit der Demenzpolitik II: Gemeinsame Strategie von Bund und Kantonen (N 12.4.11, Wehrli; S 12.3.12)
2012 M 10.3912	Vita sicura. Risikoforschung für Patientensicherheit (N 17.6.11, Heim; S 4.6.12; Abschreibung beantragt 15.083)
2012 M 10.3913	Vita sicura. Nationales Programm für Patientensicherheit (N 17.6.11, Heim; S 4.6.12; Abschreibung beantragt 15.083)
2012 M 11.3637	Gesamtschweizerisch einheitliches Abgabealter für Tabakprodukte (N 23.12.11, Humbel; S 1.6.12; Abschreibung beantragt 15.075)
2012 P 12.3100	Patientenrechte stärken (N 15.6.12, Kessler)
2012 P 12.3124	Patientenrechte stärken (N 15.6.12, Gilli)
2012 P 12.3207	Stärkung der Patientenrechte (N 15.6.12, Steiert)
2012 M 10.3195	Das Dossier Tabak aus den Verhandlungen mit der EU über ein Abkommen im Bereich öffentliche Gesundheit ausschliessen (N 9.6.11, Favre; S 12.3.12; N 11.9.12)
2012 M 11.4037	Änderung des Bundesgesetzes über genetische Untersuchungen beim Menschen (N 8.3.12, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR 10.487; S 26.9.12; Abschreibung beantragt 17.048)
2012 P 12.3363	Qualitätssicherung in der Gesundheitsversorgung statt Prämien und Rabatte für Leistungsabbau (N 28.9.12, Hardegger)
2012 P 12.3396	Anpassung im Preisbildungssystem für Medikamente (N 28.9.12, Bortoluzzi; Punkt 3 angenommen)
2012 P 12.3614	Medikamentenpreise. Neue Methode für die Preisfestsetzung (N 28.9.12, Schenker Silvia)
2012 P 12.3716	Durchsetzung zuverlässiger und richtiger Messwerte im Gesundheitswesen (N 14.12.12, Kessler)
2013 P 13.3366	Betreuungszulagen und Entlastungsmöglichkeiten für pflegende Angehörige (N 13.6.13, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 11.411, 11.412)
2013 P 12.4053	Harmonisierung der Erfassung des Pflegebedarfs (N 21.6.13, Heim)
2013 M 12.3111	Diabetikerinnen und Diabetiker. Kostenübernahme für die Fusspflege durch Podologinnen und Podologen (N 28.9.12, Fridez; S 9.9.13)
2013 P 11.4018	Kriterien für die Repräsentativität bei der Unterzeichnung von Tarifverträgen im Gesundheitswesen (N 11.9.13, Darbellay)
2013 P 13.3250	Auswirkung der Franchise auf die Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen (N 27.9.13, Schmid-Federer)
2013 P 13.3875	Fehlermeldesysteme und medizinische Erkenntnisse für die Verbesserung der Patientensicherheit einsetzen (N 13.12.13, Hardegger)

2014 M 12.3816	Gleichbehandlung der Patienten beim Zugang zu Medikamenten (N 22.3.13, Steiert; S 4.3.14)
2014 M 11.3811	Rechtslücke in der Unfallversicherung schliessen (N 11.9.13, Darbellay; S 19.3.14; N 3.6.14)
2014 M 12.4171	Bessere Betreuung und mehr Effizienz im KVG (N 5.3.14, FDP-Liberale Fraktion; S 13.6.14)
2014 P 14.3295	Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (1)(S 13.6.14, Geschäftsprüfungskommission SR)
2014 P 14.3296	Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (2)(S 13.6.14, Geschäftsprüfungskommission SR)
2014 P 14.3297	Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (3)(S 13.6.14, Geschäftsprüfungskommission)
2014 P 14.3054	Qualität der Früherkennung von Brustkrebs. Wo steht die Schweiz? (N 20.6.14, Heim)
2014 M 12.3245	Gesetzeskonforme Umsetzung der Spitalfinanzierung (N 11.9.13, Humbel; S 13.6.14, N 10.9.14)
2014 P 13.3224	Entlastung der Krankenversicherung von ungerechtfertigten Kosten (N 9.9.14, Humbel)
2014 P 14.3385	Fallpauschalen und Globalbudget. Evaluation der Systeme in den Kantonen (N 10.9.14, Komission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2014 P 14.3607	Stopp der Medikamentenverschwendung! (N 26.9.14, CVP-EVP Fraktion)
2014 P 14.3632	Rolle der Praxisassistentinnen im schweizerischen Gesundheitssystem (N 26.9.14, Steiert)
2014 M 14.3438	Keine vorgeburtliche Geschlechterselektion durch die Hintertüre! (S 16.9.14, Bruderer Wyss; N 24.11.14; Abschreibung beantragt 17.048)
2015 P 14.4115	Theoretische Grundlagen der Stiftung Sexuelle Gesundheit Schweiz zur sexuellen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Unabhängige wissenschaftliche Untersuchung (N 20.3.15, Regazzi)
2015 P 13.3543	Unverhältnismässige Gebührenerhöhungen als Marktzutrittsschranken für KMU (N 4.6.15, de Courten)
2015 M 14.4164	Cannabis für Schwerkranke (N 2.6.15, Kessler; S 8.9.15)
2015 P 15.3797	Angleichung der Preise für Leistungen nach dem UVG und KVG (N 22.9.15, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2015 M 13.3500	Gleichbehandlung von Medikamenten und Immunologika beim Import aus dem Ausland (N 4.6.15, Gilli; S 17.12.15)
2016 P 15.4141	Massnahmen gegen die Überversorgung im Gesundheitswesen (N 18.3.16, Frehner)
2016 P 16.3000	Alternativen zur heutigen Steuerung der Zulassung von Ärztinnen und Ärzten (S 2.3.16, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit-SR)
2016 M 16.3001	Gesundheitssystem. Ausgewogenes Angebot durch Differenzierung des Taxpunktwertes (N 15.3.16, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 12.308; S 6.6.16)
2016 P 15.4225	Bessere Nutzung von Gesundheitsdaten für eine qualitativ hochstehende und effiziente Gesundheitsversorgung (N 16.6.16, Humbel)
2016 P 16.3352	Gleichmässige Finanzierung der Kostensteigerung der Pflegeleistungen durch alle Kostenträger (N 19.9.16, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 14.317)
2016 M 15.4157	Franchisen der Kostenentwicklung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung anpassen (S 21.9.16, Bischofberger; N 8.12.16)
2017 M 16.3623	Transparenz bei der Spitalfinanzierung durch die Kantone (S 21.9.16, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR; N 8.12.16; S 14.3.17)
2017 P 16.3909	Rechtliche Gleichstellung der öffentlichen und privaten Spitex (N 13.3.17, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2017 P 15.3464	Krankenversicherungsgesetz. Roadmap zur Entflechtung der Mehrfachrolle der Kantone (N 2.5.17, Cassis)
2017 P 15.4181	Konsequenzen einer fehlenden Regelung im Übergang von der IV ins KVG-Regime (N 28.9.17, Amherd)
2017 P 17.3434	Potenzial und Rahmenbedingungen für die digitale Nachhaltigkeit im Gesundheitswesen (N 29.9.17, Graf-Litscher)
2017 P 17.3435	Digitale Gesundheitsagenda. Chancen und Risiken (N 29.9.17, Heim)
2017 P 17.3466	Auswirkungen der Digitalisierung auf die Gesundheitsberufe (N 29.9.17, Gysi)
2017 P 17.3550	E-Health 2030. Die Digitalisierung im Gesundheitsbereich durch eine zukunftsorientierte Studie vorausplanen (N 29.9.17, Bulliard)
2017 P 17.3484	Massnahmen zur Senkung der Prämienlast in der obligatorischen Krankenversicherung. Abschaffung des Tarmed (N 11.12.17, de Courten)
2017 P 17.3880	Überprüfung der Finanzierung der Prämienverbilligung (N 15.12.17, Humbel)
2017 P 17.3963	Obligatorische Krankenpflegeversicherung. Transparenz bei den Leistungserbringern (S 29.11.17, Français)

Bundesamt für Statistik

2002 P 01.3733	Statistik über familienergänzende Betreuungsverhältnisse (N 22.3.02, Fehr Jacqueline)
2012 P 12.3657	Demografische Entwicklung und Auswirkungen auf den gesamten Bildungsbereich (N 26.11.12, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2015 P 15.3463	Bürokratieabbau. Weniger Aufwand bei der Erfassung der Statistik der sozialmedizinischen Institutionen (N 25.9.15, Cassis)
2017 M 16.4011	Digitalisierung. Keine Doppelspurigkeiten bei der Datenerhebung (N 17.3.17, FDP-Liberale Fraktion; S 13.6.17)

Bundesamt für Sozialversicherungen

2000 P 97.3068	Wohneigentumsförderung für Invalide (N 4.3.99, Borel; S 15.3.00; Abschreibung beantragt 16.065)
2011 M 10.3795	Administrative Entschlackung des BVG (S 2.12.10, Graber Konrad; N 12.9.11)
2012 M 09.3406	Kostenpflicht der Verfahren vor den kantonalen Versicherungsgerichten (N 12.4.11, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei; S 27.2.12)
2012 M 11.4034	Anrechenbare Mietzinsmaxima bei Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (N 12.12.11, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR; S 1.6.12; Abschreibung beantragt 14.098)
2012 P 12.3087	Lohnfortzahlung bei Krankheit. Zahlen und Fakten (N 15.6.12, Nordmann) - vormals BAG
2012 P 12.3206	Grundlagen für ein Screening zu innerfamiliärer Gewalt bei Kindern durch Gesundheitsfachpersonen (N 15.6.12, Feri Yvonne)
2012 P 12.3971	Für ein stufenloses Rentensystem (N 12.12.12, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 11.030; Abschreibung beantragt 17.022)
2013 P 12.3973	Soziale Auswirkungen der festen Altersgrenze für Ausbildungszulagen (N 20.3.13, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 11.481)
2013 M 12.3753	Revision von Art. 21 ATSG (N 14.12.12, Lustenberger; S 17.9.13)
2013 P 12.3144	Dritter Familienbericht zur Situation der Familien in der Schweiz (N 11.9.13, Meier-Schatz)
2013 P 13.3548	Auswirkung des gesellschaftlichen Wandels auf die Pensionskassen (N 27.9.13, CVP-EVP-Fraktion; Abschreibung beantragt 16.065)
2013 P 13.3813	Überträge von Gelder der Säule 3a auch nach dem Alter 59/60 ermöglichen (N 13.12.13, Weibel)
2014 M 13.3650	Familienzulagen für alle, auch für arbeitslose Mütter, die eine Mutterschaftsentschädigung beziehen (S 17.9.13, Seydoux; N 5.3.14)
2014 M 13.3656	Datenerhebung über Kapitalbezüge aus der zweiten Säule (S 17.9.13, Schwaller; N 5.3.14; S 11.6.14)
2014 P 13.4304	Die Jugendsession stärken (N 21.3.14, Reynard)
2014 P 14.3210	Reduktion des Mindestrückzahlungsbetrages gemäss Wohneigentumsförderungsverordnung (S 13.6.14, Zanetti)
2014 P 13.3109	BVG-Deckungsgrade vergleichbar machen (N 17.6.14, Vitali)
2014 P 14.3191	Erwerbsintegration von Psychischkranken (N 20.6.14, Ingold; Abschreibung beantragt 17.022)
2014 M 13.4184	Langfristanlagen von Pensionskassen in zukunftsträchtige Technologien und Schaffung eines Zukunftsfonds Schweiz (S 19.3.14, Graber Konrad, N 10.9.14)
2014 M 13.3990	Eine nachhaltige Sanierung der Invalidenversicherung ist dringend notwendig (S 12.12.13, Schwaller; N 3.6.14, S 16.9.14)
2014 P 14.3629	Pensionskassengeld verschwenden und dann Ergänzungsleistungen beziehen? Dieser Fehlanreiz muss abgeschafft werden! (N 26.9.14, Grossen Jürg; Abschreibung beantragt 16.065)
2014 P 14.3797	Ein Kind, eine Zulage (S 27.11.14, Maury Pasquier)
2014 P 14.3915	Sozialhilfe. Transparenz schaffen in Bezug auf Kostenentwicklung sowie Beauftragung privater Firmen (S 11.12.14, Bruderer Wyss)
2014 P 14.3892	Transparenz statt Polemik bei der Sozialhilfe (N 12.12.14, Sozialdemokratische Fraktion)
2015 P 13.3462	Sicherstellung der finanziellen Stabilität und Planbarkeit in der obligatorischen zweiten Säule (N 5.3.15, FDP-Liberale Fraktion)
2015 P 14.4266	Invalidenversicherung. Steuererleichterungen und Anreizsystem für eine bessere Eingliederung (N 20.3.15, Hess Lorenz; Abschreibung beantragt 17.022)
2015 M 14.3661	Massnahmen zur Früherfassung von Krankheitsfällen gemeinsam entwickeln (N 10.9.14, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 13.4060; S 9.6.15; Abschreibung beantragt 17.022)
2015 M 14.3890	Strategie zur Reduktion der Abhängigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen von der Sozialhilfe (N 12.12.14, Sozialdemokratische Fraktion; S 9.6.15)
2015 P 13.3615	Voraussetzungen für die IV-Anlehre und die praktische Ausbildung nach Insos (N 4.6.15, Lohr)
2015 P 13.3626	IV-Anlehre und praktische Ausbildung nach Insos. Mehr Transparenz (N 4.6.15, Bulliard)

2015 P 15.3206	Nationale Konferenz zur Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung (S 9.6.15, Bruderer Wyss; Abschreibung beantragt 17.022)
2015 P 15.3793	Mutterschaftsurlaub. Arbeitsunterbrüche vor dem Geburtstermin (S 8.9.15, Maury Pasquier)
2016 P 16.3644	Präventionsprojekt "Kein Täter werden" für die Schweiz (S 6.12.16, Jositsch)
2016 P 16.3733	Keine neue Soft-Regulierung durch die Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (S 6.12.16, Ettlin Erich)
2016 P 16.3908	Die Vorsorgesituation von Selbständigerwerbenden analysieren (N 8.12.16, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2016 P 16.3637	Präventionsprojekt "Kein Täter werden" für die Schweiz (N 16.12.16, Rickli Natalie)
2016 P 16.3868	Angemessene BVG-Deckung für Personen, welche Care-Arbeit leisten (N 16.12.16, Müller-Altermatt)
2017 P 16.3910	Kinderrenten der ersten Säule vertieft analysieren (S 7.3.17, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2017 P 15.3945	Gewalt im Alter verhindern (N 15.6.17, Glanzmann)
2017 P 17.3268	Einbezug der Krankenkassenprämien in die EL-Berechnungen (S 31.5.17, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2017 M 16.3631	Länger dauernde Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt des Neugeborenen (S 13.12.16, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR; N 7.6.17)
2017 M 16.3676	Anhebung der AHV-Leistungen für Hörversorgungen auf das Niveau der IV-Vergütungen. Gleichstellung Erwachsener mit Hörminderungen (S 6.12.16, Dittli; N 7.6.17; S 14.9.17)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

2014 M 11.3635	Importverbot für Robbenprodukte (N 29.5.12, Freysinger; S 16.9.14; N 24.11.14)
2015 P 14.4286	Einfuhr und Verkauf von tierquälerisch erzeugten Pelzprodukten verhindern (S 17.3.15, Bruderer Wyss)
2015 M 14.3503	Schweizweite Bekämpfung der Moderhinke der Schafe (N 26.9.14, Hassler; S 9.6.15)
2016 M 15.3958	Illegaler Handel mit bedrohten Arten. Schärfere strafrechtliche Sanktionen in der Schweiz (N 15.3.16, Barazzone; S 13.12.16)
2016 P 16.3665	Bessere Kontrolle der Wildfänge zum Schutz der Korallenriffe (S 6.12.16, Jositsch)
2016 P 14.4270	Pelzmarkt für einheimische Produkte stärken (N 14.12.16, Hess Lorenz)
2017 M 15.4114	Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt" (N 18.3.16, Bourgeois; S 14.3.17)
2017 P 16.3762	Achtung, Gefahr! Aluminiumsalze in Deodorants (N 2.5.17, Mazzone)
2017 M 16.3712	Insekten als Futtermittel für Speisefische und andere monogastrische Tiere zulassen (N 16.12.16, Friedl; S 13.6.17)
2017 P 17.3418	Die Hofschlachtung über den Eigengebrauch hinaus ermöglichen (N 29.9.17, Vogler)
2017 P 17.3967	Obligatorische Deklaration der Herstellungsmethoden von Nahrungsmitteln (S 29.11.17, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)

Swissmedic

2014 M 14.3017	Zulassung von Arzneimitteln mit neuen Kombinationen bekannter Wirkstoffe (N 7.5.14, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 12.080; S 10.12.14)
2015 M 15.3288	Laktosefrei. Mit einem Wort hilft man mehr als einer Million Menschen in der Schweiz (N 19.6.15, Cassis; S 17.12.15)
2016 M 15.3528	Frankenstärke. Vereinfachung der Zulassungsverfahren bei Indikationserweiterungen und raschere Verfahren bei Änderungen von Arzneimitteln (N 25.9.15, Cassis; S 2.3.16)
2017 P 16.4096	Schnellerer Zugang für Patienten zu Arzneimitteln mit neuen Indikationen (S 14.3.17, Ettlin Erich)

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

Generalsekretariat

Keine

Eidgenössische Spielbankenkommission

Keine

Bundesamt für Justiz

2002 P 01.3261	Mehr Schutz für Minderheitsaktionäre (N 11.3.02, Leutenegger Oberholzer; S 5.6.02; Abschreibung beantragt 16.077)
2002 P 01.3329	Corporate Governance in der Aktiengesellschaft (N 5.10.01, Walker Felix; S 5.6.02; Abschreibung beantragt 16.077; Punkt 4 abgeschrieben mit 04.044)
2002 P 02.3086	Corporate Governance. Anlegerschutz (N 21.6.02, Walker Felix; Abschreibung beantragt 16.077)
2002 P 02.3532	Bestimmungen über Architektur- und Bauleistungen im OR. Schutz der Auftraggebenden (N 13.12.02, Fässler)
2007 M 03.3212	Gesetzlicher Schutz für Hinweisgeber von Korruption (N 13.6.05, Gysin Remo; S 22.3.06; N 22.6.07; Abschreibung beantragt 13.094)
2007 M 06.3554	Ausdehnung der Motion Schweiger auf Gewaltdarstellungen (N 20.12.06, Hochreutener; S 11.12.07)
2009 P 09.3366	Überprüfung der Gerichtspraxis bezüglich Ausschöpfung der Strafrahmen (N 3.6.09, Jositsch)
2010 M 09.3422	Verbot von Killerspielen (N 3.6.09, Allemann; S 18.3.10)
2010 M 07.3870	Verbot von elektronischen Killerspielen (N 3.6.09, Hochreutener; S 18.3.10)
2010 M 09.3443	Rückversetzung von verurteilten Personen (N 3.6.09, Sommaruga Carlo; S 10.12.09; N 3.3.10)
2010 P 10.3383	Anpassung des Datenschutzgesetzes an die neuen Technologien (N 1.10.10, Hodgers; Abschreibung beantragt 17.059)
2010 M 08.3131	Verschärfung des Strafrahmens bei vorsätzlicher Körperverletzung (N 3.6.09, Joder; S 23.9.10; N 8.12.10)
2010 P 10.3651	Angriff auf die Privatsphäre und indirekte Bedrohungen der persönlichen Freiheit (N 17.12.10, Graber Jean-Pierre; Abschreibung beantragt 17.059)
2011 M 09.4017	Geschlagene Frauen schützen (N 3.3.10, Perrin; S 30.5.11; Abschreibung beantragt mit 17.062)
2011 M 10.3524	Für ein zeitgemässes Erbrecht (S 23.9.10, Gutzwiller; N 2.3.11; S 7.6.11)
2011 M 09.3392	Stärkere Rechte der Bauherrschaft bei der Behebung der Baumängel (N 2.3.11, Fässler; S 20.9.11)
2011 M 11.3223	Verkürzung der Jugendstrafverfahren. Wirksamkeitsevaluation (N 17.6.11, Ingold; S 21.12.11)
2012 M 11.3925	Missbrauch des Konkursverfahrens verhindern (S 5.12.11, Hess; N 28.2.12)
2012 P 12.3152	Recht auf Vergessen im Internet (N 15.6.12, Schwaab; Abschreibung beantragt 17.059)
2012 M 11.3909	Artikel 404 OR. Anpassung an die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts (N 23.12.11, Barthassat; S 27.9.12; Abschreibung beantragt 17.067)
2012 M 12.3012	Bundesgesetz über das internationale Privatrecht. Die Attraktivität der Schweiz als internationalen Schiedsplatz erhalten (N 1.6.12, Kommission für Rechtsfragen NR 08.417; S 27.9.12)
2012 P 12.3641	Rahmenbedingungen für die Praktiken von Inkassounternehmen (S 27.9.12, Comte)
2012 M 12.3403	Sanierungsverfahren vor Nachlassstundung und Konkurseröffnung (S 27.9.12, Kommission für Rechtsfragen SR 10.077; N 3.12.12; Abschreibung beantragt 16.077)
2012 M 12.3654	Sanierungsverfahren vor Nachlassstundung und Konkurseröffnung (S 27.9.12, Kommission für Rechtsfragen NR 10.077; N 3.12.12; Abschreibung beantragt 16.077)
2012 P 11.3200	Zugang zu Genossenschaftswohnungen für Staatsangehörige aussereuropäischer Länder. Aufhebung des Verbots (N 3.12.12, Hodgers)
2012 P 12.3957	Dem Schuldentourismus einen Riegel schieben (N 14.12.12, Candinas)
2013 M 12.3372	Erlass eines umfassenden Anwaltsgesetzes (N 28.9.12, Vogler; S 14.3.13)
2013 P 13.3217	Für ein modernes Obligationenrecht (S 18.6.13, Bischof)
2013 P 13.3226	Für ein modernes Obligationenrecht (N 21.6.13, Caroni)
2013 M 12.4025	Opfer häuslicher Gewalt besser schützen! (S 14.3.13, Keller-Sutter; N 23.9.13; Abschreibung beantragt mit 17.062)
2013 M 12.4077	Definition der Untersuchungshaft. Aufhebung der Voraussetzung eines effektiv erfolgten Rückfalls (N 22.3.13, FDP-Liberale Fraktion; S 11.9.13)
2013 P 13.3672	Abklärung religiöser Fragestellungen (N 13.12.13, Aeschi)
2013 P 13.3694	Befreiung des Bundesgerichtes von Bagatellen (N 13.12.13, Caroni)
2013 P 13.3989	Verletzungen der Persönlichkeitsrechte im Zuge des Fortschritts der Informations- und Kommunikationstechnik (S 11.12.13, Recordon; Abschreibung beantragt 17.059)

2014 M 10.3634	Die Behörden unter dem Druck der Finanzkrise und der Herausgabe von UBS-Kundendaten an die USA (5) (S 23.9.10, Geschäftsprüfungskommission SR; N 2.3.11; S 19.3.14)
2014 M 11.3911	Gefährliche Straftäter bleiben in Untersuchungshaft (N 23.9.13, Amherd; S 19.3.14)
2014 M 13.3931	Förderung und Ausbau der Instrumente der kollektiven Rechtsdurchsetzung (N 13.12.13, Birrer-Heimo; S 12.6.14)
2014 P 13.4193	Schweizer Sanierungsrecht. Private in die Reflexion mit einbeziehen (S 19.3.14, Hêche)
2014 P 14.3079	Lohngleichheit. Faire Chancen für freiwillige Massnahmen (S 12.6.14, Häberli-Koller; Abschreibung beantragt 17.047)
2014 P 14.3382	Bilanz über die Umsetzung des Rechts auf Anhörung nach Artikel 12 der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen in der Schweiz (N 8.9.14, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2014 P 14.3655	Die digitale Identität definieren und Lösungen für ihren Schutz finden (N 26.9.14, Derder; Abschreibung beantragt 17.059)
2014 M 14.3288	Identitätsmissbrauch. Eine strafbare Handlung für sich (S 12.6.14, Comte; N 24.11.14; Abschreibung beantragt 17.059)
2014 P 14.3739	Control by Design. Die Rechte auf Eigentum im Falle von unerwünschten Verbindungen verstärken (N 12.12.14, Schwaab; Abschreibung beantragt 17.059)
2014 P 14.3776	Professionalisierung des Sozialstaates um jeden Preis? (N 12.12.14, Schneeberger)
2014 P 14.3782	Richtlinien für den "digitalen Tod" (N 12.12.14, Schwaab)
2014 P 14.3804	Zivilprozessordnung. Erste Erfahrungen und Verbesserungen (N 12.12.14, Vogler)
2014 P 14.3891	Erste Erkenntnisse aus dem Wechsel von Laienbehörden zur KESB (N 12.12.14.Sozialdemokratische Fraktion)
2015 M 14.3383	Anpassung der Strafprozessordnung (S 22.9.14, Kommission für Rechtsfragen SR; N 11.3.15)
2015 M 14.3667	Bundesgericht. Dissenting opinions (N 11.3.15, Kommission für Rechtsfragen NR; S 18.6.15)
2015 P 14.4137	Videoaufnahmen durch Private. Die Privatsphäre besser schützen (N 20.3.15, FDP-Liberale Fraktion; Abschreibung beantragt 17.059)
2015 P 14.4183	Verbesserung der Rechtslage für Totgeborene (N 20.3.15, Streiff)
2015 P 14.4284	Videoaufnahmen durch Private. Die Privatsphäre besser schützen (S 19.3.15, Comte; Abschreibung beantragt 17.059)
2015 P 15.3003	Alternierende Obhut. Klärung der Rechtsgrundlagen und Lösungsvorschläge (N 4.3.15, Kommission für Rechtsfragen NR)
2015 P 13.3441	Bedrohungsmanagement bei häuslicher Gewalt. Überblick über die rechtliche Situation und Schaffen eines nationales Verhältnisses (N 5.5.15, Feri Yvonne)
2015 P 14.4026	Medizinische Versorgung bei häuslicher Gewalt. Politische Konzepte und Praktiken der Kantone sowie Prüfung eines ausdrücklichen Auftrages im Opferhilfegesetz (N 5.5.15, Sozialdemokratische Fraktion)
2015 P 15.3213	Prüfung der Aufsicht über testamentarische Willensvollstrecker (S 10.6.15, Fetz)
2015 P 15.3284	Administrative Vereinfachungen beim Vollzug des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht (N 19.6.15, Vogler)
2015 M 14.4008	Anpassung der Zivilprozessordnung (S 19.3.15, Kommission für Rechtsfragen SR; N 8.9.15)
2015 M 14.4122	Für ein modernes Verwaltungsstrafrecht (N 20.3.15, Caroni; S 24.9.15)
2015 M 14.4187	Umgehende Ratifizierung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung des Terrorismus (N 20.3.15, Glanzmann; S 24.9.15)
2015 P 13.3688	Bekanntmachung von Willensäusserungen und Entscheiden von Behörden. Analyse der heutigen Praxis (N 21.9.15, [Poggia]-Golay)
2015 M 15.3008	Artikel 260ter des Strafgesetzbuches. Änderung (S 10.9.15, Kommission für Rechtsfragen SR; N 10.12.15)
2015 M 15.3335	Für eine stärkere Berücksichtigung der nationalen Rechtsordnungen am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (N 19.6.15, Lustenberger; S 15.12.15)
2015 P 15.3502	Recht auf Teilnahme an Beweisverfahren. Überprüfung bei der Anpassung der Strafprozessordnung (N 10.12.15, Kommission für Rechtsfragen NR)
2015 P 15.3614	Kindes- und Erwachsenenschutzrecht. Beschwerdefristen (N 14.12.15, Schenker Silvia)
2015 P 15.3896	Wirtschaftliche Vorteile dank Schengen-Partnerschaft (N 10.12.15, Sozialdemokratische Fraktion)
2015 P 15.4045	Recht auf Nutzung der persönlichen Daten. Recht auf Kopie (N 18.12.15, Derder)
2016 M 15.3323	Einsichtsrecht betreffend Grundbuchabfragen via Terravis (N 21.9.15, Egloff; S 29.2.16)
2016 M 15.3557	Obligatorisches Referendum für völkerrechtliche Verträge mit verfassungsmässigem Charakter (N 25.9.15, Caroni; S 29.2.16)
2016 P 16.3004	Bussenkompetenz von Transportunternehmen (N 3.3.16, Kommission für Rechtsfragen NR)
2016 P 15.3431	Ein «Pacs» nach Schweizer Art (N 15.3.16, [Caroni]-Portmann)

2016 P 15.4082	Ein «Pacs» nach Schweizer Art (N 15.3.16, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2016 M 11.3767	Keine Hafturlaube und Ausgänge für Verwahrte (N 23.9.13, Rickli Natalie; S 15.12.15; N 14.6.16)
2016 P 16.3263	Berufsgeheimnisschutz für Unternehmensjuristinnen und –juristen (S 16.6.16, Kommission für Rechtsfragen SR)
2016 M 13.4037	Unbürokratisches Jawort (N 14.12.15, [Caroni]-Masshardt; S 22.9.16; Punkt 1 angenommen Abschreibung beantragt 17.065)
2016 M 16.3002	Einheitliche Bestimmungen zum Strafvollzug bei gefährlichen Tätern (N 3.3.16, Kommission für Rechtsfragen NR; S 29.9.16)
2016 M 16.3142	Sicherheitslücke im Jugendstrafrecht schliessen (N 2.6.16, Caroni; N 27.9.16)
2016 P 14.3832	Fünfzig Jahre Stockwerkeigentum. Zeit für eine Gesamtschau (N 14.9.1, [Caroni]-Feller)
2016 P 14.4113	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden. Umsetzung verbessern (N 27.9.16, Vitali)
2016 P 16.3317	Kindesschutzmassnahmen. Informationsfluss sicherstellen. Kundenservice stärken (N 30.9.15, Fluri)
2016 P 16.3383	Elektronische Daten. Information der Geschädigten im Fall eines Hackerangriffs (N 30.9.16, Béglé; Abschreibung beantragt 17.059)
2016 P 16.3384	Elektronische medizinische Daten. Eine geschützte, transparente und zielgerichtete Datenerhebung im revidierten Bundesgesetz über den Datenschutz sicherstellen (N 30.9.16, Béglé; Abschreibung beantragt 17.059)
2016 P 16.3386	Kontrolle über persönliche Daten. Die informationelle Selbstbestimmung fördern (N 30.9.16, Béglé)
2016 M 14.3022	Kinderpornografie. Verbot von Posing-Bildern (N 3.3.16, Rickli Natalie; S 6.12.16)
2016 P 16.3632	Evaluation des Electronic Monitoring (S 14.12.16, Kommission für Rechtsfragen SR)
2016 P 16.3682	Die Tätigkeiten von Wirtschaftsauskunfteien einschränken (N 16.12.16, Schwaab)
2016 P 16.3897	Evaluation der Revision des Zivilgesetzbuches vom 15. Juni 2012 (Zwangsheiraten) (N 16.12.16, Arslan)
2017 M 16.3752	Gegen Doppelspurigkeiten im Datenschutz (N 16.12.16, FDP-Liberale Fraktion; S 27.2.17)
2017 P 16.3416	Patchworkfamilien. Lösungen für eine zeitgemässe Regelung der gesetzlichen Erbfolge? (N 15.3.17, Nantermod)
2017 M 14.3801	Bundesgesetz über Pauschalreisen. Vollzugsdefizit beheben (N 14.9.16, Markwalder, S 29.5.17)
2017 P 15.3447	Beschleunigung der Strafverfahren. Umgesetzte Massnahmen (N 3.5.17, FDP-Liberale Fraktion)
2017 P 16.3961	Datenerhebung zu Diskriminierungen, die auf sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität beruhen, mit Augenmerk auf Mehrfachdiskriminierungen (N 31.5.17, Reynard)
2017 P 17.3115	Massgebender Umsatzschwellenwert bei einem Einzelunternehmen für die Begründung der Pflicht zur Eintragung in das Handelsregister (N 12.6.17, Kommission für Rechtsfragen NR)
2017 P 17.3269	Internationaler Austausch von Strafnachrichten. Prüfung eines Beitritts der Schweiz zu Ecris (N 12.6.17, Staatspolitische Kommission NR)

Bundesamt für Polizei

2014 P 13.4011	Besserer strafrechtlicher Schutz der Staatsangestellten vor Gewalt (N 11.3.14, Kommission für Rechtsfragen NR)
2014 M 14.3001	Überprüfen von Personendaten im Abrufverfahren (N 6.5.14, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR; S 8.9.14)
2016 P 16.3003	Prüfung der Aufbewahrungsfristen für DNA-Profile (N 3.3.16, Kommission für Rechtsfragen NR)
2016 P 16.3616	Kriminelle Schlepper verstärkt bekämpfen (N 30.9.16, Béglé)
2016 M 16.3213	Kompetenz zur verdeckten Registrierung im SIS. Fedpol muss nicht ausgeschlossen bleiben (N 14.9.16, Romano; S 14.12.16)
2016 M 15.4150	Kein Täterschutz für Mörder und Vergewaltiger (N 18.3.16, Vitali; S 14.12.16)
2017 P 15.3325	Datenaustausch zwischen dem Grenzwachtkorps und den kantonalen Polizeibehörden sowie zwischen den kantonalen Polizeibehörden (N 15.3.17, Schläfli)
2017 P 17.3044	Verbesserungen der Ausschaffungsprozesse und Schutz vor Gefährdern (S 8.6.17, Müller Damian)

Staatssekretariat für Migration

2014 M 13.3455	Vollzugsstatistik über die Ausschaffung von kriminellen Ausländern (N 27.9.13, Müri; S 19.3.14)
2014 M 11.3831	Asylbewerber. Rückübernahmeabkommen mit den wichtigsten Herkunftsländern aushandeln (N 17.4.13, Fraktion der schweizerischen Volkspartei; S 19.3.14; N 12.6.14)
2014 M 11.3832	Asylbewerber. Rückübernahmeabkommen von Algerien umsetzen lassen (N 17.4.13, Fraktion der schweizerischen Volkspartei; S 19.5.14; N 12.6.14)
2015 P 15.3242	Neukonzeption von Schengen/Dublin, europäische Koordination und «burden sharing» (N 19.6.15, Pfister Gerhard)
2015 P 15.3408	Aufenthaltsrecht von Opfern ehelicher Gewalt (N 25.9.15, Feri Yvonne)

2016 P 15.3955	Verbesserte Integration in den Arbeitsmarkt von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen (N 3.3.16, Pfister Gerhard)
2016 M 15.3484	Flüchtlingstragödien im Mittelmeer. Rasch und massiv konkret vor Ort helfen und Türen in der Festung Europa schaffen (N 10.12.15, Grüne Fraktion; S 16.6.16)
2016 M 15.3653	Ausbildung für Flüchtlinge zur nachhaltigen Arbeitsmarktintegration (N 14.12.15, Munz; S 16.6.16)
2016 P 14.3464	Beschleunigtes Asylverfahren auch für Personen aus Safe Countries (N 16.6.16, FDP-Liberale Fraktion)
2016 P 16.3790	Langfristige Folgen der Integration (N 16.12.16, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)
2017 M 16.3478	Evaluation der Bundeszentren für Asylsuchende (N 30.9.16, Pfister Gerhard; S 27.2.17)
2017 P 16.3314	Gemässigte Imame sind Schlüsselpersonen gegen die Radikalisierung von jugendlichen Muslimen (N 15.3.17, Ingold)
2017 P 16.3407	Analyse der Situation von Flüchtlingsfrauen (N 15.3.17, Feri Yvonne)
2017 P 17.3260	Kompetenzen des Bundes im Bereich der Sozialhilfe für Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten (S 8.6.17, Staatspolitische Kommission SR)
2017 P 17.3271	Arbeitsmarktintegration von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen (N 12.6.17, Staatspolitische Kommission NR)

Eidgenössisches Institut für Metrologie

Keine

Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum

2010 P 10.3263	Braucht die Schweiz ein Gesetz gegen das illegale Herunterladen von Musik? (S 10.6.10, Savary; Abschreibung beantragt 17.069)
2012 P 12.3326	Für ein Urheberrecht, das fair ist und im Einklang mit den Freiheiten der Internetgemeinde steht (S 5.6.12, Recordon; Abschreibung beantragt 17.069)
2012 P 12.3173	Angemessene Entschädigung von Kulturschaffenden unter Einhaltung der Privatsphäre der Internetnutzer (N 15.6.12, Glättli; Abschreibung beantragt 17.069)
2014 M 14.3293	Abgabe auf leeren Datenträgern (N 12.6.14, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR; S 26.11.14; Abschreibung beantragt 17.069)
2015 P 14.4150	URG-Revision. Einführung eines Verleihrechts (S 19.3.15, Bieri; Abschreibung beantragt 17.069)

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Generalsekretariat

2008 M 07.3529	Verhandlungen mit der Türkei. Leistung des Militärdienstes (N 5.10.07, Fehr Mario; S 17.3.08)
2010 M 09.4081	Erhöhte Bereitschaft für den Luftpolizeidienst auch ausserhalb der normalen Arbeitszeiten (S 16.3.10, Hess; N 15.9.10; Abschreibung beantragt BBl 2014 6955)
2011 P 11.3753	Immobilienverkäufe des VBS (S 27.9.11, Sicherheitspolitische Kommission SR)
2014 M 13.3495	Stationierungskonzept der Armee im Interesse von Stadt und Land (N 27.9.13, Glanzmann; S 5.3.14)
2014 P 13.4015	Nicht mehr benötigte Immobilien des VBS im Sinne der Öffentlichkeit nutzen (N 13.3.14, Finanzkommission NR 13.041)
2015 P 15.3918	Beschaffung von Grossraumhelikoptern anstelle von Transportflugzeugen (S 16.12.15, [Hess Hans]-Eder)
2017 P 16.4074	Für effiziente zentrale Beschaffungsstellen (N 17.3.17, Golay)
2017 P 17.3106	Armee 2.0. Die Schweiz muss das Technologie-Know-How fördern und sichern (N 16.6.17, Dobler)

Nachrichtendienst des Bundes

2015 M 15.3498	Aufsicht über den Nachrichtendienst des Bundes (S 17.6.15, Sicherheitspolitische Kommission SR; N 7.9.15)
2017 P 17.3831	Griffige Instrumentarien gegen Gewaltextremisten (N 15.12.17, Glanzmann)

Oberauditorat

Keine

Verteidigung

2016 P 15.3349	Förderung der Blutstammzellenspende in der Schweizer Armee (N 10.3.16, [Darbellay]-Amherd)
2017 P 17.3001	Wie kann der Mangel an Offizieren behoben werden? (N 16.3.17, Sicherheitspolitische Kommission NR)
2017 P 17.3002	Den Militärdienst attraktiver machen. Bericht (N 16.3.17, Sicherheitspolitische Kommission NR)

armasuisse

2017 P 17.3243	Innovation und Sicherheit. Ein Tandem, das für den Wohlstand und die Unabhängigkeit der Schweiz entscheidend ist (N 16.6.17, Golay)
2017 M 16.3063	Elektromobilität. Der Bund muss ein Vorbild sein (N 16.3.17, Buttet, 25.9.17)

Bundesamt für Bevölkerungsschutz

2015 M 14.3590	Anspruch auf Reduktion der Wehrpflichtersatzabgabe für Angehörige des Zivilschutzes für die gesamte Dienstleistungszeit (N 26.9.14, Müller Walter; S 10.3.15)
2015 P 15.3759	Sicheres Datenverbundnetz und weitere IT-Projekte des Bevölkerungsschutzes. Stand, Perspektiven und Ressourcenbedarf (N 25.9.15, Glanzmann)

Bundesamt für Sport

2016 M 16.3146	Sicherung des Programms "Jugend und Sport" (S 8.6.16, Föhn; N 14.12.16)
2017 M 17.3014	Aktionsplan "Gesamtschau Sportförderung". Zusätzliche Mittel zugunsten des Nachwuchs-Leistungssports (N 16.3.17, Kommission für Wirtschaft, Bildung und Kultur NR; S 13.3.17)
2017 M 17.3003	Zusätzliche Mittel im Aktionsplan zur Gesamtschau Sportförderung zugunsten des Nachwuchs-Leistungssports (S 13.3.17, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR; N 16.3.17)
2017 P 16.4085	Stärkeres und koordinierteres Engagement des Bundes für den Sport, den Spitzensport und den leistungsorientierten Nachwuchssport (S 13.3.17, Hêche)

Eidgenössisches Finanzdepartement

Generalsekretariat

2005 M 05.3152	Vertretung der sprachlichen Minderheiten in den Bundesämtern (N 17.6.05, Berberat; S 29.9.05)
2006 M 05.3174	Vertretung der sprachlichen Minderheiten in den Bundesämtern (S 14.6.05, Studer Jean; N 8.3.06)
2014 M 13.3841	Expertenkommission zur Zukunft der Datenbearbeitung und Datensicherheit (S 3.12.13, Rechsteiner Paul; N 13.3.14; S 4.6.14)
2014 M 14.3018	Dringliche Kontrollmassnahmen betreffend die Vergabe von Aufträgen durch die Bundesverwaltung (N 4.6.14 Geschäftsprüfungskommission NR; S 17.6.14)
2014 M 14.3289	Dringliche Kontrollmassnahmen betreffend die Vergabe von Aufträgen durch die Bundesverwaltung (S 4.6.14, Geschäftsprüfungskommission SR, S 17.6.14)
2014 P 12.4050	Vertiefte Untersuchung der Mehrsprachigkeit in den Führungsetagen der Bundesverwaltung (N 16.9.14, Romano)
2014 P 12.4265	Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung. Detailanalyse der Bedürfnisse (N 25.9.14, Cassis)
2015 P 14.4275	Wie kann die Freigabe von Open-Source-Software durch die Bundesverwaltung explizit erlaubt werden? (N 20.3.15, Glättli)

Informatiksteuerungsorgan Bund

2014 P 14.3532	Open Source in der Bundesverwaltung. Standortbestimmung und Ausblick (N 26.9.14, Graf-Litscher)
2015 P 14.4011	Evaluation von HERMES 5 (S 17.3.15, Geschäftsprüfungskommission SR)
2015 P 14.4012	Evaluation von (Gross-)Projekten (S 17.3.15, Geschäftsprüfungskommission SR)
2016 M 15.3672	Bürokratieabbau. Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung vorantreiben (N 25.9.16, Noser; S 1.3.16)
2016 P 16.3515	Abhängigkeit von Herstellern und Wege zur Risikominderung bei IT-Beschaffungen (N 30.9.16, Weibel)
2017 P 17.3475	Meldepflicht bei schwerwiegenden Sicherheitsvorfällen bei kritischen Infrastrukturen (N 13.12.17, Graf-Litscher)

Staatssekretariat für internationale Finanzfragen

2001 P 00.3541	Volle Freizügigkeit beim Wechsel der Zusatzversicherung (N 20.3.01, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei; Abschreibung beantragt 11.057 und 17.043)
2001 P 00.3542	Versicherungsvergünstigungen beim Wechsel der Zusatzversicherung (N 20.3.01, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei; Abschreibung beantragt 11.057 und 17.043)
2001 P 00.3570	Versicherungsvertragsgesetz. Verjährungsbestimmungen (N 23.3.01, Hofmann Urs; Abschreibung beantragt 11.057 und 17.043)
2001 M 00.3537	Diebstähle. Beginn der Verjährung bei Kenntnis (N 23.3.01, Jossen; S 6.12.01; Abschreibung beantragt BBl 11.057 und 17.043)
2003 P 02.3693	VVG. Lücke bei der Taggeldversicherung (N 21.3.03, Robbiani; Abschreibung beantragt 11.057 und 17.043)
2004 P 03.3596	Zusammenhänge zwischen Grund- und Zusatzversicherung in der Krankenversicherung (N 8.3.04, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 98.406; Abschreibung beantragt 11.057 und 17.043)
2007 M 06.3540	Besteuerung von Schweizer Flugpersonal bei deutschen Flugunternehmen (S 8.3.07, Lombardi; N 25.9.07)
2007 P 07.3395	Hohe Prämien beim Übertritt in die Einzeltaggeldversicherung (N 5.10.07, Graf-Litscher; Abschreibung beantragt 11.057 und 17.043)
2011 M 11.3157	Beziehungen zwischen der Schweiz und Italien. Wogen glätten (N 17.6.11, Cassis; S 21.9.11)
2012 M 11.3750	Neuverhandlung der Grenzgängervereinbarung mit Italien (S 21.9.11, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR; N 12.3.12)
2012 M 11.3511	Obligatorische Erdbebenversicherung (S 27.9.11, Fournier; N 14.3.12; Abschreibung beantragt 14.054)
2014 P 12.4048	Neue Besteuerung der Grenzgängerinnen und Grenzgänger (N 16.9.14, Quadri)
2014 M 14.3299	Berücksichtigung von allgemeinen Abzügen und Sozialabzügen bei im Ausland beschränkt steuerpflichtigen Personen (S 17.6.14, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR; N 11.12.14)
2015 P 15.3012	Anliegen des Kantons Tessin. Ausgangslage und Entwicklungsperspektive (S 18.6.15, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR 14.302)
2015 P 13.3945	Negative Auswirkungen der Personenfreizügigkeit in den Grenzkantonen mit Massnahmenpaket abmildern (N 24.9.15, Regazzi)
2016 P 15.3434	Die internationale Währungsordnung und die Strategie der Schweiz (N 8.3.16, Leutenegger Oberholzer)
2016 P 15.4086	Für einen wettbewerbsfähigen Finanzplatz im Bereich neue Finanztechnologien (N 22.9.16, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2017 P 15.3098	Prüfung einer allfälligen gesetzlichen Regelung von Trusts (N 27.2.17, FDP-Liberale Fraktion)
2017 P 17.3620	Transparenz über Regulierungskosten durch Finma-Rundschreiben (S 19.9.17, Germann)

2017 P 17.3634	Bessere Absicherung der Freizügigkeitsguthaben (N 7.12.17, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2017 P 17.3842	Welchen Einfluss haben schweizerische Regulierungen auf Investitionsmöglichkeiten hiesiger KMU in Afrika? (N 15.12.17, Chevalley)

Eidgenössische Finanzverwaltung

2015 M 13.3363	Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen (N 25.9.13, Finanzkommission NR 12.101; S 11.12.14; N 10.3.15)
2015 M 14.3858	Einhaltung der NFA-Prinzipien in Vernehmlassungserläuterungen und Botschaften gemäss klar definierten Kriterien überprüfen (N 12.12.14, Schneeberger; S 17.3.15)
2015 P 15.3009	Grenzgängereinkommen im Ressourcenpotenzial neu prüfen (N 10.3.15, Finanzkommission NR)
2016 P 15.3702	NFA. Entpolitisierung der Zielgrösse von 85 Prozent im Ressourcenausgleich (N 8.3.16, Gössi)
2016 P 15.4024	Mehr Verbindlichkeit und Planungssicherheit beim Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen (N 8.3.16, Fischer Roland)
2016 P 14.3951	Transparenz über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Bundesaktivitäten in den Kantonen (N 22.9.16, Amherd)
2017 P 15.3243	Swiss Fund. Ein Beitrag zur Meisterung aktueller Herausforderungen der Schweiz (N 16.3.17, Pfister Gerhard)
2017 M 16.3705	Teuerung nur ausgleichen, wenn Teuerung anfällt (S 5.12.16, Dittli, N 4.5.17)
2017 M 16.4018	Für eine Rechnungslegung, die der tatsächlichen Finanz- und Ertragslage entspricht (S 28.2.17, Hegglin, N 14.6.17)
2017 P 17.3436	Optimierung des nationalen Finanzausgleichs (N 13.12.17, Vitali)

Eidgenössisches Personalamt

2015 P 14.3999	Bericht zum Lohnsystem des Bundes (N 2.3.15, Finanzkommission NR)
2015 M 15.3494	Bestand des Bundespersonals auf dem Stand von 2015 einfrieren (S 23.9.15, Finanzkommission SR; N 7.12.15)
2017 P 15.3704	Einführung einer Personalbremse analog der Ausgabenbremse (N 4.5.17, Gössi)

PUBLICA

Keine

Eidgenössische Steuerverwaltung

2005 M 04.3276	Übergang zur Individualbesteuerung (N 15.6.05, Freisinnig-demokratische Fraktion; S 28.9.05; Abschreibung beantragt BBl 2009 4729)
2009 M 05.3299	Übergang zur Individualbesteuerung. Dringliche Massnahmen (N 9.5.06 Freisinnig-demokratische Fraktion; S 10.8.09)
2011 M 10.3493	Umfassende Revision des Steuerstrafrechts (S 15.9.10, Schweiger; N 1.3.11)
2011 P 11.3545	Zivilstandsunabhängige Besteuerung und Renten (N 23.12.11, BDP Fraktion)
2014 P 14.3005	Volkswirtschaftliche und fiskalpolitische Fragen von konkreten Modellen der Individualbesteuerung (N 4.6.14, Finanzkommission NR)
2014 P 12.3923	Eigenmietwert bei bescheidenem Einkommen (N 16.9.14, Gössi)
2014 M 12.3172	Besteuerung von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken (N 16.9.13, Müller Leo; S 8.12.14, Abschreibung beantragt 16.031)
2015 M 10.4127	Beseitigung der Heiratsstrafe (N 17.6.11, Bischof; S 4.3.15)
2015 M 14.3450	Steuerliche Abzugsfähigkeit von Bussen (S 15.9.14, Luginbühl; N 2.3.15; Abschreibung beantragt 16.076)
2015 P 15.3381	Ergänzung des Wohlstandsberichtes (N 24.9.15, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2016 P 14.4136	Keine Bestrafung durch das Wirtschaftswachstum. Reale kalte Progression aufdecken (N 22.9.16, FDP-Liberale Fraktion)
2016 M 16.3044	Beseitigung der Heiratsstrafe (S 13.6.16, Bischof; N 14.12.16)
2017 M 15.4259	Fabi. Übermässige administrative Belastung bei Geschäftsfahrzuginhabern (S 27.9.16, Ettlin, N 27.2.17)
2017 M 16.3431	Keine Mehrwertsteuer auf subventionierten Aufgaben (S 20.9.16, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR; N 8.3.17)
2017 P 15.3118	Abbau von Regulierungskosten. Formelle Harmonisierung von Verfahren, Fristen und Zahlungsintervallen im Unternehmenssteuerbereich (N 27.2.17, de Courten)
2017 P 17.3045	Eine Prospektivstudie über die Auswirkung der Robotisierung in der Wirtschaft auf das Steuerwesen und auf die Finanzierung der Sozialversicherung (N 16.6.17, Schwaab)
2017 P 17.3359	Besteuerung von Grundstücken im Geschäftsvermögen mit unterschiedlicher Eigentümerschaft (N 7.12.17, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)

2017 M 17.3665	Verzicht auf die Revision des Steuerstrafrechts (N 7.12.17, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR; S 12.12.17)
2017 M 17.3706	Verzicht auf die Revision des Steuerstrafrechts (N 7.12.17, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR; S 12.12.17)

Eidgenössische Zollverwaltung

2014 M 14.3035	Nächtliche Schliessung kleiner Grenzübergänge zwischen der Schweiz und Italien (N 20.6.14, Pantani; S 8.12.14)
2016 M 16.3009	E-Vignette (S 15.3.16, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR; N 15.6.16)
2017 M 15.4153	Ungerechtfertigte Kostenüberwälzung auf den Kunden im Zollwesen (S 3.3.16, Ettlin Erich; N 22.9.16; S 28.2.17)
2017 P 17.3377	Unnötige Behinderung der Wirtschaft durch formalistische Fristenanwendung (N 29.9.17, de Courten)
2017 P 17.3360	Auswirkung der Frankenüberbewertung auf die Mehrwertsteuer (N 7.12.17, Finanzkommission NR)
2017 P 17.3361	Vollzug nichtzollrechtlicher Erlasse durch die Eidgenössische Zollverwaltung. Wer steuert, wie werden die Prioritäten gesetzt? (N 7.12.17, Finanzkommission NR)

Eidgenössische Alkoholverwaltung

2016 M 11.3677	Gesetzliche Grundlage für Alkoholtestkäufe (N 23.12.11, Ingold; S 13.6.16)

Bundesamt für Informatik

Keine

Bundesamt für Bauten und Logistik

2012 P 12.3910	Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen. Stopp dem Missstand (N 14.12.12, Darbellay; Abschreibung beantragt 17.019)
2013 M 12.3739	Öffentliche Beschaffungen des Bundes. Gleiche Rechte für die Sprachregionen (N 14.12.12, Hodgers; S 10.9.13; Abschreibung beantragt 17.019)
2014 M 14.3016	Auslegung der Definition von Kleinstunternehmen im Bauproduktegesetz (N 10.3.14, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR; S 3.6.14)
2014 P 14.3208	Bekämpfung der Korruption in öffentlichen Beschaffungswesen (S 17.6.14, Engler; Abschreibung beantragt 17.019)
2014 M 14.3045	Publikation der Basisinformationen aller Beschaffungen des Bundes ab 50 000 Franken (N 20.6.14, Graf-Litscher; S 8.12.14; Abschreibung beantragt 17.019)
2015 M 12.3914	Ausschreibungsverfahren in den drei Amtssprachen des Bundes (N 16.9.14, de Bumann; S 18.6.15; Abschreibung beantragt 17.019)
2015 M 14.3872	Für eine korrekte Nutzung der Amtssprachen in den öffentlichen Ausschreibungen von bundesnahen Betrieben (N 12.12.14, Regazzi; S 18.6.15; Abschreibung beantragt 17.019)
2015 M 14.3886	Für eine sprachenfreundliche Vergabe auch von kleinen öffentlichen Aufträgen im Interesse unserer KMU (N 12.12.14, Cassis; S 18.6.15; Abschreibung beantragt 17.019)
2016 P 16.3785	Öffentliche Beschaffungen. Massnahmen im Bereich der Planungsleistungen (S 14.12.16, Français)
2017 P 15.3937	KMU-taugliche Umsetzung des Bauproduktegesetzes (N 4.5.17, Fässler Daniel)

Eidgenössische Finanzkontrolle

2016 P 15.4112	Aufsicht durch die Eidgenössische Finanzkontrolle. Prüfung der Kriterien für die Unterstellung von Organisationen ausserhalb der Bundesverwaltung (N 18.3.16, Feller)

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Generalsekretariat

Keine

Preisüberwachung

Keine

Büro für Konsumentenfragen

Keine

Vollzugsstelle für den Zivildienst

2015 P 15.3637	Zivildiensteinsätze in der Landwirtschaft erleichtern (N 25.9.15, Hassler)

Wettbewerbskommission

Keine

Kommission für Technologie und Innovation

Keine

Staatssekretariat für Wirtschaft

2010 M 09.3360	OECD-Führung durch Ministerrat oder durch G-20? (N 22.9.09, Aussenpolitische Kommission NR; S 2.3.10; N 6.12.10)
2011 M 10.3626	Lebensmittelproduktion. Ökologische und soziale Zustände (N 13.12.10, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR; S 8.6.11)
2012 P 12.3475	Metalle der Seltenen Erden. Ressourcenstrategie (N 28.9.12, Schneider-Schneiter)
2014 P 13.4237	Für eine bessere Entwicklung innovativer Jungunternehmen (N 21.3.14, Derder)
2014 P 14.3106	Europäische Unternehmen, die Personal in die Schweiz entsenden. Eröffnung von Entscheiden (S 16.6.14, Recordon; Abschreibung beantragt 17.053)
2014 P 12.4172	Für eine freie Wirtschaftsordnung. Gegen Wettbewerbsverzerrung durch Staatsunternehmen (N 18.9.14, FDP-Liberale Fraktion)
2015 M 14.3835	Gesetzliche Änderungen zur Förderung inländischer Arbeitskräfte (N 12.12.14, CVP/EVP Fraktion; S 3.3.15)
2015 M 14.3844	Gesetzliche Änderungen zur Förderung inländischer Arbeitskräfte (N 12.12.14, BDP-Fraktion; S 3.3.15)
2015 M 14.3795	Gesetzliche Änderungen zur Förderung inländischer Arbeitskräfte (S 11.12.14, Häberli-Koller; N 9.6.15)
2015 P 15.3010	Bericht des Bundesrates über das Engagement des Bundes gegen Kinderarbeit (N 17.9.15, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2015 M 15.3210	Senkung der unnötigen Verwaltungskosten. Sofortige Umsetzung (S 17.6.15, Fournier; N 14.12.15)
2015 P 15.3854	Automatisierung. Risiken und Chancen (N 18.12.15, Reynard)
2015 P 15.3880	Konkurrenziert der Staat die Wirtschaft? Übersicht tut not (N 18.12.15, Schilliger)
2016 M 15.3631	Das Cassis-de-Dijon-Prinzip besser zur Wirkung bringen (S 16.9.15, Hess; N 17.3.16)
2016 M 15.3792	Erhöhung der Interventionsgrenze von Bürgschaftsorganisationen zugunsten der KMU (S 16.9.15, Comte; N 17.3.16)
2016 P 15.4009	Allfällige Kündigung des Freizügigkeitsabkommens. Kosten für die Schweizer Wirtschaft (N 29.2.16, Regazzi)
2016 P 14.4186	Freihandel zwischen der EU und den USA. Opportunitätsstrategie der Schweiz (N 29.2.16, Pfister Gerhard)
2016 P 14.4296	Partizipative Ökonomie. Fördern, Rahmenbedingungen umreissen, für künftige Herausforderungen gewappnet sein (N 29.2.16, Derder)
2016 P 15.4159	Weshalb ist die Schweiz eine Hochpreisinsel? Und was kann dagegen unternommen werden? (S 10.3.16, Fournier)
2016 M 15.3400	Vermeidung unnötiger Bürokratie durch wirkungsvolle Bedarfsanalysen und Regulierungsfolgenabschätzungen (N 23.9.15, Vogler; S 15.6.16)
2016 M 15.3445	Bürokratieabbau. Regulierungsfolgen durch eine unabhängige Stelle aufdecken (N 23.9.15, FDP-Liberale Fraktion; 15.6.16)
2016 P 16.3080	Auswirkungen des digitalen EU-Binnenmarkts auf die Schweiz (S 6.6.16, Vonlanthen)
2016 P 16.3625	Überprüfung des Bundesrechts aufgrund der Entwicklung neuer Beherbergungsformen (S 27.9.16, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)
2017 M 16.3457	Avig. Verringerung des Bürokratieaufwands bei Kurzarbeit (S 6.3.17, Vonlanthen, N 15.6.17)
2017 P 15.3117	Abbau von Regulierungskosten. Bonusorientierte Kontrollintervalle für Betriebe und Anlagen (N 7.3.17,

	de Courten)
2017 P 15.3122	Abbau von Regulierungskosten. Lockerung von Dokumentations- und Archivierungsvorschriften (N 7.3.17, de Courten)
2017 P 15.3228	Bericht über die Entwicklungsperspektiven des Alpenbogens aufgrund der veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (N 7.3.17, Brand)
2017 P 16.3913	Sifem AG. Antrag des Bundesrates auf Umwandlung des Bundesdarlehens in Aktienkapital (N 7.3.17, Finanzkommission NR)
2017 P 15.3387	Für einen funktionierenden Wettbewerb. Gegen wettbewerbsverzerrende staatliche Beihilfen (N 16.3.17, FDP-Liberale Fraktion)
2017 P 15.3398	Faires Verfahren beim Zugang zu geschlossenen Märkten des Bundes (N 16.3.17, Walti Beat)
2017 P 15.3421	Einführung einer Regulierungsbremse (N 16.3.17, Walti Beat)
2017 P 15.3679	Bürokratieabbau durch Vereinfachung und Modernisierung des Arbeitsrechts (N 15.6.17, Herzog)
2017 M 16.3902	Verbot von Knebelverträgen der Online-Buchungsplattformen gegen die Hotellerie (S 6.3.17, Bischfo S, N 18.9.17)
2017 P 17.3222	Digitale Wirtschaft. Die Arbeitsplätze der Zukunft und Massnahmen für ihre Förderung in der Schweiz identifizieren (N 18.9.17, Derder)
2017 P 17.3429	Förderung des Tourismus und der touristischen Infrastrukturen in der Schweiz. Ein Vergleich mit den direkten Konkurrenten (S 27.9.17, Rieder)
2017 P 17.3625	Abbau von Handelshemmnissen. Das Cassis-de-Dijon-Prinzip stärken durch eine deutliche Reduktion der Ausnahmen (S 27.9.17, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation

2012 P 12.3415	Höhere Fachschulen. Sicherung der eidgenössischen Anerkennung der Nachdiplomstudien (S 25.9.12, Häberli-Koller)
2012 P 12.3428	Höhere Fachschulen. Sicherung der eidgenössischen Anerkennung der Nachdiplomstudien (N 28.9.12, Jositsch)
2014 P 14.3740	Eidgenössisches Berufsattest. Bilanz nach zehn Jahren (N 12.12.14, Schwaab)
2015 P 13.3073	Gesamtschau der Innovationspolitik (N 9.3.15, Derder)
2015 P 14.4007	Verlässliche Entscheidungsgrundlagen für die Arzneimitteltherapie (N 9.3.15, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 13.3884)
2015 P 14.4258	Einen Sprachkenntnisvermerk in eidgenössische Fähigkeitszeugnisse aufnehmen (N 20.3.15, Bulliard)
2015 P 15.3796	Förderung des Berufsabschlusses von Erwachsenen (S 9.9.15, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)
2016 M 15.3469	Reduktion des Bürokratieaufwands bei der Lehrlingsausbildung (N 25.9.15, Rösti; S 10.3.16)
2016 P 14.4258	Einen Sprachkenntnisvermerk in eidgenössische Fähigkeitszeugnisse aufnehmen (N 29.2.16, Bulliard)
2016 P 16.3706	Digitale Wirtschaft und Arbeitsmarkt (S 29.11.16, Vonlanthen)
2017 P 16.4095	Eine umfassende Strategie für die politische Bildung in der Schweiz (S 6.3.17, Caroni)
2017 P 16.3754	Voraussetzungen zur Ausübung von gewissen Berufen. Stand der Dinge (N 7.3.17, Nantermod)
2017 P 15.3552	Mehr Schnupperlehrstellen bei den Mint-Berufen (N 15.6.17, Schmid-Federer)
2017 P 17.3506	Eine Task-Force schaffen zur Unterstützung, Beratung und Förderung des Berufsbildungssystems im Ausland (S 27.9.17, Hêche)

Bundesamt für Landwirtschaft

2012 M 10.3818	Verhandlungen mit der EU über ein Freihandelsabkommen in Agrar- und Lebensmittelbereich stoppen (N 9.6.11, Darbellay; S 7.3.12)
2013 M 13.3367	Massnahmenpaket zum Schutz der Bienen (N 19.6.13, Kommission für Wirtschaft, Bildung und Kultur NR; S 25.11.13)
2013 P 13.3682	Die Abhängigkeit der Landwirtschaft von fossilen Brennstoffen verringern (N 13.12.13, Bourgeois)
2014 P 14.3514	Agrarpolitik 2018-2021. Massnahmenplan zum Abbau der überbordenden Bürokratie und zur Personalreduktion in der Verwaltung (N 26.9.14, Knecht)
2014 P 14.3618	Ziel- statt massnahmenorientierte Agrarpolitik. Der Landwirt als Teil der Lösung und nicht als das Problem (N 26.9.14, Aebi Andreas)
2014 P 14.3894	Überprüfung der Auswirkungen und der Zielerreichung der Agrarpolitik 2014-2017 (N 12.12.14, von Siebenthal)
2014 P 14.3991	Kosten für die Umsetzung und Durchführung der Agrarpolitik 2014-2017 (N 12.12.14, de Bumann)
2015 P 14.4046	Administrative Vereinfachungen in der Landwirtschaft (S 3.3.15, Keller-Sutter)
2015 M 14.3721	Forschung im Bereich der Kirschessigfliege (N 12.12.14, Pezzatti; S 17.6.15)
2015 P 15.3192	Biodiversitätsförderflächen (BFF). Wie weiter? (N 19.6.15, Aebi Andreas)

2015 P 15.3380	Perspektiven im Milchmarkt (N 17.9.15, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2015 P 15.3862	Den administrativen Aufwand in der Landwirtschaft reduzieren (N 18.12.15, Aebi Andreas)
2015 P 15.3928	Massnahmen gegen eine Deindustrialisierung in der Lebensmittelbranche (S 10.12.15, Baumann)
2015 P 15.4056	Stärkung der Milchproduktion aus betriebseigenem Grundfutter (N 18.12.15, Jans)
2016 P 15.4180	Agrarpolitik 2014-2017. Korrektur der Abgeltungen (N 18.3.16, von Siebenthal)
2016 M 14.4098	Administrativen Aufwand massgeblich reduzieren (N 20.3.15, Müller Walter; S 15.6.16)
2016 P 16.3061	Die Freibergerrasse und den Wissensschatz der Züchterinnen und Züchter retten (S 6.6.16, Seydoux)
2016 P 16.3098	Zusätzlich zur Qualitätsstrategie noch eine Mehrwertstrategie (S 6.6.16, Seydoux)
2016 P 15.4084	Studie über die Auswirkungen von Glyphosat in der Schweiz (N 8.6.16, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2016 P 14.3537	Bericht zur Wettbewerbs- und Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlichen Produktion und zum Einsatz öffentlicher Mittel für die Landwirtschaft (N 16.6.16, [Noser]-Dobler)
2016 P 16.3050	Steuerung des Angebots von Käse mit Ursprungsbezeichnung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (N 17.6.16, Bourgeois)
2017 M 14.3542	Tiere ab einem Alter von 121 Tagen an den öffentlichen Schlachtviehmärkten (N 27.9.16, von Siebenthal; S 29.9.16; N 7.3.17)
2017 P 17.3401	Die Schweizer Landwirtschaft für die Zukunft fit machen (S 27.9.17, Müller Damian)
2017 P 17.3603	Erhöhung des GVE-Faktors bei den Rinder und die Auswirkungen (N 29.9.17, Dettling)

Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschulen

Keine

Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung

Keine

Bundesamt für Wohnungswesen

Keine

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Generalsekretariat

2015 P 15.3377	Massvolles Angebot an Drittprodukten der Schweizerischen Post (N 14.9.15, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
2015 M 13.3023	Totalrevision des Bundesgesetzes über die Enteignung (N 18.9.14, Regazzi; S 4.6.15; N 1.12.15)
2015 M 13.3196	Totalrevision des Bundesgesetzes über die Enteignung. Marktkonforme Entschädigung der Enteigneten? (N 12.3.15, Ritter; S 4.6.15; N 1.12.15)

Bundesamt für Verkehr

2009 P 08.3763	Bahnlandschaft Schweiz. Konsolidierung durch die SBB (N 8.9.09, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR; Abschreibung beantragt 16.075)
2012 P 12.3640	Brachliegendes Potenzial auf Bahnstrecken nutzen (S 20.9.12, Fetz)
2013 P 13.3415	Angebotsverbesserung auf der Hochrheinstrecke (S 25.9.13, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen)
2013 P 13.3451	Elektrifizierung und Angebotsverbesserung der Hochrheinstrecke (N 17.9.13, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
2014 P 13.4014	Vereinfachung der Zollverfahren und Erleichterung der grenzüberschreitenden Verkehrsabwicklung (N 10.03.14, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR) - vormals EFD/EZV
2014 M 13.3663	Regionaler Personenverkehr. Sicherstellung der Finanzierung und Harmonisierung des Bestellverfahrens (S 10.2.13, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR; N 6.5.14)
2014 P 14.3259	Marktordnung im Personenverkehr: Wie weiter nach dem Ablauf der SBB-Konzession 2017? (N 20.6.14, Regazzi)
2014 P 14.3300	Bahnausbau. Mehr Klarheit bei der Projektpriorisierung (N 26.9.14, FDP-Liberale Fraktion)
2015 P 14.3673	Bericht zum internationalen Personenverkehr (Bahn/Bus) (N 12.3.15, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
2015 P 15.3496	Evaluation der Weiterentwicklungsmöglichkeiten von SBB Cargo (S 4.6.15, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
2015 P 15.3424	Investitionen in die Eisenbahnstrecke Lausanne-Bern auf die Umfahrung des kritischen Abschnitts Flamatt-Schmitten konzentrieren? (N 25.9.15, Nordmann)
2015 P 15.3707	Förderung des öffentlichen Verkehrs für den alpinen Raum (N 25.9.15, Häsler)
2016 P 14.3037	Realisierbares Verlagerungsziel festlegen (N 2.3.16, FDP-Liberale Fraktion)
2016 P 14.3769	SBB-Linie Yverdon-Payerne. Der Bundesrat muss den Schienengüterverkehr beibehalten! (N 16.6.16, Grin)
2016 P 14.4170	Transport gefährlicher Güter auf der Schiene (N 21.9.16, Amherd)
2016 P 16.3351	Touristische Transportunternehmen vom Geltungsbereich des Arbeitszeitgesetzes entheben (S 26.9.16, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
2017 P 17.3262	Verkehrskreuz Schweiz und Vision Eisenbahnnetz (S 15.6.17, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
2017 P 17.3263	Vorfinanzierung im Rahmen von Fabi/Ausbauschritt 2030/35 (S 15.6.17, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)

Bundesamt für Zivilluftfahrt

2013 P 13.3421	Auswirkungen des Staatsvertrages betreffend den Flughafen Zürich (S 25.9.13, Häberli-Koller)
2013 P 13.3426	Auswirkungen des Staatsvertrages betreffend den Flughafen Zürich (N 27.9.13 Walter)
2017 M 15.3491	Helikopterpilotinnen und -piloten. Verzicht auf eine Altersgrenze von 60 Jahren (N 21.9.16, Darbellay; S 15.3.17)

Bundesamt für Energie

2009 M 09.3083	Stromversorgungsverträge mit dem Ausland. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen bewahren (N 12.6.09, FDP-Liberale Fraktion; S 10.12.09)
2012 M 11.3562	Tiefe Geothermie. Offensive (S 29.9.11, Gutzwiller; N7.3.12; S 30.5.12)
2012 M 11.3563	Tiefe Geothermie. Schweizweite geologische Erkundung (S 29.9.11, Gutzwiller; N 7.3.12; S 30.5.12)
2012 P 11.4088	Auswirkungen der Energiepolitik der EU-Staaten auf die Versorgungssicherheit mit Elektrizität und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz (N 16.3.12, Bourgeois)
2012 P 12.3131	Sach- und Entscheidkompetenz in der Atomaufsicht vereinen (N 15.6.12, Müller-Altermatt)
2012 M 12.3253	Angemessene Rendite für den Umbau des Energiesystems (N 15.6.12, Gasche; S 13.12.12)
2013 P 13.3521	Nachhaltige Rahmenbedingungen für die Wasserkraft (S 25.9.13, Engler)
2014 M 11.4027	Aktionsplan für die Geothermie (N 17.9.13, Riklin Kathy; S 20.3.14; N 17.6.14)
2015 P 15.3583	Ursachen des leicht rückläufigen Stromverbrauchs in den letzten Jahren (N 25.9.15, Nordmann)

2016 M 14.3668	Wasserzinsregelung nach 2019 (N 9.12.14, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR; S 3.12.15; N 2.3.16)
2016 P 15.4085	Auswirkungen der Rückerstattung der Zuschläge auf die Übertragungskosten der Hochspannungsnetze (Art. 15bis EnG) (N 2.3.16, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
2016 M 16.3038	Transformatorenstationen und andere elektrische Anlagen einfacher ermöglichen (S 14.6.16, Häberli-Koller, N 14.12.16)
2017 M 14.3837	Synthetische CO2-neutrale Treibstoffe. Anrechnung bei der CO2-Flottenemissionsregelung (N 16.6.16, Böhni; S 8.3.17; Abschreibung beantragt 17.071)
2017 P 15.4013	Erdverlegung der Übertragungsleitung Chamoson-Ulrichen (N 9.3.17, Reynard)

Bundesamt für Strassen

2001 P 01.3402	Bericht zur Bedeutung und Förderung des Langsamverkehrs (N 5.10.01, Aeschbacher)
2007 P 05.3002	Vorwärts machen mit den Schwerverkehrskontrollzentren an der A2 (N 21.6.07, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
2011 M 11.3003	Ausbau Nordumfahrung Zürich. Überdeckung Weiningen (N 15.3.11, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR 09.4142; S 22.9.11)
2012 P 11.4165	Mehr Nutzlast für die Führerausweiskategorie C1E (N 15.6.12, Hurter Thomas)
2014 M 12.3102	Rasche Realisierung der Verbindung der Rheintalautobahnen zwischen der Schweiz und Österreich (N 26.9.13, Müller Walter; S 20.3.14)
2014 M 13.3572	Flexiblere Ab- und Auflastung von Nutzfahrzeugen zur Effizienzsteigerung (N 27.9.13, Hess Lorenz; S 20.3.14)
2015 P 14.4077	Digitale Brillen. Gefahren im Strassenverkehr (S 9.3.15, Hefti)
2015 P 14.3997	Voraussetzungen für ein Schnellladenetz für Elektroautos auf Nationalstrassen (N 12.3.15, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
2015 P 15.4038	Vereinfachte Fahrzeugprüfung für Kleinfahrzeuge (N 18.12.15, Candinas)
2016 M 15.3574	Führerausweis auf Probe. Verhältnismässige Regelung bei Widerhandlungen während der Probezeit (N 25.9.15, Freysinger; S 14.6.16)
2016 M 13.3818	Vereinfachte Zulassung von Motorfahrzeugen und mehr Verkehrssicherheit (N 14.9.15, Darbellay; S 14.6.16)
2016 P 16.3267	Evaluation von Via sicura (S 8.6.16, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
2016 P 14.3301	Vereinfachung der Bewilligungsverfahren für Berufschauffeure (S 15.6.16, FDP-Liberale Fraktion)
2016 M 16.3349	Reporting zu den Unterhalts- und Betriebskosten der NEB-Strecken (N 15.6.16, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR 15.023; S 14.9.16)
2016 M 16.3066	Taxis, Uber und andere Fahrdienste. Für einen faireren Wettbewerb (N 12.9.16, Nantermod; S 8.12.16)
2016 M 16.3068	Anpassung des Strassenverkehrsgesetzes an die neuen Angebote (N 17.6.16, Derder; S 8.12.16)
2016 P 16.3773	Nutzlastkompensation für Elektronutzfahrzeuge (N 16.12.16, Giezendanner)
2017 M 14.3947	Wiedereröffnung des Autobahnanschlusses Emmen Nord (N 16.6.16, Müri; S 8.12.16; N 2.3.17)

Bundesamt für Kommunikation

2011 M 11.3314	Pornografie im Internet. Vorbeugend handeln (S 22.9.11, Savary; N 6.12.11; Abschreibung beantragt 17.058)
2011 P 11.3906	IKT-Grundlagengesetz (N 23.12.11, Schmid-Federer; Abschreibung beantragt 17.058)
2013 P 13.3097	SRG-Programme. Mehr Mitwirkungsrechte für Gebührenzahler (N 21.6.13, Rickli Natalie)
2016 M 15.3603	SRG. Kostentransparenz schaffen und Kosteneffizienz steigern (N 25.9.15, Wasserfallen; S 14.6.16)
2016 M 13.3048	Gegen die Aufhebung der indirekten Presseförderung ohne glaubwürdige Alternative (N 24.9.14, Bulliard; S 3.12.15; N 16.6.16)
2016 P 15.3618	Bericht zum Service-public-Auftrag der SRG. Analyse nach Subsidiaritätsprinzip (N 21.9.16, Wasserfallen)
2017 P 16.3630	Unabhängige Aufsichtsbehörde für Radio und Fernsehen (N 14.3.17, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
2017 M 14.4075	Die Post. Postsendungen sollen allen zugestellt werden (N 12.9.16, Clottu, S 15.6.17)
2017 M 14.4091	Die Post. Postsendungen sollen allen zugestellt werden (N 12.9.16, Maire Jaques-André, S 15.6.17)
2017 M 15.3777	Radio- und Fernsehverordnung. Gebührenanteil für Radio- und Fernsehstationen auf 6 Prozent erhöhen (N 9.3.17, Darbellay, 26.9.17)
2017 M 16.4027	SRG und unabhängige audiovisuelle Industrie. Den unabhängigen Markt stärken, die Zusammenarbeit intensivieren, Wettbewerbsverzerrungen vermeiden (N 17.3.17, Fluri, S 26.9.17)
2017 P 17.3628	Überprüfung der Anzahl SRG-Sender (N 11.9.17, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)

Bundesamt für Umwelt

2008 M 07.3161	Beste Abgastechnologie für alle Dieselmotoren (S 21.6.07, Jenny; N 6.12.07; S 12.3.08)
2009 M 08.3240	Fluglärmimmissionen. Entschädigung nachbarrechtlicher Abwehransprüche (S 12.6.08, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR; N 4.6.09)
2009 P 09.3600	Rückführung von verbrauchten Polyethylenfolien zur Wiederverwertung (N 25.9.09, Cathomas)
2010 M 10.3264	Revision von Artikel 22 der Berner Konvention (S 2.6.10, Fournier; N 30.9.10; Abschreibung beantragt 17.052)
2012 P 12.3090	Mikroverunreinigungen im Wasser. Verstärkung der Massnahmen an der Quelle (S 30.5.12, Hêche)
2013 M 10.3619	Intensive Palmölproduktion. Bekämpfung der umweltschädlichen Auswirkungen auf internationaler Ebene (N 6.6.12, de Bumann; S 19.3.13)
2013 P 12.4021	Zusammenlegung Laborbereiche des Bundes. Bessere Ausnutzung der Ressourcen (N 22.3.13, Schneeberger; Punkt 2 angenommen)
2013 P 12.4196	Umgang mit dem Bären in der Schweiz (N 22.3.13, Rusconi)
2013 P 13.3108	Fracking in der Schweiz (N 21.6.13, Trede)
2013 P 12.3142	Differenzierte Ausscheidung und Nutzung von Gewässerräumen (N 26.9.13, Vogler)
2013 P 13.3924	Optimierung der Waldnutzung (N 13.12.13, Jans)
2014 P 13.4201	Rückführung von Asche in den Wald als Sofortmassnahme gegen Bodenversäuerung (N 21.3.14, von Siebenthal)
2014 M 12.3334	Vollzug der Revitalisierung der Gewässer (N 12.6.12, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR; S 4.6.14; N 11.9.14)
2014 M 11.4020	Für eine sachgerechte Verwendung von Biomasse-Reststoffen und gegen Technologieverbote (N 17.9.13, Lustenberger; S 27.11.14)
2014 P 14.3571	Grundlagen für eine faktenbasierte Klimapolitik (S 25.11.14, Gutzwiller; Abschreibung beantragt 17.071)
2015 M 14.3095	Ortsüblicher Bewirtschaftungsbereich. Ersatzlose Aufhebung von Artikel 24 der Gewässerschutzverordnung (S 19.6.14, Bischofberger; N 12.3.15)
2015 M 14.3151	Zusammenleben von Wolf und Bergbevölkerung (S 19.6.14, Engler; N 12.3.15; Abschreibung beantragt 17.052)
2015 M 12.4230	Nationales Kompetenzzentrum Boden als Gewinn für Landwirtschaft, Raumplanung und Hochwasserschutz (N 17.6.14, Müller-Altermatt; S 4.6.15)
2015 M 15.3001	Schaffung von Handlungsspielraum in der Gewässerschutzverordnung (S 16.3.15, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR; N 23.9.15)
2015 P 15.3795	Standortbestimmung zur Fischerei in Schweizer Seen und Fliessgewässern (N 14.9.15, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
2015 M 14.3830	Jagdbanngebiete in Wildtierschutzgebiete umbenennen (N 12.12.14, Landolt; S 3.12.15; Abschreibung beantragt 17.052)
2015 P 15.3497	Evaluation von Massnahmen zur Minderung der Risiken beim Transport von Gefahrgut, insbesondere von Chlorgas (S 3.12.15, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR 14.036)
2015 P 15.3798	Internationale Klimafinanzierung (N 1.12.15, Aussenpolitische Kommission NR)
2016 M 15.3543	Bürokratieabbau in der CO2- und Energiegesetzgebung. Einheitliche Rahmenbedingungen für den Vollzug von Zielvereinbarungen (N 25.9.16, FDP-Fraktion; S 15.3.16; Abschreibung beantragt 17.071)
2016 P 15.3840	Nationaler Massnahmenplan zur Verringerung der Lärmbelastung (N 2.3.16, Barazzone)
2016 M 15.3534	Eine sachgerechte Regulation des Höckerschwans ermöglichen (S 23.9.15, Niederberger; N 2.3.16; S 14.6.16)
2016 P 14.3818	Einführung einer eidgenössischen Jagdberechtigung (N 16.6.16, Landolt; Abschreibung beantragt 17.052)
2016 P 14.3882	Kapazitätsplanung bei Kehrichtverbrennungsanlagen mit Abwärmenutzung (N 16.6.16, [Killer Hans]-Knecht)
2016 M 13.3324	Anpassung des Gewässerschutzgesetzes an die heutige Nutztierhaltung (N 12.3.15, Aebi Andreas; S 9.3.16; N 12.9.16)
2016 M 15.4092	Lärmschutzmassnahmen bei Strassen nach 2018 (S 15.3.16, Lombardi; N 12.9.16)
2017 M 14.3976	Verzicht auf unverhältnismässige Auflagen im Hinblick auf die Umsetzung der Energiestrategie 2050 (N 16.6.16, Müller Leo; S 15.3.17)
2017 M 15.3545	Bürokratieabbau. Allen Unternehmen die Berfreiung von CO2-Abgabe ermöglichen (N 21.9.16, FDP-Liberale Fraktion, S 13.6.17; Abschreibung beantragt 17.071)
2017 M 16.3710	Sachgerechte Verwendung von Biomasse (N 16.12.16, Semadeni, S 13.9.17)
2017 P 17.3253	CO2-Reduktion durch Anschluss an das Fernwärmenetz (S 15.6.17, Graber Konrad)
2017 P 17.3257	PET-Recycling in der Schweiz. Weshalb ein gut funktionierendes System ändern? (S 15.6.17, Cramer)
2017 P 17.3505	Die Chancen der Kreislaufwirtschaft nutzen. Prüfung steuerlicher Anreize und weiterer Massnahmen (S 13.9.17, Vonlanthen)

Bundesamt für Raumentwicklung

2008 M 07.3280	Für eine Agglomerationspolitik des Bundes (N 5.10.07, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR; S 22.9.08)
2010 P 08.3017	Multifunktionale Nationalstrassen. Entlastung der Landschaft (N 8.3.10, Rechsteiner-Basel)
2010 P 10.3483	Umnutzung von landwirtschaftlichen Bauten (N 1.10.10, Hassler)
2011 M 08.3478	Raumkonzept Schweiz. Aufnahme von Bern als Metropolitanraum. Gesetzliche Grundlagen (N 22.9.10, Joder; S 1.6.11; Punkt 1 angenommen)
2011 M 10.3086	Raumplanungsgesetz im Dienste einer produzierenden Landwirtschaft (N 18.6.10, Zemp; S 1.6.11)
2011 M 10.3489	Umfassender Schutz des Kulturlandes in der Raumplanung (N 1.10.10, Hassler; S 1.6.11; Punkte 1 und 3 angenommen)
2011 M 10.3659	Raumplanung und wirksamer Schutz von Kulturland (N 17.12.10, Bourgeois; S 1.6.11)
2011 P 11.3081	Verbesserung der raumplanerischen Rahmenbedingungen für den Agrotourismus (S 1.6.11, Imoberdorf)
2012 M 08.3512	Weg mit der überflüssigen Bürokratie im Gastgewerbe (N 22.9.10, Amstutz; S 15.3.12; N 24.9.12)
2013 P 13.3461	Evaluation der Sachplanung des Bundes (N 27.9.13, Vitali)
2014 P 14.3806	Verdichtetes Bauen in Ortszentren fördern, aber wie? (N 12.12.14, von Graffenried)
2015 P 15.3699	Entwicklung im Bereich der Raumplanung (N 25.9.15, Bourgeois)
2016 P 15.4088	Verhältnis des Kulturlandschutzes zu anderen Schutzansprüchen (N 2.3.16, Geschäftsprüfungskommission NR)
2016 P 15.4127	Bessere Koordination zwischen Raum- und Verkehrsplanung (N 15.6.16, Vogler)
2016 P 16.3008	Baubewilligungsverfahren für Mobilfunkantennen (N 16.6.16, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
2016 M 15.4087	Anpassung der raumplanungsrechtlichen Anforderungen für Hotelbauten ausserhalb der Bauzonen (S 9.3.16, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR; N 12.9.16)
2016 P 16.3460	Für eine verstärkte Teilnahme der bundesnahen Unternehmen an der Entwicklung der Berggebiete und ländlichen Räume (S 26.9.16, Hêche)
2017 M 16.3622	Hobbymässige Kleintierhaltung im Raumplanungsrecht (S 19.6.16, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR, N 15.6.17)
2017 P 16.4108	Geologische Daten zum Untergrund (N 17.3.17, Vogler)